Dienstag, 8. März 1983 - D ***
[Pfl]ichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
[...]gien 38,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, [Gro]ßbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 56 - 10.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

[V]ogel als [F]raktionschef [v]orgeschlagen

gba, Bonn

[D]er SPD-Parteivorstand hat den [so]zialdemokratischen Spitzenkan[did]aten Hans-Jochen Vogel ge[bete]n gebeten, für das Amt des [Fr]aktionsvorsitzenden zu kandi[die]ren. Schon heute werden die [SP]D-Abgeordneten des alten und [de]s neuen Bundestags zu einer ge[me]insamen Sitzung in Bonn zu[sa]mmenkommen. Dabei könnte [sch]on der neue Fraktionsvorstand [ge]wählt werden. Für die Kandida[tur] Vogels sprachen sich gestern [de]r scheidende Fraktionschef Her[be]rt Wehner, Parteichef Willy [Br]andt und Altkanzler Helmut [Sc]hmidt aus. Schmidt kündigte im [Pa]rteivorstand an, daß er auf dem [nä]chsten ordentlichen Parteitag [im] Herbst nicht wieder für den [ste]llvertretenden Parteivorsitz [ka]ndidieren werde. Dieses Amt ge[bü]hre jetzt Hans-Jochen Vogel, da[mi]t Kontinuität gewahrt bleibe [un]d die Geschlossenheit, die die [SP]D durch Vogel wiedergewon[ne]n habe, fortbestehe. Neben [Sc]hmidt ist der nordrhein-westfäli[sch]e Ministerpräsident Johannes [Ra]u stellvertretender Parteivorsit[zen]der. Eine genaue Analyse der [Wa]hlniederlage soll der Parteirat [am] 20. März vornehmen.

Nach der Wahl: Die Mark wird stärker

cd. Frankfurt

Mit einer Aktienhausse, die viele Erwartungen noch übertraf, hat die Börse gestern den Wahlsieg der Koalition „gefeiert". Der Aktienindex der WELT kletterte um drei Prozent auf einen neuen Jahreshöchststand von 124 Punkten. Viele Spitzenwerte erzielten weitaus größere Gewinne von vier bis sechs Prozent, so die zeitweilig um 26 DM gestiegenen Daimler sowie Bank-, Maschinenbau- und Warenhausaktien. Gegen Börsenschluß setzten zwar Gewinnmitnahmen ein, so daß sich die Tageshöchstkurse nicht immer behaupten konnten. Doch sind viele Experten überzeugt, daß der Börsenaufschwung nach einer kurzen Phase weitergeht. Sie begründen diese mit der Stabilisierung der politischen Landschaft und der Chance für eine Kräftigung der sich abzeichnenden Konjunkturerholung, die viele Anleger aus der Reserve locke. Sehr fest war gestern auch die Tendenz am Rentenmarkt, wo die Kurse bis um 1,50 Mark anzogen. Am Devisenmarkt gewann die Mark spürbar an Boden. So verbilligte sich der Dollar von 2,4198 auf 2,3920 DM und der Schweizerfranken von 118,04 auf 117,40 DM.

ZITAT DES TAGES

„Die Wahl wird den Zusammenhalt und die Solidarität im Bündnis stärken. Zudem könnte sie einen positiven Ausgang der Genfer Verhandlungen begünstigen."

[Jos]eph Luns, NATO-Generalsekretär, [zum] Ergebnis der Bundestagswahl

FOTO: DPA

Weitere Warnstreiks

dpa, Stuttgart

Die Warnstreiks in der Metallindustrie Baden-Württembergs sind gestern fortgesetzt worden. Nach Angaben der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleitung legten gestern morgen rund 20 000 Beschäftigte in mehreren Betrieben des Landes kurzfristig die Arbeit nieder. Der Schwerpunkt der Arbeitsniederlegung sei bei Daimler-Benz in Sindelfingen gewesen, wo sich rund 10 000 Beschäftigte an einem Demonstrationszug beteiligt hätten, sagte ein Gewerkschaftssprecher.

Hungerstreik

uu. Bonn

Seit dem 24. Januar – seit 43 Tagen – ist das führende „Solidarnosc"-Mitglied Edmund Baluka im Hungerstreik. Baluka, Streikführer in Stettin 1970/71, protestiert damit gegen seine Isolationshaft. Baluka ist seit dem 13. Dezember 1981 in Haft. Nach anfänglichen Dementis durch die polnische Militärregierung bestätigte Mitte Februar Regierungssprecher Urban den Hungerstreik. In Frankreich hat sich unterdessen eine Initiative von Ärzten, Juristen, Wissenschaftlern und Künstlern gebildet, die für die Freilassung Balukas eintritt.

[Da]hrendorf: Neue Wege

hey. Bonn

[D]er Vorsitzende der Friedrich-[Nau]mann-Stiftung, Ralf Dahren[dor]f, sorgt wieder für Verwirrung: [In d]er jüngsten Ausgabe der Zeit[sch]rift „liberal" begrüßt er den Ein[zug] der Grünen in den Bundestag. [De]nn dadurch würden die „Staats[par]teien" zu Antworten auf „unbe[que]me Fragen" gezwungen. Gleich[zeit]ig fordert er „eine tiefgreifende [Ern]euerung" der FDP. Der Sieg [vom] 6. März werde nichtig, wenn [das] Charakterbild auch in Zukunft [sch]wankend bleibe. Deshalb müsse [die] Partei „neue Wege gehen". Ob[woh]l die Koalitionsverhandlungen [mit] der Union noch gar nicht begon[nen] haben, schreibt Dahrendorf: [Na]chdem die FDP nunmehr das Landwirtschaftsministerium [ebe]nso wie den Parlamentarischen [Sta]atssekretär im Verteidigungs[min]isterium aufgibt", stellten sich [neu]e Fragen.

[V]erzicht auf Vorsitz

Nea. Mainz

[Ü]berraschend wurde noch in der [Wa]hlnacht der Führungsstreit in [der] rheinland-pfälzischen SPD bei[gel]egt. In der Sitzung des Landes[vor]stands gestern morgen erklärte [We]rner Klein, der bisherige Vorsit[zen]de der Landtagsfraktion, er wer[de] bei der für den 23. März vorgese[he]nen Neuwahl des Fraktionsvor[sit]zenden nicht gegen den Landes[vor]sitzenden und Spitzenkandida[ten] bei der Landtagswahl, Hugo [Bra]ndt, antreten.

Seite 3

Postauftrag für AEG

rtr, Frankfurt

Die im Vergleich befindliche AEG-Telefunken hat von der Deutschen Bundespost einen Auftrag über insgesamt 220 Millionen Mark für die Lieferung von mehreren automatischen Briefverteilanlagen innerhalb der nächsten zehn Jahre erhalten. Wie das Unternehmen gestern mitteilte, will die Post die Verteilung der 40 Millionen Briefe, die täglich sortiert werden müssen, so weit wie möglich automatisieren.

Zinssenkungen?

AP, Bonn

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, erwartet als Folge des Wahlergebnisses eine Fortsetzung des Zinssenkungsprozesses, der Mitte Januar wegen der „Ungewißheit über die Wahlen" gestoppt worden sei. Voraussetzung sei allerdings, daß es nicht zu „Störungen aus dem Ausland" komme, sagte Geiger gestern. Eine Senkung des gegenwärtig fünf Prozent betragenden Diskontsatzes um mindestens ein halbes oder höchstens ein Prozent werde der Zentralbankrat möglicherweise schon am Donnerstag nächster Woche beschließen.

Einzelhandelsumsätze

rtr, Wiesbaden

Die deutschen Einzelhandelsfirmen haben im Januar gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat zwar ein Prozent mehr umgesetzt, doch verbleibt bei einer Erhöhung des Einzelhandelspreisniveaus um vier Prozent ein realer Rückgang von drei Prozent. Das besagen vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, die gestern veröffentlicht wurden.

[W]ETTER

[W]echselhaft

DW. Essen

[I]m Nordosten und Berlin stark [be]wölkt und zeitweise leichter Re[gen]. Temperaturen nahe 8, nachts [u]m unter 6 Grad.

Heute in der WELT

Wird Strauß Finanzminister, Stoltenberg Fraktionschef?

Amt des Vizekanzlers an die CSU? / Kohl will bis Ende März Klarheit

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will die Verhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP über das gemeinsame Regierungsprogramm und die Benennung der neuen Minister bis Ende März abschließen. Vor dem CDU-Bundesvorstand sagte Kohl gestern, ihm schwebe vor, daß der Bundestag zwischen dem 28. und 30. März, also noch vor Ostern, den Bundeskanzler wählt und Kabinettsmitglieder vereidigt. Seine Regierungserklärung werde er dann in der Woche nach dem 25. April abgeben.

Entscheidend für die Zusammensetzung der Regierung ist die Frage, ob der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ein Ministeramt in Bonn übernimmt. Kohl hat darüber gestern abend in Bonn ein langes Gespräch mit Strauß unter vier Augen geführt.

Nach Informationen der WELT überlegt Kohl, dem CSU-Vorsitzenden – falls dieser ein Ministeramt in Bonn anstrebt – das Bundesfinanzministerium anzubieten. Außerdem könnte Strauß Vizekanzler werden. Dieses Amt hat bisher der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Durch eine Vizekanzlerschaft von Strauß würde die Bedeutung der CSU als zweitstärkste Koalitionspartei zum Ausdruck gebracht.

Bei einer Übernahme des Bundesfinanzministeriums durch Strauß würde es Kohl gerne sehen, wenn der bisherige Minister Gerhard Stoltenberg neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion würde. Der bisherige Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger wäre dann Anwärter für das Amt des Bundestagspräsidenten. Für die Überlegung, Stoltenberg zum neuen Fraktionsvorsitzenden vorzuschlagen, spricht neben dessen anerkannt hoher Sachkompetenz auch dessen Fähigkeit zur Integration. Dies ist bei einer Fraktion, die nahe an die absolute Mehrheit herangerückt ist, von besonderer Bedeutung. Außerdem würde Stoltenberg als Fraktionsvorsitzender eine Schlüsselrolle innerhalb der neuen Regierungskonstellation zufallen.

Strauß, das ist bekannt, hätte bei einer absoluten Mehrheit der Union das Amt des Bundesaußenministers für sich reklamiert. Seine zurückhaltenden Aussagen am Wahlabend wurden von politischen Beobachtern als Indiz dafür gewertet, daß Strauß an einer einvernehmlichen Lösung gelegen ist. Der CSU-Vorsitzende sei zu der Erkenntnis gekommen, daß der FDP ein Verzicht auf das Auswärtige Amt nicht abverlangt werden könne. Andererseits, und das spricht eher für sein Interesse am Bundesfinanzministerium, ist aufgefallen, daß sich Strauß in seinen öffentlichen Auftritten – auch in der Fernsehrunde vor der Wahl – detailliert mit den Fragen der Finanzpolitik befaßt und deren zentrale Bedeutung hervorgehoben hat.

SEITE 2:
Ausblick nach der Schlacht
Weitere Beiträge auf den Seiten 3 bis 10 und 13

Bundesaußenminister soll, das ist auch der Wille des Kanzlers, Hans-Dietrich Genscher bleiben. Zwischen Kohl und Genscher hat es bereits in der Wahlnacht einen Kontakt gegeben. Außerdem haben Kohl und Strauß telefoniert. Ein Verzicht auf das Amt des Außenministers, so heißt es, sei der FDP nicht zuzumuten. Aber wahrscheinlich werde die FDP von ihren bisherigen vier Ministerämtern eines an die CDU abgeben müssen. An erster Stelle wird das Bundesernährungsministerium genannt, das dann von dem jetzigen Bauernpräsidenten Constantin von Heereman geführt werden dürfte, der als CDU-Abgeordneter in den Bundestag gewählt worden ist. Die FDP soll weiterhin neben dem Auswärtigen Amt die Ressorts Wirtschaft und Justiz behalten.

Die CSU müßte, falls Strauß nach Bonn kommt, einen ihrer bisherigen vier Ressorts abgeben. Es gilt als sicher, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und Städtebauminister Oscar Schneider im Amt bleiben. Deshalb käme nur das Bundesverkehrsministerium oder das Entwicklungshilfeministerium für einen Ressortaustausch in Betracht. Offen ist noch, ob CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der für seine Wahlkampfkonzeption gestern im CDU-Vorstand viel Anerkennung gefunden hat, auch Minister bleiben wird. Jedenfalls, das hat Geißler zu erkennen gegeben, will er das Amt des Generalsekretärs fortführen.

Vor dem CDU-Bundesvorstand sagte Kohl gestern mit Blick auf den 6. März: „Nach langen, oft schwer erträglichen Jahren war dies ein guter Tag". Die Koalition zwischen Union und FDP sei bestätigt worden. Den großen Erfolg der Union führte Kohl unter anderem darauf zurück, daß es ihr ge-

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Stabilität

HERBERT KREMP

Aus dem zum Teil überschwenglichen Echo des Auslandes auf den Wahlausgang läßt sich nur der knappe und kühle Schluß ziehen, daß die bestätigte Regierung in Bonn ein Stabilitätsmerkmal made in Germany ist. Das Resultat entspricht den deutschen Interessen.

Die Erleichterung bezieht sich vor allem auf die Grundentscheidung, die gefällt und bestätigt wurde: Die Bundesrepublik Deutschland bleibt in der Kontinuität der West-Bindung mit ihren europäischen und atlantischen Aspekten. Die Befürchtung des Gegenteils, die Mutmaßung, ein neutralistischer Furor teutonicus werde in der Mitte Europas ein großes Schollentreiben auslösen, klingt so schnell ab wie schrille Musik, die man per Knopfdruck löscht. Manches, was man da in den letzten Wochen im Ausland, auch in den USA, vernahm, war von Hysterie gekennzeichnet, nicht von einer überlegenen Einschätzung der Lage.

Abkühlend wirkt die Bestätigung der Regierung Kohl auch auf die Sowjetunion. Die Schachspieler haben eine Partie verloren, und sie werden das wie Schachspieler hinnehmen. Der Versuch tiefer Einwirkung, der Versuch der Destabilisierung der deutschen Szene hat den nationalen Stolz in zahlreichen Bürgern verletzt. Das drückte sich in Voten aus, die Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher jetzt nutzen werden, um die deutsche westliche Position in Moskau gelassen zu vertreten. Die Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in Genf haben seit Montag morgen eine reale Chance. Ob große Lösung oder Kompromiß – die Sowjetunion muß mit gefestigtem westlichen Konsens rechnen.

Weder einfach noch einfältig werden die Deutschen in Zukunft sein. Am Sonntag ist die berühmte Zipfelmütze abhanden gekommen. Die Republik hat mit der Wahl des Goldenen Schnitts ihr Reifezeugnis wiederholt. Davon wird auch Europa profitieren. So ist es zum Beispiel nicht erträglich, daß die deutsche Stahlindustrie, eine der modernsten und leistungskräftigsten der Welt, darunter leiden soll, daß die Engländer und Belgier (nur als Beispiele erwähnt) ihre Unmodernität durch die Staatssubvention der Branchen-Löhne und Branchen-Gehälter subventionieren. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Leistungsgemeinschaft, der Westen ein Leistungsbegriff. Die Bundesregierung wird diesen Standpunkt vertreten.

CSU betont ihr politisches Gewicht

Strauß nimmt Mandat „erst einmal" an und leitet Verhandlungs-Kommission

PETER SCHMALZ/DW. München

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß will sein Bundestagsmandat „erst einmal annehmen". Eine Entscheidung darüber, ob er auch ein Amt in der künftigen Regierung Kohl anstrebe, läßt er in seinen öffentlichen Erklärungen aber weiterhin offen.

Nach der CSU-Vorstandssitzung gab Strauß gestern in München bekannt, daß er die Verhandlungskommission seiner Partei bei den Koalitionsgesprächen in Bonn leiten werde: „Diesmal also sitze ich in der Kutsche." Aber: „Ich kann wieder aussteigen, wenn der Auftrag erfüllt ist." Der Kommission gehören außer ihm die Bundesminister Friedrich Zimmermann und Werner Dollinger, Generalsekretär Edmund Stoiber, Landesgruppenchef Theo Waigel, der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Gerold Tandler, und der bayerische Finanzminister Max Streibl an.

Mit einem Beschluß meldete der CSU-Parteivorstand auch gleich seine Forderung an: Die Verhandlungskommission soll „die klassischen Grundsätze der CDU/CSU bei der Beratung des Sachprogramms mit Nachdruck vertreten sowie die sachlichen und personellen Positionen der CSU in Programm und Zusammensetzung der künftigen Bundesregierung entsprechend dem politischen Gewicht der CSU und ihres Wahlergebnisses zur Geltung bringen".

Was dies bedeutet, rechnete Strauß gestern dem Landesvorstand bis auf die zweite Stelle hinter dem Komma vor. Er machte deutlich, welchen „optisch und politisch ins Gewicht fallenden Beitrag" die CSU zum Unions-Wahlergebnis geleistet habe: Die CDU hätte ohne die CSU nur 46,46 Prozent erreicht, die SPD aber zwei Prozent mehr. Die Freien Demokraten hätten 0,2, die Grünen 0,16 Prozent weniger. Bei der CSU, die sich in einem Bereich zwischen 55 und 60 Prozent stabilisiert habe, sei „an weiterem Zuwachs nichts mehr drin".

Über die personellen Positionen wollte Strauß gestern vor seinem Abflug nach Bonn nicht sprechen. Man habe aus Rücksicht auf die Wahl in Schleswig-Holstein ohnehin mit der CDU vereinbart, die Beratung erst in der kommenden Woche zu beginnen. Zuerst sollen die Sachthemen abgehandelt werden, zu denen die CSU bereits umfangreiche Positionspapiere erstellt hat. Strauß: „Wir werden bei unseren Leisten bleiben, aber wir werden alles tun, um unsere sachlichen Vorstellungen durchzusetzen." Die FDP ermahnte er in diesem Zusammenhang, keinen liberalistischen, sondern liberalen Grundsätze zu folgen.

Erst nach der Sachdebatte soll über die personelle Zusammensetzung des Bundeskabinetts gesprochen werden. „Wir stehen bei der Regierungsbildung nicht unter Zeitdruck", betonte Strauß.

Als an dieser Stelle danach gefragt wurde, ob die Position des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher als Außenminister aus inhaltlichen Gründen gefährdet sei, antwortete der CSU-Vorsitzende: „Ich messe Herrn Genscher eine hohe Flexibilität zu. Wenn er davon vollen Gebrauch macht, ist die Gefahr geringer."

Bildet Mitterrand nach der Niederlage Kabinett um?

Opposition gewinnt Kommunalwahl / Franc unter Druck

A. GRAF KAGENECK/DW. Paris

Der klare Wahlerfolg der bürgerlich-konservativen Oppositionsparteien bei den französischen Kommunalwahlen hat gestern in Paris die Spekulationen um eine baldige, größere Regierungsumbildung belebt. An den Börsen geriet der Franc als Folge des Wahlergebnisses unter erheblichen Druck.

Die parlamentarische Opposition hat 20 Monate nach dem Regierungsantritt der Linken unter Staatspräsident Mitterrand in der ersten landesweiten Testwahl mit einer Rekord-Wahlbeteiligung von 82,13 Prozent die Stimmenmehrheit im Land zurückgewonnen. Auf das Gesamtstimmenaufkommen im Lande bezogen, gewann die konservative Opposition 53 Prozent der Stimmen gegenüber 42 Prozent für die Regierungsparteien. Die übrigen Stimmen verteilen sich auf Umweltschützergruppen, die bis zu zehn Prozent für sich verbuchen konnten. Bei der Auszählung der Stimmen in den 221 Großstädten ergab sich ein Vorsprung von 51 zu 47 Prozent.

Mehrere prominente Regierungsmitglieder – die meisten Spitzenpolitiker in Frankreich sind zugleich auch Bürgermeister – erlitten empfindliche Niederlagen. Sechs Minister scheiterten im ersten Wahlgang. Premierminister Pierre Mauroy muß am kommenden Sonntag in der Stichwahl um „sein" Rathaus in Lille kämpfen.

17 der 61 großen Städte, die von den Linken im Jahre 1977 erobert worden waren, konnten die Bürgerlichen zurückgewinnen. In 36 Städten behaupteten sich sozialistische oder kommunistische Bürgermeister. In 68 Städten muß die Stichwahl entscheiden.

Dabei geht es häufig nur um wenige hundert Stimmen. In Lille ebenso wie in Marseille, wo Innenminister Gaston Defferre sich als Bürgermeister gegen den giscardistischen Aufsteiger Jean-Claude Gaudin verteidigen muß. In Belfort kämpft Industrieminister Chevenement um seine blau-weiß-rote Schärpe.

Am deutlichsten kam die Schlappe der Linken in Paris zum Ausdruck, wo vier Vorstandsmitglieder der Sozialistischen Partei – darunter der Erste Sekretär Linonel Jospin – von den Kandidaten des Gaullisten-Chefs Chirac geschlagen wurden. Chirac konnte sich in 18 von 20 Arrondissements durchsetzen und seinem sozialistischen Rivalen Quilés eine vernichtende Niederlage beibringen.

Jospin und der Parteichef der Kommunisten, Marchais, räumten noch am Sonntag abend ein, daß „die Rechte" unzweifelhaft im Vormarsch sei. Sie riefen zur Mobilisierung der linken Wähler auf, um diesen Trend in der zweiten Runde noch begrenzen zu können. Der gaullistische Oberbürgermeister von Paris, Chirac, sprach von einer eindeutigen Warnung der Wähler an die Adresse der Regierung.

Präsident Mitterrand ließ den geplanten Besuch des Präsidenten der EG-Kommission, Gaston Thorn, absagen, um sich mit seinen engsten Mitarbeitern über das Wahlergebnis beraten zu können. Eine völlige Änderung der Regierungspolitik, wie die Oppositionspolitiker noch in der Wahlnacht gefordert hatten, wurde allerdings aus Mitterrands Umgebung nachdrücklich ausgeschlossen.

Seite 2: Eine Korrektur durch Frankreichs soziologische Mehrheit

Geheimhaltung durch Grüne gefährdet

Besorgnisse im Verteidigungsausschuß / Volkszählung nächste Kraftprobe

dpa, Bonn

Nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag stellen parlamentarische Kreise die besorgte Frage: Wie werden sich diese neuen Abgeordneten in den empfindlichen Bereichen der äußeren und inneren Sicherheit verhalten? Es wird befürchtet, daß die grüne Minderheit, zu der auch der frühere Bundeswehrgeneral Gert Bastian gehört, im Bundestag gerade auf dem verteidigungspolitischen Sektor versuchen wird, ihre Vorstellungen zumeist in der außerparlamentarischen Opposition durchzusetzen.

Mit Sorge fragen sich militärische Fachleute: Was geschieht, wenn die Grünen ihre Vertreter in den Verteidigungsausschuß entsenden? „Was sie dort geheim erfahren, weiß im nächsten Augenblick die ganze Welt", sagte ein Mitglied des Ausschusses. „Der Verteidigungsausschuß wird jetzt ein open-house", lautete ein anderer Kommentar.

Unmißverständlich machten die führenden Vertreter der Grünen auf ihrer ersten Pressekonferenz klar, daß sie eine „doppelte Funktion außerhalb und innerhalb des Parlaments" verfolgen wollen. Die erste Kraftprobe dürfte bei der Volkszählung bevorstehen. Die Grünen haben bereits vor der Bundestagswahl gegen den „Überwachungsstaat" Stellung bezogen und zum Boykott dieses Vorhabens aufgerufen.

Keine Zweifel bestehen in Bonn daran, daß die Grünen – sollten sie die Absetzung des Zählungstermins am 27. April im Parlament nicht durchsetzen können – alles unternehmen werden, um außerparlamentarisch die Annullierung oder Boykottierung der Regierungsabsichten zu erreichen.

Innenpolitische Experten verhehlen auch nicht ihre Furcht vor den Grünen, falls diese beispielsweise in die G-10-Kommission für die in besonderen Fällen gesetzlich vorgesehene Post- und Telefonüberwachung oder die Kontrollkommission für die Nachrichtendienste einrücken. Die Arbeit dieser Gremien könnte nach Einschätzung von Abgeordneten „aus den Angeln gehoben werden", wenn die Grünen, gemessen an ihrem bisherigen Verhalten, „alles plakatieren", was sie hinter verschlossenen Türen erfahren.

Auf der anderen Seite gibt es Stimmen, die davor warnen, die Grünen „auf die APO-Szene" zu schicken. Man sollte ihnen die Chance geben, zu beweisen, daß sie „keine Chaoten" sind. Mit ernster Miene mahnte ein Unionsabgeordneter: „Wir dürfen uns nicht aus dem Gleichgewicht bringen lassen." Schließlich werde sich stets die Mehrheit im Bundestag durchsetzen.

Jugoslawien: Verwirrung um Warenrationierung

Benzin nur noch auf Marken / Einfuhren gedrosselt

AP, Belgrad

Der Gang zum Kaufmann kann für die Jugoslawen in diesen Tagen recht enttäuschend verlaufen oder auch zu einem Verwirrspiel werden. Was man in dem einen Geschäft problemlos kaufen kann, wird in einem anderen vielleicht nur gegen Bezugsschein abgegeben – je nachdem, in welcher Gegend man wohnt.

Waschmittel beispielsweise sind im Norden Jugoslawiens leicht zu haben, in Belgrad hingegen sind sie rationiert. In der Republik Montenegro im Süden ist es sogar schon zu Gewalttätigkeiten gekommen. In einigen Landesteilen haben die Verwaltungen angesichts der Verknappung von Nahrungsmitteln und anderen Waren erstmals seit den Nachkriegsjahren wieder Bezugsscheine ausgegeben. Bei der herrschenden Kommunistischen Partei sind diese Maßnahmen jedoch auf Kritik gestoßen. Den örtlichen Behörden wird vorgeworfen, sich nicht ausreichend um die Vorratshaltung gekümmert zu haben und die Lage durch übermäßige Bürokratie noch zu verschlimmern.

In Titograd, der 80 000 Einwohner zählenden Hauptstadt von Montenegro, wurden innerhalb von fünf Stunden 65 Tonnen Waschmittel verkauft, wie das Parteiblatt „Borba" berichtet. Die Warteschlangen, die sich vor den Geschäften angesammelt hatten, erinnerten an die Kriegsjahre, schrieb das Parteiblatt.

In Belgrad dürfen die Bewohner pro Monat nicht mehr als 150 Gramm Kaffee kaufen. Auch Speiseöl und Waschmittel sind nur auf Bezugsschein erhältlich. Ganz im Gegensatz dazu muß im Norden Sloweniens für Waschmittel niemand Schlange stehen. Landesweit rationiert ist bislang nur Benzin: Den meisten Jugoslawen werden nur 40 Liter Treibstoff im Monat zugestanden.

Die gesamten Sparmaßnahmen der Regierung hängen zusammen mit der hohen Auslandsverschuldung Jugoslawiens, die bei rund 46 Milliarden Mark liegt. Dies ist die höchste Pro-Kopf-Verschuldung eines kommunistisch regierten Landes in Osteuropa. Die Regierung hat bereits die Einfuhren gedrosselt, um genug Devisen für die Rückzahlung der Schulden anzusammeln.

Kühler Empfang für den Papst

Guatemalas Staatschef: Kirche muß sich Politisierung der Bibel widersetzen

AP/AFP, Guatemala-Stadt

Mit einem zehnstündigen Besuch in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen El Salvador hat Papst Johannes Paul II. den vermutlich gefährlichsten Teil seiner Mittelamerika-Reise hinter sich gebracht. Der Papst traf in der Nacht zum Montag in Guatemala-Stadt ein, wo er dreimal übernachten wird. Zwischendurch reist er für einen Tag nach Honduras.

In Guatemala-Stadt erwartet den Papst eine der delikatesten Aufgaben während seiner Pastoralvisite: Ein Gespräch mit dem einer protestantischen Sekte angehörenden Staatschef Efrain Rios Montt, der in brüskierender Mißachtung eines päpstlichen Gnadenappells vor Ankunft Johannes Pauls II. sechs als Linksterroristen bezeichnete Häftlinge exekutieren ließ.

Schon in seiner Begrüßungsrede hatte der durch einen Putsch an die Macht gelangte General deutlich auf die starken Spannungen zwischen seiner Regierung und der die Bevölkerungsmehrheit repräsentierenden katholischen Kirche hingewiesen. Er forderte den Gast aus dem Vatikan offen zu der Klarstellung auf, daß sich die Führung der Kirche einer „Kommerzialisierung der Bibel und des Lebens Jesu Christi" widersetze.

Johannes Paul II. bezeichnete in seiner Ansprache Guatemala als ein Land, das bis in jüngste Zeit Schauplatz von Unheil gewesen sei, „das in vielen Häusern Tod und Zerstörung gesät" habe. Er rief dazu auf, alles in Bewegung zu setzen, um ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben zu ermöglichen.

Vor seiner Abreise aus El Salvador, wo die Bürgerkriegsparteien eine eintägige Waffenruhe gelobt hatten, aber auch Pläne zur Ermordung des Papstes bekanntgeworden waren, hatte Johannes Paul II. daran erinnert, daß es im Sinne der Kirche einen Wert habe, das Leben für den Glauben zu opfern, aber nicht „für eine Ideologie, für ein verstümmeltes oder manipuliertes Evangelium oder für parteiliche Entscheidungen".

Seite 11: Kommunistische Partei bleibt Staatsfeind Nummer eins

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Börners Sprung

Von Joachim Neander

Die beiderseitigen Grenzziehungen zwischen Holger Börner und den Grünen im Wiesbadener Landtag wenige Tage vor der Bundestagswahl schienen vielen im Lande ein Donner ohne Blitz zu sein. Wartet ab, so hieß es, wenn SPD und Grüne am 6. März alle beide die Wahl verloren haben, werden sie sich in Hessen wieder aneinander und gemeinsam an die „geschäftsführende" Macht klammern und Neuwahlen zu blockieren versuchen.

Das mit der Wahl ist eingetroffen – in einem gewissen Sinne. In Hessen verlor die SPD zwölf von ihren siebzehn Direktmandaten (darunter alle drei in Frankfurt) an die CDU. Die Grünen freilich, auch wenn sie hinter ihrem Landtagsergebnis vom September 1982 blieben, schnitten besser ab als im Bundesdurchschnitt. Doch die FDP gewann auch mehr Stimmen als im Bundesdurchschnitt, so daß CDU und FDP zusammen in Hessen mehr als fünfzig Prozent einbrachten.

Dennoch ist Börner konsequent geblieben: Er hat sofort nach der Wahlniederlage am Sonntag bekräftigt, daß er für baldige Neuwahlen auch in Hessen eintrete. Sein Risiko ist beträchtlich. Er hofft offenbar, daß der Trend sich bis zum September wieder ein wenig umdreht. In der Tat sind Bundestagswahlen etwas anderes als Landtagswahlen; die FDP in Rheinland-Pfalz hat es schmerzlich erfahren. Aber die hohe Wahlbeteiligung gerade in den SPD-Hochburgen läßt wenig Hoffnung auf geheime Stimmreserven zu. Börner spekuliert darauf, vorher den Haushalt einzubringen und dann sowohl die Grünen als auch die CDU als Obstruktionisten hinzustellen. Aber ob ein Landeshaushalt allein eine ganze Stimmung wendet, erscheint fraglich.

Deutsche Botschaft

Von Peter M. Ranke

Die „Friedens"-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland nimmt ein Recht auf „gewaltlosen Widerstand" gegen die Stationierung amerikanischer Kernwaffen für sich in Anspruch. Diese Information, verbunden mit unverblümter Rechtfertigung derartiger Umtriebe, wurde dem Publikum in Griechenland, Israel und Ägypten dieser Tage vermittelt, und zwar von deutscher Seite.

Der Redner war ein Schriftsteller namens Dieter Lattmann, der lange Zeit für die SPD im Deutschen Bundestag saß. Er hielt seine Vorträge unmittelbar vor der Bundestagswahl, bei der ja auch die Nachrüstung zur Debatte stand. Daß die Grünen „Widerstand" gegen demokratische Entscheidungen reklamieren, ist ihrem Wesen gemäß; daß aber ein Angehöriger einer alterprobten demokratischen Partei dies billigt, ist ein erschreckendes Verfallszeichen. Schließlich weiß man seit Jahren, wie die „Gewaltlosigkeit" bei dieser Art von Widerstand aussieht.

Eben deshalb ist auch dies Hinaustragen bemerkenswert. Die Regierung Papandreou beispielsweise verhandelt mit den Amerikanern über ihre Militärbasen. Deutsche geistige Führung für eine eventuelle Mobilisierung der Straße gegen die amerikanischen Basen und, je nach Ausgang der Gespräche, womöglich gegen Papandreou ist nicht das, was die vernünftige Mehrheit der Deutschen sich wünschen kann.

Dabei ist es ferner von besonderer Peinlichkeit, daß diese politische Agitation von einer Organisation finanziert wurde, die eigentlich den deutschen Geist ins Ausland tragen soll: Dem Goethe-Institut. Dieter Lattmann ist in der angenehmen Lage, Selbstversorger zu sein. Als Präsidiumsmitglied des Goethe-Instituts kann er sich seine Agitations-Traumreisen ins Ausland selber ordern, auf Kosten des Steuerzahlers. Und als wäre diese Form der Außenpolitik am Auswärtigen Amt vorbei noch nicht genug: Es saß auch noch der deutsche Botschafter bei Lattmanns Vortrag in Athen dabei und gab ihm solcherart einen offiziösen Rahmen.

Alla il alla

Von Enno v. Loewenstern

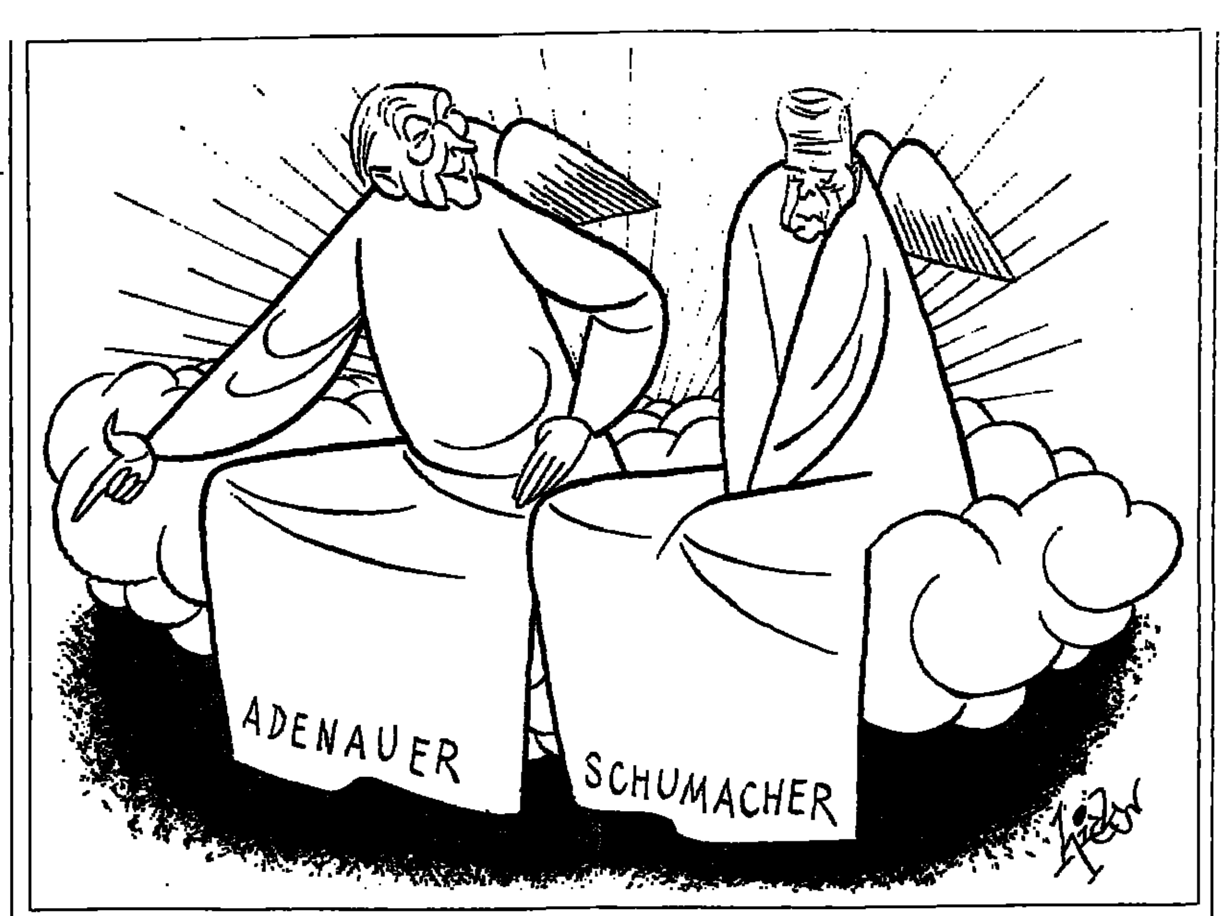
Ein Aufruf an die „lieben Kolleginnen und Kollegen", sich „gegen die Rückkehr ins Bildungssystem der 50er Jahre alla CDU" zu wehren, bereitet den Schülern Nordrhein-Westfalens Kopfzerbrechen. Nicht nur, daß kaum einer von ihnen die angeblich so schrecklichen fünfziger Jahre kennt. Viel drückender ist die Frage: Was ist „alla CDU"?

Allmählich setzt sich die Überzeugung durch, daß damit „à la CDU" gemeint ist. Damit aber beginnt der Konflikt. Der Aufruf ist von der „Landesschülervertretung NW" verschickt worden und warnt davor, durch die BAföG-Kürzung werde „Elitenbildung statt Chancengleichheit im Bildungswesen" angestrebt. Andererseits scheint „alla" zu beweisen, daß die bisherige Bildungspolitik auch nicht gerade alla Weisheit letzter Schluß war.

Aber nicht nur der Schreibstil dieser Alla-Mannen erweckt Interesse, sondern auch der politische Stil. Da ist von einem „brutalen Beschluß der Birneregierung" die Rede. Da wird die DKP-Parole „BaföG statt Pershing" wiedergegeben, mit der klassischen Begründung: „Die Vorschläge der SU und die Reaktion aus Washington und Bonn haben bewiesen, daß es nicht die Sowjetunion ist, die den Frieden nicht will und die Abrüstungsverhandlungen behindert." Da wird empfohlen, „atomwaffenfreie Schulen" zu deklarieren, da wird für den kommunistischen „Krefelder Appell" geworben, und so herzige Vorschläge werden für das „Jahr der Raketenverhinderung" eingebracht wie:

„,Pflastermalen auf dem Schulhof'. Das ist eine tolle Friedensaktion bei schönem Wetter, an der vor allem die jüngeren Schüler/innen bestimmt Spaß haben. Dazu braucht man nur weiße und bunte Kreise und malt dann die Peace-Zeichen, Raketen mit einem Strich durch ..."

Und was das Tollste daran ist: Solche Rundschreiben kosten die DKP nichts; die Landesschülervertretung wird von der Düsseldorfer Regierung mit einer sechsstelligen Summe subventioniert. Ihre Schreiben müssen überdies „gemäß VV 1,23 zu Paragraph 1 Schulmitwirkungsgesetz ungeöffnet" an die Schülervertretung jeder Schule weitergeleitet werden. Die vernünftigen Lehrer und Eltern dürfen nicht erfahren, wer da ihre Kinder alla Moskau verändert.



„Konnte keiner oder wollte keiner Ihr Enkel sein, lieber Kollege?"
ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Ausblick nach der Schlacht

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Nach diesem sieghaften Wahlergebnis wird Helmut Kohl als „Enkel Adenauers" gefeiert; das kann jedoch nicht heißen, daß Adenauers Zeiten wie gehabt zurückkehren. Zwar haben sich im Niedergang der SPD als Kanzlerpartei die Grundfragen unserer Republik, Westbindung und Marktwirtschaft, erneut gestellt. Sie werden nun von Kohl so beantwortet werden, wie es Konrad Adenauer als erster Bundeskanzler entschieden hatte. Das Wahlergebnis verbürgt also Kontinuität. Dennoch: Wir nähern uns dem Ende des Jahrhunderts, und da sieht das politische Umfeld völlig anders aus als zur Mitte des Säkulums.

In Thesen zusammengefaßt, stellt sich die Situation wie folgt dar:

These 1: Die Wähler haben die durch das Grundgesetz verfaßte repräsentative Demokratie am unmittelbarsten Punkt, dem von den Abgeordneten im Parlament mitten in der Legislaturperiode vollzogenen Regierungswechsel, bestätigt.

Angenommen, die Kalkulation Kohls wäre nicht aufgegangen, er hätte im neuen Bundestag keine Kanzlermehrheit hinter sich und die FDP wäre draußen vor der Tür geblieben: Hätte sich dann nicht dringlich die Frage gestellt, ob das Grundgesetz geändert werden müsse? Denn die Bürger hätten ja mit dem Stimmzettel das Verfassungsinstitut eines von den gewählten Abgeordneten vollziehbaren Koalitionswechsels während der Legislaturperiode verworfen. Es sollte als das Einmalige, nicht zu Wiederholende dieser vorgezogenen Bundestagswahl akzeptiert werden, daß nach knapp dreieinhalb Jahrzehnten das politische System des Grundgesetzes von den Bürgern aufs neue anerkannt worden ist.

These 2: Die Rolle der FDP, zwischen den beiden großen Volksparteien als Zünglein an der Waage zu bestimmen, welche Partei den Kanzler stellt, und notfalls auch mitten in der Legislaturperiode den Wechsel der Kanzlerschaft von der einen Volkspartei zur anderen im Parlament zu vollstrecken, ist von den Wählern sanktioniert worden.

Dieses Resultat der Wahl muß für Hans-Dietrich Genscher, seit Schmidts Abgang Prügelknabe der Nation, eine große Genugtuung sein. Die Bürger haben sich mehrheitlich für das Prinzip eindeutiger Kanzlermehrheit im Bundestag, jedoch verbunden mit Machtkontrolle durch Verteilung der Regierungsgewalt auf zwei Koalitionsparteien, entschieden.

These 3: In der Grundstruktur ergibt diese Wahl eine Tendenz zu zwei großen politischen Sammelbecken.

Franz Josef Strauß denkt seit Jahren laut darüber nach, ob das Zweiparteiensystem nicht in der Weise eingerichtet werden könnte, daß sich alle Bürgerlichen rechts der Mitte vereinen, während sich links der Mitte die Progressiven und Sozialisten zusammenfinden. Am Sonntag hat die SPD eine so herbe Niederlage erlitten, weil gemäßigte, also bürgerliche SPD-Anhänger in Scharen die Union gewählt haben. Eine entsprechende Wanderung vom linken Unionsflügel zur SPD ist freilich ausgeblieben. Geht man davon aus, daß die SPD um Einschmelzung der Integrierbaren unter den Grünen bemüht sein wird, so entwickelt sich offenbar die von Strauß und auch von Willy Brandt anvisierte Formation der zwei Lager, zwar nicht parteiorganisatorisch, aber doch in den politischen Grundströmungen.

These 4: Eine wachsende Minderheit unter den Wählern nutzt die Möglichkeit, die Zweitstimme einer anderen Partei zu geben als die Erststimme, um aus rationaler Überlegung auf die Fraktionsstärken im Bundestag einzuwirken.

Bürger, die am Wahltag so verfahren, handeln aus pragmatischen Gründen, unbeschadet ihrer grundsätzlichen weltanschaulichen Einstellung. Sie durchbrechen bewußt die Parteigrenzen.

These 5: Die Parteien müssen ihre Standorte neu bestimmen.



Suche nach der romantischen Identifikation: Jungwähler, den CDU-Sieg feiernd FOTO: HANS HÖFT

Das trifft auch auf die Union zu, die schon durch die vorhersehbaren Schwierigkeiten der Koalitionsverhandlungen, die Kohl zu allererst mit der CSU führen muß, in einen solchen Denkprozeß hineingezwungen wird.

Der FDP muß ihr gegensätzliches Abschneiden bei der Bundestagswahl und bei der Regionalwahl Rheinland-Pfalz den Schluß nahelegen, daß die Wähler ihr eine Existenzberechtigung vor allem als Hüter der sozialen Marktwirtschaft zuerkennen. Als Lambsdorff-Partei muß sie rechts von der CDU/CSU stehen. Dazu den Mut aufzubringen, ist ihre eigentliche Überlebensfrage.

Die SPD braucht nur auf ihr Debakel in Nordrhein-Westfalen zu blicken, um zu ermessen, wie weit zurückgeworfen sie ist. Sogar das Ruhrgebiet droht ihr zu entgleiten. Ihre Situation ist paradox: Obwohl feststeht, daß sie am Sonntag viele Wählerstimmen wegen Vogels Techtelmechtel mit den Grünen nicht bekommen hat, will der Parteivorsitzende Brandt Kräfte der Erneuerung, Impulse künftiger Reformfähigkeit aus der sozialen Gärung ziehen, die jetzt mit den Grünen in den Bundestag hineinschwappt.

Die Grünen ihrerseits werden die SPD in den Würgegriff ihrer Doppelstrategie zu nehmen versuchen und im Bundestag die sozialdemokratische Fraktion immer wieder zu hochnotpeinlichen Abgrenzungen zwingen. Für das politische Profil der SPD wird kennzeichnend sein, wieweit sich Vogel, der sich schon im Raketenwald verbiestert hat, in das „Ohne mich" der sogenannten „sozialen Bewegung" hineinziehen läßt.

These 6: Die traditionellen Parteien müssen Wege finden, die Jungwähler an sich zu binden.

Bisher hat das nur die CSU überzeugend geschafft. Die Grünen sind jedoch weithin ein Jugendproblem. Sie werden nur dann eine flüchtige Erscheinung bleiben, wenn es den herkömmlichen Parteien gelingt, dem natürlichen Jugendprotest ein Ventil und jungen Menschen die Möglichkeit zu romantischer Identifikation zu geben.

So sehen die Vorzeichen aus, unter denen die neue Ära der bürgerlichen Mitte steht. Diese Ära mag zwei Legislaturperioden oder, wenn Wehner recht behält, länger dauern. Zunächst aber steht das nächste Etappenziel vor Augen, die Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

IM GESPRÄCH Arye Dulzin

Ein Zionisten-Leben

Von Rafael Seligmann



Hofft auf Kohls Besuch: Dulzin FOTO:

Der größte Erfolg, den die Juden im Zionismus sehen, ist, daß es gelungen ist, eine Zufluchtsstätte zu errichten, in der jeder Jude Schutz suchen kann", sagt Arye Dulzin. Er ist seit zehn Jahren Vorsitzender der Zionistischen Weltorganisation. Aber die Hoffnung, der Antisemitismus werde damit verschwinden, habe sich nicht erfüllt, meint der 70jährige Pfeifenraucher, der die Energie eines 40jährigen ausstrahlt: „Die globale Zunahme des Antisemitismus wird heutzutage eben wegen des wachsenden Antizionismus nicht deutlich genug erkannt."

Ein Problem für die Zionistische Weltorganisation ist die geringe Zahl der Juden aus der Diaspora, die sich zu einer Einwanderung nach Israel entschließt, und die hohe Zahl von Israelis, die ihrer Heimat den Rücken kehrt. „Dies fängt bereits bei einem organisatorischen Problem an: Wir, die Zionistische Weltorganisation, sind nur für die Einwanderung zuständig – die Auswanderung ist ein individuelles Problem, mit ihr sind zumeist staatliche Stellen befaßt", erklärt Dulzin ein wenig resignierend. Die entscheidende Frage sei jedoch, „ob es gelingt, Israel für die Juden in aller Welt als Einwanderungsland attraktiv zu machen". Dies sei nur möglich, „wenn in Israel eine Modellgesellschaft geschaffen wird, wenn Israel zum Zentrum des jüdischen Lebens wird". Das wiederum sei weniger ein materielles als ein geistiges Problem.

Im letzten Jahr seien lediglich 600 Juden aus der Sowjetunion nach Israel gekommen: „Immerhin, seit 1970 waren es 160 000. Dagegen sind seit der Staatsgründung im Jahre 1948 erst 260 000 Juden aus westlichen Ländern nach Israel eingewandert. Das ist zu wenig. Wir brauchen mehr. Wir müssen in Zukunft unsere Anstrengung verstärken und vor allem auf Jugendliche konzentrieren."

Es gibt nicht viele Menschen in öffentlicher Stellung, die ihr Leben so konsequent einem bestimmten Aufgabenbereich gewidmet haben Arye Leon Dulzin, am 31. M 1913 in Minsk geboren, emigrierte mit seinen Eltern 1928 aus d UdSSR nach Mexiko, wurde do mit achtzehn Jahren Generalsekretär und 1938 Präsident der dortigen Zionisten-Organisation u übte seither Funktionen der jü schen Weltorganisation aus, bis nach provisorischer Leitung d Zionistischen Weltorganisation wie der Jewish Agency, 1978 zu Vorsitzenden beider Organisationen gewählt wurde. Der Mu funktionär übt nebenher mehr a ein Dutzend Ämter aus. Die Bitt keit mancher Juden auch gege über dem neuverfaßten Deutsch land teilt er nicht: „Ich würde e nen Besuch von Bundeskanzl Helmut Kohl in Israel begrüßen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Allgemeine Zeitung

Hier heißt es in der Mainzer Zeitung über den sich abzeichnenden Aufschwung der US-Wirtschaft:

Der Aufschwung, den die Regierung in Washington vorausgesagt hat, beginnt sich langsam durchzusetzen. Getrieben wird er durch den gewaltigen Nachholbedarf auf dem Sektor der Konsumgüter, nachdem das Publikum schon seit vier Jahren große Zurückhaltung gezeigt hatte. Denn der Reagan-Rezession ging bekanntlich ein, wenn auch weniger scharfer, Rückgang unter Jimmy Carter voraus, dessen Ausmaß freilich durch die damalige Inflationsmentalität vernebelt wurde. Selbst die Pessimisten an der Wall Street und in der Industrie im Hinterland sprechen jetzt von „gedämpftem Optimismus". Gedämpft darum, weil sie zwar für das laufende Kalenderjahr eine kräftige Aufwärtsentwicklung erwarten, aber nicht einheitlich überzeugt sind, daß sich der Auftrieb auch in den Jahren 1984 und 1985 fortsetzen wird. Sie geben aber zu, daß die sinkenden Ölpreise der Wirtschaft helfen werden.

Frankfurter Rundschau

Das Blatt befaßt sich mit den Demonstrationen während des Papstbesuches in Managua:

Man wird von diesem Oberhaupt der katholischen Kirche keine differenzierten Gedanken zum Gewaltproblem verlangen, aber die Massen Lateinamerikas erwarten doch, daß er die herrschenden sozialen und gesellschaftlichen Zustände zumindest auch als eine Form der Gewalt erkennt und – wie jede Form der Gewalt – verurteilt. Statt dessen die Indio-Bauern zu ermahnen, auf Landreformen zu vertrauen, zeugt von einer Weltfremdheit, die fast erbarmungslos anmuten muß. Seit 70 Jahren vertrauen die Indios den zahllosen Versprechungen auf Landreform. Und immer dann, wenn sie friedlich die Einlösung der Versprechen verlangten, richteten die Herrschenden Blutbäder unter ihnen an. Außerehelichen Geschlechtsverkehr zu meiden und die Fam über alles zu stellen, klingt eben realitätsfremd, denn in den Mil nen-Slums der lateinamerik schen Großstädte sind die sozia Strukturen zerstört oder gar nic vorhanden. Es gibt dort keine B hörden und meist auch keine Pr ster, die trauen, taufen, auf e Familie achten könnten. Der Pa läuft Gefahr, der Einheit der K che in Mittelamerika eher zu sc den als zu nützen.

SUD-OUEST

Die Zeitung aus Bordeaux schreibt die französischen Kommunalwahlen, dem bürgerlichen Lager schon in der sten Runde einen deutlichen beschieden:

Ohne die Ergebnisse der zwei Wahlrunde abzuwarten, die nor lerweise die der ersten bestätig und oft vergrößern, muß die Reg rung sich einer strengen Prüfu unterziehen. Es ist wahrscheinli daß die alte Debatte wieder aufflammt zwischen den Maxim sten, die glauben, man sei nic weit genug gegangen, und denje gen, die annehmen, man m sich der Macht der Dinge anp sen. Es ist Aufgabe des Präsid ten, zu entscheiden ... Wird er e neue Regierung mit anderen M nern in Erwägung ziehen?. Neue unpopuläre Sparmaßn men scheinen notwendig, we nicht unausweichlich.

Frankfurter Allgemeine

Die Zeitung merkt zum eben be Parteitag der italienischen Kommu an:

Das vom PCI erstrebte Reg rungsbündnis mit den Sozialis rückt nicht näher. Berlinguer s auf dem Parteitag, der PCI mü die Sozialistische Partei so n men, wie sie ist; aber das gelte a umgekehrt. Indessen, den PCI, er heute ist, könnten die Sozi sten auch nicht an die Regier führen, wenn sie es wollten – brächten sich damit um ihren A hang im Volk. So bleibt die grö kommunistische Partei der wes chen Welt, die italienische, re rungsunfähig.

Eine Korrektur durch Frankreichs soziologische Mehrheit

Vor allem in Paris kann aus der Niederlage eine Katastrophe werden / Von August Graf Kageneck

Der Fehlprognose Willy Brandts nicht unähnlich, daß es links der CDU/CSU eine Mehrheit im Lande gebe, hatte François Mitterrand nach seiner Amtsübernahme im Mai 1981 tief befriedigt festgestellt, nun habe in Frankreich endlich die soziologische Mehrheit auch ihren politischen Ausdruck gefunden. Auch Mitterrand ist am 6. März von den Wählern widerlegt worden. Frankreich ist weder soziologisch noch politisch mehrheitlich links. Es ist sich auch nach dem trügerischen Umschwung des Mai 1981 im Grunde treu geblieben: ein Volk der gemäßigten Mitte.

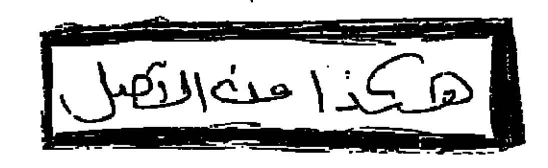
Der Kredit, den die Franzosen vor zwei Jahren der Linken eingeräumt hatten, scheint großenteils verspielt zu sein. Um einige spektakuläre Urteilssprüche dieser ersten Runde der Gemeindewahlen herauszugreifen: Sieben der Minister Mitterrands, die in der vermeintlichen Fülle ihrer Verdienste ein Tänzchen mit dem Wähler um den Bürgermeistersessel einer Großstadt gewagt hatten, sind glatt geschlagen worden. Etablierte Stadtväter wie Pierre Mauroy in Lille oder Gaston Defferre in Marseille, Premierminister Mitterrands der eine, Innenminister der andere, müssen sich einer schwierigen Stichwahl am nächsten Sonntag stellen. Die Stadt Grenoble, seit achtzehn Jahren von dem Sozialisten Dubedout regiert, vertraute sich einem nahezu unbekannten jungen Gaullisten an. Reims, die ehrwürdige Krönungsstadt, hatte 1977 dem kommunistischen Oberlehrer Claude Lamblin das Rathaus überlassen. Heute sieht sich Lamblin vom Gaullisten Falla-da wieder aus dem Paradies vertrieben.

Geradezu triumphal nimmt sich der Sieg des Gaullistenchefs Jacques Chirac in der Hauptstadt Paris aus. Er hat in achtzehn von zwanzig Arrondissements der Stadt auf Anhieb seine Kandidaten durchgebracht, in den beiden restlichen sieht es für die Stichwahl so aus, als könnte er am nächsten Sonntag mit einem Grand Slam aufwarten. Nicht der Sieg junger Nachwuchspolitiker Chiracs wie Jacques Toubon oder Alain Jupe (man merke sich ihre Namen) in ihren Vierteln ist das Entscheidende. Die Niederlage der gesamten Führungsspitze der Sozialistischen Partei, allen voran des ersten Sekretärs Lionel Jospin, in den Arbeitervierteln der Hauptstadt läuft auf eine glatte Desavouierung der Politik der größten Regierungspartei hinaus. Das Vertrauen hat, wie man in Frankreich seit Napoleon sagt, das Lager gewechselt.

Gewiß, es wird noch harte Gefechte um die achtundneunzig Städte geben, die sich erst im zweiten Wahlgang entscheiden müssen. Der Ausgang einiger Duelle steht auf des Messers Schneide. Erst am Abend des 13. März wird man sagen können, ob sich der Sieg vom letzten Sonntag für die Opposition in einen Triumph verwandelt hat. Gewiß, auch dann würde sich an den Machtverhältnissen in Frankreich nichts ändern, denn Sozialisten und Kommunisten haben im Parlament die absolute Mehrheit, und der Staatspräsident ist bis 1988 gewählt. Gewiß kann die Linke für sich in Anspruch nehmen, was die Rechte 1977 sagte: daß Gemeindewahlen immer zugunsten der Opposition ausschlagen, weil sie dem Wähler erlauben, der Regierung einen kostenlosen Strafzettel zu schicken. Sie kann sogar, wie der sozialistische Kammerpräsident Louis Mermaz, das Alibi vorbringen, schuld an der Niederlage sei der unausrottbare Minderwertigkeitskomplex der Linkswähler vor einer Rechten, die ihre Gegner systematisch als Underdogs behandelt habe. Man wird sehen, ob die Underdogs bis zum 13. März ihr Trauma überwinden können.

Nicht aber kann die Linke sagen, das Wahlergebnis hab gezeigt, daß die Franzose noch mehr Sozialismus wo ten. Das Gegenteil ist der Fa

Nach zwei Jahren sozialis schen Experiments ist die E kenntnis Oscar Wildes aus de Jahr 1891 aktuell geworde daß die letzte Stufe des M schen schlimmer sein wird a die erste, wenn der Sozialism nach der politischen auch d ökonomische Gewalt an si gerissen und die industrie Tyrannis errichtet hat. Gen das bahnte sich in Frankrei mit dem Verstaatlichungsei der Sozialisten und Kommu sten an. Die Franzosen ab haben im Mai 1981 gewiß nic nach mehr Staat in ihre schon hinreichend dirig schen Land geschrieen, so dern bestenfalls nach mehr s zialer Gerechtigkeit. Daß di von der Marktwirtschaft bes garantiert wird als vom Kolle tivismus, mögen die Sozi sten begreifen oder nicht: d Wähler jedenfalls scheinen wieder begriffen zu haben.





Am Wahlabend im Adenauer-Haus: Der alte und neue Bundeskanzler Helmut Kohl genießt das Bad in der Menge.
FOTO: WERNER SCHÜRING

…m Tage nach der Wahl-…chlacht: Sieger Helmut …ohl mit dem Lächeln …es Glücklichen; Franz …osef Strauß mit ge-…ämpftem Trommel-…lang; Hans-Dietrich …enscher immer noch …in wenig erstarrt ange-…ichts der Schreckstun-…e, da für ihn das Ge-penst der absoluten CDU/CSU-Mehrheit …ber die Fernsehschirme …uschte. Und schließlich …ans-Jochen Vogel, der …ich in den Stunden sei-…er schrecklichen Nie-…erlage nur mühen konn-…, sich als guter Verlierer …u erweisen.

Am Tag danach: Fragen, Schweigen, Erinnerungen

…on GEORG SCHRÖDER

Das schlechteste Wahlergebnis der SPD seit jenen 35,8 Prozent von 1961! Das ist ein …ammer, der am Wahlabend im …lenhauer-Haus Betroffenheit …slöste. Ein Teil der Gäste hatte …eilig, aus dem Haus des Gehenk-…n zu entweichen. Betreten hat …r eine oder andere von ihnen am …ge nach der Wahl nachgelesen, …as Hans-Jochen Vogel über den …zialdemokratischen Presse-…enst seinen Parteifreunden noch …mittelbar vor der Wahl zugeru-…n hatte: „Wir Sozialdemokraten …ben eine reelle Chance, am …nntag von neuem zur politisch …hrenden Kraft unseres Landes zu …rden … Die Themen des Wahl-…mpfes sind vom Beginn an von …s bestimmt worden … Nach al-…n Anzeichen wird es am Sonntag …e Rekordwahlbeteiligung ge-…n." Dadurch würde der Versuch …r „Genscher-FDP", in den Bun-…stag zurückzukehren, um so si-…erer scheitern, meinte Vogel.

…ichts von den Vorhersagen …t eingetroffen

Nichts, buchstäblich nichts ist …n dem eingetroffen. Nicht ein-…al die Rekordwahlbeteiligung, …s Überschreiten der 90-Prozent-…enze der Wahlberechtigten, wur-…erzielt.

…m 19. September 1965, als der …nzlerkandidat Willy Brandt zum …eiten Male die Hürde der 40 Pro-…t nicht schaffte, saß er tief de-…miert und sorgfältig von den …urnalisten abgeschirmt in einem …r hinteren Räume der Parteiba-…ke. Nur mit Mühe und Not …nnten ihn die Präsidiumsmit-…eder davon abhalten, aus seinem …fugium herauszutreten und der …esse zu erklären, daß er nicht …n dritten Mal als Kanzlerkandi-… in die Schlacht ziehen wolle. …n Tage danach wurde der Mantel …s Schweigens darüber ausge-…itet. Aber das verhinderte nicht, …ß nun schon in der SPD die nur …h mühselig verdeckten Vorpo-…ngefechte um die Nachfolge …andts begannen. Wer sollte der …chste Kanzlerkandidat werden? …tz Erler oder der aus Hamburg in den Bundestag zurückgekehrte Helmut Schmidt?

Bleibt Vogel, der Verlierer von München, von Berlin und nun auch der Bundestagswahl? Auffällig, wie eilig Horst Ehmke schon am Sonntag um 19 Uhr beteuerte, er sehe nicht eine drohende Zerreißprobe in der SPD. Peter Glotz dann trotzig: „Wir sind keine Partei, die Vogel wie einst die CDU Barzel behandeln wird." Der Vorschlag des SPD-Präsidiums an die Fraktion, Vogel zu ihrem Vorsitzenden zu wählen, kam eilig, sehr eilig, damit am Tage danach die neu gewählten Abgeordneten von neuem Nachdenken abgeschreckt wurden.

Ein Oppositionsführer, der als von Berlin entsandter Bundestagsabgeordneter nicht voll stimmberechtigt ist, dessen Stimme bei der Kanzlerwahl nicht zählt – das ist eine Neuheit. Ein Fraktionsvorsitzender der SPD, der nicht Parteivorsitzender ist, das allerdings hat es zu Zeiten Erich Ollenhauers, später Willy Brandts, mehrfach gegeben. Aber manche fragen sich an diesem Montag, wer nun künftig die Opposition wirklich führen wird: Fraktionsvorsitzender Vogel oder Parteivorsitzender Brandt?

Als sicher gilt dagegen schon, daß künftig nicht in der Fraktion, sondern im Parteipräsidium die politische Linie der oppositionellen SPD bestimmt werden wird. Das heißt, in den nächsten Jahren wird Vogel, ob er sich nun sträubt oder nicht, nicht viel mehr als der Erfüllungsgehilfe des über Schmidt und Wehner triumphierenden Willy Brandt sein, des wirklichen Oppositionsführers.

Wird Brandt sich trotz der Niederlage weiter auf die Suche nach der neuen Mehrheit links von der Mitte machen? Am Tage danach kann man kaum jemanden in Bonn finden, der nicht damit rechnet. Auch die Grünen? Nach dem Wechselbad von der Befürchtung, unter der Fünf-Prozent-Klausel zu bleiben, und der Gewißheit, nun doch ins Bundeshaus einzuziehen, haben sich die Grünen beeilt zu demonstrieren, welch unangenehmer Freund-Feind den Sozialdemokraten in der Opposition auf den Füßen stehen wird.

Die vierte Partei, von Franz Josef Strauß einst (wenn auch anders) so stürmisch ersehnt, sitzt nun im Parlament. Zum erstenmal wieder eine vierte Partei seit dem Dritten Bundestag, in dem die konservative Deutsche Partei noch mit 17 Sitzen als Koalitionsgenossin Konrad Adenauers diesen Part spielte.

Dritte Partei im Bundestag aber ist die FDP geblieben, oder um das Wort zu gebrauchen, das Hans-Dietrich Genscher vorzieht: „Dritte Kraft." Ein kleines Wunder ist geschehen, vielleicht ist es gar nicht einmal so klein, wenn man an die politischen mittel- und langfristigen Auswirkungen denkt.

Es war schon kein Zufall, daß Genscher als letzter der Parteikoryphäen am Wahlabend Stellung bezog. Mit Zittern und Zagen hatte er eine erste Hochrechnung vernommen, die der CDU/CSU, allerdings zu Unrecht, die absolute Mehrheit auf den Gabentisch legte. Die Gefahr einer neuerlichen Zerreißprobe der FDP, die eine Koalition für solchen Fall ausschloß, zog am Horizont Genschers auf, verblaßte erst langsam, ließ ihn dann am Ende aufatmen.

„Heute wie gestern Fortsetzung der Koalition"

Auch am Tage danach ist nicht vergessen, daß in das Schweigen Genschers hinein gleich am frühen Abend Helmut Kohls dezidierte Worte hineinhämmerten: „Ich sage heute wie gestern Fortsetzung der Koalition." Noch aussagekräftiger: Als der CDU-Parteivorsitzende gefragt wurde, ob er traurig sei, wenn es doch nicht zur absoluten Mehrheit komme, antwortete er lakonisch und überzeugend: „Keineswegs."

Am Tage danach ging es im Gespräch zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß um diese Frage, als es nun galt, über die neu zu schließende Koalitionsvereinbarung, über Sachen und Personen zu sprechen. Die Rechnung von Strauß, die auf der absoluten Mehrheit basierte, ist nicht aufgegangen. Die Strategie und Taktik Kohls, der nun über Jahre hinweg eine Koalition mit der FDP anstrebte, hat in der Wahlnacht zum zweiten Mal triumphiert.

Kein Wunder, daß der Kurs Kohls auf der Bonner Politbörse rapide gestiegen ist. Das Schlagwort „Der schwarze Riese" hat zum erstenmal nun auch den letzten Rest von Ironie verloren. Die CDU ist glücklich über ihren Sieger Kohl. Das ist in diesen Tagen ein politisches Faktum ersten Ranges geworden.

Und was macht Strauß? Der Ministerpräsident Bayerns hat sich bis zur Stunde alle Wege offen gehalten. Jubelchöre in Bonn stehen nicht bereit. Er weiß das. Möglich, daß er wie schon so oft zuvor tief drinnen in seiner Brust selber Zweifel daran hegt, auf welchem Platz er sitzen möchte. Mancher erinnert sich noch daran, daß Strauß 1976 nicht unter einem Fraktionsvorsitzenden Kohl die Rolle eines zweiten Mannes spielen wollte, deshalb den Weg nach München zum Sessel des Ministerpräsidenten einschlug. Was ist daran heute anders? Oder ist die Einstellung von Strauß gleich, wenn ihm der Weg ins Auswärtige Amt nicht geöffnet wird? Frühestens in vierzehn Tagen werden wir es wissen.

„Lieber zwei Wahlkämpfe als eine Kabinettsbildung" – seufzend hat das vor langen Jahren einmal Konrad Adenauer angemerkt. Der „Enkel Adenauers", wie sich Kohl gern bezeichnet, wird das jetzt verspüren. Nach einem Rezept des Alten will er verfahren, daß nämlich die Personalien „in aller Ruhe" behandelt werden sollen. Das setzt gute Nerven des Bundeskanzlers voraus.

Wenn die Nerven zu flattern anfangen, wird eine Kabinettsbildung zur Tortur. So war es 1961, als Konrad Adenauer mit allen Mitteln, auch der Drohung mit einer großen Koalition, um die Fortsetzung seiner Kanzlerschaft kämpfen mußte. So war es auch 1965, als Ludwig Erhard bedrängt wurde, Gerhard Schröder nicht wieder zum Außenminister zu ernennen, und als die CSU – sprich: Strauß – es schriftlich haben wollte, daß jeder Unterhändler im Prinzip auch ministerfähig sei. Vier Wochen dauerte damals das Ringen um die Koalitionsvereinbarung. Hoffen wir, daß es diesmal schneller geht.

Ein Führungsstreit innerhalb der CDU war 1961 nicht anders als 1965 das Gift, das Adenauer und dann später Erhard zermürbte. Die 4,3 Prozent, die die rechtsradikale NPD bei der Wahl zum sechsten Deutschen Bundestag 1969 erzielte, waren die Ursache dafür, daß Kurt Georg Kiesinger kurz vor der absoluten Mehrheit strauchelte. Damals konnte deshalb zum ersten und bisher einzigen Male eine Bundesregierung gebildet werden, die sich nicht auf die absolute Mehrheit der Wählerstimmen stützen konnte, die der SPD/FDP. All das fehlt heute, und das gibt zusätzliche Stärke dem Kanzler Kohl.

Erinnerungen an Mende und Kiesinger

Am Tage danach werden Erinnerungen wach an Wahlsieger, die, ehe sie sich versahen, zu Verlierern wurden. Am Tage nach der Bundestagswahl von 1961 war FDP-Oppositions-Chef Erich Mende mit seinem Rekordergebnis von 12,8 Prozent ein strahlender Sieger. Den Sieg verspielte er dann innerhalb weniger Tage durch übereilte Festlegung auf eine Koalition ohne Adenauer. Von dem „Umfaller-Etikett" kam er kaum wieder los, obwohl er selber auf den Eintritt in das Kabinett verzichtete.

Am Tage danach entdeckte 1969 der empörte Wahlsieger Kurt-Georg Kiesinger, daß niemand mit ihm und der CDU/CSU koalieren wollte. Seine Suche nach wenigstens sieben FDP-Abgeordneten blieb ergebnislos.

Und dann der Triumph Willy Brandts 1972. Der überwältigende Sieg. Zum erstenmal war die SPD stärkste Fraktion. Eine Wahlbeteiligung von 91,1 Prozent. Der Nobelpreisträger, der Friedensfürst, der Vorsitzende einer Partei, von der im Jubel und Überschwang der Wahlnacht selbst Männer wie Horst Ehmke hofften, beim nächsten Mal würde die SPD die absolute Mehrheit erringen. Anderthalb Jahre später war das alles verglühte Asche, war Brandt gestürzt. Die Hybris hatte Brandt verschlungen.

In Mainz offenbarte sich der Wählerstamm

Von JOACHIM NEANDER

Irgendwann tief in der Wahlnacht beim Bier im Weinkeller der Mainzer Staatskanzlei wurde Ministerpräsident Bernhard Vogel angepflaumt: Seine Mehrheit im neugewählten Landtag von Rheinland-Pfalz sei jetzt so groß, daß er nicht einmal mehr zu heiraten brauche.

Vogel, als letzter unbeweibter deutscher Landesfürst gegen derlei Scherze längst abgehärtet, lachte pflichtgemäß und schallend. Da schaltete sich einer seiner Mitarbeiter ein: „Nein, halt, die Heirat bewahren wir uns als Wunderwaffe für den Wahlkampf in vier Jahren."

In der Nacht nach der Wahl schon an die nächste Wahl denken – dies scheint die Parteien in Mainz auf geheime Weise zu einigen: den Wahlsieger CDU, der zwar nicht mit den 51,9 Prozent Stimmen, wohl aber mit den 57 Landtagsmandaten die breiteste absolute Mehrheit in der Geschichte des Landes erobert hat, genauso aber auch die beiden Verlierer – die SPD (zum erstenmal seit 16 Jahren unter die 40-Prozent-Grenze gerutscht) und die FDP (zum erstenmal muß sie das Parlament dieses Bundeslandes räumen).

War es überhaupt eine richtige Landtagswahl? Oder nur Abfallprodukt einer Bundestagswahl am selben Tag? Wenige Wochen vor dem 6. März fürchtete Bernhard Vogel, der Bundestrend werde „seine" Landtagswahl überschwemmen, ihn womöglich aus dem Amt treiben. Die Vermutung, es sei der plötzliche Rückenwind aus Bonn gewesen, der jetzt auch die große Landtagsmehrheit herbeigezaubert hat, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Das Zusammenfallen der beiden Wahlen bietet den Wahlanalytikern ein völlig neues Forschungsfeld. Erste Erkenntnisse:

- Beide großen Parteien liegen mit ihren Landtagswahl-Ergebnissen im Verhältnis zu den Bundestagsergebnissen zwischen ihren Erst- und Zweitstimmen: Die CDU holte in Rheinland-Pfalz bei der Bundestagswahl 52,8 Prozent Erststimmen, 49,6 Prozent Zweitstimmen und 51,9 Prozent Landtagsstimmen. Die SPD gewann 40,5 Prozent Erststimmen, 38,4 Prozent Zweitstimmen und 39,6 Prozent Landtagsstimmen.

Beide Spitzenkandidaten interpretieren ihr Landtagsergebnis als Erfolg: Vogel als absoluten, weil trotz der um 10 Prozent höheren Wahlbeteiligung der CDU-Anteil nicht geschrumpft ist, wie viele fürchteten – Hugo Brandt als relativen, weil die SPD in Rheinland-Pfalz ja doch besser standgehalten habe als im Bundesdurchschnitt.

Die Tatsache, daß diese Rangfolge „Erststimme, Landtagsstimme, Zweitstimme" für beide großen Parteien nicht nur auf Landesebene, sondern mit wenigem Ausnahmen in sämtlichen Städten und Kreisen wiederkehrt, läßt jedoch kaum einen anderen Schluß zu als diesen: Das Landtagswahl-Ergebnis spiegelt für CDU und SPD ihren eigentlichen Wählerstamm wider: So hätte vermutlich das Bundestagswahl-Ergebnis in Rheinland-Pfalz ausgesehen, wenn der Wähler nur eine Stimme gehabt hätte.

- Zwischen 1 und 0,5 Prozent der Wähler in Rheinland-Pfalz müssen – dies ergibt der rechnerische Vergleich der Zahlen – ihre Erststimme der SPD, ihre Zweitstimme der FDP gegeben haben.
- Die Stimmen für die Grünen in Rheinland-Pfalz liegen bei der Landtagswahl nicht niedriger als bei den Zweitstimmen für den Bundestag (4,5 Prozent), in einigen Fällen sogar noch höher.

Grund genug für alle Parteien, dieses Landtagswahl-Ergebnis mit Vorbehalten zu werten, sprich: schon heute an die Wahl in vier Jahren zu denken.

Hektische Aktivität schon am Montag war die Konsequenz. Schon vor Ostern, verriet Regierungschef Vogel der WELT, werde er seine Entscheidungen hinsichtlich seines neuen Kabinetts treffen. Zuerst freilich wolle er mit der FDP sprechen.

Vogel wäre bereit, einen FDP-Mann als Staatssekretär in die Regierung aufzunehmen, um so das Band für eine Koalition in vier Jahren aufrechtzuerhalten. Trotz des gewaltig gestiegenen Selbstbewußtseins würde die neue CDU-Fraktion ihm bei diesem Vorhaben keinen Stein in den Weg legen: Zu gut weiß sie, wie wichtig das Band zur FDP in vier Jahren werden könnte.

Aber das Bild dieser schwer und ungerecht „bestraften" Landes-FDP ist diffus. Fraktionschef Scholl bekräftigte gegenüber der WELT seine Absicht, auch von seiner neuen beruflichen Position (etwa in Düsseldorf) aus die Arbeitsgruppe der Mainzer FDP außerhalb des Parlaments zu führen. Aber schon in der Wahlnacht drängten sich ganz neue Gesichter bei der FDP nach vorn. Niemand weiß, ob nicht im stillen doch der Sturz des bisherigen „Doppelkopfs" der FDP (Fraktionschef Scholl neben Landeschef Heinz) betrieben wird.

Blitzschnell handelte als erste die SPD. Am Montag früh um 8.30 Uhr in einem Mainzer Hotel erklärte Fraktionschef Werner Klein dem Landesvorstand seiner Partei überraschend, er werde nun doch nicht gegen Hugo Brandt um den Vorsitz der neuen Fraktion kandidieren. Er verzichte um der Partei willen. Ein seit Monaten schwelender Konflikt wurde so bereinigt.

Endergebnis der Landtagswahl

Der Landeswahlleiter von Rheinland-Pfalz gab am Sonntagabend das vorläufige amtliche Endergebnis der Landtagswahl bekannt:

	6. 3. 1983	18. 3. 1979
Wahlberechtigte:	2 797 697	2 717 051
Wähler:	2 541 522	2 211 862
Wahlbeteiligung:	90,8 %	81,4 %
Gültige Stimmen:	2 514 771	2 184 540
Ungültige Stimmen:	26 751	27 322
CDU	1 305 748 (51,9 %)	1 094 480 (50,1 %)
SPD	995 595 (39,6 %)	923 965 (42,3 %)
FDP	88 264 (3,5 %)	139 248 (5,6 %)
Grüne	113 770 (4,5 %)	– –
DKP	4 946 (0,2 %)	9 024 (0,4 %)
NPD	3 657 (0,1 %)	14 915 (0,7 %)
ASG*	2 791 (0,1 %)	– –

*) Aktion Soziale Gemeinschaft

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen von 1949 bis heute

	Bundestagswahl 1983		Bundestagswahl 1980		Bundestagswahl 1976		Bundestagswahl 1972		Bundestagswahl 1969		Bundestagswahl 1965		Bundestagswahl 1961		Bundestagswahl 1957		Bundestagswahl 1953		Bundestagswahl 19…	
	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent
Wahlbeteiligung	–	89,1	–	88,6	–	90,7	–	91,1	–	86,7	–	86,8	–	87,7	–	87,8	–	86,0	–	78,5
CDU/CSU	18 997 186	48,8	16 897 659	44,5	18 394 801	48,6	16 806 020	44,9	15 195 187	46,1	15 524 068	47,6	14 298 372	45,3	15 008 399	50,2	12 444 055	45,2	7 359 084	31,0
SPD	14 866 210	38,2	16 260 677	42,9	16 099 019	42,6	17 175 169	45,8	14 065 716	42,7	12 813 186	39,3	11 427 355	36,2	9 495 571	31,8	7 944 953	28,8	6 934 975	29,2
FDP	2 705 798	6,9	4 030 999	10,6	2 995 085	7,9	3 129 982	8,4	1 903 432	5,8	3 096 739	9,5	4 028 766	12,8	2 367 135	7,7	2 629 169	9,5	2 829 920	11,9
Die Grünen	2 164 988	5,6	569 589	1,5	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
DKP*	65 789	0,2	71 600	0,2	118 581	0,3	113 891	0,3	197 331	0,6	434 182	1,3	609 918	1,9	–	–	607 761	2,3	1 361 706	5,7
NPD	90 901	0,2	68 096	0,2	122 661	0,3	207 465	0,6	1 422 010	4,3	664 193	2,0	–	–	–	–	–	–	–	–

* 1969: ADF, 1965: DFU, 1961: DFU, 1953: KPD, 1949: KPD

Fernsehen: Ein Abend voller Fehlleistungen

Selbstzufrieden gab sich am Schluß Günter Siefarth vom WDR: Man habe alles richtig vorausgesagt. Es war die Spekulation auf ein kurzes Gedächtnis. Denn in der zweiten Runde der Hochrechnungen hinkten Infas und ARD hinter den Mainzelmännern her. Die waren nicht nur schneller, sondern prognostizierten auch treffend: Die CDU bleibt knapp unter der absoluten Mehrheit, die „Grünen" kommen in den Bundestag. Zu diesem Zeitpunkt sah Infas noch die Union über 50 und die „Grünen" unter fünf Prozent.

Insgesamt war es ein Abend voller Fehlleistungen. Den Vogel schoß wohl Dieter Zimmer vom ZDF-Wahlstudio ab: Niedersachsen – wo Ernst Albrecht mit einer absoluten CDU-Mehrheit regiert und wo die Union bei den meisten Bundestagswahlen besser als die SPD abgeschnitten hatte – bezeichnete er als ein „traditionell sozialdemokratisches Land". Und hierzu rechnete er auch Hessen, wo Dreggers und Wallmanns CDU im letzten Jahrzehnt – ausgenommen die Bundestagswahl von 1980 – immer ein paar Prozente mehr als die SPD gewonnen hatte.

Auch die Interpretationskünste der ARD-WDR-Männer Friedrich Nowottny und Heinz Werner Hübner über das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen lagen mit den Fakten auf Kriegsfuß. Nowottny sprach vom „jahrzehntelangen" Vorsprung der SPD. Hübner versuchte seinem „Tagesschau"-Kommentar durch den Hinweis auf „Wahlverschiebungen an Rhein und Ruhr" eine sensationelle Würze zu geben. Beide übersahen aber, daß das 1980er Tief (bei Landtags- und Bundestagswahl) für die rheinische und westfälische CDU keineswegs charakteristisch war, sondern daß die jetzige CDU-SPD-Relation von 45,5 zu 42,8 Prozent durchaus den Ergebnissen zu Heinrich Köpplers Zeiten in den siebziger Jahren entspricht.

Wenn doch wenigstens die richtigen Fragen gestellt würden! „Ich fliege morgen nach Bonn", so parierte Franz Josef Strauß die stereotype Frage, ob er denn nach Bonn ginge. Ein Glück nur, daß es Ernst-Dieter Lueg gab, der mit der Penetranz einer Bohrmaschine Peter Glotz und Hans-Jochen Vogel nach dem „Spiel mit den Grünen" und dessen Auswirkung auf das nächste SPD-Wahlergebnis befragte. GISELHER SCHMIDT

Eine neue Ära ist eingeläutet

Fast 55 Prozent der Wähler identifizieren sich mit der von Kanzler Kohl vertretenen Politik

Von W. KALTEFLEITER

Kritische Wahlen" ist ein Begriff der Wahlforschung, mit dem tiefgreifende Umwälzungen im Wählerverhalten bezeichnet werden, die über den Wahltag hinaus für einen langen Zeitraum die Struktur eines Parteiensystems bestimmen. Die Bundestagswahl von 1953 war eine solche kritische Wahl, sie wurde in der Literatur als das „deutsche Wahlwunder" bezeichnet, weil sie die Transformation des deutschen Parteiensystems von einem Vielparteiensystem Weimarer Provenienz in ein alternierendes Parteiensystem fast angelsächsischer Art einleitete.

Vieles spricht dafür, daß die Wahl vom 6. März rückblickend ähnlich eingeordnet werden wird. Da ist zunächst der Triumph der Unionsparteien. Mit 48,8 Prozent erzielten sie formal ihr zweitbestes Ergebnis, nur übertroffen von Adenauers Kantersieg mit 50,2 Prozent im Jahre 1957. Aber auch diese 48,8 Prozent täuschen noch über die wahre Stärke der Union hinweg. Ein Blick auf die Erststimmen zeigt eher ihre wirkliche Stärke. Helmut Kohl wollte die Koalition mit der FDP fortsetzen, und genügend seiner Wähler empfanden wie er und hievten die FDP souverän über die 5-Prozent-Grenze. Man hat in der Vergangenheit häufig von Leihstimmen der SPD für die FDP gesprochen. Dieses Mal hat die Union wie ein großer Bruder. seine kleine Schwester auf den Arm genommen und ins Parlament getragen, das heißt, das wirkliche Potential der CDU/CSU lag am letzten Sonntag bei etwa 53 Prozent.

Der Amtsbonus kam noch nicht zum Tragen

Um diesen Triumph der Unionsparteien zu verstehen, muß man sich zwei weitere Tatsachen bewußt machen. Große Wahlerfolge einer Partei waren in der Vergangenheit in der Bundesrepublik – ähnliches gilt aber auch für andere Länder – in der Regel Personalplebiszite, Kanzlerwahlen, wie man in Deutschland zu sagen pflegt. Es schmälert den Triumph von Helmut Kohl nicht, wenn man feststellt, daß, anders als seine Vorgänger im Kanzleramt, er in der Wählerschaft keine weit über die Anhänger seiner Partei hinausgehende Resonanz fand.

Etwa 55:45 lautete die Verteilung auf die Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler unmittelbar vor der Wahl. Das war kaum anders zu erwarten, denn der Amtsbonus des Bundeskanzlers konnte nicht in wenigen Monaten aufgebaut werden, dazu bedarf es einer längeren Zeit unumstrittener Kanzlerschaft. Die steht Helmut Kohl jetzt bevor, und so wird er bald in den Genuß dieses Amtsbonus kommen. Um so größer ist der Triumph des Parteivorsitzenden Helmut Kohl, denn dieses Wahlergebnis bedeutet eine inhaltliche Identifizierung von etwa 55 Prozent der deutschen Wählerschaft mit den von der Union verkörperten Grundlinien deutscher Politik.

Ein weiteres kommt hinzu. Zu den traditionellen Merkmalen des deutschen Wahlverhaltens gehört, daß die Unionsparteien in den älteren Altersgruppen, die FDP bei den jüngeren überwiegt. Noch nie aber gab es eine „jüngere" Wählerschaft in Deutschland als am 6. März 1983. Die geburtenstarken Jahrgänge, die auf den Arbeitsmarkt drängen und dort ein Hauptsorgenkind der deutschen Politik sind, haben auch die Struktur der Wählerschaft verändert. Das sprach eigentlich für die SPD und die Grünen und verdeutlicht jetzt um so mehr den Umfang des Triumphes der Union.

Daß den Grünen der Einzug ins Parlament gelang, wird zunächst nur bedeuten, daß das Bundestagspräsidium demnächst etwas mehr Mühe haben wird, die Sitzungen des Bundestages entsprechend der Geschäftsordnung zu leiten. Für die SPD bedeuten die Grünen im Bundestag die institutionalisierte Versuchung, sich um Randgruppenprobleme zu kümmern und dabei den Mehrheitskonsens der politischen Mitte zu verspielen. Nach dem, was die SPD seit dem 17. September 1982 gezeigt hat, ist es schwer vorstellbar, daß sie dieser Versuchung nicht erliegen wird. Sie wird damit das grün/alternative Potential langsam, aber sicher in ihre Reihen zurückführen. In dieser Hinsicht sind ihr, seitdem sie in der Opposition ist, auch schon beachtliche Erfolge beschieden, schien doch das Potential der Grünen zum Zeitpunkt des Regierungswechsels bei 8 Prozent zu liegen. Der Preis, den die Bundesrepublik Deutschland für dieses Umwerfen und Wiedereingliedern der Grünen durch die SPD zahlen muß, ist, daß es, anders als in den sechziger und den siebziger Jahren, in den zentralen Fragen der ordnungs- und außenpolitischen Orientierung keinen die großen Parteien übergreifenden Konsens mehr geben wird. Die achtziger und möglicherweise auch die neunziger Jahre werden darin den fünfzigern gleichen.

Die FDP ist in den Bundestag zurückgekehrt – als Darlehensnehmer der CDU/CSU. Das verdeutlicht nicht nur die Diskrepanz zwischen Erst- und Zweitstimmen und das Ausscheiden der FDP aus dem rheinland-pfälzischen Landtag, sondern auch alle Popularitäts- und Sympathiemessungen für die Partei und ihren Vorsitzenden Genscher. Mißt man die Sympathie, die einer Partei oder einem Politiker entgegengebracht wird, auf einer Zehnpunkteskala, so erhielte die FDP diesmal nur vier Punkte, 1980 waren es noch fast 6 Punkte. Im Vergleich dazu kam die SPD diesmal auf gut 6, die CDU auf 7 Punkte. Genscher und auch Lambsdorff kamen ebenfalls nur auf etwa 4 von möglichen zehn Punkten, Kohl dagegen auf 7 und Vogel auf 6.

Viele wählten die FDP als Korrektiv zur CDU/CSU

Gut vier Prozent von eigentlich CDU/CSU-Wählern haben die FDP in den Bundestag gebracht, nicht weil sie die FDP besonders mögen, sondern weil sie auf Nummer Sicher gehen wollten und weil sie darüber hinaus in der Lambsdorff-Partei eine Art Rückversicherung dafür sahen, daß die CDU/CSU sich zu anfällig zeigen würde gegen Versuchungen einer großen Volkspartei: Der Streit um die Frage der Rückzahlung der Zwangsanleihe, so unwichtig er in der Sache sein mag, hatte dafür symbolischen Charakter. Wie bis 1966, gewann die FDP Wählerstimmen aus jenem Bereich, der eine CDU-geführte Regierung wollte, aber in dieser Regierung einen zusätzlichen Schutz gegen zuviel Umverteilung suchte. Das wohlhabende Bildungsbürgertum hat mit seiner Zweitstimme die FDP gerettet: Unter denen, die als Ausbildung ein Abitur oder ein Studium haben, und unter denen, die sich selbst den oberen Mittelschichten oder gar der Oberschicht zurechnen, betrug der FDP-Zweitstimmenanteil über 20 Prozent.

Das Argument „Brot" galt mehr als das von „Raketen"

Das Klima dieser Wahl war bestimmt durch die wirtschaftspolitischen Themen. Fast 50 Prozent der Wählerschaft nannten die Arbeitslosigkeit und andere wirtschaftspolitische Themen als die wichtigsten Probleme der Bundesrepublik heute. Der Versuch, die Bundestagswahl zu einer „Raketenwahl" zu machen, scheiterte. Nur 14 Prozent nannten derartige außen- und sicherheitspolitische Themen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik wurden die CDU/CSU und auch der Kanzler Helmut Kohl deutlich kompetenter eingeschätzt als die SPD und ihr Kandidat Vogel. Über 55 Prozent vertrauten der Union in diesem Bereich, nur fast 35 Prozent der SPD. Was aber noch wichtiger war, der Regierungswechsel hatte einen Stimmungsumschwung eingeleitet, der sich bis zum Wahltag ständig verstärkte. Mit wachsendem Optimismus, daß es wieder besser werden würde, blickte man in die Zukunft, auch wenn man die gegenwärtige Situation noch sehr skeptisch betrachtete. Die Wahlaussage der CDU, daß es mit Deutschland wieder aufwärts gehen solle und man mit ihr den Aufschwung wählen würde, entsprach voll dieser Stimmungslage.

Die Unionsparteien und an ihrer Seite die FDP haben in dieser Wahl ein breites Mandat gewonnen. Wenn es ihnen gelingt, die Hoffnungen und Erwartungen der Wählerschaft, die dieses Mandat gegeben hat, auch nur vorsichtig zu erfüllen, wird die am 6. März erfolgte Machtzuweisung über mehrere Legislaturperioden hinausreichen.

Hohe Verluste für Ronneburgers FDP

Egon Bahr (SPD) verliert in Schleswig sein Direktmand…

Von BERND LAMPE

Die schleswig-holsteinische CDU hat mit 46,5 Prozent der Zweitstimmen und einem Sieg in neun der elf Wahlkreise im Lande ihr bestes Bundestagswahlergebnis seit 1965 errungen. Die SPD büßte mit 41,7 Prozent fünf Punkte im Vergleich zur letzten Bundestagswahl im nördlichsten Bundesland ein. Größter Verlierer war aber die FDP, die ihr Ergebnis von 1980, wo sie 12,7 Prozent der Stimmen errang, nun halbieren mußte und auf 6,3 Prozent kam.

Nach einer Hochrechnung des Infas-Instituts, die aufgrund der in Schleswig-Holstein abgegebenen Erststimmen vorgenommen wurde, käme die CDU am kommenden Sonntag auf 48,5, die SPD auf 43,0, die FDP auf 2,3 und die Grünen auf 5,2 Prozent der Wählerstimmen. Diese Prognose wird in Kiel jedoch skeptisch beurteilt, da sich die Wähler gerade in Schleswig-Holstein bei Bundestagswahlen anders verhalten als bei Wahlen fürs Kieler Parlament.

Ringen um Verbleib im Kieler Parlament

Der Kampf um die liberalen Wählerstimmen für die schleswig-holsteinische Landtagswahl am kommenden Sonntag begann schon wenige Stunden nach Bekanntgabe des Bundestagswahlergebnisses. Auf den FDP-Plakaten prangten die Aufkleber „CDU in Bonn und Kiel ist zuviel". CDU-Plakate erhielten den Zusatz „alle liberalen Stimmen für die CDU".

Für die FDP des nördlichsten Bundeslandes, die zum vierten Mal ein sozialliberales Bündnis anstrebt, hat das Ringen ums Überleben im Kieler Parlament begonnen. Mit 6,3 Prozent erhielt sie nördlich der Elbe 0,6 Punkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Dabei hat sie bei der letzten Bundestagswahl 1980 nördlich der Elbe mit 12,7 Prozent der Wählerstimmen ein besseres Ergebnis erzielt als die FDP auf Bundesebene, die damals auf 10,6 Prozent kam.

Die Freien Demokraten profitierten ganz offensichtlich von den Wählern, die zu 49,8 Prozent ihre Erststimme, aber nur zu 46,5 Prozent ihre Zweitstimme der CDU im Lande gaben. Die FDP kam nur auf ganze 2,1 Prozent der Erststimmen. Dieses Stimmensplitting ist am kommenden Sonntag nicht mehr möglich; denn wie in Rheinland-Pfalz gibt es auch in Schleswig-Holstein nur eine Stimme auf dem Wahlzettel.

Die FDP in Rheinland-Pfalz ist trotz ihrer Koalitionsaussage zugunsten der CDU im Mainzer Landtag nicht mehr vertreten. Das droht nun auch den schleswig-holsteinischen Freien Demokraten, die sich im Doppelwahlkampf deutlich von der Bundespartei unter dem Slogan „Wir kommen, die schleswig-holsteinische FDP" absetzte. Angesichts eines drohenden Niedergangs der FDP nach dem Bruch der Bonner sozialliberalen Koalition hoffte die Partei im nördlichsten Bundesland mit ihrer Aussage zugunsten der SPD auf einer sozialliberalen Insel überleben zu können. Die Rechnung scheint aber nicht aufzugehen, wie das Bundestagswahlergebnis zeigte.

Die schwersten Einbrüche mu… ten die Freien Demokraten in de… Wahlkreisen hinnehmen, in dene… sie bei der Bundestagswahl 19… überdurchschnittlich viele Sti… men errangen. Im Wahlkreis Pi… neberg verlor die FDP 7,8, in Se… geberg-Stormarn-Nord 7,7 und … Nordfriesland-Dithmarschen-No… 7 Prozentpunkte. In den Städt… des Hamburger Randgebiets w… ren die Verluste mit bis zu 10… Prozent sogar noch höher.

Die CDU Schleswig-Holstein… konnte, wie Ministerpräsid… Uwe Barschel formulierte, d… „Nord-Süd-Gefälle" in der Uni… überwinden. 1980 waren alle … Bundestagswahlkreise zwisch… Nord- und Ostsee an die SPD ge… len. Die Christlichen Demokrat… holten nicht nur ihre Stammwah… kreise zurück, sondern gewanne… sogar „SPD-Wahlkreise", wie Pi… neberg, Rendsburg-Eckernfö… und Flensburg-Schleswig hinzu. I… Rendsburg-Eckernförde siegt… Bundesfinanzminister Gerhard… Stoltenberg mit rund 15 000 Stim… men Vorsprung vor der bisherig… SPD-Direktkandidatin Heide Si… monis. Der SPD-Spitzenkandida… Egon Bahr mußte seinen ang… stammten Wahlkreis Flensburg… Schleswig an den CDU-Abgeord… neten Harm Dallmeyer abgeben.

Nur in den Großstädten Kiel u… Lübeck siegten die SPD-Dire… kandidaten, obwohl diese Sozi… demokraten auch in der Land… hauptstadt bei den ersten Sti… meneinbußen von 4,4 Prozent u… in der Hansestadt sogar von … Prozentpunkten hinnehmen mu… ten.

SPD-Spitzenkandidat ist „zutiefst enttäuscht"

Der Landesvorsitzende Gerha… Stoltenberg wertete das Wahl… gebnis als eine „starke Motivier… der Anhänger und Wähler für d… bevorstehende Landtagswahl, s… für die Union zu entscheiden". … CDU schickt sich zum vierten M… an, im Kieler Landeshaus mit ei… absoluten Mehrheit zu regier… Immerhin hatte die CDU 7,6 Pu… te gegenüber der vergang… Bundestagswahl aufgeholt, wo … mit 38,9 Prozent der Stimmen … zweitschlechtestes Ergebnis s… Bestehen der Bundesrepublik v… zeichnen mußte.

Für die SPD hat sich die Au… gangsbasis für die Landtagsw… verschlechtert. Bei allen drei Bu… destagswahlen zwischen 1972 u… 1980 lag sie im Lande stets vor d… CDU. Sie schnitt bei Landtagsw… len bisher aber immer zwisch… fünf und sechs Prozentpunk… schlechter ab als bei Bundesta… wahlen. Mit 41,7 Prozent mußte … jetzt das schlechteste Bundesta… wahlergebnis seit 18 Jahren v… zeichnen, auch wenn sie im nö… lichsten Bundesland noch imm… 3,5 Punkte über dem Bundeserg… nis der Partei liegt. Entsprech… „zutiefst enttäuscht" äußerte s… der SPD-Spitzenkandidat für d… Landtagswahl Björn Engholm.

Mit 5,2 Prozent schnitten d… Grünen im Lande zwar 0,4 Pu… schlechter ab als auf Bundeseb… ihnen werden in Kiel jedoch e… Chancen eingeräumt, in den La… tag zu gelangen als der FDP.

Die größte Wählerverschiebung seit 25 Jahren

ULRICH LÜKE, Bonn

Der massive Einbruch der Union in Wählerschichten der SPD, vor allem in ihren Hochburgen, ist das herausragende Merkmal des Wahlausganges vom Sonntag. CDU und CSU gelang es, weit über anderthalb Millionen Stimmen aus dem SPD-Lager des Jahres 1980 abzuziehen und das macht unter dem Strich allein schon vier Prozent plus. Nach einer Analyse des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (Infas) gab es bei den Wahlen zum 10. Bundestag die größten Wähler-Verschiebungen seit 25 Jahren.

Die Sozialdemokraten konnten ihre Negativ-Bilanz nur durch Gewinne von der FDP ein wenig aufhellen. Aber für einen Wähler, den sie von den Liberalen gewinnen konnten, verloren sie einen an die Grünen und mehr als zwei an die Union. Auffällig auch, daß sie die Spitzenposition bei den Erstwählern zwar halten konnten, ihr Ergebnis in diesem Kreis jedoch unter ihrem Gesamtresultat blieb.

In Zahlen: 37,5 Prozent der Erstwähler stimmten für die Sozialdemokraten, rund ein Prozent weniger als die Gesamtwählerschaft. Die Attraktivität der Unionsparteien für die Jungwähler ist begrenzt geblieben: Die Union landete hier mit 32,5 Prozent auf dem zweiten Platz. Den eigentlichen Sprung nach vorn machten bei den Jungwählern die Grünen. Sie errangen hier 23,6 Prozent. Viermal so viel wie im Bundesdurchschnitt.

Nach den Analysen von Infas haben sich die Wähler im Grunde so verhalten, wie es die Prognosen vor der Wahl vorausgesehen hatten. So gelang es der CDU in fast allen Wählergruppen, Stimmengewinne zu verbuchen. Auffällig ist dabei, neben den überragenden Zuwächsen aus dem Bereich der SPD-Wähler des Jahres 1980, daß die Union auch von der FDP rund eine drittel Million Stimmen zu sich herüberziehen konnte.

Verbirgt sich hinter dem einen Phänomen eindeutig die Tatsache, daß Wähler 1980 Helmut Schmit ihre Stimme gaben und jetzt zu Kohl wechselten, stellt das andere Faktum den Kampf um die Zweitstimme dar. 1980, so sagen die Analytiker, gaben bürgerliche Wähler der FDP ihre Stimme um den sozialdemokratischen Einfluß in der Koalition zu begrenzen. Nach der Wende kamen sie jetzt zur Union zurück.

Den Einbruch der Union in sozialdemokratische Wählerschichten markiert auch die Tatsache sehr deutlich, daß sie der SPD vor allem in ihren Hochburgen überdurchschnittlich viele Stimmen abnehmen konnte. Diese Hochburgen decken sich oft mit Industrie- und Dienstleistungsbetrieben. Natürlich sind in diesen Gebieten die SPD-Verluste auch hoch, aber am höchsten sind sie bezeichnenderweise dort, wo die Grünen schon 1980 besonders stark waren.

Die Verluste der Liberalen im Vergleich zu ihrem 10,6-Prozent-Rekord-Ergebnis des Jahres 1980 machen besonders deutlich, wie sehr sie auf die Zweitstimmen-Kampagne angewiesen sind und waren. Sozialdemokraten, die 1980 ihre Stimmen der FDP gegeben hatten, zogen sie, wen wunderts, fast vollständig wieder ab. Das gleiche gilt für die Unions-Anhänger, die 1980 um des Bremseffektes willen liberal wählten.

Auch bei den Grünen haben sich die Erwartungen bestätigt. Sie zogen am meisten Wähler von der SPD herüber, ihnen gelang auch ein ganz beachtlicher Einbruch ins FDP-Wähler-Potential, während die Union weitgehend verschont blieb. Kurzum: Die Grünen sind und bleiben eine Partei der Großstädte und gehobener Schichten.



Schleswig-Holstein

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Landtagswahl 1979 Prozent
SPD	728 793	41,7	46,7	46,4	41,7
CDU	812 412	46,5	38,9	44,1	48,3
FDP	109 796	6,3	12,7	8,8	5,7
Die Grünen	91 037	5,2	1,4	–	2,4*
DKP	2 138	0,1	0,2	0,2	0,2
NPD	2 835	0,2	0,1	0,3	0,2

* Ergebnis der Grünen Liste Schleswig-Holstein

Hamburg

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Bürgersch.-wahl 1982 Prozent
SPD	521 527	47,4	51,7	52,6	51,3
CDU	414 052	37,6	31,2	35,9	38,6
FDP	68 896	6,3	14,1	10,2	2,6
Die Grünen	90 071	8,2	2,3	–	6,8*
DKP	3 916	0,4	0,5	0,8	0,4
NPD	1 745	0,2	0,2	0,2	–

* Ergebnis der GAL (Grün-Alternative Liste)

Bremen

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Bürgersch.-wahl 1979 Prozent
SPD	223 576	48,7	52,5	54,0	49,9
CDU	156 942	34,2	28,8	32,5	31,9
FDP	29 897	6,5	15,1	11,8	10,7
Die Grünen	44 568	9,7	2,7	–	5,1*
DKP	2 050	0,4	0,5	0,8	0,8
NPD	1 187	0,3	0,2	0,3	0,4

* Ergebnis der Bremer Grünen Liste

Niedersachsen

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Landtagswahl 1982 Prozent
SPD	2 015 699	41,4	46,9	45,7	36,5
CDU	2 223 893	45,6	39,8	45,7	50,7
FDP	338 351	6,9	11,3	7,9	5,9
Die Grünen	278 484	5,7	1,6	–	6,5*
DKP	6 383	0,1	0,1	0,2	0,3
NPD	9 841	0,1	0,1	–	0,4

* Ergebnis der Grünen Liste Umweltschutz

Nordrhein-Westfalen

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Landtagswahl 1980 Prozent
SPD	4 782 227	42,8	46,8	46,9	48,4
CDU	5 046 414	45,2	40,6	44,5	43,2
FDP	716 424	6,4	10,9	7,8	4,98
Die Grünen	580 869	5,2	1,2	–	3,0
DKP	21 276	0,2	0,2	0,3	0,3
NPD	19 400	0,2	0,1	0,2	–

Südwest-SPD schnitt nur 1957 schlechter ab

…P und Grüne Hauptgewinner in Baden-Württemberg

XING-HU KUO, Stuttgart

Franz Steinkühler sprach aus, …s viele Genossen nur dachten: …ch sehe nur noch schwarz." Der …-Metall-Bezirkschef und stell…rtretende SPD-Landesvorsitzen… kennzeichnete mit jenen Worten …effend den „schwärzesten" Tag … der baden-württembergischen …D seit 1957, als sie nur 25,8 Pro…nt der Wählerstimmen erhielt. So …eit muß in die Statistik zurückge…iffen werden, um ein schlechte…s Ergebnis als das vom Wahl…nntag finden zu können: magere …1 Prozent, 6,1 Prozent weniger …s 1980. Nur in Bayern erhielt die …D jetzt weniger Stimmen als in …aden-Württemberg: 28,9 Prozent. …fenbar ist es Eppler-Nachfolger …rich Lang nicht nur mißlungen, …e Fehler seines Vorgängers aus…bügeln, sondern die Landes-…D ist noch tiefer ins Wählerab…its gedrängt worden.

…Siegesstimmung hingegen bei …r FDP und den Grünen: Stolz …hüttelte FDP-Chef Jürgen Mor…k überall Hände, posierte vor …rnseh- und Rundfunkkameras. …it stolzen neun Prozent hat die …idwest-FDP dem „Stammland …r Liberalen" wieder alle Ehre …macht: In keinem anderen Bun…sland verzeichnete die FDP eine …lche stolze Zahl. Der satte Wie…reinzug der FDP in den Bundes…g ist somit vor allem der Süd…est-FDP zu verdanken, die zwar gegenüber dem 12-Prozent-Ergebnis von 1980 drei Prozent verlor, aber dennoch die eigenen Erwartungen von etwa 7 Prozent weit übertroffen sah.

Auch die Grünen bundesweit müssen gerade nach der „Zitterpartie" vom Sonntag den Parteifreunden im Lande der Häuslebauer besonders dankbar sein: mit 6,8 Prozent (fünf Prozent mehr als die 1,8 Prozent 1980) haben sie das beste Ergebnis in einem Flächenstaat bekommen. Landtagsgruppensprecher Wolf-Dieter Hasenclever erklärte dann auch selbstbewußt, der grüne Einzug ins Bonner Parlament sei nicht zuletzt der „gemäßigten" Politik der hiesigen Ökologen zu verdanken. In der Tat haben die Grünen in Baden-Württemberg nicht nur in den traditionellen „Hochburgen" der Grünen (Universitätsstädten, Orten mit Umweltproblemen) gute Ergebnisse (teilweise zweistellige) erzielt. In der Landeshauptstadt Stuttgart bekamen die Grünen in dem „Millionärsviertel" Sonnenberg 12,1 Prozent der Stimmen und in dem Nobel-Stadtteil Sillenbuch 10,6 Prozent.

Die Siegesstimmung bei der CDU (52,6 gegenüber 48,5 Prozent 1980) hielt sich indes in Grenzen: Wenn FDP und Grüne sich weiterhin so gut im Lande entwickeln, könnte nach der Landtagswahl 1984 auch in Stuttgart eine CDU/FDP-Koalition unumgänglich sein.

Wie sich das Ergebnis der Bundestagswahl für die Parteien in den Ländern auswirkte

CDU in Nordrhein-Westfalen mit 45,2 Prozent stärkste Partei

SPD verlor vier Prozent und zwölf „sichere" Bezirke / Grüne holen im Ruhrgebiet fünf Prozent

Von WILM HERLYN

Nordrhein-Westfalen „lag" nicht im Trend, wie die Beobachter der ersten Ergebnisse vermuteten – das mit 17 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Bundesland „machte" den Trend. Oppositionschef Kurt Biedenkopf deutete das so: „Es hat sich gezeigt, daß auch in den früheren Hochburgen der SPD jetzt die CDU die bundespolitisch führende Kraft ist."

In Zahlen ausgedrückt: Gegenüber der Bundestagswahl 1980 legte die CDU 4,6 Prozentpunkte zu und wurde mit 45,2 Prozent stärkste Partei. Die in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialdemokraten dagegen verloren vier Prozentpunkte und liegen jetzt bei 42,8 Prozent. Die FDP speckte zwar um 4,5 Prozentpunkte gegenüber 1980 ab und kam damit auf 6,4 Prozent, verbesserte sich aber gegenüber der Landtagswahl 1980 im Mai, bei der sie knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war.

Bezeichnend aber an diesen Ergebnissen ist nicht nur die Bestätigung des Rechenexempels der Christdemokraten, die lange schon vor der Wahl ein Plus von vier bis fünf Prozentpunkten an Rhein und Ruhr als Voraussetzung für den Sieg in Bonn festlegten. Signifikant ist vor allem die Tatsache:

- daß kein einziger Wahlkreis von der CDU an die SPD wechselte;
- daß die CDU ihre Hochburgen weiter ausbaute;
- daß die Union „knappe" Wahlkreise mit zum Teil überdimensionalen Ergebnissen festigte und
- daß die SPD zwölf bisher sichere Stimmbezirke an die CDU verlor.

Beispiele machen das deutlich: in Paderborn etwa, wo Rainer Barzel einst Traumergebnisse von 68,1 Prozent erzielte, die CDU 1980 auf 63,1 Prozent „abfiel" und sich jetzt wieder mit 66,1 Prozent Barzel-Zahlen nähert. Oder der Hochsauerlandkreis: Dort kam die CDU von 56,3 auf 59,9 Prozent.

Wahlkreise festigte die Union in Düsseldorf, wo zwei Neulinge gegeneinander antraten: Wolfgang Schulhoff (CDU) gegen Michael Müller, Nachfolger des SPD-Abweichlers Karl-Heinz Hansen. 1980 hatten CDU und SPD nur um einen Prozentpunkt auseinandergelegen, jetzt gibt es eine knappe Fünf-Prozent-Lücke zwischen den beiden Parteien.

Oder Steinfurt II, wo Bauernpräsident Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck den bisherigen 0,6 Punkte-Vorsprung seines Vorgängers Gottfried Köster auf 12,8 Prozentpunkte ausbaute. Nicht zu vergessen der Wahlkreis Rhein-Sieg I: Die erstmals für die SPD kandidierende Ingrid Matthäus-Maier wurde von ihrem Gegenkandidaten Adolf Herkenrath vernichtend geschlagen. Die frühere FDP-Bundestagsabgeordnete unterlag mit 39,2 Prozent der Erststimmen dem CDU-Mann, für den 54,8 Prozent votierten. Herkenrath war 1980 nur mit 46,6 Prozent direkt in den Bundestag gewählt worden.

Ingrid Matthäus-Maier verdankt es nun der SPD-Führung, daß sie über einen Listenplatz doch wieder in den Bundestag einrückt.

Mitentscheidend aber wurde, daß die SPD zwölf Stimmkreise verlor: In Bielefeld gewann Reinhard Mayer zu Bentrup (CDU) gegen Kurt Vogelsang (SPD), in Köln II unterlag die bisherige Wahlkreisinhaberin Anke Fuchs (SPD) dem CDU-Kandidaten Heribert Bleens. Verloren für die SPD gingen die Wahlkreise Solingen-Remscheid, Mettmann I und II, Kreis Aachen, Lippe I, Siegen I und Herford. Auch in Krefeld sorgte der frühere Oberbürgermeister Hansheinz Hauser (CDU) für eine kleine Überraschung, als er sich gegen Volkmar Kretkowski (SPD) durchsetzte. Der Märkische Kreis II ging den Sozialdemokraten ebenso verloren wie Essen III – eine kleine Sensation. Denn dort meinte Antje Huber, die frühere Bundesfamilienministerin, ihren Wahlkreis sicher zu haben, der früher einmal durch Hinzunahme von Teilen der Stadtmitte auf sie zugeschnitten worden war, weil im Essener Süden traditionell weniger SPD-Stimmen zu holen sind. Doch nun verlor sie ihr Direktmandat an den Anwalt Paul Hoffacker (CDU).

Letztlich entscheidend schlug für die Union aber ihr Abschneiden im Ruhrgebiet zu Buche. Ein Einzelergebnis macht deutlich, daß die Hochburgen der SPD von Oberhausen bis Dortmund zwar noch sicher in sozialdemokratischer Hand sind, aber es machen sich Risse und gar Einbrüche – wie der Verlust eines Essener Wahlkreises – bemerkbar.

Bernhard Worms, der rheinische CDU-Vorsitzende, hatte die Parole ausgegeben: Kein blindwütiges Anstürmen, sondern „Überzeugungsarbeit am Mann und Stetigkeit". Das macht sich offenbar jetzt schon bezahlt. Mit einem unermüdlichen Wahlkampf schaffte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem „Besenstielwahlkreis", dem traditionellen Arbeiterwahlkreis Dortmund II, eine Steigerung des Erststimmen-Anteils für die CDU um 5,7 Prozentpunkte auf 33,8 Prozent. Auch wenn sich der SPD-Kandidat Alfred Meininghaus mit 60,8 Prozent (Erststimme) durchsetzen konnte, ist die CDU-Steigerungsrate beachtlich und Zeichen dafür, daß die CDU im Revier – jahrzehntelang hatte sie an der 30-Prozent-Marke festgemacht – für breitere Schichten wieder wählbar ist. Im Durchschnitt verloren die Sozialdemokraten an der Ruhr etwa vier Prozentpunkte, während die Union dort vier Punkte gutmachte. 1980 lag die – allein im Revier – SPD bei 56,9, die CDU bei 31,9, die FDP bei 9,5 Prozent.

Da viele frühere SPD-Wähler jetzt für die CDU votierten, ist gerade an der Ruhr der Schluß zulässig, daß sich vor allem der konservative Arbeiter enttäuscht von der Stammpartei abwendet. Abzulesen ist das auch an den Ergebnissen vor allem in Duisburg und Dortmund, wo die Arbeitnehmer mit Unbehagen und zum Teil offenem Protest die zögerliche Haltung der SPD-geführten Landesregierung in der Stahlfrage kritisieren. Hinzu kommt, daß die SPD-Führung offensichtlich den Mobilisierungseffekt ihres Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel in Nordrhein-Westfalen überschätzt hat.

Für die Überraschung aber sorgten gerade in den Stadtgebieten des Reviers die Grünen. Sie steigerten ihren Anteil dort von 1,1 Prozent gegenüber 1980 auf 4,61 Prozent. Im Dortmunder Wahlkreis I kamen die Grünen sogar auf 6,6 Prozent. Offensichtlich haben in den Ballungsgebieten die großen Parteien die Mentalität der Bürger, die wie fast nirgendwo in der Bundesrepublik mit dem Thema Umwelt so hautnah leben, nicht ganz richtig eingeschätzt. Allerdings sind die hohen Stimmenanteile der Grünen gerade im Ruhrgebiet auch auf die Studenten der Gesamthochschulen von Duisburg, Essen und Dortmund bis zur Universität Bochum zurückzuführen. Für die Grünen zieht über die Liste Werner Vogel ein, der mit seinen 75 Jahren voraussichtlich Alterspräsident des Bonner Parlaments wird. Der ehemalige Leitende Ministerialrat im Düsseldorfer Innenministerium gilt als Integrator seiner Partei. Neben ihm kommt über die NRW-Liste auch der Berliner Anwalt Otto Schily in den Bundestag.

Die CSU sähe Strauß gern in Bonn

Rätselraten um den bayerischen Ministerpräsidenten geht weiter / Attacken gegen FDP

PETER SCHMALZ, München

Bundestagspräsident Richard Stücklen sagte gestern vor der Sitzung des CSU-Landesvorstands in München, was viele seiner Parteifreunde denken: „Ich hätte Strauß überall gerne." Ob der bayerische Wahlsieger aber als Ministerpräsident in Bayern bleibt oder als Außenminister nach Bonn gehen wird, darüber brachte auch das höchste CSU-Gremium keine Klarheit. Das Thema, so Strauß später vor der Presse, sei gar nicht angeschnitten worden. Womit der Satz von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann – vor der Sitzung gesprochen – auch nach dem Treffen noch Gültigkeit hatte: „Warum soll ich's wissen, wenn er es noch nicht weiß."

Die Erwartungen der CSU, daß Strauß zumindest hart um das Außenamt pokern wird und den Machtanspruch dem Bayern-Ergebnis entsprechend reklamieren muß, ist deutlich erkennbare Mehrheitsmeinung unter CSU-Politikern. „Das ist ein ganz klarer Wählerauftrag", interpretiert der Landtagsabgeordnete Hans Spitzner. „Strauß muß nach Bonn und durchsetzen, was wir im Wahlkampf an klarer politischer Linie gezeigt haben." Ihm sekundiert Günther Müller, der Bundestagsabgeordnete aus dem Rottal: Diesmal müsse die CSU sehr energisch ihre Position in Bonn vertreten.

Das aber bedeutet, daß die Christsozialen in die Koalitionsverhandlungen nicht als kleine Schwester der CDU gehen werden, sondern sich zwischen Kohl und Genscher als die zweitstärkste Koalitionspartei präsentieren werden, wobei der Bundeskanzler von Strauß noch mit Nachdruck auf jenen Satz hingewiesen werden wird, den Strauß am Abend der Wahl in die Fernsehkameras gesprochen hat: „Das Gesamtergebnis von CDU und CSU wurde durch das sensationelle Ergebnis der CSU nach oben gedrückt." Kohl ist der Wahlsieger, aber die erfolgreichsten Stimmenwerber der Union wollen ihren Lohn sehen.

Friedrich Zimmermann hat die Frage, ob er sich einen Außenminister Strauß wünscht, schon mit einem „uneingeschränkten Ja" klar beantwortet und auch schon die dann für ihn unweigerlich eintretende Konsequenz akzeptiert: FDP-Chef Genscher würde ihn im Innenministerium beerben. Er wiederum würde den FDP-Mann Hans Engelhard aus dem Justizministerium verdrängen.

Daß solche Personal-Planspiele überhaupt nötig sind, sieht die CSU als einen kleinen, aber dennoch entscheidenden Fehler dieser Wahl an, der schließlich auch dazu führte, daß die traditionelle bayerische Mehrheitspartei bei ihrer Wahlfeier im Ehrengastbereich des Münchner Olympiastadions nicht in großen Jubel verfallen konnte. „Scheiß-FDP" schimpfte Günther Müller, und „Bayernkurier"-Chefredakteur Wilfried Scharnagl, als Mitglied der CSU-Wahlkommission einflußreicher Mitgestalter des Wahlkampfes seiner Partei, übte trotz der angekündigten 60,7 CSU-Prozente, die dann noch auf 59,5 herunterrutschten, saure Miene: „Daß die FDP drinnen ist, wäre nicht nötig gewesen."

Und so wird Helmut Kohl auch dies von seinen bayerischen Unionsfreunden als Wermutstropfen in den Siegerwein geschüttet bekommen: Die absolute Mehrheit war zum Greifen nahe, die CDU hätte sich nur nicht so vornehm in der Attacke gegen die FDP zurückhalten dürfen, hätte früher bei der von der CSU angekurbelten Kampagne gegen die Zweitstimmenwerbung der Genscher-Truppe mitziehen müssen und hätte klarer die Erblast-Schuld der Liberalen zum Wahlkampfthema machen müssen. Gnade mit dem kleinsten der Koalitionspartner ist aus München ohnehin nicht zu erwarten.

Strauß nach Bonn zu holen könnte für Kohl den Vorteil bringen, den Mahner aus Bayern zumindest in die Kabinettsdisziplin zu nehmen, denn ein Strauß in München könnte weitgehend ungehemmt seine Meinung gegen die FDP artikulieren, die nicht weit von jener liegt, die sein enger Vertrauter Gerold Tandler vor zwei Wochen auf der ersten Seite des „Bayernkurier" veröffentlichte: Die FDP sei nicht fähig zur notwendigen geistigen Wende.

Dieser Artikel, im ersten Moment von vielen mißverstanden als nichts als ein wütender Amoklauf gegen die Liberalen, wird in den Koalitionsverhandlungen noch Gewicht erhalten. Klar wie sonst noch nirgends wurden hier die sachpolitischen Differenzen zwischen CSU und FDP vor allem auf dem Gebiet der Rechts- und Innenpolitik herausgearbeitet. Die Meßlatte wurde bewußt mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen hoch gehängt. Denn sollte die CSU hiervon Abstriche machen müssen, dann würde sie im Gegenzug personelle Forderungen stellen, die am Außenamt nicht haltmachen werden. Wird sie aber zu personellen Zugeständnissen gedrängt, will sie Genscher die sachpolitischen Schraubzwingen anlegen. Die CSU werde sich nicht „zu Überheblichkeit und Übermaß verleiten lassen", sagte Strauß noch am Wahlabend, man wird aber sicher durchblicken lassen, daß die CSU in der Summe von Direktmandaten und Prozentzahlen in ihrer Geschichte noch nie so stark war wie seit Sonntag. Mit 59,5 Prozent liegt sie nur einen halben Punkt unter ihrem bisherigen Spitzenergebnis von 1976. Von den 45 bayerischen Wahlkreisen überließ sie nur noch einen der SPD: München-Mitte, wo Manfred Schmidt seine Position als Landesgruppenchef der bayerischen SPD-Abgeordneten in Bonn dazu ausgenutzt hatte, massiven Prominenten-Einsatz in seinen Wahlkreis zu holen. Beide Nürnberger Direktmandate gingen erstmals an die CSU, auch Entwicklungsminister Jürgen Warnke konnte den Kreis Hof erobern.

In München, wo die SPD auf den Zugewinn von mindestens zwei Mandaten gehofft hatte, erlebten die Genossen die für sie empfindlichste Schlappe. In München-Nord, wo Hans-Jochen Vogel vor zwei Jahren noch mit 50,1 klar um fast 10 Punkte vor dem CSU-Abgeordneten Fritz Wittmann lag, verlor Bundesgeschäftsführer Peter Glotz den als für die SPD sicher geltenden Wahlkreis. Mit 44,3 Prozent bleibt die CSU in München stärkste Partei, während die SPD seit 1980 von 40,9 auf 38,8 gesunken ist. Bayernweit kassierten die Sozialdemokraten mit 28,9 ihr schlechtestes Bundestagswahlergebnis seit 1957.

Die FDP konnte sich dagegen erstaunlich gut halten. Sie hatte 1980 in Bayern ohnehin nur 7,8 Prozent und erreichte nun 6,2. Ein Vergleich zwischen Erst- und Zweitstimme verdeutlicht den Erfolg ihrer Zweitstimmenwerbung: Bei den Erststimmen erreicht sie mit 212 000 nur noch rund die Hälfte der 80er Stimmen, mit 433 383 Zweitstimmen lag sie aber nicht weit unter dem Ergebnis von 1980 mit 432 331. Eine persönliche Niederlage mußte Josef Ertl einstecken. Er hatte in seinem Wahlkreis Starnberg vor zwei Jahren noch 12,6 Prozent und mußte sich nun mit 5,9 begnügen, während der Zweitstimmenanteil bei 10,3 lag.

Die bayerischen Grünen lagen mit 4,6 zwar deutlich unter dem Bundesschnitt, sie werden aber mit Petra Kelly und Gert Bastian zwei der prominentesten Vertreter ihrer Partei in den Bundestag schicken.

Hessen

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Landtagswahl 1982 Prozent
SPD	1 513 433	41,6	46,4	45,7	42,8
CDU	1 614 812	44,3	40,6	44,8	45,6
FDP	275 597	7,6	10,6	8,5	3,1
Die Grünen	218 799	6,0	1,8	–	8,0*
DKP	7 657	0,2	0,3	0,4	0,4
NPD	8 989	0,2	0,2	0,3	–

* Ergebnis der GAZ (Grüne Aktion Zukunft)

Rheinland-Pfalz

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Landtagswahl 1983 Prozent
CDU	1 240 836	49,6	45,6	49,9	51,9
SPD	959 315	38,4	42,8	41,7	39,6
FDP	174 405	7,0	9,8	7,6	3,5
Die Grünen	113 030	4,5	1,4	–	4,5
DKP	4 025	0,2	0,2	0,3	0,2
NPD	6 614	0,3	0,2	0,4	0,1

Saarland

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Landtagswahl 1980 Prozent
SPD	329 438	43,8	48,3	46,1	45,4
CDU	336 996	44,8	42,3	46,2	44,0
FDP	44 934	6,0	7,8	6,6	6,9
Die Grünen	35 787	4,8	1,1	–	2,9
DKP	2 505	0,3	0,3	0,5	0,5
NPD	1 951	0,3	0,2	0,4	–

Baden-Württemberg

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Landtagswahl 1980 Prozent
CDU	3 010 478	52,6	48,5	53,3	53,4
SPD	1 777 696	31,1	37,2	36,6	32,5
FDP	514 115	9,0	12,0	9,1	8,3
Die Grünen	389 189	6,8	1,8	–	5,3
DKP	8 346	0,1	0,1	0,2	0,3
NPD	18 300	0,3	0,2	0,4	0,1

Bayern

Parteien	Bundestagswahl 1983 Zweitstimmen	Prozent	Bundestagswahl 1980 Prozent	Bundestagswahl 1976 Prozent	Landtagswahl 1982 Prozent
CSU	4 140 351	59,5	57,6	60,0	58,3
SPD	2 014 506	28,9	32,7	32,8	31,9
FDP	433 383	6,2	7,8	6,2	3,5
Die Grünen	323 154	4,6	1,3	–	4,6
DKP	7 493	0,1	0,1	0,2	0,2
NPD	20 039	0,3	0,2	0,4	0,6

Hamburgs CDU holt bestes Ergebnis ihrer Geschichte

SPD verliert, behält aber alle Direktmandate

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Hamburger SPD behielt alle sieben Direktmandate der Hansestadt, doch die relativ höchsten Einbußen mußte ausgerechnet der Kandidat für den Wahlkreis Bergedorf hinnehmen. Er heißt Helmut Schmidt. Der ehemalige Bundeskanzler lag mit einem Minus von 5,7 Prozent Erststimmen im Vergleich zur Wahl von 1980 auf dem ersten Platz der Verlust-Liste. Allerdings ging Schmidt von einem sehr hohen Sockel aus, so daß er mit 55,5 Prozent Stimmenanteil von allen sieben Hamburger SPD-Kandidaten immer noch am besten abschnitt.

Das Landeswahlamt legte bereits gestern morgen eine Wahlanalyse vor. Die Aussagen sind zum Teil überraschend: Die SPD verlor vor allem bei den Jüngeren an Stimmen, den stärksten Rückgang verzeichneten die hanseatischen Genossen bei den 25 bis 35 Jahre alten Wählern. Die Gewinne der CDU – im Landesdurchschnitt 6,4 Prozent – waren besonders ausgeprägt bei den 35- bis 45jährigen Bürgern, hier erreichte die Union ein Plus von 13 Prozent. Die FDP erlebte bei den 25- bis 35jährigen einen erdrutschartigen Einbruch, ihr Anteil ging hier um 80 Prozent zurück. Die Gewinne der Grünen konzentrierten sich auf die Wähler unter 35.

Die Christdemokraten hatten nach der Niederlage bei der Bürgerschaftswahl am 19. Dezember Grund zum Jubel: Am Sonntag holten sie das beste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte. Ihr Aufgebot umfaßt nunmehr fünf statt vier Abgeordnete. Die Grünen schnitten mit 8,2 Prozent überdurchschnittlich gut ab, nachdem sie bei der Bürgerschaftswahl auf 6,8 Prozent abgesunken waren. Die FDP – nach zwei Bürgerschaftswahlen mit niederschmetternden Ergebnissen (2,6 Prozent im Dezember) wieder mit 6,3 Prozent im Aufwind – verfehlte haarscharf ein Mandat: Bei 68 896 Stimmen fehlten ihr lediglich vier Stimmen, um einen Hamburger Abgeordneten in den Bundestag schicken zu können.

Von den SPD-Kandidaten wurde es am knappsten für Hans Apel. Der frühere Verteidigungsminister kam im Wahlkreis Nord auf nur 45,7 Prozent, sein Gegner Dirk Fischer holte mit 44 Prozent das beste Ergebnis für die Hamburger CDU. Gut geschlagen hat sich Ex-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, der als Nachfolger Herbert Wehners in Harburg 55 Prozent (minus 4,2 Prozent) für die SPD gewann. In Hamburgs Industriestadtteil legte die CDU am stärksten zu – um 9,1 Prozent. Damit bestätigte sich auch im Norden der Trend, wie er in den Großstädten des Ruhrgebiets für die CDU deutlich wurde. Weit abgeschlagen die Grünen. Mit 5,7 Prozent konnten sie in diesem Hamburger Arbeiterviertel am wenigsten Fuß fassen.

CDU und Liberale fordern von Börner baldige Neuwahlen

Der hessische Ministerpräsident macht Verabschiedung seines Haushalts zur Bedingung

D. GURATZSCH, **Frankfurt**

Nach ihrem überdurchschnittlich guten Abschneiden in der Bundestagswahl hat die hessische FDP ihren Anspruch auf Mitgestaltung der hessischen Landespolitik angemeldet. Die Partei, die in der Landtagswahl vom 26. September 1982 nur 3,1 Prozent der Wählerstimmen erhielt, errang in Hessen 7,6 Prozent bei der Bundestagswahl und damit einen deutlichen Vorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt der Partei von 6,9 Prozent. Angesichts dieses Ergebnisses erklärte der FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt Neuwahlen auch in Hessen für „unumgänglich".

Der Vorsitzende der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der FDP, Otto Wilke, sagte gegenüber der WELT, solange die Grünen dem Hessischen Landtag angehören, werde es in diesem Bundesland ohne die FDP keine stabilen Verhältnisse geben. Das Ergebnis der Bundestagswahl enthalte „keinen Hinweis darauf, daß die CDU in Hessen eine absolute Mehrheit erringen kann".

In der Tat hat die Union mit 44,3 Prozent ihre Ergebnisse von der Landtagswahl (45,6) und von der Kommunalwahl 1981 (47,4) nicht wieder ganz erreichen können. Sie blieb auch knapp unter dem Ergebnis der Bundestagswahl 1976 (44,8), übertraf jedoch das Ergebnis der Bundestagswahl 1980 (40,6) um fast vier Prozent.

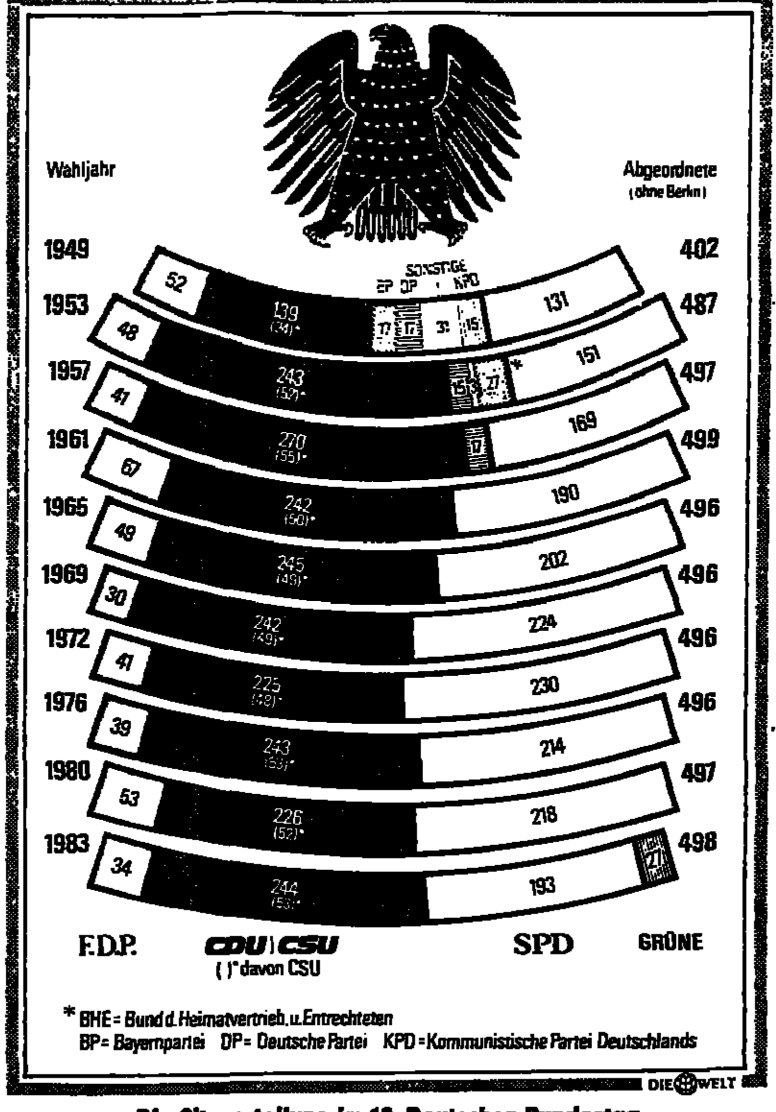
Dieser Vier-Prozent-Sprung führte in Hessen zu einer erdrutschartigen Verschiebung zwischen CDU und SPD. Die Union konnte der SPD 14 Wahlkreise abjagen und schickt künftig 17 der 22 Direktkandidaten in den Bundestag. Zu denen, die auf der Strecke blieben, gehört auch SPD-Spitzenkandidat Hans Matthöfer, der statt über ein Direktmandat nun über die Landesliste in den Bundestag einzieht. Ein anderer prominenter Verlierer ist der FDP-Dissident Andreas von Schoeler, der mit seiner Kandidatur auf Platz 22 der Landesliste den Bundestag um zwei Plätze verfehlte.

Demgegenüber konnte CDU-Spitzenkandidat Alfred Dregger seinen weiten Vorsprung im Wahlkreis Fulda noch ausbauen und fast doppelt so viele Wählermandate wie sein SPD-Konkurrent Günther Wuttke erringen. In Fulda erzielte die CDU mit 58,5 Prozent der Zweitstimmen ihr landesweit bestes Ergebnis. Aber auch in der ehemaligen SPD-Hochburg Frankfurt gelang es der Union, sämtliche drei Wahlkreise der SPD zu kippen. Dabei setzte sich im Wahlkreis 138 (Frankfurt/Main-Taunus) Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber gegen den SPD-Abrüstungsexperten Karsten Voigt durch. Insgesamt wird das Frankfurter Wahlergebnis als Triumph des populären CDU-Oberbürgermeisters Walter Wallmann gewertet, der seit wenigen Monaten auch den Landesvorsitz der Partei innehat.

Wallmann war es auch, der in ersten Stellungnahmen unterstrich, die Bundestagswahl müsse Auswirkungen auf die Situation im Landtag haben. Er erwarte, so erklärte der CDU-Chef, daß sich die hessische SPD-Führung mit Ministerpräsident Holger Börner nun möglichst bald zur Neuwahl oder zu einer großen Koalition bereitfinden werde.

Börner selbst bekannte sich in verschiedenen Interviews zu Neuwahlen „noch in diesem Jahr", machte sie jedoch davon abhängig, daß zuvor der von seiner Minderheitsregierung vorgelegte Haushaltsplan verabschiedet werde. Mit dieser Bedingung blieb der im vergangenen Dezember zurückgetretene, aber geschäftsführend weiter amtierende Regierungschef bei seiner Linie, den Haushalt als Prüfstein für die konstruktive Haltung der konkurrierenden Landtagsfraktionen, der CDU und der Grünen, einzusetzen. Ein mögliches Scheitern des Haushalts könnte er in einem künftigen Wahlkampf dann unmittelbar diesen Parteien anlasten.

Als einzige Partei haben die hessischen Grünen Neuwahlen ausdrücklich abgelehnt. Mit sechs Prozent der Wählerstimmen in der Bundestagswahl blieben sie zwar *zwei Prozent unter ihrem Ergebnis* bei der Landtagswahl 1982, schnitten aber dennoch besser als im Bundesdurchschnitt (5,6) ab.



Die Sitzverteilung im 10. Deutschen Bundestag

Lob für Berlin-Verständnis von Kohl

Regierender Bürgermeister v. Weizsäcker erwartet Kontinuität in der Deutschland-Politik

HANS-R. KARUTZ, **Berlin/Bonn**

In einem Gespräch mit der WELT lobte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, am Tag nach der Wahl das „ausgeprägte Berlin-Verständnis" von Bundeskanzler Kohl: „Darauf können wir uns verlassen!" Weizsäcker, zugleich CDU-Präsidiumsmitglied, rechnet mit weiterer „Kontinuität" in der Deutschland-Politik. Der Versuch der SPD, ein „Raketen-Plebiszit" zu erreichen, sei gescheitert.

Auf die Frage, mit welcher „DDR"-Reaktion auf das Wahlergebnis er rechne, antwortet Weizsäcker: „Ich glaube, sowohl Ost-Berlin als auch die übrige Welt bewerten es positiv, daß die Zeit der Unklarheit, des Wahlkampfs und der Gerichtsentscheide vorbei und aufgrund des eindeutigen Wählervotums eine klare und berechenbare Politik aus Bonn zu erwarten ist. Die Deutschland-Politik der neuen Bundesregierung wird, dessen bin ich gewiß, großen Wert darauf legen, gerade auch bei den Deutschen in der DDR auf Verständnis rechnen zu können. Sie wird von Kontinuität geprägt sein."

Als eine der Ursachen für die SPD-Wahlschlappe wertete Weizsäcker den Raketen-Wahlkampf dieser Partei: „Es war ein Fehler, den Versuch zu machen, den Wahlkampf in eine Art Raketen-Plebiszit umzufunktionieren. Dieser Versuch ist mißlungen. Diese Parteipolitik der SPD hat überdies vor allem den Grünen Motivation geliefert und ihnen insofern, entgegen der eigenen Absicht, geholfen."

Weizsäcker sagte weiter, er erwarte keinen außenpolitischen Schaden durch dieses Wahlkampf-Thema, „denn gerade in dieser hochverantwortlichen Frage dürfen keine Entscheidungen im Kampf um Wählerstimmen, sondern am Verhandlungstisch gesucht werden".

Es sei für die Genfer Verhandlungen, die „schwierig werden", von Vorteil, daß jetzt das Stadium der Unberechenbarkeit in Deutschland beendet sei.

Zur geplanten Senatskoalition mit der FDP in Berlin erklärte Weizsäcker auf die Frage, ob er der durch das Bundesergebnis gestärkten Stellung der Berliner Liberalen Rechnung tragen werde: „Noch als die FDP in Berlin mit sich und der Welt zerfallen war, habe ich eindeutig gesagt, daß ich den organisierten politischen Liberalismus für eine auf Dauer wichtige Kraft in Deutschland halte." Dies äußere er „auch unabhängig von meiner Aufgabe in Berlin".

Unmißverständlich gab Weizsäcker zu verstehen, daß er im Zuge der Senatsumbildung kein Kabinettsmitglied entlassen werde: „Alle Mitglieder des Senats haben sich bewährt, und ich möchte sie behalten."

Weizsäcker äußerte sich ausgesprochen optimistisch über die weitere Zusammenarbeit zwischen Berlin und Bonn. „Helmut Kohl und seine Regierung hat vom ersten Tage an ein ausgeprägtes Verständnis für die Bedeutung Berlins für die Deutschen insgesamt gekennzeichnet." Der „Regierende" erwähnte in diesem Zusammenhang den Verzicht auf Flugpreis-Subventionsstreichungen, eine leicht erhöhte Bundeshilfe und die „hochbedeutsame Wirtschaftskonferenz" des Kanzlers sowie Kohls Begleitung hochrangiger Besucher wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher in die Stadt.

Berlin müsse sich angesichts der Haushaltslage jedoch auf noch stärkere Sparzwänge einrichten.

„Marktwirtschaft siegte"

Industrie und Handel sehen neue Wachstumsimpulse

HEINZ HECK, **Bonn**

Einhellig positiv hat die deutsche Wirtschaft auf den hohen Wahlsieg der Union wie der Koalition reagiert. Nach Meinung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) „hat die soziale Marktwirtschaft die Bundestagswahl gewonnen". Der Wähler habe „in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Zeit seine Zustimmung gegeben zu einer Politik der Haushaltskonsolidierung und der Investitionsstimulierung". Dies führe zu neuen Wachstumsimpulsen und zu weniger Arbeitslosigkeit, zu mehr Vertrauen der westlichen Industrieländer in die zukünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik Bonns.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bejaht nach Meinung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) „die eingeleitete unerläßliche Neuorientierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik". Der neuen Bundesregierung biete sich damit die große Chance, dauerhaftes Vertrauen bei Konsumenten und Investoren zu schaffen und der Wirtschaft berechenbare und verläßliche Grundlagen für risikoreiche Zukunftsentscheidungen zu vermitteln.

Die deutsche Volkswirtschaft sei „jahrelang deutlich überfordert" worden. Unmißverständliche Zeichen sind für den BDI die Wachstumsschwäche, die anhaltende Arbeitslosigkeit und die drückenden Finanzprobleme der öffentlichen Hand. Alle Anstrengungen müßten jetzt darauf gerichtet werden, das Innovations- und Investitionsklima im Rahmen eines mittelfristigen Gesamtkonzepts systematisch zu verbessern. Im Mittelpunkt dieser Strategie müsse die Stärkung privater und die Verstetigung öffentlicher Investitionen stehen.

Auch der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) sieht im Wahlergebnis den Auftrag an die Regierungsparteien, nicht nur die konjunkturellen Schwierigkeiten, sondern auch die strukturellen Fehlentwicklungen dauerhaft zu überwinden. Nach Meinung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) sind mit der politischen Absicherung der neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik „die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung durchsetzt".

„Es ist besser, als wenn Vogel es geschafft hätte"

Reaktionen ausländischer Politiker auf die Wahl

Der Ausgang der Bundestagswahl wurde im Ausland mit Befriedigung und Erleichterung aufgenommen. Verschiedene Punkte wurden in den meisten Stellungnahmen und Glückwunschadressen hervorgehoben: Stabilität der deutschen Demokratie, Kontinuität der Bonner Außenpolitik, Vermeidung von Unsicherheit über die deutsche Haltung zur eventuellen Raketen-Nachrüstung bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen. Die Reaktionen in den einzelnen Ländern:

USA: Der amerikanische Präsident Ronald Reagan beglückwünschte Bundeskanzler Helmut Kohl telefonisch noch am Sonntag zum überwältigenden Sieg. Dies teilte ein Mitarbeiter des Pressebüros im Weißen Haus mit. Reagan erwarte die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Kohl vor allem in der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik, sagte der Sprecher weiter.

Das State Department hat am Sonntag mit ungewöhnlicher Schnelligkeit das Ergebnis der Bundestagswahl begrüßt. In einer schriftlichen Erklärung heißt es: „Wir freuen uns sehr, daß die Deutschen eine erfolgreiche Wahl hatten, die wieder einmal die Kraft und die Stabilität der deutschen Demokratie bekundet hat. *Wir haben mit Kanzler Kohl* in der Vergangenheit gut gearbeitet und freuen uns auf weitere Zusammenarbeit in der Zukunft."

Zufrieden über den Wahlausgang äußerte sich auch der amerikanische Chefunterhändler bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf, Edward Rowny. Er sagte: „Wir sind alle erfreut. Es ist besser so, als wenn Vogel es geschafft hätte."

Spanien: Im sozialistisch regierten Spanien war das Interesse für die Wahl in Bonn groß. Die Ergebnisse haben in konservativen und christdemokratischen Kreisen des Landes Freude und Ermutigung ausgelöst. Der sozialistische spanische Außenminister Fernando Moran nannte das deutsche Wahlergebnis voraussehbar. Moran gab der Hoffnung Ausdruck, daß Hans-Dietrich Genscher Außenminister bleibt. Als Sprecher der Opposition sagte der Generalsekretär der Volksallianz, Jorge Verstringe, Kandidat für die Bürgermeisterwahl in Madrid: „Hauptsache, die Sozialisten haben in Deutschland eine klare Niederlage erlitten."

Frankreich: Die Reaktion auf das Wahlergebnis hat sich in Frankreich in überraschend engen Grenzen gehalten. Die einzige bisher vorliegende offizielle Erklärung kommt aus dem Quai d'Orsay, wo der Sprecher des Ministeriums als Antwort auf die Frage eines Reporters sagte: „Es ist wichtig, daß die bundesdeutschen Parlamentswahlen einmal mehr eine klare Regierungsmehrheit ergeben haben." Wie aus dem Elysee-Palais zu erfahren ist, wird Präsident Mitterrand dem deutschen Bundeskanzler Kohl eine Glückwunschbotschaft zuleiten, deren Inhalt möglicherweise *nicht* veröffentlicht wird. Doch ist bekannt, daß Mitterrand schon vor Tagen erklärt hat, daß die Bundestagswahl wichtiger sei als die französischen Kommunalwahlen, die am selben Tag stattfanden.

Wie zu erwarten war, ist der Franc gleich bei den ersten Kursfestsetzungen an den Wechselbörsen unter starken Druck geraten. In Paris wurde er am Montagvormittag mit 2,89 Franc für die D-Mark bewertet, was der höchste Interventionspunkt ist. Bis zu den Wahlen hatte sich der Franc mit offenbar großen Opfern der Bank von Frankreich auf dem offiziellen Mittelkurs von 2,835 gehalten.

Großbritannien: Die konservative Regierung hat den Wahlsieg Helmut Kohls als einen Sieg für die NATO gefeiert. Premierministerin Margaret Thatcher sandte ihrem deutschen Kollegen eine Glückwunschbotschaft, über deren Inhalt allerdings in der Downing Street nichts mitgeteilt wurde. Douglas Hurd, der Staatsminister im Außenministerium, sagte in einem BBC-Interview: „Eine klare Abstimmung für die NATO – ein guter Tag für die multilaterale Abrüstung."

Die deutsche Botschaft in London veranstaltete am Sonntag eine „Wahlparty", zu der mehrere hundert Gäste kamen. Enttäuscht reagierten Unterhausabgeordnete der Labour-Opposition.

Sowjetunion: Obwohl sich das offizielle Moskau mit Kommentaren zum Ausgang der Wahl zum Deutschen Bundestag zurückhielt, waren die privaten Äußerungen sowjetischer Funktionäre und Journalisten von Enttäuschung gekennzeichnet. Die Bestätigung der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten christlich-liberalen Koalition in Bonn könnte die sowjetische Führung nach Auffassung westlicher Diplomaten und Beobachter in Moskau zur Überprüfung ihrer Deutschland-Politik zwingen. „Es besteht kein Zweifel, daß dieses Resultat ein Schock für uns war", kommentierte ein sowjetischer Journalist den Ausgang der Bundestagswahl und setzte hinzu: „Wir haben Kontakte zu den Christdemokraten versäumt, und alles in allem kennen wir sie nicht einmal richtig." Die Sowjetunion hat am Tag nach der Wahl Bundeskanzler Helmut Kohl zum Verzicht auf eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen aufgefordert.

Volksrepublik China: Den Wahlsieg von Bundeskanzler Helmut Kohl nannte die Nachrichtenagentur „Neues China" am Montag „überwältigend". In einer aus Bonn datierten Meldung bezeichnete die amtliche chinesische Nachrichtenagentur die Bundestagswahl als die wichtigste seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Wahlkampagne habe unter dem Zeichen von Arbeitslosigkeit, Rezession und der Frage der Stationierung von Atomraketen gestanden.

Japan – Die japanische Regierung hat den überzeugenden Wahlsieg von Helmut Kohl begrüßt. Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone erklärte, der Erfolg Kohls werde dazu beitragen, die weltpolitische Lage zu festigen. Der Chefsekretär des japanischen Kabinetts, Masaharu Gotoda, sagte am Montag in einer Pressekonferenz, seine Regierung rechne nicht mit bedeutenden Veränderungen in der Außenpolitik der Bundesrepublik. Den Ausgang der Wahlen habe vor allem das Fehlen eines starken SPD-Führers beeinflußt, meinte Gotoda weiter.

In offiziellen japanischen Kreisen wurde am Montag die Ansicht vertreten, der Sieg von Helmut Kohl käme den USA bei ihren Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion zugute.

Die japanische Regierung will sich um ein Treffen zwischen Kohl und Nakasone beim Gipfeltreffen der führenden westlichen Nationen bemühen. Daneben ist eine Einladung des Bundeskanzlers nach Tokio im Herbst 1983 geplant. An der Tokioter Börse zog der DM-Kurs am Montag bis Mittag dem Yen gegenüber um 1,05 Punkte auf 98,28 an.

Türkei – Der Wahlsieg der Koalition Kohl/Genscher ist in der Türkei zwiespältig aufgenommen worden. Einerseits wurden Befürchtungen über die Zukunft der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik laut, andererseits zeigt man sich optimistisch hinsichtlich der künftigen Beziehungen zu Bonn. In einem Interview erklärte Außenminister Ilfter Türkmen, die Beziehungen Ankaras zur Regierung Kohl hätten sich in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses entwickelt. In der Gastarbeiter-Frage werde man den begonnenen Meinungsaustausch fortsetzen.

Dänemark – Für die Zusammenarbeit der führenden Industrieländer sei es äußerst wichtig, daß die Bonner Regierung ein klares Mandat der Wähler erhalten habe, sagte der dänische Außenminister Poul Schlüter zum Wahlergebnis in Bonn. Er hoffe, daß damit der Weg zu Fortschritten bei den Genfer Abrüstungsgesprächen geebnet worden sei.

Italien – Das deutsche Wahlergebnis ist in römischen Regierungskreisen mit Erleichterung aufgenommen worden. Der christdemokratische Ministerpräsident Amintore Fanfani erklärte: „Ein herzlicher Glückwunsch an Freund Kohl. Der Bundesrepublik wünsche ich, daß ihr dieses eindeutige Votum zu weiteren Fortschritten verhelfen und daß es dazu beitragen möge, Europa einen sicheren Frieden zu garantieren."

Italiens Christdemokraten und die Liberalen begrüßen offen den Erfolg ihrer deutschen Schwesterparteien, die ebenfalls zur Regierungskoalition gehörenden Sozialisten und Sozialdemokraten bedauern die schwere Niederlage der SPD zwar, weisen jedoch auch darauf hin, daß dieser Rückschlag durch das Abgehen von der „ausgewogenen Politik" Helmut Schmidts verursacht worden sei. Als weitverbreitete Meinung ist immer wieder zu hören: „Die deutsche Politik ist wieder berechenbar geworden."

Belgien – Der belgische Premierminister Wilfried *Martens* hat am Montag Bundeskanzler Helmut Kohl im Namen der Regierung Glückwünsche zum Wahlsieg übermittelt. „Ich bin überzeugt, daß die Konsolidierung der ausgezeichneten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern insbesondere im europäischen Rahmen ein gewichtiges Element in unserem Kampf gegen die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und ihre schweren Auswirkungen auf unsere Bevölkerungen bilden wird", heißt es in dem Telegramm aus Brüssel.

NATO-Generalsekretär Josef Luns sagte am Montag, der klare Wahlsieg der Regierungskoalition in Bonn werde ein positives Ergebnis bei den Raketenverhandlungen in Genf begünstigen. Das Ergebnis der Bundestagswahlen verstärke Zusammenhalt und Solidarität innerhalb der atlantischen Allianz, betonte Luns.

In Brüsseler EG-Kreisen wird das Wahlergebnis nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt beurteilt, daß nun keine Beeinträchtigung der Effektivität deutscher Präsidentschaft in allen Gremien des EG-Ministerrats mehr zu befürchten sei. Ein Machtwechsel in Bonn oder eine Periode der Unsicherheit von dieser oder jener Minderheitsregierung hätte zweifellos zu Lähmungserscheinungen bei der Ausübung der deutschen Präsidentschaft geführt.

Bundestagswahlen 1949-1983

50% 40% 30% 20% 10% 0%

CDU/CSU 48,8 — SPD 38,2 — F.D.P. 6,9 — Grüne 5,6

1949 1953 1957 1961 1965 1969 1972 1976 1980 1983

DIE WELT

Wissmann holte für CDU einen Rekord-Zuwachs

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Auch große politische Namen können Wahlkreise nicht retten: *Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer* der SPD, unterlag im Wahlkreis München-Nord seinem Gegner von der Union, dem Rechtsanwalt Fritz Wittmann. Und die SPD holte sich, wenn auch mit knappstem Ergebnis, „ihren" Wahlkreis Ludwigshafen zum dritten Mal gegen den Bundeskanzler. Helmut Kohl verlor mit 66 642 gegen 64 835 Erststimmen an den von den Sozialdemokraten neuaufgestellten Manfred Reimann.

Bundestags-Wahlergebnisse können aber auch persönliche Triumphe für Abgeordnete sein. Alois Mertes (Gerolstein) von der CDU vereinigte im Wahlkreis 151, wo er 1980 schon 65,1 Prozent der Erststimmen bekommen hatte, diesmal 69,3 Prozent auf seinen Namen, dazu 65,6 Prozent der Zweitstimmen, was sogar einen Hauch mehr als das bedeutet, was Franz Josef Strauß sich in seinem zum zehnten Mal von ihm geholten Wahlkreis Weilheim an Zweitstimmen bekam. Und ein Triumph eigener Art: im Wahlkreis 36 Stadt Hannover I gewann das Direktmandat der ehemalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke (SPD), unbeschadet der schlimmen Lage, in die er durch ungeklärte und nicht abgerechnete Millionen-Ausgaben seines Hauses gekommen ist. Zwar rutschte die SPD hier noch ein wenig deutlicher, als anderswo, nämlich von 51,6 auf 45,7 Prozent, aber es langte: Die CDU kam hier trotz einer fast Sechs-Punkte-Steigerung nur auf 39,5 Prozent.

Der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, steigerte im Wahlkreis 169 Ludwigsburg, wo er sich gegen den ehemaligen Kanzleramtsminister Huonker durchzusetzen hatte, sein Erststimmenergebnis von 46,3 auf 55,5 Prozent gegenüber 1980. Da dies 8,5 Prozent über dem Erststimmenanteil liegt, hält Wissmann damit bei der Wahl 1983 einen Rekord unter allen Wahlkreiskandidaten der Union.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann holte sein Landshut statt mit 65,3, mit diesmal 65,4 Prozent für die CSU. Im Wahlkreis 232 Roth holte Bundestagspräsident Richard Stücklen statt früherer 56,3 nun 59,9 Prozent für seine Partei heraus. Aus ganz Bayern kommt nur noch ein einziger SPD-Abgeordneter direkt nach Bonn: München-Mitte blieb bei Manfred Schmidt (SPD), dafür ging für die Sozialdemokraten auch Nürnberg-Nord verloren, wo Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU) Renate Schmidt schlug: 46,1 zu 38,3. In Schleswig-Holstein blieb der Spitzenkandidat der SPD, Egon Bahr, mit seinem Direktmandat stecken, und auch der SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen schaffte es nicht. Und in Frankfurt fiel Hans Matthöfer, von dem man noch weiß, daß er in Bonn Bundesfinanzminister war, gegen den Elektromechaniker Helmut Link von der CDU durch.

Die Auslands-Presse sieht Bonn jetzt wieder fest im westlichen Bündnis

„Der große Verlierer heißt Andropow" / „Wähler haben sich Adenauers erinnert"

Neue Zürcher Zeitung: Die SPD muß sich nun längerfristig in der Opposition einrichten. Sie bekommt damit Gelegenheit zu einer inneren Klärung, die viele in der Partei selbst nach dem massiven Verschleißprozeß der letzten Regierungsjahre für dringend nötig halten.

Washington Post (Washington): Die neue sowjetische Führung war mit ihrer aggressiven und offenen Kampagne zur Beeinflussung der deutschen Wählerstimmen ungewöhnliche Risiken eingegangen. Dieses Spiel wurde gestern verloren. Für die Amerikaner ... heißt die Gefahr nunmehr Selbstzufriedenheit. Aber die Deutschen haben nicht für die amerikanische Politik gestimmt. Sie stimmten für die atlantische Allianz, und dies ist ein großer Unterschied.

Neue Kronenzeitung (Wien): Einer der klügsten Köpfe der SPD, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, brachte die Ursache von Sieg und Niederlage auf eine einfache Formel: Die Aufschwungparolen der CDU/CSU hätten beim Wähler mehr gezogen als alle anderen Argumente.

L'Humanité (Paris): Der Sieg der Rechten in der Bundesrepublik Deutschland ist gewiß nicht gefahrlos für Europa und Westdeutschland selbst. Das Kräfteverhältnis in der Welt wird es den Verfechtern der Reaktion und der Massenverdummung nicht erlauben, alles Mögliche zu tun.

Le Figaro (Paris): Man versteht also, daß für Kohl die Probleme vor und nicht hinter ihm sind. Um ihnen entgegenzutreten, hat er – wenn man den Fall Strauß abzieht – eine mit großem Zusammenhalt ausgerüstete Mannschaft um sich.

Le Quotidien de Paris: Wenn es bei der deutschen Wahl eine Überraschung gibt, dann die der Eindeutigkeit des Siegs der bisherigen Koalition. Ganz offensichtlich haben die Deutschen gestern für die Sicherheit gestimmt.

Daily Express (London): Dies ist ein Sieg für die NATO und eine starke westliche Verteidigung. Es ist eine schmerzliche Zurückweisung der sogenannten Grünen, die auf einer atomfeindlichen neutralistischen Grundlage geworben haben. Jetzt, da die sowjetischen Führer es nicht geschafft haben, Deutschland von der Annahme von US-Raketen abzubringen, wird der Kreml sich der Realität eines starken, vereinigten Westens gegenübersehen.

Morning Star (London): Das Wahlergebnis wird sicherlich die Macht derjenigen stärken, die in Westeuropa Marschflugkörper und Pershing-2-Raketen aufgestellt sehen wollen. Genau aus diesem Grund ist es jetzt lebenswichtig, daß die Friedensbewegung ihre Kampagnen in Westeuropa verdoppelt, um die Völker gegen diese neue Bedrohung zu mobilisieren.

Svenska Dagbladet (Stockholm): Da sein (Kohls) früherer Herausforderer und Rivale, der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, in seinem Heimatstaat einen Rekordsieg errang und über 60 Prozent der Stimmen erhielt, wird diese dynamische, fordernde und provokative politische Naturbegabung ihren Einfluß auf die Bundespolitik stärken. Das braucht keine Katastrophe zu sein.

La Suisse (Genf): Es gibt einen großen Verlierer der westdeutschen Wahlen. Er heißt Jurij Andropow. Der Nachfolger Leonid

SEITE 10:
Deutsche Pressestimmen

Breschnews hatte in der Tat viel in den SPD-Kandidaten Hans-Jochen Vogel „investiert" und ihn gleich nach seinem Aufstieg zur Macht empfangen. Es ist auf jeden Fall beruhigend für die Zukunft der atlantischen Allianz ... Es ist auch eine Stärkung der amerikanischen Verhandlungsführung bei den schwierigen Gesprächen mit den Sowjets in Genf.

Liberation (Paris): Seit 30 Jahren lebte die Bundesrepublik unter dem Dreiparteiensystem: Das ist vorbei. Aber der Einfall der „Grünen" ist mehr als nur das Ende einer Gewohnheit: Die umfassende Ablehnung des deutschen Systems dringt ins Herz des Systems selbst ein.

Politiken (Kopenhagen): Die großen Parteien sind durch ihre Interessen gebunden, und ein Versuch, dies zu durchbrechen, wäre wohl vom Wähler mit Skepsis betrachtet worden. Die meisten haben sich in dieser Stunde wohl des Vaters des neuen deutschen Staates, Konrad Adenauer, erinnert: keine Experimente.

Prace (Prag): Die SPD kostete ihr Lavieren zwischen den USA und den Raketengegnern Stimmen zugunsten der Grünen, sie setzt sich nun durch den Übergang zu einer „konstruktiven Opposition" weiteren Popularitätsverlusten aus.

ABC (Madrid): Das Ergebnis der Wahl in Deutschland ist eine außergewöhnlich gute Nachricht für die atlantische Allianz, die EG und die Stabilität der 18 Demokratien, die auf dem Alten Kontinent zwischen den Atomgiganten zusammenleben ...

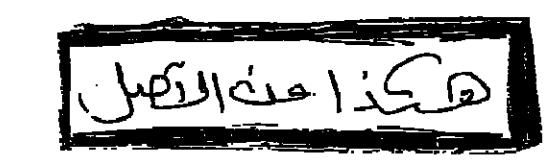
Corriere della Sera (Mailand): Die Sozialdemokraten waren am Anfang der Wahlkampagne mit Sicherheit auf Gewinnkurs. Sie haben an Kraft verloren, je mehr die Welt ihre eigenen Verunsicherungen hervorhob und Deutschland sich im Zentrum des europäischen Schicksals fühlte.

Trybuna Ludu (Warschau): Es ist kein Geheimnis, daß der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik Deutschland von einigen konfrontationsfreudigen Kreisen im Westen als Vorwand für die Verhärtung ihrer Haltung bei den Abrüstungsverhandlungen und Beziehungen zum Osten dienen könnte.

The Times (London): Kohls Wiederwahl rückt die westdeutsche Verteidigungspolitik wieder fest in die Bahn der NATO-Entscheidung, neue Raketen aufzustellen, falls die Verhandlungen mit den Russen scheitern. Allerdings werden die Grünen und andere Friedensbewegungen ihren möglicherweise heftigen Widerstand ausweiten.

Daily Telegraph (London): Die Bestätigung Dr. Kohls wird in den westlichen Hauptstädten enthusiastisch willkommen geheißen werden, wo es Angst vor den Konsequenzen gab, die eine Wahl Dr. Vogels mit Unterstützung der „Grünen" gehabt hätte.

Der Bund (Bern): Vogel hat in seiner Betonung der Nachrüstungsfrage die Stimmung in Deutschland falsch eingeschätzt. Die Bürger sind in erster Linie besorgt über die Rezession und Arbeitslosigkeit und trauen es der Partei des „Wirtschaftswunders" von Adenauer und Erhard zu, mit der Krise von heute fertig zu werden ...



Hoppe: Jetzt beginnt die Bewährungsprobe

Genscher erwartet Initiative von Bundeskanzler Kohl

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP-Parteispitze und die neue Bundestagsfraktion sind mit dem Wahlausgang zufrieden, obwohl die Zahl der Abgeordneten von 54 auf 35 zurückgegangen ist. Nach einer gemeinsamen Sitzung erklärten Parteichef Hans-Dietrich Genscher, die Liberalen hätten ihr Wahlziel erreicht. Die FDP bleibe im Bundestag als drittstärkste Kraft erhalten. Damit seien die Voraussetzungen für die Fortsetzung der Koalition der Mitte wie vom Wähler gewollt geschaffen.

Die Zustimmung, die die Freien Demokraten besonders in der letzten Phase des Wahlkampfs erhalten hätten, sollen nach den Worten von Genscher jetzt sofort zu einer Mitgliederwerbeaktion genutzt werden.

Die Koalitionsverhandlungen mit der Union werden wie in der Vergangenheit wieder von Genscher und Mischnick geleitet. Bei den Sachberatungen werden dann Experten hinzugezogen. Der FDP-Chef erwartet jetzt, daß für die Aufnahme der Bundeskanzler und Vorsitzende der größten Partei, Helmut Kohl, die Initiative ergreift. Sie sollen nach Auffassung von Genscher „intensiv, gründlich und zügig" geführt werden. Dabei ergäben sich die Sachthemen aus der gemeinsam mit der Union eingeleiteten Politik und der Freiburger Wahlplattform.

Das Präsidiumsmitglied, der stellvertretende Fraktionschef Hans-Günter Hoppe, betonte, jetzt beginne die „Bewährungsprobe". Es sei zur Bewältigung der anstehenden Probleme „äußerste Nüchternheit" geboten. Die FDP müsse sich einerseits als Stabilitätsfaktor behaupten, und auf der anderen Seite müsse sie den Mut zu fruchtbarer Unruhe aufbringen.

Der künftigen FDP-Bundestagsfraktion, die heute zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentritt, gehören drei neue Abgeordnete aus Baden-Württemberg (Wolfgang Weng, Ursula Seiler-Albring und Roland Kohn) sowie aus Bayern Josef Grünbeck an. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Klaus-Jürgen Hoffie, der zwischenzeitlich hessischer Landesminister war, kommt als Rückkehrer wieder ins Parlament. Unter den 35 Mandatsträgern sind fünf, die im Herbst vergangenen Jahres den Kurswechsel nicht mitgetragen haben.

Aus Schleswig-Holstein hat nur noch der FDP-Landesvorsitzende Uwe Ronneburger den Wiedereinzug erreicht. Werner Zywietz und Wolf-Dieter Zumpfort scheiterten. Zu den Chancen der Liberalen bei den Landtagswahlen am nächsten Sonntag meinte Genscher-Stellvertreter Wolfgang Mischnick, es werde „sehr schwer", das Ziel zu schaffen.

Nachdem schon bisher keine saarländischen FDP-Abgeordneten im Bundestag vertreten waren, fehlen jetzt auch liberale Parlamentarier aus Bremen und Hamburg.

SPD legt sich auf Vogel fest

Parteivorstand bittet ihn, für den Vorsitz der Bundestagsfraktion zu kandidieren

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Führungsgremien der SPD haben sich trotz der Wahlniederlage hinter den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel gestellt und ihn gebeten, für den Vorsitz der Bundestagsfraktion zu kandidieren. Das hat gestern der Parteivorstand beschlossen, nachdem schon am Wahlabend das Präsidium eine ähnliche Bitte an Vogel geäußert hatte. Schon heute wird sich die neugewählte SPD-Fraktion, verstärkt durch die ausscheidenden Abgeordneten der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode, in Bonn treffen. Möglicherweise wird dabei schon der neue Fraktionsvorstand gewählt.

Mit dieser Festlegung der Parteiführung auf Vogel versucht die SPD jeder Schuldzuweisungs-Diskussion von vornherein gegenzusteuern. Der Parteivorsitzende Willy Brandt erklärte denn auch gestern im Vorstand, Vogel habe in einer großen persönlichen Anstrengung und auch durch die Inhalte, die er seinem Wahlkampf gegeben habe, die Partei „zusammengeführt". Den Vorschlag des scheidenden Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, Vogel solle alsbald zu seinem Nachfolger gewählt werden, unterstützen im Parteivorstand neben anderen auch Horst Ehmke, der früher selbst als möglicher Fraktionschef galt, aber auch der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, Herbert Ehrenberg und der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Schmidt kündigte an, daß er auf dem für Herbst geplanten ordentlichen Parteitag nicht wieder für den stellvertretenden Parteivorsitz kandidieren werde. Dieser Platz gebühre jetzt Hans-Jochen Vogel, der einen „hervorragenden" Wahlkampf geführt habe. „Kein anderer hätte dies besser tun können", schließlich habe Vogel einen Wahlkampf aus dem Stand heraus zu bestehen gehabt.

Georg Leber, der am Wahlabend die Strategie seiner Partei wegen mangelnder Abgrenzung zu den Grünen kritisiert hatte, gab gestern vor dem Vorstand eine Erklärung ab, in der er Hans-Jochen Vogel seinen persönlichen Respekt versicherte und ihn ebenfalls bat, sich als Fraktionsvorsitzender zur Verfügung zu stellen.

Die SPD-Fraktion wählt ihren Vorsitzenden zu Beginn der Legislaturperiode zunächst für ein Jahr und danach zweimal für je anderthalb Jahre bis zur turnusmäßigen Neuwahl nach vier Jahren. Als Oppositionsführer und Fraktionschef wird Hans-Jochen Vogel sich einer Reihe von Schwierigkeiten gegenübersehen. Zum einen dürfte sein politisches Gewicht zumindest in der Anfangsphase dadurch gemindert werden, daß der Fraktion der Parteivorsitzende Willy Brandt, vor allem aber auch Altkanzler Helmut Schmidt angehören, die ihm – ob beabsichtigt oder nicht – die Führungsrolle streitig machen könnten.

Die neue Fraktion ist in ihrer Zusammensetzung auch einen Schritt weiter nach links gerückt als die des 9. Deutschen Bundestages. Zwar sind nur gut zwei Dutzend neue Abgeordnete in der SPD-Fraktion. Unter ihnen sind allerdings so exponierte Linke wie der Hamburger Ulrich Klose und der Schleswig-Holsteiner Günther Jansen. Von Bedeutung allerdings wird sein, daß eine Reihe von Abgeordneten des rechten Flügels der Fraktion nicht mehr in das Parlament zurückgekehrt sind. Das gilt für Peter Corterier, das gilt auch für die als „Generalsekretär" und „Sekretär der Kanalarbeiter" Lothar Wrede und Peter Männing.

Die Kanalarbeiterriege könnte überdies noch zusätzlich geschwächt werden. In der SPD wird darüber gesprochen, daß deren Vormann Egon Franke möglicherweise wegen der gegen ihn laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sein Mandat niederlegen wird. Durch die Affäre um ihn sind die Kanalarbeiter des rechten Fraktionsflügels ohnehin stark geschwächt worden. Andere Abgeordnete, die hier ihren Platz haben, wie etwa Annemarie Renger, sind bei der Aufstellung der Wahlkreiskandidaten von einer linksorientierten Basis übergangen worden. Frau Renger wurde, entgegen den Gepflogenheiten der SPD, ohne eigenen Wahlkreis auf der nordrhein-westfälischen Landesliste abgesichert und kam so wieder in den Bundestag.

Noch offen ist, welche Rolle die beiden von der FDP zur SPD gewechselten neuen sozialdemokratischen Abgeordneten Ingrid Matthäus-Maier und Günter Verheugen spielen werden.

Grüne streben „indiskrete Demokratie" in Bonn an

Abgeordnete wollen kein Geheimnis im Bundestag wahren

Von EBERH. NITSCHKE

Die Grünen werden alle Vorgänge, die ihnen als Abgeordnete des Deutschen Bundestages bekannt werden, unverzüglich der Öffentlichkeit bekanntmachen und keine Geheimnisse dabei wahren. Dies erklärte anläßlich der ersten Pressekonferenz der Grünen in Bonn nach der Wahl ihr Vorstandsmitglied, der über die Landesliste Nordrhein-Westfalen gewählte Berliner Rechtsanwalt Otto Schily. Wörtlich sagte Schily dazu: „Wir werden dafür sorgen, daß die Demokratie wieder indiskret wird."

Vor der Bundespressekonferenz und vor der zahlreich anwesenden Auslandspresse waren statt drei angekündigter Vorstandsmitglieder zehn erschienen, darunter Petra Kelly, die als „Hauptgegner" die „Rechtsregierung" bezeichnete, der man jetzt das, was sie „gewaltfreien Widerstand" nannte, auch in den Bundestag tragen werde. Für „Blockaden" vor allem vor militärischen Bereichen kündigte Frau Kelly ein „gewaltfreies Training" an, das jetzt für die „Friedensbewegung" erforderlich sei.

Auf die Frage, wo die Grünen im Bundestag sitzen werden, vermutete Schily, daß man die 27 Abgeordneten der Partei „als linke Randgruppe an den äußersten linken Rand setzen" werde, darüber wolle man aber mit der Bundestagsverwaltung noch verhandeln. Zur Zusammenarbeit mit der SPD in Sachfragen sei man bereit, es komme ganz auf die Sozialdemokraten an, „wie sich das gestaltet". Über Ausschüsse, in denen die Grünen im Bundestag mitzuarbeiten wünschen, wurde auf der Pressekonferenz nichts mitgeteilt. Ihre Büros im Parlament erhalten die Abgeordneten, bei stetem unveränderten Raumangebot, nach der Größe der jeweiligen Fraktionen, so daß jetzt die SPD als Hauptverlierer der Wahl Büroraum an die Grünen abzutreten haben wird. Die Bundestagsverwaltung leistet bei alledem nur „Rechenhilfe", die Raumverteilung selbst ist dann Sache der Fraktionen und des Ältestenrates.

Rainer Trampert, Grünen-Vorsitzender aus Hamburg, nannte den Einzug seiner Partei ins Bundeshaus einen „historischen Durchbruch". Das Gesamtergebnis der Wahl ist seiner Ansicht nach „katastrophal", weil, wie er sagte, die Bevölkerung offensichtlich in Krisenzeiten nach rechts wähle. Da sich die an der Situation mitschuldige SPD nicht dafür angeboten habe, sei man auf die „unverbrauchtere Variante CDU/CSU" ausgewichen.

Abweichend von der bisher verkündeten generellen Regelung, daß ein Abgeordneter der Grünen seinen Parlamentsstuhl nach zwei Jahren für einen „Nachrücker" zu räumen habe, wurden anläßlich der Bonner Pressekonferenz Pläne verteilt, die vorsehen, daß grüne Mandatsträger, die von 70 Prozent der jeweiligen Landesversammlung bestätigt werden, ihre volle Zeit von vier Jahren abdienen können.

Die Ergebnisse aus allen 248 Wahlkreisen

DW. **Bonn**
Aus den 248 Wahlkreisen liegen folgende vorläufige amtliche Endergebnisse vor. Die Prozentzahlen geben den Anteil der Zweitstimmen an (in Klammern die Vergleichszahlen der Bundestagswahl 1980); zum Schluß der Name des gewählten Direktkandidaten.

Schleswig-Holstein

1 Flensburg-Schleswig: Beteiligung 87,9 Prozent. SPD 42,4 (47,1); CDU 46,1 (38,7); FDP 5,8 (12,4); GRÜ 5,4 (1,5). Gewählt: Harm Dallmeyer (CDU), bisher Egon Bahr (SPD).

2 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord: Beteiligung 88,7 Prozent. SPD 36,6 (43,2); CDU 49,1 (42,5); FDP 7,0 (12,6); GRÜ 5,1 (1,5). Gewählt: Peter-Harry Carstensen (CDU), bisher Wolfgang Rayer (SPD).

3 Steinburg-Dithmarschen-Süd: Beteiligung 89,1 Prozent. SPD 40,7 (46,3); CDU 48,1 (41,2); FDP 6,1 (10,9); GRÜ 4,7 (1,3). Gewählt: Dietrich Austermann (CDU), bisher Kurt Leuschner (SPD).

4 Rendsburg-Eckernförde: Beteiligung 90,2 Prozent. SPD 40,8 (45,7); CDU 48,2 (40,4); FDP 6,0 (12,3); GRÜ 4,7 (1,3). Gewählt: Gerhard Stoltenberg (CDU), bisher Heide Simonis (SPD).

5 Kiel: Beteiligung 87,7 Prozent. SPD 49,8 (54,0); CDU 39,0 (32,2); FDP 4,9 (11,8); GRÜ 5,8 (1,5). Gewählt: Norbert Gansel (SPD), wie bisher.

6 Plön-Neumünster: Beteiligung 89,4 Prozent. SPD 43,6 (48,7); CDU 45,9 (38,5); FDP 5,5 (11,1); GRÜ 4,7 (1,3). Gewählt: Karl Eigen (CDU), bisher Horst Jungmann (SPD).

7 Pinneberg: Beteiligung 91,0 Prozent. SPD 40,3 (45,1); CDU 46,3 (38,0); FDP 7,1 (14,9); GRÜ 5,9 (1,5). Gewählt: Ingrid Roitzsch (CDU), bisher Reinhard Ueberhorst (SPD).

8 Segeberg-Stormarn-Nord: Beteiligung 89,9 Prozent. SPD 38,1 (42,9); CDU 48,7 (40,4); FDP 7,3 (15,0); GRÜ 5,6 (1,3). Gewählt: Peter Kurt Würzbach (CDU), bisher Günther Heyenn (SPD).

9 Ostholstein: Beteiligung 89,6 Prozent. SPD 40,9 (46,1); CDU 48,8 (41,3); FDP 6,0 (11,3); GRÜ 4,1 (1,1). Gewählt: Rolf Olderog (CDU), bisher Günther Jansen (SPD).

10 Herzogtum Lauenburg-Stormarn-Süd: Beteiligung 91,0 Prozent. SPD 38,6 (43,4); CDU 47,6 (40,2); FDP 7,6 (14,5); GRÜ 5,8 (1,6). Gewählt: Michael von Schmude (CDU), bisher Eckart Kuhlwein (SPD).

11 Lübeck: Beteiligung 87,1 Prozent. SPD 46,3 (51,7); CDU 43,4 (35,5); FDP 5,0 (11,3); GRÜ 4,9 (1,1). Gewählt: Reinhold Hiller (SPD), bisher Björn Engholm (SPD).

Hamburg

12 Hamburg-Mitte: Beteiligung 85,8 Prozent. SPD 51,1 (52,4); CDU 34,4 (28,4); FDP 4,7 (11,8); GRÜ 9,0 (2,5). Gewählt: Freimut Duve (SPD), wie bisher.

13 Hamburg-Altona: Beteiligung 88,6 Prozent. SPD 44,1 (48,5); CDU 38,4 (33,5); FDP 7,8 (14,6); GRÜ 9,1 (2,6). Gewählt: Horst Gobrecht (SPD), wie bisher.

14 Hamburg-Eimsbüttel: Beteiligung 88,8 Prozent. SPD 45,1 (49,9); CDU 37,0 (31,2); FDP 6,5 (14,9); GRÜ 10,7 (3,0). Gewählt: Peter Paterna (SPD), wie bisher.

15 Hamburg-Nord: Beteiligung 90,8 Prozent. SPD 41,9 (46,8); CDU 39,9 (34,4); FDP 8,2 (16,5); GRÜ 9,4 (2,5). Gewählt: Hans Apel (SPD), wie bisher.

16 Hamburg-Wandsbek: Beteiligung 89,9 Prozent. SPD 47,4 (51,1); CDU 38,8 (31,3); FDP 6,4 (15,1); GRÜ 6,9 (1,9). Gewählt: Eugen Glombig (SPD), wie bisher.

17 Hamburg-Bergedorf: Beteiligung 88,5 Prozent. SPD 50,9 (54,6); CDU 37,6 (29,7); FDP 4,8 (13,2); GRÜ 6,1 (1,8). Gewählt: Helmut Schmidt (SPD), wie bisher.

18 Hamburg-Harburg: Beteiligung 89,4 Prozent. SPD 52,8 (57,6); CDU 36,2 (28,7); FDP 4,7 (11,5); GRÜ 5,7 (1,6). Gewählt: Hans-Ulrich Klose (SPD), bisher Herbert Wehner (SPD).

Niedersachsen

19 Aurich-Emden: Beteiligung 89,8 Prozent. SPD 57,1 (60,3); CDU 33,9 (28,5); FDP 5,3 (9,2); GRÜ 5,6 (1,6). Gewählt: Carl Ewen (SPD), wie bisher.

20 Unterems: Beteiligung 89,5 Prozent. SPD 36,1 (41,6); CDU 53,2 (49,1); FDP 5,8 (7,5); GRÜ 4,6 (1,5). Gewählt: Rudolf Seiters (CDU), wie bisher.

21 Friesland-Wilhelmshaven: Beteiligung 86,7 Prozent. SPD 46,8 (52,8); CDU 40,3 (33,3); FDP 6,6 (11,8); GRÜ 5,9 (1,7). Gewählt: Herbert Ehrenberg (SPD), wie bisher.

22 Oldenburg-Ammerland: Beteiligung 87,3 Prozent. SPD 44,0 (48,8); CDU 38,2 (32,4); FDP 9,3 (16,3); GRÜ 7,9 (1,9). Gewählt: Walter Polkehn (SPD), wie bisher.

23 Delmenhorst-Wesermarsch: Beteiligung 88,4 Prozent. SPD 45,1 (50,3); CDU 39,8 (32,9); FDP 8,5 (14,7); GRÜ 6,2 (1,6). Gewählt: Margitta Terborg (SPD), wie bisher.

24 Cuxhaven: Beteiligung 89,5 Prozent. SPD 42,1 (48,2); CDU 44,9 (38,6); FDP 6,6 (10,8); GRÜ 6,1 (2,0). Gewählt: Wolfgang von Geldern (CDU), bisher Dr. Karl-Arnold Eickmeyer (SPD).

25 Stade: Beteiligung 89,3 Prozent. SPD 39,3 (45,3); CDU 47,4 (41,1); FDP 7,4 (11,4); GRÜ 5,5 (1,7). Gewählt: Horst Eylmann (CDU), bisher Dr. Wolfgang Schwenk (SPD).

26 Mittelems: Beteiligung 91,3 Prozent. SPD 30,8 (36,8); CDU 57,4 (52,8); FDP 6,7 (8,7); GRÜ 4,9 (1,4). Gewählt: Hans-Gerd Strube (CDU), bisher Martin Oldenstedt (CDU).

27 Cloppenburg-Vechta: Beteiligung 91,4 Prozent. SPD 18,5 (23,0); CDU 71,6 (69,0); FDP 5,2 (6,1); GRÜ 4,5 (1,7). Gewählt: Manfred Carstens (CDU), wie bisher.

28 Diepholz: Beteiligung 88,9 Prozent. SPD 37,6 (42,6); CDU 46,1 (40,1); FDP 10,2 (15,3); GRÜ 5,8 (1,6). Gewählt: Walter Link (CDU), bisher Peter Würtz (SPD).

29 Verden: Beteiligung 90,3 Prozent. SPD 41,4 (47,3); CDU 43,6 (36,8); FDP 6,8 (13,2); GRÜ 7,8 (2,2). Gewählt: Martin Oldenstädt (CDU), bisher Arne Börnsen (SPD).

30 Soltau-Rotenburg: Beteiligung 89,2 Prozent. SPD 36,1 (42,2); CDU 50,4 (44,6); FDP 7,4 (11,1); GRÜ 5,6 (1,7). Gewählt: Ingeborg Hoffmann (CDU), wie bisher.

31 Lüneburg-Lüchow-Dannenberg: Beteiligung 87,6 Prozent. SPD 37,4 (42,2); CDU 45,7 (41,8); FDP 7,6 (12,3); GRÜ 8,9 (3,3). Gewählt: Horst Schröder (CDU), wie bisher.

32 Osnabrück-Land: Beteiligung 90,7 Prozent. SPD 36,2 (41,8); CDU 50,1 (45,3); FDP 8,2 (11,0); GRÜ 5,2 (1,6). Gewählt: Reinhard v. Schorlemer (CDU), wie bisher.

33 Osnabrück: Beteiligung 90,1 Prozent. SPD 39,3 (46,3); CDU 47,1 (40,9); FDP 7,3 (10,9); GRÜ 6,0 (1,5). Gewählt: Karl-Heinz Hornhues (CDU), bisher Dr. Alfred Emmerlich (SPD).

34 Nienburg-Schaumburg: Beteiligung 89,7 Prozent. SPD 43,6 (49,4); CDU 44,6 (38,4); FDP 6,5 (10,5); GRÜ 5,0 (1,4). Gewählt: Helmut Rode (CDU), bisher Friedel Schirmer (SPD).

35 Harburg: Beteiligung 91,1 Prozent. SPD 35,3 (40,1); CDU 48,5 (42,0); FDP 9,5 (15,7); GRÜ 6,4 (1,8). Gewählt: Herbert Helmrich (CDU), wie bisher.

36 Stadt Hannover I: Beteiligung 87,8 Prozent. SPD 45,7 (51,6); CDU 39,5 (34,0); FDP 7,1 (12,2); GRÜ 7,3 (1,7). Gewählt: Egon Franke (SPD), wie bisher.

37 Hannover Stadt II: Beteiligung 88,4 Prozent. SPD 45,9 (51,5); CDU 38,3 (33,9); FDP 7,3 (12,3); GRÜ 7,9 (1,8). Gewählt: Helmut Rohde (SPD), wie bisher.

38 Hannover-Land I: Beteiligung 90,4 Prozent. SPD 41,8 (47,7); CDU 45,0 (37,8); FDP 7,5 (12,8); GRÜ 5,4 (1,4). Gewählt: Dietmar Kansy (CDU), bisher Gerhard Schröder (SPD).

39 Celle-Uelzen: Beteiligung 89,6 Prozent. SPD 37,0 (41,4); CDU 49,9 (45,1); FDP 7,3 (11,5); GRÜ 5,3 (1,6). Gewählt: Klaus-Jürgen Hedrich (CDU), bisher Dr. Hans Hubrig (CDU).

40 Gifhorn-Peine: Beteiligung 90,9 Prozent. SPD 41,6 (47,3); CDU 47,7 (41,5); FDP 5,9 (9,5); GRÜ 4,4 (1,4). Gewählt: Engelbert Nelle (CDU), bisher Adolf Stockleben (SPD).

41 Hameln-Holzminden: Beteiligung 91,3 Prozent. SPD 45,7 (51,1); CDU 42,6 (37,1); FDP 6,9 (10,1); GRÜ 4,5 (1,5). Gewählt: Brigitte Traupe (SPD), wie bisher.

42 Hannover-Land II: Beteiligung 91,5 Prozent. SPD 43,9 (49,5); CDU 43,0 (36,3); FDP 7,2 (12,6); GRÜ 5,6 (1,4). Gewählt: Herbert Lattmann (CDU), bisher Günter Kiehm (SPD).

43 Hildesheim: Beteiligung 91,5 Prozent. SPD 45,9 (51,1); CDU 43,2 (37,9); FDP 5,8 (9,3); GRÜ 4,8 (1,5). Gewählt: Hermann Rappe (SPD), wie bisher.

44 Salzgitter-Wolfenbüttel: Beteiligung 91,5 Prozent. SPD 46,3 (52,2); CDU 44,6 (37,1); FDP 4,7 (9,2); GRÜ 3,9 (1,2). Gewählt: Hans-Jürgen Junghans (SPD), wie bisher.

45 Braunschweig: Beteiligung 87,8 Prozent. SPD 43,8 (49,7); CDU 43,5 (35,7); FDP 6,3 (12,6); GRÜ 6,0 (1,6). Gewählt: Joachim Clemens (CDU), bisher Klaus-Dieter Kühbacher (SPD).

46 Helmstedt-Wolfsburg: Beteiligung 89,1 Prozent. SPD 39,9 (46,3); CDU 49,9 (42,3); FDP 5,1 (9,7); GRÜ 4,7 (1,3). Gewählt: Volkmar Köhler (CDU), bisher Rudolf Hauck (SPD).

47 Goslar: Beteiligung 90,1 Prozent. SPD 44,3 (49,1); CDU 45,5 (39,4); FDP 6,1 (10,0); GRÜ 3,7 (1,1). Gewählt: Rudolf Sprung (CDU), bisher Dr. Jürgen Linde (SPD).

48 Northeim-Osterode: Beteiligung 92,0 Prozent. SPD 47,2 (52,1); CDU 41,8 (36,7); FDP 6,4 (9,5); GRÜ 4,3 (1,4). Gewählt: Martin Schmidt (SPD), wie bisher.

49 Göttingen: Beteiligung 90,1 Prozent. SPD 41,0 (46,2); CDU 43,4 (39,5); FDP 7,2 (11,7); GRÜ 8,1 (2,2). Gewählt: Hans-Hugo Klein (CDU), bisher Lothar Curdt (SPD).

Bremen

50 Bremen-Ost: Beteiligung 89,8 Prozent. SPD 43,1 (46,5); CDU 36,3 (31,8); FDP 8,5 (17,7); GRÜ 11,3 (3,1). Gewählt: Ernst Walthemathe (SPD), wie bisher.

51 Bremen-West: Beteiligung 88,1 Prozent. SPD 53,3 (56,7); CDU 31,3 (25,3); FDP 5,1 (14,3); GRÜ 9,2 (2,4). Gewählt: Claus Grobecker (SPD), wie bisher.

52 Bremerhaven/Bremen-Nord: Beteiligung 87,1 Prozent. SPD 51,6 (55,9); CDU 34,1 (28,2); FDP 5,3 (12,7); GRÜ 8,3 (2,5). Gewählt: Horst Grunenberg (SPD), wie bisher.

Nordrhein-Westfalen

53 Aachen: Beteiligung 88,6 Prozent. SPD 38,0 (41,9); CDU 46,9 (44,0); FDP 7,3 (12,0); GRÜ 7,3 (1,7). Gewählt: Hans Stercken (CDU), wie bisher.

54 Kreis Aachen: Beteiligung 90,9 Prozent. SPD 43,8 (48,4); CDU 47,4 (42,3); FDP 4,6 (8,0); GRÜ 3,8 (1,0). Gewählt: Hans Peter Schmitz (CDU), bisher Erich Berschkeit (SPD).

55 Heinsberg: Beteiligung 91,0 Prozent. SPD 30,8 (34,9); CDU 59,7 (56,4); FDP 5,4 (7,3); GRÜ 3,7 (1,2). Gewählt: Adolf Freiherr Spies von Büllesheim (CDU), wie bisher.

56 Düren: Beteiligung 90,4 Prozent. SPD 37,7 (41,6); CDU 52,1 (48,7); FDP 6,2 (8,4); GRÜ 3,7 (1,1). Gewählt: Wolfgang Vogt (CDU), wie bisher.

57 Erftkreis I: Beteiligung 91,0 Prozent. SPD 44,9 (49,3); CDU 44,6 (38,2); FDP 6,0 (11,2); GRÜ 4,2 (1,0). Gewählt: Klaus Lennartz (SPD), wie bisher.

58 Euskirchen-Erftkreis II: Beteiligung 90,9 Prozent. SPD 34,4 (38,1); CDU 53,3 (49,2); FDP 7,9 (11,3); GRÜ 4,1 (1,1). Gewählt: Peter Milz (CDU), wie bisher.

59 Köln I: Beteiligung 85,4 Prozent. SPD 44,7 (47,7); CDU 39,6 (36,1); FDP 6,4 (13,6); GRÜ 8,7 (2,0). Gewählt: Hans-Jürgen Wischnewski (SPD), wie bisher.

60 Köln II: Beteiligung 88,5 Prozent. SPD 37,7 (39,7); CDU 44,1 (41,8); FDP 10,5 (16,4); GRÜ 7,2 (1,6). Gewählt: Heribert Blens (CDU), bisher Anke Fuchs (SPD).

61 Köln III: Beteiligung 85,6 Prozent. SPD 47,6 (50,5); CDU 39,3 (35,6); FDP 5,9 (11,6); GRÜ 6,6 (1,6). Gewählt: Konrad Gilges (SPD), wie bisher.

62 Köln IV: Beteiligung 85,9 Prozent. SPD 50,5 (52,9); CDU 37,5 (33,7); FDP 5,4 (11,5); GRÜ 6,0 (1,4). Gewählt: Günter Herterich (SPD), wie bisher.

63 Bonn: Beteiligung 90,1 Prozent. SPD 31,4 (33,6); CDU 49,3 (48,6); FDP 11,8 (15,7); GRÜ 7,2 (1,6). Gewählt: Hans Daniels (CDU), bisher Alo Hauser (CDU).

64 Rhein-Sieg-Kreis I: Beteiligung 90,5 Prozent. SPD 36,3 (40,4); CDU 51,1 (44,9); FDP 7,6 (13,2); GRÜ 4,7 (1,2). Gewählt: Adolf Herkenrath (CDU), wie bisher.

65 Rhein-Sieg-Kreis II: Beteiligung 91,0 Prozent. SPD 28,7 (32,0); CDU 55,4 (52,7); FDP 10,5 (13,8); GRÜ 5,2 (1,3). Gewählt: Franz Möller (CDU), wie bisher.

66 Oberbergischer Kreis: Beteiligung 89,9 Prozent. SPD 37,3 (41,6); CDU 50,3 (44,9); FDP 7,4 (12,0); GRÜ 4,8 (1,2). Gewählt: Horst Waffenschmidt (CDU), wie bisher.

67 Rheinisch-Bergischer Kreis I: Beteiligung 90,8 Prozent. SPD 34,1 (37,7); CDU 50,2 (45,1); FDP 9,5 (15,4); GRÜ 5,8 (1,4). Gewählt: Franz Heinrich Krey (CDU), wie bisher.

68 Leverkusen – Rheinisch-Bergischer Kreis II: Beteiligung 90,1 Prozent. SPD 44,5 (47,7); CDU 42,6 (37,6); FDP 7,1 (12,8); GRÜ 5,4 (1,5). Gewählt: Bruno Wiefel (SPD), wie bisher.

69 Wuppertal I: Beteiligung 88,5 Prozent. SPD 42,6 (45,0); CDU 40,8 (37,2); FDP 9,4 (15,9); GRÜ 6,6 (1,3). Gewählt: Rudolf Dreßler (SPD), wie bisher.

70 Wuppertal II: Beteiligung 88,1 Prozent. SPD 45,3 (47,4); CDU 40,1 (36,0); FDP 8,2 (14,9); GRÜ 5,7 (1,1). Gewählt: Wilfried Penner (SPD), wie bisher.

71 Solingen-Remscheid: Beteiligung 87,6 Prozent. SPD 42,7 (46,7); CDU 43,7 (37,8); FDP 8,1 (13,6); GRÜ 4,9 (1,2). Gewählt: Bernd Wilz (CDU), bisher Heinz Schreiber (SPD).

72 Mettmann I: Beteiligung 90,2 Prozent. SPD 40,2 (43,5); CDU 45,2 (39,6); FDP 8,3 (14,8); GRÜ 5,8 (1,5). Gewählt: Joseph-Theodor Blank (CDU), bisher Uwe Holtz (SPD).

73 Mettmann II: Beteiligung 88,7 Prozent. SPD 42,6 (46,8); CDU 44,1 (38,8); FDP 7,6 (12,7); GRÜ 5,1 (1,2). Gewählt: Heinz Schemken (CDU), bisher Heinz Pensky (SPD).

74 Düsseldorf I: Beteiligung 88,0 Prozent. SPD 39,7 (42,4); CDU 44,1 (41,3); FDP 9,3 (14,1); GRÜ 6,3 (1,6). Gewählt: Wolfgang Schulhoff (CDU), bisher Gottfried Arnold (CDU).

75 Düsseldorf II: Beteiligung 87,4 Prozent. SPD 46,0 (49,2); CDU 41,2 (37,2); FDP 6,2 (11,6); GRÜ 5,9 (1,4). Gewählt: Volker Jung (SPD), bisher Manfred Gessner (SPD).

76 Neuss I: Beteiligung 89,3 Prozent. SPD 37,4 (41,4); CDU 50,9 (45,4); FDP 6,5 (11,4); GRÜ 4,8 (1,3). Gewählt: Heinz-Günther Josef Hüsch (CDU), wie bisher.

77 Neuss II: Beteiligung 90,7 Prozent. SPD 34,4 (38,6); CDU 52,1 (47,1); FDP 8,5 (12,8); GRÜ 4,7 (1,2). Gewählt: Willy Wimmer (CDU), wie bisher.

78 Mönchengladbach: Beteiligung 85,3 Prozent. SPD 36,1 (40,1); CDU 51,8 (47,4); FDP 7,0 (10,9); GRÜ 4,7 (1,2). Gewählt: Hans-Wilhelm Pesch (CDU), bisher Wolfgang Feinendegen (CDU).

79 Krefeld: Beteiligung 86,8 Prozent. SPD 41,6 (45,8); CDU 45,4 (40,1); FDP 7,6 (12,4); GRÜ 5,1 (1,2). Gewählt: Hansheinz Hauser (CDU), bisher Volkmar Kretkowski (SPD).

80 Viersen: Beteiligung 88,5 Prozent. SPD 35,0 (38,9); CDU 52,9 (48,3); FDP 7,1 (11,2); GRÜ 4,6 (1,3). Gewählt: Julius Louven (CDU), wie bisher.

81 Kleve: Beteiligung 90,0 Prozent. SPD 31,8 (35,8); CDU 57,6 (54,2); FDP 5,9 (8,6); GRÜ 4,4 (1,5). Gewählt: Heinrich Seesing (CDU), bisher Jochen van Aerssen (CDU).

82 Wesel I: Beteiligung 90,0 Prozent. SPD 46,2 (49,7); CDU 42,4 (36,6); FDP 6,5 (12,1); GRÜ 4,7 (1,2). Gewählt: Uwe Jens (SPD), wie bisher.

83 Wesel II: Beteiligung 90,5 Prozent. SPD 52,6 (55,5); CDU 37,5 (32,4); FDP 5,0 (10,4); GRÜ 4,5 (1,2). Gewählt: Jürgen Schmude (SPD), wie bisher.

84 Duisburg I: Beteiligung 88,6 Prozent. SPD 55,1 (58,1); CDU 35,3 (30,6); FDP 4,2 (9,7); GRÜ 4,8 (1,0). Gewählt: Helmut Wieczorek (SPD), wie bisher.

85 Duisburg II: Beteiligung 86,5 Prozent. SPD 61,3 (64,2); CDU 31,3 (26,1); FDP 2,9 (8,2); GRÜ 4,0 (0,9). Gewählt: Günter Schluckebier (SPD), wie bisher.

86 Oberhausen: Beteiligung 88,2 Prozent. SPD 56,2 (59,0); CDU 35,7 (31,0); FDP 3,4 (8,5); GRÜ 4,2 (1,0). Gewählt: Dieter Friedemann Schanz (SPD), bisher Erich Meinike (SPD).

87 Mülheim: Beteiligung 89,4 Prozent. SPD 51,5 (54,1); CDU 36,4 (31,3); FDP 6,6 (12,9); GRÜ 5,1 (1,2). Gewählt: Thomas Schröer (SPD), wie bisher.

88 Essen I: Beteiligung 87,8 Prozent. SPD 54,1 (57,3); CDU 36,6 (31,1); FDP 3,9 (10,0); GRÜ 4,8 (1,0). Gewählt: Otto Reschke (SPD), wie bisher.

89 Essen II: Beteiligung 86,3 Prozent. SPD 61,6 (64,7); CDU 31,0 (26,2); FDP 2,8 (7,8); GRÜ 4,0 (0,8). Gewählt: Peter Reuschenbach (SPD), wie bisher.

90 Essen III: Beteiligung 89,2 Prozent. SPD 43,6 (46,5); CDU 42,0 (38,3); FDP 7,8 (13,4); GRÜ 6,1 (1,3). Gewählt: Paul Hoffacker (CDU), bisher Antje Huber (SPD).

91 Recklinghausen I: Beteiligung 89,4 Prozent. SPD 52,6 (56,0); CDU 38,4 (33,8); FDP 3,9 (8,6); GRÜ 4,7 (1,1). Gewählt: Erich Wolfram (SPD), wie bisher.

92 Recklinghausen II: Beteiligung 90,0 Prozent. SPD 48,3 (52,6); CDU 42,0 (37,1); FDP 4,4 (8,5); GRÜ 4,8 (1,4). Gewählt: Ulrich Steger (SPD), wie bisher.

93 Gelsenkirchen I: Beteiligung 87,6 Prozent. SPD 59,6 (62,3); CDU 32,5 (29,1); FDP 2,8 (6,8); GRÜ 4,4 (1,0). Gewählt: Joachim Poß (SPD), wie bisher.

94 Gelsenkirchen II – Recklinghausen III: Beteiligung 89,1 Prozent. SPD 57,1 (60,4); CDU 34,2 (30,3); FDP 3,4 (7,6); GRÜ 4,6 (1,1). Gewählt: Heinz Menzel (SPD), wie bisher.

95 Bottrop-Recklinghausen IV: Beteiligung 90,0 Prozent. SPD 55,9 (59,2); CDU 36,1 (31,8); FDP 3,1 (7,2); GRÜ 3,9 (0,9). Gewählt: Franz-Josef Mertens (SPD), wie bisher.

96 Borken: Beteiligung 91,8 Prozent. SPD 25,8 (31,2); CDU 64,5 (61,1); FDP 5,5 (6,4); GRÜ 3,9 (1,1). Gewählt: Hermann Josef Unland (CDU), wie bisher.

97 Coesfeld-Steinfurt I: Beteiligung 92,5 Prozent. SPD 26,9 (32,3); CDU 61,4 (57,6); FDP 6,3 (8,5); GRÜ 5,2 (1,3). Gewählt: Wilhelm Rawe (CDU), wie bisher.

98 Steinfurt II: Beteiligung 91,2 Prozent. SPD 37,6 (43,9); CDU 50,4 (44,5); FDP 6,5 (10,1); GRÜ 5,2 (1,3). Gewählt: Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck (CDU), bisher Gottfried Köster (CDU).

99 Münster: Beteiligung 90,2 Prozent. SPD 33,3 (37,2); CDU 47,2 (45,9); FDP 9,6 (14,3); GRÜ 9,5 (2,0). Gewählt: Friedrich-Adolf Jahn (CDU), wie bisher.

100 Warendorf: Beteiligung 91,6 Prozent. SPD 32,9 (37,7); CDU 55,1 (51,2); FDP 6,4 (9,4); GRÜ 5,2 (1,3). Gewählt: Heinrich Christian Windelen (CDU), wie bisher.

101 Gütersloh: Beteiligung 91,0 Prozent. SPD 31,8 (37,5); CDU 54,7 (49,3); FDP 7,6 (11,5); GRÜ 5,6 (1,4). Gewählt: Ottfried Hennig (CDU), wie bisher.

102 Bielefeld: Beteiligung 90,3 Prozent. SPD 41,6 (47,4); CDU 42,7 (37,7); FDP 7,7 (12,6); GRÜ 7,5 (1,8). Gewählt: Reinhard Meyer zu Bentrup (CDU), bisher Kurt Vogelsang (SPD).

103 Herford: Beteiligung 91,0 Prozent. SPD 44,7 (49,6); CDU 42,7 (37,1); FDP 6,9 (11,5); GRÜ 5,2 (1,4). Gewählt: Heinz Friedrich Landre (CDU), bisher Günter Biermann (SPD).

104 Minden-Lübbecke: Beteiligung 89,4 Prozent. SPD 44,7 (48,6); CDU 42,4 (37,7); FDP 7,9 (12,3); GRÜ 4,7 (1,1). Gewählt: Lothar Fritz Ibrügger (SPD), wie bisher.

105 Lippe I: Beteiligung 91,0 Prozent. SPD 43,4 (47,9); CDU 42,1 (37,4); FDP 8,4 (12,9); GRÜ 5,6 (1,4). Gewählt: Klaus Daweke (CDU), bisher Erhard Mahne (SPD).

106 Höxter-Lippe II: Beteiligung 91,1 Prozent. SPD 32,3 (36,7); CDU 54,7 (51,3); FDP 7,6 (10,3); GRÜ 5,1 (1,4). Gewählt: Meinolf Michels (CDU), wie bisher.

107 Paderborn: Beteiligung 90,4 Prozent. SPD 23,0 (27,1); CDU 66,1 (63,0); FDP 6,0 (8,4); GRÜ 4,6 (1,2). Gewählt: Heinrich Pohlmeier (CDU), wie bisher.

108 Hagen: Beteiligung 89,8 Prozent. SPD 47,9 (51,6); CDU 40,7 (36,0); FDP 5,5 (10,7); GRÜ 5,3 (1,0). Gewählt: Hans-Günther Tötemeyer (SPD), bisher Lothar Wrede (SPD).

109 Ennepe-Ruhr-Kreis I: Beteiligung 91,2 Prozent. SPD 48,6 (52,1); CDU 38,8 (33,9); FDP 6,6 (12,3); GRÜ 5,3 (1,1). Gewählt: Eugen von der Wiesche (SPD), wie bisher.

110 Bochum I: Beteiligung 88,8 Prozent. SPD 54,9 (58,6); CDU 35,3 (31,1); FDP 3,9 (8,6); GRÜ 5,4 (1,2). Gewählt: Karl Liedtke (SPD), wie bisher.

111 Bochum II – Ennepe-Ruhr-Kreis II: Beteiligung 90,0 Prozent. SPD 56,3 (60,3); CDU 32,4 (28,1); FDP 4,6 (9,9); GRÜ 6,2 (1,3). Gewählt: Klaus Lohmann (SPD), bisher Herbert Baack (SPD).

112 Herne: Beteiligung 88,4 Prozent. SPD 59,3 (62,7); CDU 32,7 (28,5); FDP 2,9 (7,2); GRÜ 4,5 (0,9). Gewählt: Heinz Westphal (SPD), wie bisher.

113 Dortmund I: Beteiligung 87,1 Prozent. SPD 53,1 (56,7); CDU 35,4 (32,3); FDP 4,1 (8,7); GRÜ 6,6 (1,5). Gewählt: Hans-Eberhard Urbaniak (SPD), wie bisher.

114 Dortmund II: Beteiligung 89,3 Prozent. SPD 59,4 (63,3); CDU 32,2 (27,3); FDP 3,2 (7,7); GRÜ 4,7 (1,2). Gewählt: Alfred Meininghaus (SPD), wie bisher.

115 Dortmund III: Beteiligung 90,3 Prozent. SPD 53,3 (57,4); CDU 34,5 (30,4); FDP 5,4 (10,3); GRÜ 6,2 (1,4). Gewählt: Werner Zeitler (SPD), wie bisher.

116 Unna I: Beteiligung 91,3 Prozent. SPD 53,0 (56,8); CDU 36,4 (31,2); FDP 5,1 (10,5); GRÜ 5,0 (1,1). Gewählt: Manfred Schulte (SPD), wie bisher.

117 Hamm-Unna II: Beteiligung 90,1 Prozent. SPD 48,2 (53,0); CDU 42,6 (37,3); FDP 4,5 (8,2); GRÜ 4,2 (1,0). Gewählt: Udo Fiebig (SPD), wie bisher.

118 Soest: Beteiligung 90,5 Prozent. SPD 35,3 (39,8); CDU 52,3 (48,4); FDP 7,1 (10,2); GRÜ 5,0 (1,1). Gewählt: Hermann Kroll-Schlüter (CDU), wie bisher.

119 Hochsauerlandkreis: Beteiligung 91,8 Prozent. SPD 29,8 (34,7); CDU 59,9 (56,3); FDP 6,0 (7,8); GRÜ 4,1 (1,0). Gewählt: Ferdinand Tillmann (CDU), wie bisher.

120 Siegen I: Beteiligung 90,1 Prozent. SPD 41,4 (45,9); CDU 46,5 (40,6); FDP 7,0 (12,1); GRÜ 4,6 (1,1). Gewählt: Paul Breuer (CDU), bisher Hermann Schmidt (SPD).

121 Olpe-Siegen II: Beteiligung 92,3 Prozent. SPD 32,5 (37,5); CDU 57,8 (52,9); FDP 5,8 (8,5); GRÜ 3,6 (0,8). Gewählt: Willi Josef Weiskirch (CDU), wie bisher.

122 Märkischer Kreis I: Beteiligung 89,5 Prozent. SPD 37,6 (43,6); CDU 50,8 (44,5); FDP 6,2 (10,4); GRÜ 4,9 (1,1). Gewählt: Otto Wulff (CDU), wie bisher.

123 Märkischer Kreis II: Beteiligung 88,9 Prozent. SPD 43,5 (47,5); CDU 44,8 (38,2); FDP 6,8 (12,8); GRÜ 4,3 (0,9). Gewählt: Wolfgang Friedrich Lohmann (CDU), bisher Günter Topmann (SPD).

Hessen

124 Waldeck: Beteiligung 91,8 Prozent. SPD 46,3 (49,7); CDU 40,6 (37,9); FDP 8,3 (10,5); GRÜ 4,4 (1,5). Gewählt: Rudi Walther (SPD) wie bisher.

125 Kassel: Beteiligung 85,9 Prozent. SPD 48,6 (52,6); CDU 36,8 (32,9); FDP 7,3 (11,6); GRÜ 6,9 (2,4). Gewählt: Horst Peter (SPD) wie bisher.

126 Werra-Meissner: Beteiligung 92,7 Prozent. SPD 52,1 (56,7); CDU 36,8 (32,5); FDP 6,2 (8,9); GRÜ 4,6 (1,6). Gewählt: Albert Nehm (SPD) wie bisher.

127 Schwalm-Eder: Beteiligung 91,5 Prozent. SPD 46,8 (50,4); CDU 40,9 (38,0); FDP 7,4 (9,4); GRÜ 4,5 (1,8). Gewählt: Albert Pfuhl (SPD), bisher Heinz Kreuzmann (SPD).

128 Hersfeld: Beteiligung 92,9 Prozent. SPD 45,1 (49,0); CDU 44,5 (41,0); FDP 5,8 (8,0); GRÜ 4,2 (1,7). Gewählt: Wilfried Böhm (CDU), bisher Wendelin Enders (SPD).

129 Marburg: Beteiligung 90,3 Prozent. SPD 42,6 (47,7); CDU 43,7 (40,2); FDP 6,2 (9,2); GRÜ 6,8 (1,9). Gewählt: Friedrich Bohl (CDU), bisher Gerhard Jahn (SPD).

130 Lahn-Dill: Beteiligung 88,0 Prozent. SPD 44,2 (49,4); CDU 44,1 (38,9); FDP 6,7 (9,9); GRÜ 4,6 (1,4). Gewählt: Christian Lenzer (CDU), bisher Klaus Daubertshäuser (SPD).

131 Gießen: Beteiligung 90,7 Prozent. SPD 42,1 (48,2); CDU 43,3 (39,8); FDP 8,0 (9,8); GRÜ 6,0 (1,7). Gewählt: Adolf Roth (CDU), bisher Erwin Horn (SPD).

132 Fulda: Beteiligung 91,2 Prozent. SPD 30,9 (36,0); CDU 58,5 (55,2); FDP 6,6 (7,3); GRÜ 3,6 (1,2). Gewählt: Alfred Dregger (CDU) wie bisher.

133 Hochtaunus: Beteiligung 92,1 Prozent. SPD 35,5 (39,6); CDU 47,1 (44,6); FDP 11,0 (13,5); GRÜ 5,9 (1,9). Gewählt: Manfred Langner (CDU) wie bisher.

134 Wetterau: Beteiligung 90,8 Prozent. SPD 42,1 (47,3); CDU 44,5 (40,5); FDP 7,8 (10,1); GRÜ 5,0 (1,6). Gewählt: Christian Schwarz-Schilling (CDU), bisher Georg Schlaga (SPD).

135 Rheingau-Taunus-Limburg: Beteiligung 90,3 Prozent. SPD 36,3 (40,8); CDU 50,5 (46,9); FDP 7,7 (10,3); GRÜ 5,0 (1,6). Gewählt: Benno Erhard (CDU) wie bisher.

136 Wiesbaden: Beteiligung 85,9 Prozent. SPD 41,8 (44,9); CDU 42,8 (39,6); FDP 8,5 (13,2); GRÜ 6,6 (1,7). Gewählt: Hannelore Roensch (CDU), bisher Rudi Schmitt (SPD).

137 Hanau: Beteiligung 90,0 Prozent. SPD 41,3 (46,8); CDU 45,3 (40,8); FDP 7,1 (10,1); GRÜ 5,6 (1,6). Gewählt: Richard Bayha (CDU), bisher Bernd Reuter (SPD).

138 Frankfurt I-Main-Taunus: Beteiligung 88,9 Prozent. SPD 40,6 (45,3); CDU 44,3 (40,2); FDP 8,0 (12,1); GRÜ 6,4 (1,8). Gewählt: Heinz Riesenhuber (CDU), bisher Karsten Voigt (SPD).

139 Frankfurt/Main II: Beteiligung 86,7 Prozent. SPD 38,1 (42,7); CDU 42,5 (40,7); FDP 9,0 (13,2); GRÜ 9,7 (2,5). Gewählt: Karl Ernst Becker (CDU), bisher Fred Zander (SPD).

140 Frankfurt III: Beteiligung 86,7 Prozent. SPD 40,2 (45,5); CDU 41,6 (39,0); FDP 7,6 (11,9); GRÜ 9,7 (2,6). Gewählt: Helmut Link (CDU), bisher Hans Matthöfer (SPD).

141 Groß-Gerau: Beteiligung 91,5 Prozent. SPD 41,8 (48,7); CDU 42,5 (37,9); FDP 7,0 (10,5); GRÜ 8,0 (2,3). Gewählt: Otto Zink (CDU), bisher Norbert Wieczorek (SPD).

142 Offenbach: Beteiligung 89,7 Prozent. SPD 40,2 (45,4); CDU 44,3 (40,3); FDP 8,1 (11,6); GRÜ 6,8 (2,1). Gewählt: Klaus Lippold (CDU), bisher Manfred Coppik.

143 Darmstadt: Beteiligung 90,0 Prozent. SPD 43,0 (48,3); CDU 40,2 (36,4); FDP 8,0 (12,2); GRÜ 8,3 (2,5). Gewählt: Helga Timm (SPD) wie bisher.

144 Odenwald: Beteiligung 91,6 Prozent. SPD 40,8 (46,5); CDU 46,5 (41,7); FDP 6,7 (9,6); GRÜ 5,5 (1,6). Gewählt: Alexander Warrikoff (CDU), bisher Heinrich Klein (SPD).

145 Bergstraße: Beteiligung 90,9 Prozent. SPD 40,0 (45,2); CDU 47,7 (43,1); FDP 6,9 (9,7); GRÜ 4,9 (1,5). Gewählt: Carl Otto Lenz (CDU), bisher Klaus Kübler (SPD).

Rheinland-Pfalz

146 Neuwied: Beteiligung 94,3 Prozent. CDU 50,5 (45,5); SPD 38,5 (42,5); FDP 6,6 (10,6); GRÜ 4,1 (1,2). Gewählt: Heinz Schwarz (CDU), wie bisher.

147 Ahrweiler: Beteiligung 89,4 Prozent. CDU 59,1 (55,1); SPD 30,9 (35,8); FDP 6,1 (7,7); GRÜ 3,7 (1,2). Gewählt: Karl Deres (CDU), wie bisher.

148 Koblenz: Beteiligung 88,7 Prozent. CDU 51,7 (46,9); SPD 36,4 (40,7); FDP 7,2 (10,8); GRÜ 4,5 (1,2). Gewählt: Roswitha Verhülsdonk (CDU), wie bisher.

149 Cochem: Beteiligung 89,5 Prozent. CDU 59,0 (56,1); SPD 28,5 (31,7); FDP 8,0 (10,7); GRÜ 4,1 (1,3). Gewählt: Waltrud Will-Feld (CDU), wie bisher.

150 Kreuznach: Beteiligung 89,8 Prozent. CDU 41,8 (38,7); SPD 44,7 (48,5); FDP 8,6 (11,1); GRÜ 4,3 (1,2). Gewählt: Günther Leonhart (SPD), wie bisher.

● Fortsetzung Seite 9

CDU CSU
50% und mehr
40% bis unter 50%
weniger als 40%

SPD
50% und mehr
40% bis unter 50%
weniger als 40%

Die Ergebnisse aus allen 248 Wahlkreisen

● Fortsetzung von Seite 8

151 Bitburg: Beteiligung 89,0 Prozent. CDU 65,6 (62,8); SPD 24,2 (28,4); FDP 6,0 (7,1); GRÜ 3,8 (1,4). Gewählt: Alois Mertes (CDU), wie bisher.

152 Trier: Beteiligung 91,0 Prozent. CDU 54,2 (50,8); SPD 34,7 (39,7); FDP 5,9 (7,7); GRÜ 4,8 (1,5). Gewählt: Günther Schartz (CDU), wie bisher.

153 Montabaur: Beteiligung 90,8 Prozent. CDU 49,9 (44,6); SPD 39,2 (44,1); FDP 6,6 (9,7); GRÜ 4,1 (4,3). Gewählt: August Hanz (CDU), wie bisher.

154 Mainz: Beteiligung 90,1 Prozent. CDU 44,8 (41,4); SPD 39,5 (43,5); FDP 9,1 (13,1); GRÜ 6,2 (1,5). Gewählt: Johannes Gerster (CDU), bisher Hugo Brandt (SPD).

155 Worms: Beteiligung 90,7 Prozent. CDU 41,5 (38,2); SPD 45,3 (49,4); FDP 8,0 (10,5); GRÜ 4,4 (1,3). Gewählt: Gernot Fischer (SPD), wie bisher.

156 Frankenthal: Beteiligung 92,0 Prozent. CDU 42,3 (37,7); SPD 45,3 (50,1); FDP 7,0 (10,0); GRÜ 4,6 (1,4). Gewählt: Horst Sielaff (SPD), wie bisher.

157 Ludwigshafen: Beteiligung 90,4 Prozent. CDU 42,4 (37,0); SPD 46,0 (51,6); FDP 6,3 (9,4); GRÜ 4,8 (1,4). Gewählt: Manfred Reimann (SPD), bisher Hans Bardens (SPD).

158 Neustadt/Speyer: Beteiligung 91,2 Prozent. CDU 49,6 (45,3); SPD 37,9 (42,7); FDP 7,2 (9,9); GRÜ 4,8 (1,5). Gewählt: Theo Magin (CDU), wie bisher.

159 Kaiserslautern: Beteiligung 89,0 Prozent. CDU 42,2 (38,2); SPD 46,7 (50,5); FDP 5,6 (9,1); GRÜ 4,8 (1,4). Gewählt: Adolf Müller-Emmert (SPD), wie bisher.

160 Pirmasens: Beteiligung 90,0 Prozent. CDU 51,0 (48,2); SPD 38,1 (42,2); FDP 6,2 (7,6); GRÜ 3,9 (1,3). Gewählt: Werner Marx (CDU), wie bisher.

161 Landau: Beteiligung 92,2 Prozent. CDU 52,7 (48,8); SPD 34,3 (38,8); FDP 7,3 (10,2); GRÜ 4,9 (1,7). Gewählt: Heinrich Geissler (CDU), wie bisher.

Baden-Württemberg

162 Stuttgart-Süd: Beteiligung 87,9 Prozent. CDU 42,1 (39,5); SPD 34,8 (38,5); FDP 13,5 (19,4); GRÜ 9,1 (2,1). Gewählt: Roland Sauer (CDU), wie bisher.

163 Stuttgart-Nord: Beteiligung 87,6 Prozent. CDU 42,2 (38,1); SPD 40,2 (44,6); FDP 10,1 (15,1); GRÜ 6,8 (1,6). Gewählt: Herbert Czaja (CDU), bisher Peter Conradi (SPD).

164 Böblingen: Beteiligung 89,8 Prozent. CDU 50,5 (45,3); SPD 30,4 (36,9); FDP 11,3 (15,7); GRÜ 7,4 (1,7). Gewählt: Peter Petersen (CDU), wie bisher.

165 Esslingen: Beteiligung 90,6 Prozent. CDU 49,4 (44,2); SPD 33,5 (39,6); FDP 9,8 (14,0); GRÜ 6,7 (1,8). Gewählt: Otto Hauser (CDU), bisher Volker Hauff (SPD).

166 Nürtingen: Beteiligung 89,6 Prozent. CDU 51,1 (46,3); SPD 30,4 (36,9); FDP 10,8 (14,7); GRÜ 7,1 (1,7). Gewählt: Anton Stark (CDU), wie bisher.

167 Göppingen: Beteiligung 88,3 Prozent. CDU 50,5 (46,0); SPD 33,6 (39,2); FDP 9,6 (13,1); GRÜ 5,7 (1,4). Gewählt: Manfred Wörner (CDU), wie bisher.

168 Waiblingen: Beteiligung 88,1 Prozent. CDU 47,8 (43,3); SPD 32,9 (38,6); FDP 12,0 (16,0); GRÜ 6,9 (1,8). Gewählt: Paul Laufs (CDU), wie bisher.

169 Ludwigsburg: Beteiligung 89,4 Prozent. CDU 47,0 (42,9); SPD 34,0 (39,4); FDP 11,4 (15,5); GRÜ 7,0 (2,8). Gewählt: Matthias Wissmann (CDU), wie bisher.

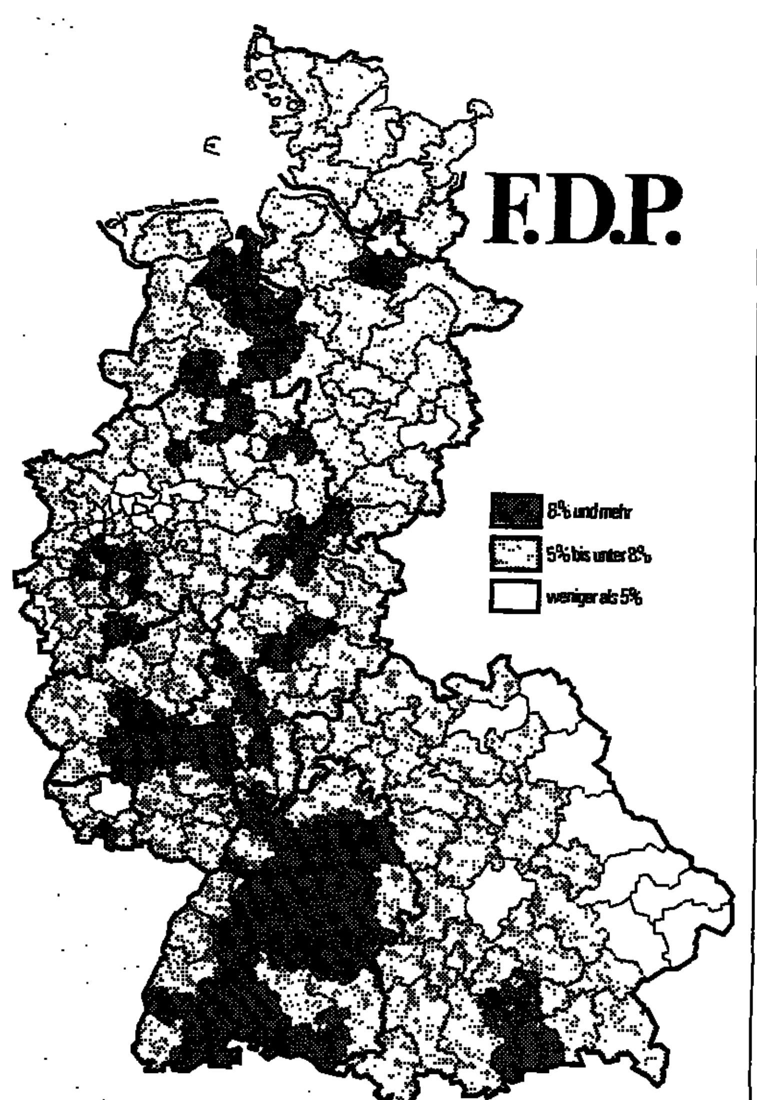
170 Neckar-Zaber: Beteiligung 89,3 Prozent. CDU 47,0 (43,3); SPD 34,1 (39,7); FDP 11,8 (14,8); GRÜ 6,5 (1,7). Gewählt: Renate Hellwig (CDU), wie bisher.

171 Heilbronn: Beteiligung 88,3 Prozent. CDU 47,6 (44,5); SPD 35,6 (40,7); FDP 9,8 (12,6); GRÜ 6,5 (1,8). Gewählt: Egon Susset (CDU), wie bisher.

172 Schwäbisch Hall: Beteiligung 85,1 Prozent. CDU 51,2 (48,6); SPD 30,4 (35,9); FDP 11,4 (13,3); GRÜ 6,4 (1,7). Gewählt: Philipp Jenninger (CDU), wie bisher.

173 Backnang-Schwäbisch Gmünd: Beteiligung 87,6 Prozent. CDU 52,9 (49,6); SPD 30,7 (36,3); FDP 9,5 (11,8); GRÜ 6,4 (1,8). Gewählt: Dieter Schulte (CDU), wie bisher.

174 Aalen-Heidenheim: Beteiligung 89,7 Prozent. CDU 54,6 (50,4); SPD 32,4 (38,4); FDP 6,9 (9,2); GRÜ 5,6 (1,6). Gewählt: Manfred Abelein (CDU), wie bisher.



175 Karlsruhe-Stadt: Beteiligung 86,1 Prozent. CDU 46,0 (43,1); SPD 36,2 (41,1); FDP 9,1 (13,6); GRÜ 8,0 (1,6). Gewählt: Rudolf Ruf (CDU), bisher Peter Corterier (SPD).

176 Karlsruhe Land: Beteiligung 89,4 Prozent. CDU 56,9 (52,0); SPD 30,0 (37,8); FDP 7,0 (8,4); GRÜ 5,5 (1,3). Gewählt: Klaus Bühler (CDU), wie bisher.

177 Rastatt: Beteiligung 87,9 Prozent. CDU 57,9 (53,3); SPD 28,9 (35,4); FDP 7,3 (9,4; GRÜ 5,5 (1,5). Gewählt: Bernhard Friedmann (CDU), wie bisher.

178 Heidelberg: Beteiligung 88,9 Prozent. CDU 44,6 (42,3); SPD 36,7 (43,2); FDP 8,9 (11,7); GRÜ 9,3 (2,3). Gewählt: Udo Ehrbar (CDU), bisher Hartmut Söll (SPD).

179 Mannheim I: Beteiligung 85,8 Prozent. CDU 40,4 (36,4); SPD 46,2 (52,5); FDP 6,1 (8,9); GRÜ 6,3 (1,3). Gewählt: Werner Nagel (SPD), wie bisher.

180 Mannheim II: Beteiligung 90,4 Prozent. CDU 45,2 (41,4); SPD 38,4 (44,5); FDP 9,1 (12,0); GRÜ 6,7 (1,6). Gewählt: Roswitha Wisniewski (CDU), bisher Hans-Georg Schachtschabel (SPD).

181 Odenwald-Tauber: Beteiligung 88,9 Prozent. CDU 60,9 (57,9); SPD 26,1 (32,1); FDP 7,5 (8,2); GRÜ 5,2 (1,6). Gewählt: Karl Miltner (CDU), wie bisher.

182 Rhein-Neckar: Beteiligung 90,6 Prozent. CDU 51,7 (48,9); SPD 33,1 (38,5); FDP 8,3 (10,5); GRÜ 6,5 (1,6). Gewählt: Bernd Schmidbauer (CDU), bisher Alfred Neuhaus (CDU).

183 Pforzheim: Beteiligung 87,8 Prozent. CDU 49,5 (44,2); SPD 34,2 (41,0); FDP 8,8 (12,6); GRÜ 7,0 (1,8). Gewählt: Lutz Stavenhagen (CDU), wie bisher.

184 Calw: Beteiligung 87,2 Prozent. CDU 55,9 (52,5); SPD 26,8 (33,5); FDP 10,5 (11,8); GRÜ 6,2 (1,8). Gewählt: Haimo George (CDU), wie bisher.

185 Freiburg: Beteiligung 88,2 Prozent. CDU 45,9 (42,0); SPD 33,4 (39,8); FDP 8,0 (14,4); GRÜ 12,3 (3,3). Gewählt: Conrad Schroeder (CDU), wie bisher.

186 Lörrach-Müllheim: Beteiligung 86,3 Prozent. CDU 49,7 (43,4); SPD 34,0 (41,3); FDP 7,9 (12,3); GRÜ 7,8 (2,5). Gewählt: Wilhelm Jung (CDU), wie bisher.

187 Emmendingen-Lahr: Beteiligung 86,8 Prozent. CDU 52,9 (48,5); SPD 32,0 (38,4); FDP 7,1 (10,4); GRÜ 7,6 (2,3). Gewählt: Rainer Haungs (CDU), bisher Albert Burger (CDU).

188 Offenburg: Beteiligung 86,6 Prozent. CDU 58,0 (53,9); SPD 28,4 (35,5); FDP 7,3 (8,6); GRÜ 5,9 (1,7). Gewählt: Wolfgang Schäuble (CDU), wie bisher.

189 Rottweil: Beteiligung 89,2 Prozent. CDU 60,2 (56,3); SPD 25,8 (32,3); FDP 8,5 (9,5); GRÜ 4,9 (1,5). Gewählt: Franz Sauter (CDU), wie bisher.

190 Schwarzwald-Baar: Beteiligung 87,4 Prozent. CDU 56,5 (51,2); SPD 27,7 (35,4); FDP 8,7 (10,9); GRÜ 6,2 (1,9). Gewählt: Hansjörg Häfele (CDU), wie bisher.

191 Konstanz: Beteiligung 86,8 Prozent. CDU 55,8 (51,2); SPD 28,2 (35,0); FDP 8,4 (11,4); GRÜ 7,2 (2,0). Gewählt: Hans-Peter Repnik (CDU), wie bisher.

192 Waldshut: Beteiligung 86,6 Prozent. CDU 58,6 (53,6); SPD 26,1 (33,0); FDP 8,5 (10,7); GRÜ 6,3 (2,3). Gewählt: Werner Georg Dörflinger (CDU), wie bisher.

193 Reutlingen: Beteiligung 89,1 Prozent. CDU 54,0 (49,6); SPD 29,4 (35,2); FDP 9,5 (13,3); GRÜ 6,5 (1,5). Gewählt: Anton Pfeifer (CDU), wie bisher.

194 Tübingen: Beteiligung 89,6 Prozent. CDU 52,3 (49,4); SPD 29,2 (35,4); FDP 8,4 (12,4); GRÜ 9,5 (2,4). Gewählt: Jürgen Todenhöfer (CDU), wie bisher.

195 Ulm: Beteiligung 89,7 Prozent. CDU 57,1 (52,3); SPD 28,2 (34,9); FDP 8,0 (10,5); GRÜ 6,1 (1,7). Gewählt: Herbert Werner (CDU), wie bisher.

196 Biberach: Beteiligung 89,8 Prozent. CDU 71,3 (68,9); SPD 16,2 (21,7); FDP 6,4 (7,2); GRÜ 5,7 (1,9). Gewählt: Alois Graf von Waldburg-Zeil (CDU), wie bisher.

197 Ravensburg-Bodensee: Beteiligung 89,1 Prozent. CDU 61,8 (58,1); SPD 22,6 (28,2); FDP 8,5 (11,3); GRÜ 6,8 (2,1). Gewählt: Elmar Kolb (CDU), bisher Claus Jäger (CDU).

198 Zollernalb-Sigmaringen: Beteiligung 89,0 Prozent. CDU 65,9 (61,5); SPD 21,4 (28,2); FDP 7,4 (8,5); GRÜ 4,9 (1,4). Gewählt: Hermann Schwörer (CDU), wie bisher.

Bayern

199 Altötting: Beteiligung 88,1 Prozent. CSU 65,4 (64,8); SPD 23,6 (26,0); FDP 6,3 (7,5); GRÜ 4,1 (1,3). Gewählt: Karl-Heinz Spilker (CSU), wie bisher.

200 Freising: Beteiligung 88,3 Prozent. CSU 65,6 (64,9); SPD 23,4 (26,5); FDP 6,0 (6,7); GRÜ 4,3 (1,5). Gewählt: Albert Probst (CSU), wie bisher.

201 Fürstenfeldbruck: Beteiligung 89,3 Prozent. CSU 57,2 (55,1); SPD 29,3 (31,9); FDP 7,6 (11,4); GRÜ 5,3 (1,2). Gewählt: Eicke Götz (CSU), wie bisher.

202 Ingolstadt: Beteiligung 88,2 Prozent. CSU 65,7 (63,7); SPD 25,7 (29,6); FDP 4,8 (5,4); GRÜ 3,1 (0,8). Gewählt: Horst Seehofer (CSU), wie bisher.

203 München-Mitte: Beteiligung 82,3 Prozent. CSU 41,2 (41,4); SPD 39,6 (42,2); FDP 7,6 (13,1); GRÜ 10,7 (2,3). Gewählt: Manfred Schmidt (SPD), wie bisher.

204 München-Nord: Beteiligung 84,0 Prozent. CSU 42,8 (41,5); SPD 41,6 (43,7); FDP 7,6 (12,5); GRÜ 7,2 (1,5). Gewählt: Friedrich Wittmann (CSU), bisher Hans-Jochen Vogel (SPD).

205 München-Ost: Beteiligung 84,7 Prozent. CSU 45,2 (44,1); SPD 38,0 (40,4); FDP 8,7 (13,2); GRÜ 7,1 (1,5). Gewählt: Rudolf Kraus (CSU), wie bisher.

206 München-Süd: Beteiligung 86,0 Prozent. CSU 44,8 (43,7); SPD 38,1 (39,5); FDP 9,4 (14,5); GRÜ 6,7 (1,5). Gewählt: Erich Riedl (CSU), wie bisher

207 München-West: Beteiligung 86,3 Prozent. CSU 46,4 (45,7); SPD 37,1 (39,0); FDP 9,0 (13,1); GRÜ 6,6 (1,5). Gewählt: Kurt Faltlhauser (CSU), wie bisher.

208 München-Land: Beteiligung 89,4 Prozent. CSU 50,4 (49,3); SPD 31,0 (32,5); FDP 11,4 (16,2); GRÜ 6,5 (1,5). Gewählt: Josef Linsmeier (CSU), wie bisher.

209 Rosenheim: Beteiligung 87,9 Prozent. CSU 64,0 (63,9); SPD 24,3 (27,0); FDP 6,3 (7,4); GRÜ 4,5 (1,2). Gewählt: Hans Graf Huyn (CSU), wie bisher.

210 Starnberg: Beteiligung 88,8 Prozent. CSU 59,3 (59,6); SPD 24,3 (26,6); FDP 10,3 (12,0); GRÜ 5,3 (1,3). Gewählt: Franz Ludwig Graf von Stauffenberg (CSU), wie bisher.

211 Traunstein: Beteiligung 88,3 Prozent. CSU 65,4 (65,9); SPD 22,4 (25,1); FDP 6,7 (7,1); GRÜ 4,7 (1,4). Gewählt: Matthias Engelsberger (CSU), wie bisher.

212 Weilheim: Beteiligung 88,5 Prozent. CSU 65, (64,6); SPD 22,7 (26,2); FDP 7,0 (7,7); GRÜ 4,2 (1,1). Gewählt: Franz-Josef Strauß (CSU), wie bisher.

213 Deggendorf: Beteiligung 83,5 Prozent. CSU 71,5 (70,3); SPD 21,2 (24,9); FDP 3,7 (3,4); GRÜ 3,0 (1,1). Gewählt: Franz Handlos (CSU), wie bisher.

Grüne

8% und mehr

5% bis unter 8%

weniger als 5%

214 Landshut: Beteiligung 86,6 Prozent. CSU 65,4 (65,3); SPD 24,2 (27,1); FDP 6,0 (5,8); GRÜ 3,6 (1,3). Gewählt: Friedrich Zimmermann (CSU), wie bisher.

215 Passau: Beteiligung 86,7 Prozent. CSU 67,0 (65,6); SPD 24,5 (28,6); FDP 4,2 (4,0); GRÜ 3,7 (1,5). Gewählt: Klaus Rose (CSU), wie bisher.

216 Rottal-Inn: Beteiligung 86,1 Prozent. CSU 70,2 (70,5); SPD 21,4 (23,7); FDP 4,6 (4,3); GRÜ 3,1 (1,1). Gewählt: Günther Müller (CSU), wie bisher.

217 Straubing: Beteiligung 83,0 Prozent. CSU 68,8 (68,2); SPD 23,1 (26,2); FDP 4,5 (4,0); GRÜ 2,9 (1,1). Gewählt: Ernst Hinsken (CSU), wie bisher.

218 Amberg: Beteiligung 89,0 Prozent. CSU 65,2 (63,6); SPD 25,1 (29,4); FDP 5,2 (5,4); GRÜ 3,9 (1,1). Gewählt: Hermann Fellner (CSU), wie bisher.

219 Regensburg: Beteiligung 86,5 Prozent. CSU 62,8 (62,4); SPD 26,7 (30,4); FDP 5,1 (5,7); GRÜ 4,7 (1,1). Gewählt: Benno Zierer (CSU), wie bisher.

220 Schwandorf: Beteiligung 85,9 Prozent. CSU 65,3 (65,8); SPD 26,0 (29,1); FDP 3,8 (3,7); GRÜ 3,9 (0,9). Gewählt: Dionys Jobst (CSU), wie bisher.

221 Weiden: Beteiligung 89,7 Prozent. CSU 61,3 (59,6); SPD 31,0 (34,8); FDP 4,2 (4,4); GRÜ 3,0 (0,0). Gewählt: Maximilian Kunz (CSU), wie bisher.

222 Bamberg: Beteiligung 88,5 Prozent. CSU 65,7 (64,0); SPD 24,4 (28,5); FDP 5,5 (6,0); GRÜ 3,8 (1,1). Gewählt: Gerhard Scheu (CSU), bisher Paul Röhner (CSU).

223 Bayreuth: Beteiligung 88,1 Prozent. CSU 57,2 (53,8); SPD 33,6 (38,2); FDP 5,2 (6,5); GRÜ 3,3 (1,0). Gewählt: Ortwin Lowack (CSU), wie bisher.

224 Coburg: Beteiligung 89,4 Prozent. CSU 52,0 (48,0); SPD 39,6 (45,0); FDP 5,1 (5,7); GRÜ 2,8 (0,9). Gewählt: Otto Regenspurger (CSU), wie bisher.

225 Hof: Beteiligung 87,4 Prozent. CSU 50,8 (45,1); SPD 41,0 (47,5); FDP 4,2 (5,7); GRÜ 3,3 (1,2). Gewählt: Jürgen Warnke (CSU), bisher Hans Büchler (SPD).

226 Kulmbach: Beteiligung 89,6 Prozent. CSU 62,6 (59,2); SPD 30,1 (35,1); FDP 4,0 (4,5); GRÜ 2,7 (0,9). Gewählt: Lorenz Niegel (CSU), wie bisher.

227 Ansbach: Beteiligung 87,9 Prozent. CSU 61,8 (59,6); SPD 25,9 (29,9); FDP 6,8 (8,4); GRÜ 4,5 (1,5). Gewählt: Carl-Dieter Spranger (CSU), wie bisher.

228 Erlangen: Beteiligung 88,8 Prozent. CSU 50,4 (47,0); SPD 35,1 (39,3); FDP 7,8 (11,6); GRÜ 5,9 (1,6). Gewählt: Klaus Hartmann (CSU), wie bisher.

229 Fürth: Beteiligung 86,7 Prozent. CSU 53,8 (49,9); SPD 33,8 (39,3); FDP 6,5 (8,7); GRÜ 4,9 (1,4). Gewählt: Werner Dollinger (CSU), wie bisher.

230 Nürnberg-Nord: Beteiligung 85,5 Prozent. CSU 46,1 (43,2); SPD 38,3 (43,0); FDP 7,1 (10,0); GRÜ 7,3 (1,9). Gewählt: Oscar Schneider (CSU), bisher Renate Schmidt (SPD).

231 Nürnberg-Süd: Beteiligung 85,9 Prozent. CSU 45,0 (40,3); SPD 43,2 (48,2); FDP 5,0 (9,1); GRÜ 5,6 (1,5). Gewählt: Peter W. Höffkes (CSU), bisher Egon Lutz (SPD).

232 Roth: Beteiligung 89,2 Prozent. CSU 59,9 (56,3); SPD 29,3 (34,2); FDP 5,6 (7,6); GRÜ 4,5 (1,4). Gewählt: Richard Stücklen (CSU), wie bisher.

233 Aschaffenburg: Beteiligung 88,4 Prozent. CSU 58,6 (55,5); SPD 30,8 (36,1); FDP 5,1 (6,4); GRÜ 4,9 (1,6). Gewählt: Paul Gerlach (CSU), wie bisher.

234 Bad Kissingen: Beteiligung 90,1 Prozent. CSU 69,0 (67,7); SPD 21,4 (25,0); FDP 5,8 (5,8); GRÜ 3,3 (1,1). Gewählt: Eduard Lintner (CSU), wie bisher.

235 Main-Spessart: Beteiligung 90,4 Prozent. CSU 62,8 (60,6); SPD 27,2 (31,9); FDP 5,1 (5,8); GRÜ 4,4 (1,4). Gewählt: Alfred Biehle (CSU), wie bisher.

236 Schweinfurt: Beteiligung 89,5 Prozent. CSU 61,0 (58,7); SPD 28,3 (32,9); FDP 5,7 (6,4); GRÜ 4,2 (1,4). Gewählt: Michael Glos (CSU), wie bisher.

237 Würzburg: Beteiligung 89,5 Prozent. CSU 56,7 (54,6); SPD 31,2 (34,7); FDP 6,1 (8,6); GRÜ 5,3 (1,6). Gewählt: Wolfgang Bötsch (CSU), wie bisher.

238 Augsburg-Stadt: Beteiligung 85,2 Prozent. CSU 53,1 (50,3); SPD 35,3 (39,6); FDP 5,3 (7,9); GRÜ 5,2 (1,5). Gewählt: Stefan Höpfinger (CSU), wie bisher.

239 Augsburg-Land: Beteiligung 88,5 Prozent. CSU 66,9 (65,2); SPD 22,7 (26,5); FDP 5,6 (6,6); GRÜ 4,1 (1,3). Gewählt: Walter Althammer (CSU), wie bisher.

240 Donau-Ries: Beteiligung 88,2 Prozent. CSU 66,8 (65,6); SPD 22,7 (27,2); FDP 6,2 (5,6); GRÜ 3,8 (1,2). Gewählt: Karl Heinz Lemmrich (CSU), wie bisher.

241 Neu-Ulm: Beteiligung 87,3 Prozent. CSU 62,0 (58,8); SPD 26,3 (31,5); FDP 6,4 (7,8); GRÜ 4,6 (1,5). Gewählt: Theodor Waigel (CSU), wie bisher.

242 Oberallgäu: Beteiligung 87,6 Prozent. CSU 63,0 (60,6); SPD 24,3 (28,4); FDP 7,0 (8,8); GRÜ 5,0 (1,7). Gewählt: Ignaz Kiechle (CSU), wie bisher.

243 Ostallgäu: Beteiligung 88,0 Prozent. CSU 68,9 (67,5); SPD 19,9 (23,6); FDP 6,5 (7,1); GRÜ 4,0 (1,2). Gewählt: Kurt Rossmanith (CSU), wie bisher.

Saarland

244 Saarbrücken: Beteiligung 87,0 Prozent. SPD 46,4 (50,6); CDU 39,0 (37,0); FDP 8,0 (10,7); GRÜ 5,8 (1,1). Gewählt: Hans-Joachim Hoffmann (SPD), wie bisher.

245 Saarbrücken II: Beteiligung 91,1 Prozent. SPD 44,6 (48,8); CDU 44,7 (42,1); FDP 5,8 (7,5); GRÜ 4,2 (0,9). Gewählt: Franz-Josef Conrad (CDU), bisher Alwin Brück (SPD).

246 Saarlouis: Beteiligung 91,4 Prozent. SPD 40,8 (45,4); CDU 48,3 (45,8); FDP 5,9 (7,3); GRÜ 4,5 (1,2). Gewählt: Hans Werner Müller (CDU), wie bisher.

247 St. Wendel: Beteiligung 92,7 Prozent. SPD 41,7 (46,3); CDU 49,1 (46,5) FDP 4,4 (5,8); GRÜ 4,3 (1,0). Gewählt: Johannes Ganz (CDU), wie bisher.

248 Homburg: Beteiligung 90,7 Prozent. SPD 45,8 (50,6); CDU 42,3 (39,9); FDP 6,0 (7,8); GRÜ 5,1 (1,1). Gewählt: Lothar Fischer (SPD), wie bisher.

Die Verteilung der 248 Direktmandate

Bremen · Hamburg · Dortmund · Essen · Düsseldorf · Köln · Hannover · Frankfurt · Stuttgart · München

CDU/CSU · SPD · von der CDU/CSU hinzugewonnen

1. Flensburg - Schleswig
2. Nordfriesland - Dithmarschen-Nord
3. Steinburg - Dithmarschen-Süd
4. Rendsburg - Eckernförde
5. Kiel
6. Plön - Neumünster
7. Pinneberg
8. Segeberg - Stormarn-Nord
9. Ostholstein
10. Herzogtum Lauenburg-Stormarn-Süd
11. Lübeck
12. Hamburg-Mitte
13. Hamburg-Altona
14. Hamburg-Eimsbüttel
15. Hamburg-Nord
16. Hamburg-Wandsbek
17. Hamburg-Bergedorf
18. Hamburg-Harburg
19. Aurich - Emden
20. Unterems
21. Friesland - Wilhelmshaven
22. Oldenburg - Ammerland
23. Delmenhorst - Wesermarsch
24. Cuxhaven
25. Stade
26. Mittelems
27. Cloppenburg - Vechta
28. Diepholz
29. Verden
30. Soltau-Rotenburg
31. Lüneburg - Lüchow-Dannenberg
32. Osnabrück-Land
33. Osnabrück
34. Nienburg - Schaumburg
35. Harburg
36. Stadt Hannover I
37. Stadt Hannover II
38. Hannover Land I
39. Celle - Uelzen
40. Gifhorn - Peine
41. Hameln - Holzminden
42. Hannover – Land II
43. Hildesheim
44. Salzgitter – Wolfenbüttel
45. Braunschweig
46. Helmstedt – Wolfsburg
47. Goslar
48. Northeim – Osterode
49. Göttingen
50. Bremen-Ost
51. Bremen-West
52. Bremerhaven – Bremen-Nord
53. Aachen
54. Kreis Aachen
55. Heinsberg
56. Düren
57. Erftkreis I
58. Euskirchen – Erftkreis II
59. Köln I
60. Köln II
61. Köln III
62. Köln IV
63. Bonn
64. Rhein-Sieg-Kreis I
65. Rhein-Sieg-Kreis II
66. Oberbergischer Kreis
67. Rhein.-Bergischer Kreis I
68. Leverkusen – Rheinisch-Bergischer Kreis II
69. Wuppertal I
70. Wuppertal II
71. Solingen – Remscheid
72. Mettmann I
73. Mettmann II
74. Düsseldorf I
75. Düsseldorf II
76. Neuss I
77. Neuss II
78. Mönchengladbach
79. Krefeld
80. Viersen
81. Kleve
82. Wesel I
83. Wesel II
84. Duisburg I
85. Duisburg II
86. Oberhausen
87. Mülheim
88. Essen I
89. Essen II
90. Essen III
91. Recklinghausen I
92. Recklinghausen II
93. Gelsenkirchen I
94. Gelsenkirchen II – Recklinghausen III
95. Bottrop-Recklinghausen IV
96. Borken
97. Coesfeld – Steinfurt I
98. Steinfurt II
99. Münster
100. Warendorf
101. Gütersloh
102. Bielefeld
103. Herford
104. Minden-Lübbecke
105. Lippe I
106. Höxter – Lippe II
107. Paderborn
108. Hagen
109. Ennepe-Ruhr-Kreis I
110. Bochum I
111. Bochum II – Ennepe-Ruhr-Kreis II
112. Herne
113. Dortmund I
114. Dortmund II
115. Dortmund III
116. Unna I
117. Hamm – Unna II
118. Soest
119. Hochsauerland-Kreis
120. Siegen I
121. Olpe – Siegen II
122. Märkischer Kreis I
123. Märkischer Kreis II
124. Waldeck
125. Kassel
126. Werra-Meißner
127. Schwalm-Eder
128. Hersfeld
129. Marburg
130. Lahn-Dill
131. Gießen
132. Fulda
133. Hochtaunus
134. Wetterau
135. Rheingau – Taunus – Limburg
136. Wiesbaden
137. Hanau
138. Frankfurt am Main I – Main-Taunus
139. Frankfurt am Main II
140. Frankfurt am Main III
141. Groß-Gerau
142. Offenbach
143. Darmstadt
144. Odenwald
145. Bergstraße
146. Neuwied
147. Ahrweiler
148. Koblenz
149. Cochem
150. Kreuznach
151. Bitburg
152. Trier
153. Montabaur
154. Mainz
155. Worms
156. Frankenthal
157. Ludwigshafen
158. Neustadt – Speyer
159. Kaiserslautern
160. Pirmasens
161. Landau
162. Stuttgart-Süd
163. Stuttgart-Nord
164. Böblingen
165. Esslingen
166. Nürtingen
167. Göppingen
168. Waiblingen
169. Ludwigsburg
170. Neckar-Zaber
171. Heilbronn
172. Schwäbisch Hall
173. Backnang – Schwäbisch Gmünd
174. Aalen – Heidenheim
175. Karlsruhe- Stadt
176. Karlsruhe-Land
177. Rastatt
178. Heidelberg
179. Mannheim I
180. Mannheim II
181. Odenwald – Tauber
182. Rhein-Neckar
183. Pforzheim
184. Calw
185. Freiburg
186. Lörrach-Müllheim
187. Emmendingen – Lahr
188. Offenburg
189. Rottweil
190. Schwarzwald – Baar
191. Konstanz
192. Waldshut
193. Reutlingen
194. Tübingen
195. Ulm
196. Biberach
197. Ravensburg – Bodensee
198. Zollernalb – Sigmaringen
199. Altötting
200. Freising
201. Fürstenfeldbruck
202. Ingolstadt
203. München-Mitte
204. München-Nord
205. München-Ost
206. München-Süd
207. München-West
208. München-Land
209. Rosenheim
210. Starnberg
211. Traunstein
212. Weilheim
213. Deggendorf
214. Landshut
215. Passau
216. Rottal-Inn
217. Straubing
218. Amberg
219. Regensburg
220. Schwandorf
221. Weiden
222. Bamberg
223. Bayreuth
224. Coburg
225. Hof
226. Kulmbach
227. Ansbach
228. Erlangen
229. Fürth
230. Nürnberg-Nord
231. Nürnberg-Süd
232. Roth
233. Aschaffenburg
234. Bad Kissingen
235. Main – Spessart
236. Schweinfurt
237. Würzburg
238. Augsburg-Stadt
239. Augsburg-Land
240. Donau-Ries
241. Neu-Ulm
242. Oberallgäu
243. Ostallgäu
244. Saarbrücken I
245. Saarbrücken II
246. Saarlouis
247. Sankt Wendel
248. Homburg

„Kohl ist jetzt Kanzler aus eigenem Recht"

„Stuttgarter Nachrichten": Nicht vom Staat, von Beschäftigungsprogrammen, von Umverteilung oder Neuverschuldung, sondern von Dynamik, Leistung, Einsatz und einem Zusammenspiel von Wirtschaft und Arbeitnehmern wird die Lösung der Probleme erwartet. Doch diese Erwartung ist zugleich ein gewaltiger Auftrag, eine Vertrauenshypothek für die Union. Daran muß sie gemessen werden von den Wählern, der Opposition und von den Medien – und zwar nach strengem Maßstab.

„Aachener Volkszeitung": Die Regierung Kohl ist keine Übergangsregierung auf Abruf und keine Episode in der deutschen Politik geblieben. Sie hat das unter erheblichen Risiken geforderte Votum der Wähler erhalten. Das sensationelle Ergebnis bedeutet einen ungewöhnlichen Vertrauensbeweis und einen Vertrauensvorschuß, der auch der totgesagten und überraschend revitalisierten FDP galt.

„Tageszeitung" (Berlin): Das Wahlvolk hat sich selbst kastriert. Die Emanzipation des Wählers gegen die Bonner Macht-Elite, die mit der Hamburg Wahl im Sommer begonnen hatte, ist zu Ende. Es ist schwer zu glauben, daß Überzeugte so gewählt haben. Nein, es ist die Wahl von Desorientierten, die ihre Ruhe haben wollen.

„Ruhr-Nachrichten" (Dortmund): In Nordrhein-Westfalen hat die CDU die SPD überrundet. Selbst in die SPD-Hochburg Ruhrgebiet – und das wird die CDU besonders beglücken – ist eine Bresche geschlagen. Die CSU meldet eine pralle Mehrheit aus Bayern. Und schließlich erreichte die CDU bei der gestern gleichzeitig abgehaltenen Landtagswahl in Rheinland-Pfalz erneut die absolute Mehrheit. Wahlerfolge, wie sie die Union noch nie an einem einzigen Tage erzielen konnte.

„Nordwest-Zeitung" (Oldenburg): Nun hat auch der Wähler auf eine besonders für die Union eindrucksvolle Weise die im Bundestag herbeigeführte Wende bestätigt und den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt widerlegt, der noch vor einigen Monaten eine Mehrheit links von der neuen Koalition der Mitte gesehen haben wollte.

„Westfalenpost" (Hagen): Wenn die Unionsparteien Lorbeer für den Erfolg zu vergeben haben, so sollten sie diesen dem Bundeskanzler gewähren. Von Helmut Kohl strahlt Gewißheit und Überzeugung aus. Er war der einzige, der mit sicherem Instinkt für den Erfolg den dubiosen 6. März als Tag der Entscheidung ansteuerte.

„Braunschweiger Zeitung": Kohls Rechnung ist voll aufgegangen. Doch der Bürger hat noch mehr getan: Er hat der Bundesrepublik eine stabile Regeierung für vier lange und schwere Jahre gegeben. Er hat diesen Staat nicht in die Gefahr der Unregierbarkeit gebracht. Dies ist noch bedeutsamer als der persönliche Triumph des Kanzlers.

„Südkurier" (Konstanz): Ein unverdrossen kämpfender Hans-Jochen Vogel wurde von der Partei ein weiteres Mal verschlissen. Man erinnert sich an ein Jahrzehnt zuvor, als ihn linke Scharfmacher aus München verjagten, oder als er in West-Berlin von seinen Parteifreunden eine Suppe zum Auslöffeln vorgesetzt bekam, die nicht er sich eingebrockt hatte.

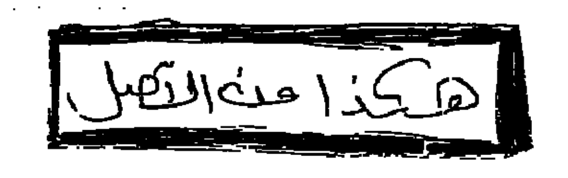
„Frankfurter Allgemeine Zeitung": Der Aufschwung, den die SPD in Landes-Wahlen – Hessen, Hamburg – Ende letzten Jahres erlebte, nachdem ihr Kanzler Schmidt gegangen war, hat nicht angehalten. Offenbar hat sich doch ein erheblicher Anteil der Wähler nach dem Schmerz über den Abgang des geschätzten (freilich nicht mit hohen Stimmen-Prozenten bedachten) Kanzlers Schmidt daran erinnert, daß die SPD die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik gefährlich überzogen hat.

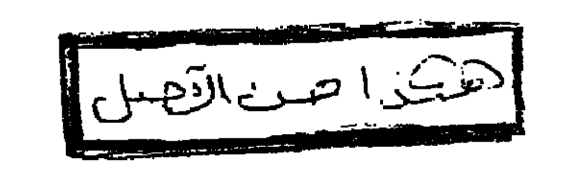
Südwest-Presse (Ulm): Der erste Sieger heißt Helmut Kohl. Ihm ist gestern neue Autorität zugewachsen, in seiner Partei und außerhalb seiner Partei. Er ist jetzt ein Kanzler aus eigenem Recht. Der andere Sieger heißt Hans-Dietrich Genscher. Er hat seine politische Existenz mit dem Wechsel von der SPD zur Union verbunden, er ging über ein hohes Seil, und er ist fast unbeschädigt auf der anderen Seite angekommen.

Schwarzwälder Bote (Oberndorf): Die Liberalen haben ihre innere Zerreißprobe überlebt, wenn auch mit Blessuren. Die Werbung um Zweitstimmen von Unionswählern hat sich offenbar gelohnt, ohne daß die CDU/CSU dadurch Einbußen erlitten hätte. Im Gegenteil, ihr Stimmengewinn ist eine Sensation. Hauptsieger ist ohne jeden Zweifel Bundeskanzler Kohl.

Saarbrücker Zeitung: In der Stunde der Niederlage hat sich Hans-Jochen Vogel als überaus fairer Verlierer erwiesen. Niemand in der SPD konnte dieses Absacken unter 40 Prozent erwarten. Jetzt liegt plötzlich offen zutage, was die SPD ohne Helmut Schmidt dem Wähler noch wert ist. Kandidat Vogel irrt, wenn er meint, seine Partei habe im Wahlkampf ihre Themen richtig angepackt. Das Gegenteil ist richtig: Während die Union und die FDP sich als die Parteien der Hoffnung darstellten, meinten die Sozialdemokraten fälschlicherweise, die Wähler in immer neue Ängste hineintreiben zu müssen.

Frankfurter Neue Presse: Der Bundesrepublik ist also erspart geblieben, was in einigen Bundesländern geprobt wurde, die Unregierbarkeit. Die höhere Weisheit der oft verlästerten Demokratie hat sich durchgesetzt, daß sie nämlich im entscheidenden Augenblick brauchbare Ergebnisse schafft.





Mehr Geld für westliche Auslandssender

HERMANN JÄGER, Worms

Der Auslandsdienst der BBC London, der angesehenste internationale Rundfunkdienst der Welt, erhält von der Regierung in London eine Summe von 100 Millionen Pfund (rund 450 Millionen Mark) für den Bau neuer, starker Kurzwellensender und für die Errichtung weiterer Relaisstationen in Übersee. „Es ist dies" – so wörtlich der Chef der BBC-Auslandsdienste, Douglas Muggeridge, in einem Interview mit dem „World Service" der BBC – „die beste Kapital-Bewilligung, die der Auslandsdienst der BBC seit langer Zeit bekommen hat!"

Die Summe von 100 Millionen Pfund soll „bis Ende der achtziger Jahre aufgewendet werden können". Der Auslandsdienst der BBC will damit z. B. eine Relaisstation in Hongkong errichten, die der „besseren Versorgung vor allem der BBC-Hörer im Norden der VR Chinas" dienen soll. Damit auch die Hörer in Ostafrika besser vom Londoner Auslandsdienst erreicht werden können, ist auf den Seychellen-Inseln im Indischen Ozean (vor der Ostküste Afrikas) der Bau einer weiteren Relaisstation für London vorgesehen. Die Station Hongkong ist – so Muggeridge wörtlich – „nach langen, zähen Verhandlungen unter Dach und kann nun endlich gebaut werden", während mit der Regierung der Seychellen-Inseln „noch verhandelt wird". London ist aber optimistisch, daß es auch hier „zu einem guten Abschluß kommt".

Auch die „Voice of America" (VOA), der größte Auslandsrundfunkdienst der freien Welt, wird stattliche Summen aufwenden, um das seit vielen Jahren gegebene sendetechnische Übergewicht der kommunistischen Stationen im Ostblock abzubauen: Nach amtlich noch nicht bestätigten Meldungen wird die „Stimme Amerikas" 300 Millionen Dollar (= rund 750 Millionen Mark) für neue Kurzwellensender erhalten. Vorgesehen sind 10 Kurzwellensender (sämtlich von je 500 kW) in Tanger, acht in München und vier auf Sri Lanka. In der Gesamtsumme sind Ausgaben für Gelände, Kraftwerke, Antennen eingeschlossen. In Tanger und München arbeitet die „VOA" noch heute mit Kurzwellensendern aus den vierziger und fünfziger Jahren . . .! Mit technisch völlig überholten Sendern.

Die Investitionen für die beiden größten Auslandsrundfunkdienste der freien Welt waren wegen der Überlegenheit sowjetischer Sender offenbar für notwendig erachtet worden. Radio Moskau, größter Auslandsrundfunkdienst der Welt, verfügt für sich allein über rund 300 Kurzwellensender. Davon 30 mit Leistungen von je 500 kW pro Einzelsender. Die BBC London (73 Kurzwellensender) und die „VOA" (90 Kurzwellensender) haben also zusammen gerade halb so viele Sender für Auslands- und Überseesendungen wie Moskau. Hinzu kommen auf östlicher Seite die Kurzwellensender von Ost-Berlin bis Warschau und von Prag bis Sofia. Der sendetechnische Rückstand der wichtigsten Stationen der freien Welt ist groß. Mit den Bauplänen für BBC und „VOA" will man diesen Rückstand wenigstens zum Teil wettmachen.

Der Chef der BBC-Auslandsdienste verwies in dem erwähnten Interview noch auf einen weiteren bedeutenden Umstand: „Es gibt immer mehr Länder, in denen das Sammeln von Nachrichten fast unmöglich geworden ist. Die politischen Restriktionen werden immer schlimmer . . !" Für einen Auslands-Korrespondenten muß die BBC, so Muggeridge, „zwischen 50 000 und 100 000 Pfund pro Mann und Jahr aufwenden – je nachdem, in welchem Land er arbeitet . . ."!

Moskau nimmt keine Rücksicht mehr auf USA

Erkenntnisse in Washington nach der Stationierung sowjetischer Raketen in Syrien / Versuchsfeld für neue Waffen?

TH. KIELINGER, Washington

Die Einführung neuer sowjetischer Flugabwehrraketen vom Typ SAM-5 in Syrien bringt in die nahöstliche Diplomatie ein neues, „destabilisierendes" Element, wie die Reagan-Administration vor Tagen aussagte. Welche Form von Destabilisierung sich damit andeutet, wird zur Zeit freilich noch intensiv im Kreis der amerikanischen Nahost-Experten diskutiert.

Die Sowjets sind spätestens seit dem Oktober 1977, als die Außenminister Vance und Gromyko in Washington ein letztes gemeinsames Nahost-Papier veröffentlichten, das den Entschluß Sadats, nach Jerusalem zu fahren, beschleunigte, nicht mehr formell in der Friedenssuche einbezogen gewesen. Ihre Rolle gestaltet sich daher immer mehr nach Art des Außenseiters, der arabische Frustrationen ausnutzt und bei jedem scheinbaren Mißlingen des Friedensprozesses sich selbst als einzigen Sachwalter der palästinensischen Sache anbietet.

Das war schon so in der Vergangenheit, als die Großmächte sich noch gemeinsam für die Friedenssuche im Nahen Osten verantwortlich fühlten und entsprechenden engen diplomatischen Kontakt pflegten. Der entscheidende Unterschied freilich ist, daß dieses politische Zusammenspiel zwischen Moskau und Washington heute nicht mehr besteht.

Wer heute Kissingers Memoiren nach den Usancen der Ost-West-Diplomatie im Nahen Osten befragt, kann erstaunt feststellen, wie gut noch vor zehn Jahren das „crisis management" zwischen Amerikanern und Sowjets funktionierte. Selbst auf dem Höhepunkt der Konfrontation im Yom-Kippur-Krieg, als Breschnew mit dem Einsatz sowjetischer Truppen in Ägypten drohte und Nixon die US-Streitkräfte weltweit in erhöhte Alarmbereitschaft versetzen ließ, zog sich ein enger diplomatischer Austausch wie ein Sicherheitsnetz um diese Krise. Beide Großmächte handelten damals noch immer auf der Basis, daß die Entspannung zwischen ihnen nicht unnötig leiden dürfe. Ja, Kissinger geht in seinen Memoiren (2. Teil, S. 594, amerikanische Ausgabe) so weit, festzustellen, unter der Ägide der Detente sei es ihm geradezu gelungen, den sowjetischen politischen Einfluß in Nahost mehr und mehr zurückzudrängen.

Solchen Vergleich mit der heutigen Lage bietet die Geschichte nicht mehr. Kein System aktiver Entspannungsdiplomatie beherrscht zur Zeit die Beziehungen zwischen den Großmächten. Moskau braucht sein Vorgehen nicht mehr aus Rücksicht auf das Geflecht „gegenseitig vorteilhafter Beziehungen" mit Washington zu zügeln. Dabei ist nicht entscheidend, wie hoch der Einfluß Moskaus in der Region einzuschätzen ist, sondern daß der Kreml den Friedensprozeß blockieren kann.

Damit der Verhandlungsprozeß über den endgültigen Status der Palästinenser und damit auch über Krieg und Frieden in der Region in Gang kommen kann, muß der jordanische Monarch den Einstieg finden. Damit dieser Einstieg möglich ist, muß die PLO ihre – zumindest implizierte – Billigung geben. Damit diese Billigung ausgesprochen wird, müßte sich die PLO jedoch erst „entradikalisieren" – was immer weniger wahrscheinlich wird, je mehr sie unter den Einfluß Moskaus und Syriens gerät.

Das Vorzeigen neuer Waffen in einem Klienten-Staat gehört dabei fast zum comme-il-faut der sowjetischen Diplomatie. Das war nicht anders 1970, als man zum erstenmal Luftabwehrraketen vom Typ SAM-2 und SAM-3 in Ägypten einführte, samt dem eigenen Bedienungs- und Wartungspersonal, wie auch diesmal wieder in Syrien. Die amerikanische Diplomatie wirkte schon damals gegenüber diesem Manöver Moskaus recht hilflos.

Während das State Department, sich blind stellend, weiter mit dem Kreml einen Waffenstillstand entlang des Suezkanals auszuhandeln suchte, wo Ägypten und Israel sich in einen Abnutzungskrieg verheddert hatten, signalisierte Sicherheitsberater Kissinger via Moskaus Botschafter Dobrynin, wie „gravierend" die USA die Einführung der SAM-Batterien in Ägypten einstuften. Vergeblich. Erst als Sadat die sowjetischen Berater und Techniker zwei Jahre später auswies, verloren die SAM-2- und SAM-3-Stellungen ihr russisches Personal. Beseitigt wurden die Stellungen dann durch den Vormarsch der israelischen Armee im Yom-Kippur-Krieg.

Im Libanon-Feldzug der letzten Jahre war es umgekehrt: Die sowjetischen Luftabwehr-Batterien vom Typ SAM-6, SAM-8 und SAM-9 erwiesen sich als hoffnungslos unterlegen gegenüber der Feuer- und Lenkkraft der israelischen Luftwaffe. Ob diese Disparität auch für die jetzt in Stellung gebrachten SAM-5 gelten würde, muß zumindest bezweifelt werden. Die radargelenkte Waffe bestreicht mit ihrer Reichweite von 250 Kilometern den größten Teil des libanesischen und israelischen Luftraums, ja, sie kann auch amerikanischen Kampfflugzeugen, die von der 6. Flotte aus – im östlichen Mittelmeer – operieren, gefährlich werden. Noch nie zuvor hat Moskau dieses System außerhalb seines Paktbereichs in Stellung gebracht.

Es ist eine Eskalation in dreifacher Hinsicht: Einmal unterstreicht Moskau die Allianz mit den politischen Zielen der PLO und Syriens als Instrumente seiner Macht. Das soll den verbalen Beteuerungen Glaubwürdigkeit verleihen. Sodann fordert diese Situation politische Kalkulationen Israels heraus, muß hemmend auf die Truppenrückzugsgespräche in Libanon wirken. Israel wird es, unter dem Schatten dieser neuen militärischen Bedrohung, mit dem Rückzug nicht eilig haben. Schließlich stellt sich für Israel die militärische Frage eines Präventivschlags gegen die SAM-5-Stellungen.

Joseph Churba, ein ehemaliges Mitglied der amerikanischen Abrüstungsbehörde, gab unlängst zu verstehen, die Sowjets hätten es geradezu auf einen Schlagabtausch zwischen der SAM-5 und der israelischen Luftwaffe abgesehen, wie auch immer die kriegerische Konstellation aussehen möge. Denn die sowjetische Generalität betrachte inzwischen den Nahen Osten als wertvollen Testplatz für einige jener Systeme, auf denen ein Teil ihrer Militärmacht vis-à-vis der NATO beruhe.

Das sind Szenarien, die nicht ohne ernste Verwicklungen zwischen den Supermächten denkbar sind. Immer mehr läuft die nahöstliche Diplomatie einem neuen, fatalen Engpaß zu, immer weniger kann sich Washington, angesichts dieser neuen militärischen Bedrohung, erlauben, Israel zu politischen Kompromissen zu drängen.

Hawke will 500 000 neue Arbeitsplätze schaffen

Australiens neuer Premier räumt Wirtschaft Vorrang ein

HEINER KLINGE, Bonn

Der australische Wahlsieger Bob Hawke, der am Freitag als Ministerpräsident der zweiten Labor-Regierung seit 1949 vereidigt wird, will einen unabhängigeren Kurs steuern als sein Vorgänger, jedoch treuer Verbündeter der USA bleiben. Vor der Presse betonte er: „Unser Verhältnis zu den USA bleibt grundlegend, und dies wird auch in absehbarer Zukunft so bleiben." Jedoch will Hawke die zur Friedenstruppe im Sinai gehörende australische Hubschrauber-Transporteinheit abziehen.

Bill Hayden, der erst wenige Wochen vor der Wahl die Führung der Labor-Partei an Hawke abgab und jetzt das Amt des Außenministers übernehmen dürfte, hat Ende Februar angekündigt, Australien wolle als Vermittler zwischen Washington und Hanoi auftreten. Hayden erklärte, die von der Regierung Fraser 1979 eingestellte Wirtschaftshilfe für Vietnam solle wieder aufgenommen werden.

Hawke versprach, er werde der Bewältigung der ernsten wirtschaftlichen Probleme des Landes Vorrang einräumen. Angesichts einer Arbeitslosenrate von mehr als zehn Prozent und einer Jahresinflationsrate von fast zwölf Prozent solle einer seiner ersten Regierungsmaßnahmen die Einberufung eines nationalen „Wirtschaftsgipfels" sein.

Diesem will Hawke offenbar einen Plan unterbreiten, der innerhalb der nächsten drei Jahre zu einem wirtschaftlichen Wachstum von fünf Prozent führen und mindestens eine halbe Million neuer Arbeitsplätze schaffen soll. Der Plan sieht auch eine Stärkung der Bauwirtschaft, günstige Kredite für Geschäftsleute, Farmer und Eigenheimkäufer sowie ein Arbeitsprogramm vor, das zunächst 70 000 der insgesamt rund 700 000 Arbeitslosen jeweils ein halbes Jahr beschäftigen soll.

Als langjähriger Führer des Gewerkschaftsdachverbandes ACTU erschien Hawke seinen Wählern glaubwürdig als er versprach, daß es ihm gelingen werde, die militanten Gewerkschaften zu einem Kooperationsabkommen zu bewegen und darüber hinaus im Interesse des wirtschaftlichen Aufschwungs einen nationalen Konsens herbeizuführen. Hawke kritisierte den restriktiven Monetarismus des bisherigen Ministerpräsidenten Fraser, der nach seiner Wahlniederlage auf die Führung seiner Liberalen Partei verzichtete. Die bürgerliche Koalition habe die australische Volkswirtschaft – abgesehen von dem Ressourcenboom Ende der siebziger Jahre – in dauernder Rezession gehalten. Das angeblich nicht inflationär wirkende Labor-Programm sieht schon fürs erste Jahr Ausgaben von umgerechnet etwa sieben Milliarden Mark vor.

Hawke, der 1958 als schnellster Biertrinker der Welt (1,2 Liter in zwölf Sekunden) ins Guinness-Buch der Rekorde eingetragen wurde, hat vor knapp drei Jahren bei seinem Eintritt ins Parlament Enthaltsamkeit gelobt. Als er jetzt gefragt wurde, wie er seinen Wahlsieg feiern werde, erwiderte er grinsend, er werde sich „einen doppelten Schuß Zitronensaft zum Mineralwasser" genehmigen.

Bündnis mit Sozialisten bleibt Langziel der KPI

Berlinguer präzisiert die „demokratische Alternative"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit der Bestätigung Enrico Berlinguers als Generalsekretär der KPI ist der 16. Nationalkongreß der italienischen Kommunisten in Mailand zu Ende gegangen. Seine politischen Ergebnisse bestehen in der Bekräftigung der Autonomie gegenüber Moskau, in der Präzisierung einer auf lange Sicht angelegten Politik der „demokratischen Alternative", also eines Bündnisangebots an die Sozialisten und an die kleineren laizistischen Parteien, sowie in einer gewissen Demokratisierung des Verhältnisses zwischen Parteiführung und Parteibasis.

Berlinguers Wiederwahl war die erste Amtshandlung des Zentralkomitees, das vom Parteikongreß in offener Abstimmung und auf der Grundlage einer vereinbarten Kandidatenliste neu gewählt worden war. Der in einigen Punkten modifizierte Entwurf des politischen Parteitagsdokuments wurde vom Kongreß mit der überwältigenden Mehrheit der 1100 Delegierten bei nur sieben Gegenstimmen und neun Stimmenthaltungen gebilligt.

Vor der Abstimmung hatte Armando Cossutta, der Repräsentant der sowjetfreundlichen Kräfte in der Partei, seine Abänderungsanträge zu denjenigen Passagen zurückgezogen, in denen Kritik am osteuropäischen „Realsozialismus" geübt und festgestellt wird, daß sich die Antriebskraft der russischen Oktoberrevolution verbraucht habe. Berlinguer war ihm mit der Versicherung entgegengekommen, daß die KPI eine revolutionäre Partei bleiben werde.

Mehr Erfolg als Cossutta hatte der ehemalige Kammerpräsident Pietro Ingrao mit einigen Abänderungsanträgen seiner linken Basisgefolgschaft zu den Thesen über die innerparteiliche Demokratie. Er setzte die Herunterstufung des als „demokratischer Zentralismus" bezeichneten autoritären Führungsstils vom „Prinzip" zur „Methode" durch. Und erreichte eine gewisse Milderung dieser Methode: Parteivorstand sowie regionale und föderale Führungsorgane wurden für die Zukunft verpflichtet, Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen der Parteilinie und der Parteiaktion dem Zentralkomitee zur Diskussion und Entscheidung vorzulegen.

Das zentrale Thema in Berlinguers Replik auf die Kongreßdebatte war die „demokratische Alternative" und in ihrem Rahmen besonders das Verhältnis zu den Sozialisten. Berlinguer verzichtete auf jede Polemik, dankte dem sozialistischen Parteisekretär Craxi für dessen Rede vor dem Kongreß und forderte die Sozialisten auf, nicht sofort aus der Regierungskoalition mit den Christdemokraten auszutreten. Die KPI, so sagte er, erwarte von den Sozialisten nicht, daß sie schon heute oder morgen eine Linkskoalition eingehe. Sie hoffe zunächst nur auf ein grundsätzliches sozialistisches Ja zur Perspektive der „demokratischen Alternative". Sie erwarte in der Euro-Raketenfrage von Craxi, daß er an dem Standpunkt festhalte, daß die Genfer Verhandlungen ohne Zeitbegrenzung bis zu einem Erfolg fortgesetzt werden sollten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866
5300 Bonn 2, Tel 0228/30 41, Telex 8 85 714

Tradition und Realität

„An der Uniform sollt ihr sie erkennen": GEISTIGE WELT vom 19. Februar

Herr Hubatschek interpretiert die Geschichte der Entstehung der Bundeswehr und die Diskussion um die Tradition recht eigenartig. Da wird einmal die „Himmeroder Denkschrift" gestreift, um ihr dann die Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer gegenüber zu stellen. Ein komplexes Thema aber ist so nicht – zumindest nicht überzeugend – zu klären.

Adenauers Erklärung von 1952 ist doch wohl als „Ehrenerklärung" zu Gunsten ehemaliger Wehrmachtssoldaten zu verstehen, ebenso wie die Erklärung des US-Generals Eisenhower von 1951. Mit dem großen Unterschied allerdings, daß Eisenhowers Erklärung, im Gegensatz zu der Adenauers, weniger differenziert war. Letzterer nämlich gab seine Ehrenerklärung nur für jene Soldaten, die „ehrenhaft . . gekämpft haben" ab! Daß aber Soldaten der Wehrmacht in Verbrechen verstrickt waren, das wissen wir heute doch hinlänglich.

Mit Sicherheit war eben dies auch ein Grund, weshalb in der „Himmeroder Denkschrift" von der „Erziehung des Soldaten im politischen und ethischen Sinne" die Rede ist und auch davon, daß der Soldat „Freiheit im Sinne der Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit" verteidigt. Damit aber konnte und durfte nicht an die Tradition der Wehrmacht angeknüpft werden!

Wenn die Bundeswehr-Uniform dann „als demonstrativer Abkehr von der militärischen Tradition" verstanden wurde, so ist dies nur gut. Nebenbei: nach Einführung des Gesellschaftsanzuges, von Bundeswehrorden und metallgeprägten Tätigkeitsabzeichen nähern wir uns ja – rein äußerlich versteht sich? – wieder jener vielgepriesenen Tradition.

Die Seitenhiebe auf Baudissin und Schmückle sind unfair – beide werden's doch überstehen, denn sie waren solchen schon während ihrer aktiven Dienstzeit in reichlichem Maße ausgesetzt. Trotzdem: einige Baudissins und Schmückles mehr in unseren Reihen und die Bundeswehr wäre wirklich eine „moderne Armee" geworden!

Der Traditionserlaß von 1965 war, gerade weil er die Wehrmacht mit einbezog, für die Nachkriegsgeneration unerträglich, denn sie „reagiert allergisch, wenn ihr . . . eine militärische Leistung eines früheren Soldaten als Vorbild dargestellt wird, dessen Gesamtverhalten als Mensch und Bürger nicht gebilligt werden kann" (der heutige AA-Staatssekretär Möllemann am 3. 2. 1977 im Deutschen Bundestag). Damals schon regte Möllemann an „mit dem Ministerium über eine Neufassung des bestehenden Traditionserlasses (zu) diskutieren".

Der Traditionserlaß von 1982 ist nüchtern und ohne jegliches Pathos. Dies als sprachliche und inhaltliche Flachheit zu bezeichnen ist eine Stilfrage. Äußerst bedenklich aber ist, wenn festgestellt wird, daß „die derzeit gültigen Verfassungsprinzipien zum einzigen und verpflichtenden Maßstab" gemacht worden seien! Was, außer unserem Grundgesetz, Herr Hubatschek, kann Ihrer Meinung nach Maßstab denn sonst sein?

Peter Berger, Major,
Bergheim 1

*

Sehr geehrte Herren,

eine Ergänzung zu den ausgezeichneten Ausführungen von Gerhard Hubatschek: der „selbständig denkende und handelnde Schütze auf dem Gefechtsfeld" ist ein Ausbildungsziel nicht erst „seit Beginn dieses Jahrhunderts". Bereits im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts war der preußische Einzelschütze dem französischen schon deswegen voraus, weil sein Gewehr sich wesentlich schneller laden ließ; der angeblich selbständig handelnde „Tirailleur" der französischen Revolution ist eine Märchenfigur.

Der „Kriegs-Katechismus für die Landwehr" von 1813 sagt dann: „Der Schütze ist sich in den meisten Fällen selbst überlassen, keine mechanische Form leitet seine Bewegung." Darauf bauen die folgenden Jahrzehnte („die Redaktion") auf, und 1866 bewundern die Österreicher die „affenartige Beweglichkeit" der Preußen. 1870 darf die geschlossen vorgehende französische Kompanie „nicht mehr als sechs" Tirailleure vorschicken, während die Preußen bereits in der „Schützenlinie" kämpfen. Gradlinig geht die Entwicklung dann weiter bis 1945.

Aber im Amt Blank galt es nicht als opportun, an die Erfahrungen und an die Tradition der Wehrmacht anzuknüpfen – verständlich, wenn es bei maßgebenden Persönlichkeiten an Kriegspraxis mangelte. Aber die Truppe hat selbstverständlich im Sinne der Tradition der Wehrmacht gearbeitet, da sie von Offizieren der Wehrmacht und des Bundesgrenzschutzes (ihres Ablegers) aufgestellt worden war.

Mit besten Grüßen
Friedrich Doepner,
Celle

Reichsbanner

„Leserbrief: Die verleugneten Opfer": WELT vom 17. Februar

Sehr geehrte Herren,

dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", einem Kampfverband Weimarer Republikaner gegen rechtsradikale Wehrverbände, gehörten noch andere als die angeführten Mitglieder der zitierten Verbände und Organisationen an, u. a. Angehörige der Zentrumspartei und der christlichen Gewerkschaften. Einer der prominentesten Mitglieder war der Reichskanzler Josef Wirth. Derartige Fakten von historischer Bedeutung sollten nicht verschwiegen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Schoene,
Mainz

Prüfungsresultat

„Stolte: Keineswegs blind"; WELT vom 25. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß die von Ihnen veröffentlichte Darstellung des Intendanten des Zweiten Deutschen Fernsehens, 75 bis 80 Prozent aller Beanstandungen des Finanzgebarens der Anstalt durch den Rechnungshof beruhten nicht auf eigenen Erkenntnissen, sondern seien aus Erhebung der ZDF-eigenen Innenrevision lediglich übernommen worden, nicht der Wahrheit entspricht. Sämtliche im Bericht aufgeführten und beanstandeten Fälle beruhen im Gegenteil auf den Feststellungen der Prüfungsbeamten des Rechnungshofes.

Mit freundlichen Grüßen
Schreiner,
Rechnungshof Rheinland-Pfalz,
Speyer

Wort des Tages

„Klugheit und Liebe sind nicht füreinander gemacht: wächst die Liebe, so schwindet die Klugheit."

François de La Rochefoucauld, franz. Moralist (1613–1680)

Kommunistische Partei bleibt Staatsfeind Nummer eins

Die Lage in Guatemala normalisiert sich / Wieder mehr Sicherheit und Touristen / Kampagnen gegen Diebstahl, Lügen und Mißbrauch

WALTER H. RUEB, Guatemala

Auf der fünften Station seiner Mittelamerika-Reise besuchte Papst Johannes Paul II. gestern zwar ein Land im Ausnahmezustand. Viele Anzeichen aber deuten darauf hin, daß Guatemala vor einer wirtschaftlichen Erholung und wahrscheinlich auch zunehmender politischer Stabilität steht.

Der guatemaltekische Präsident Rios Montt hat den seit Juli 1982 geltenden Ausnahmezustand für sein Land um weitere 25 Tage verlängert. Während des Ausnahmezustands sind Polizei und andere Sicherheitskräfte der mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Armee unterstellt. Politische und gewerkschaftliche Aktivitäten sind verboten, die Medien einer partiellen Zensur unterworfen.

Weil die Verlängerung diesmal nur für 25 Tage gilt, endet sie am 22. März – just am Vorabend des ersten Jahrestages der Machtübernahme von Rios Montt. Für diesen Tag hat die Regierung erste Schritte zur politischen Normalisierung angekündigt: Gesetze über die Wiederzulassung der politischen Parteien und die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung sollen erlassen werden.

Mit Volldampf wird vor allem am Parteiengesetz gearbeitet. Nach inoffiziellen Verlautbarungen soll es künftig auch Mini-Parteien mit weniger als 5000 eingeschriebenen Mitgliedern möglich sein, sich am politischen Leben und an den Wahlen zu beteiligen. Wie aus dem 34köpfigen Staatsrat verlautete – in ihm sitzen statt Parteienvertreter Repräsentanten von Verbänden, Unternehmen, Banken, Hochschulen, Kirchen und der Eingeborenen –, soll auch der kommunistischen Partei Guatemalas die Zulassung zum politischen Leben des Landes erlaubt werden.

Trotz der Geheimhaltung aller Beratungen im Staatsrat sickerte die Neuigkeit durch. Sie schlug in Guatemala wie eine Bombe ein. Bisher ist die kommunistische „Partei der Arbeit" als Mitgliedsorganisation der Guerrillafront Staatsfeind Nr. 1.

Kopfzerbrechen bereitet der Regierung noch das Problem der Wahlen. „Vor allem soll künftig gewährleistet sein, daß kein Wähler mehrmals zur Wahlurne geht", sagt Rafael Escobar Arguello, Unterstaatssekretär im Präsidialamt. „Im Wahlgesetz sollen deshalb Bestimmungen über die Feststellung der Identität jedes einzelnen Bürgers niedergelegt sein."

Dies ist jedoch nicht ganz einfach. Meldepflicht besteht nicht, durch die Bürgerkriegswirren sind viele amtliche Unterlagen verlorengegangen, und selbstverständlich sollen auch die bisher nicht wahlberechtigten Analphabeten des Landes zur Urne gehen können. Sie machen noch immer 72 Prozent der Bevölkerung und damit das Hauptproblem bei der Identitätsfrage aus.

Trotz vieler ungelöster Probleme und anhaltendem Blutvergießen beginnt sich das Leben im Land der 33 Vulkane nach dreijährigem Bürgerkrieg mit angeblich über 50 000 Toten zu normalisieren.

Die Voraussetzungen für die positive Entwicklung schufen die neuen Machthaber mit ihren Erfolgen im Kampf gegen die Guerrilla. Die Frage, ob der Sieg bereits errungen sei, beantwortet Außenminister Eduardo Castillo Arriola gegenüber der WELT eindeutig: „Absolut. 90 Prozent der Guerrilleros sind erledigt. Auch die Sicherheit fern des Guerrillakriegs ist wiederhergestellt. Die Regierung Montt verbot und zerschlug alle paramilitärischen Gruppen und stellte damit Entführungen, Schießereien und Morde ab. Jetzt gibt es im Lande nur noch Sicherheitsorgane, die uniformiert und klar erkennbar sind. Auch die Wirtschaft läuft wieder. Die Versuche der Guerrilla, mit der Zerstörung von Straßen, Brücken, Dörfern, Kraftwerken und überhaupt allen Einrichtungen der Infrastruktur die wirtschaftliche Basis des Landes kaputtzumachen, ist gescheitert. Sogar die internationale Isolation wird langsam überwunden."



PAPST-REISE

Tatsächlich gehören in den Städten die blutigen Umtriebe von Entführungs- und Mordkommandos der Vergangenheit an. Man kann sich wieder überall frei bewegen, sogar nachts. Kinos, Theater und Sportstadien sind gut besucht, die Geschäfte geöffnet, die Auslagen voll. Die Zeitungen sind wegen der vielen Anzeigenseiten dick und schwer, in den Straßen brandet der Verkehr, und in den Hotels wimmelt es von Touristen.

„1981 lag der Tourismus noch total darnieder", sagt Federico Fahsen, Chef der staatlichen Tourismus-Organisation. „Seit Mitte letzten Jahres aber geht es aufwärts. 235 000 Touristen kamen 1983 und ließen unsere Einnahmen steigen. Im Januar 1983 wurde schließlich ein neuer Monatsrekord aufgestellt. Die Hoffnungen sind begründet, daß in diesem Jahr eine Zahl von einer halben Million Touristen erreicht werden kann."

Die Regierung Montt ringt nicht nur gegen die bewaffnete Opposition um den Sieg, sondern tut alles, um auch Korruption, Willkür, Schlendrian und Pflichtverletzungen der Staatsdiener abzustellen. 130 000 Beamte und Angestellte mußten sich verpflichten, ein von Montt vorgelegtes Programm zur Läuterung und moralischen Umkehr zu erfüllen. Es steht unter dem Motto „Ich stehle nicht, ich lüge nicht, ich treibe keinen Mißbrauch."

Ende des Jahres 1982 schworen im Nationaltheater von Guatemala Minister, Staatssekretäre, Direktoren von Staatsbetrieben sowie andere staatliche Funktionäre als erste auf Gott und Vaterland, sich als gesetzestreue Feinde der Korruption für Wahrheit und Gerechtigkeit einzusetzen. Am Bildschirm wurde die Nation Zeuge des Gelübdes.

Natürlich hatten sich auch der Präsident und seine engsten Mitarbeiter verpflichtet, die drei Forderungen zu beachten. Seit Januar hängen in allen Amtsstuben Poster mit dem Motto „No robo. No miento. No abuso." Und zu Tausenden sieht man in den Straßen Anstecknadeln mit dem in der Geschichte des Landes einmaligen Slogan. Von Häuserwänden, Zeitungsseiten und Bildschirmen aber ist immer wieder zu lesen: „Guatemala benötigt weder Feiglinge noch Faulpelze zu seiner Stärke und Glorie."

Ob die Regierung Montt ihre hohen Ziele erreicht, ist fraglich. Jedenfalls unternimmt sie große Anstrengungen – auch unpopuläre. Sie enthob beispielsweise sämtliche Bürgermeister des Landes ihrer Ämter und belegte viele hohe Beamte des früheren Regimes mit Strafen und Hausarrest.

„Die USA und viele internationale Organisationen haben sich vom Wandel in unserem Land überzeugt", stellt Außenminister Castillo Arriola mit Genugtuung fest. Spielt er dabei auf die versprochene Lieferung von Rüstungsmaterial aus den USA an? Sind die Ersatzteile für die amerikanischen Hubschrauber im Wert von rund 15 Millionen Mark nur eine Vorstufe der Leistung dringend benötigter Wirtschaftshilfe?

„Wirtschaftshilfe ist nicht so wichtig", winkt Guatemalas Außenminister ab. „Wichtig ist der Wechsel der Mentalität unserer Bürger. Militärhilfe ist noch weniger wichtig. Wir sind mit den Guerrilleros trotz eines totalen Waffenembargos durch die USA fertig geworden. Wir brauchen weder Panzer noch Flugzeuge, weder Kanonen noch Gewehre. Was wir brauchen, ist Verständnis. Guatemala muß Guatemala bleiben."

Personalien

GEBURTSTAG

Professor **Edmund Schlink**, von 1946 bis 1971 Ordinarius für Dogmatik und ökumenische Theologie an der Heidelberger Theologischen Fakultät, wurde am 6. März 80 Jahre alt. Schlink setzte sich vor allem für die Verständigung mit den orthodoxen Kirchen und der Begegnung mit der römisch-katholischen Kirche ein. Er war seinerzeit als offizieller Beobachter der Evangelischen Kirche in Deutschland beim Zweiten Vatikanischen Konzil. Der lutherische Theologe hatte sich während der Zeit des Nationalsozialismus auf die Seite der Bekennenden Kirche gestellt.

VERÖFFENTLICHUNGEN

Dr. **Brigitte Schmechtig**, Richterin am Landgericht Nürnberg, verfaßte eine Doktorarbeit, die bereits vor Erscheinen Aufsehen erregt hatte. Ihr Dissertationsthema „Personaldelikte, Parallelen und Abweichungen zum Ladendiebstahl" wurde jetzt auch in die „Kriminalwissenschaftlichen Studien" aufgenommen, die Professor Dr. **Dieter Maurer**, Richter am Oberlandesgericht Frankfurt und Marburger Strafrechtslehrer, herausgibt. In der Dissertation wird festgestellt, daß Personaldelikte in der Bundesrepublik zwar hinter den Kundendiebstählen zurückbleiben, daß sie aber wertmäßig mit Durchschnittsbeuten zwischen 100 und 1000 DM weit an der Spitze rangieren. Die Studie kommt außerdem zu dem Ergebnis, daß 44 Prozent der ermittelten Täter länger als ein Jahr in der Firma beschäftigt waren und 85 Prozent von ihnen nicht vorbestraft waren. Frauen waren weniger anfällig als Männer.

*

Karin Hempel-Soos, Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Bonn und für ein lockeres Mundwerk mit Biß bekannt, ging wieder unter die Autoren mit „Bonner Bösenacht-Geschichten", erschienen im Laetare Frauenprogramm. Mit Ironie und Witz schildert Karin Hempel-Soos unter anderem den Landesparteitag 1982 der niedersächsischen SPD, auf der sich die Frauen wie auch anderswo schwer taten, einen aussichtsreichen Listenplatz zu ergattern.

ERNENNUNGEN

Der Londoner Bischof **Geoffrey Birtill**, Vorsitzender der Herrnhuter Brüdergemeinde in Großbritannien und Nordirland, wurde zum neuen Vorsitzenden der weltweiten Brüder-Unität gewählt. Er löst Pfarrer **Helmut Bintz** aus Bad Boll ab, der nach vier Jahren Amtszeit sein Amt turnusmäßig abgab. Die Herrnhuter Mission feierte im vergangenen Jahr ihr 250jähriges Bestehen. Sie ist heute in Afrika, Amerika, Asien und Europa tätig. 1728 gründete **Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf** in Herrnhut, „DDR", die Brüdergemeinde, deren größte Kirchen heute in Tansania, Südafrika und im karibischen Raum sind.

*

Willy Holte, langjähriger Leiter des Inlandsvertriebs von BMW in München, ging in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde **Ulrich Kortas**, der 12 Jahre lang dem Vertriebsressort angehört und fünf Jahre lang die BMW Niederlassung in Bonn leitete.

Höffner: Experten an die Spitze der Vatikanbank

rtr, Rom

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, hat sich für die Berufung von Experten in die Führung der Vatikanbank ausgesprochen. In einem Interview mit der Kirchenzeitung „Jesus" regte Höffner außerdem eine regelmäßige Kontrolle durch unabhängige Prüfer an. Die Vatikanbank und ihr Präsident, Erzbischof Marcinkus, sind wegen Verwicklungen in den Zusammenbruch der italienischen „Banco Ambrosiano" scharf kritisiert worden. Im Vatikan hieß es deshalb gestern auch, daß man Höffners Rat als klare Aufforderung an Marcinkus verstehe, sich aus dem Tagesgeschäft der Bank zurückzuziehen.

Späth: Höchstens zwei Prozent mehr

dpa, Stuttgart

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat gestern erklärt, daß ein Plus von zwei Prozent bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen für die 2,7 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes „das höchste" sei, „was Baden-Württemberg sich leisten kann". Für alles, was über dieser Grenze liegen sollte, müßten Stellen abgebaut werden. Die Gewerkschaften fordern mindestens fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Vorbehalte gegen Habib-Vorschläge

AFP, Jerusalem

Die Vorschläge des US-Sonderbeauftragten für den Nahen Osten, Philip Habib, über den Rückzug der israelischen Truppen aus Libanon sollen vom Kabinett in Jerusalem als unzureichend abgelehnt worden sein. Wie es aus Regierungskreisen hieß, fordere Israel „substantiellere" Garantien für Sicherheitsmaßnahmen in Libanon.

Peking: Afghanistan muß zur Sprache kommen

Forderung für sowjetisch-chinesische Verhandlungen

dpa/DW. Peking

Die Führung in Peking will die UdSSR dazu bewegen, in den zweiseitigen Gesprächen auch die sowjetischen Aktivitäten in Drittländern zu erörtern. In einem Kommentar der parteiamtlichen chinesischen „Volkszeitung" wurde gestern vor allem auf Afghanistan, Kambodscha und auf die Stationierung sowjetischer Truppen in der Mongolischen Volksrepublik hingewiesen.

Von dem sowjetischen Engagement in diesen Ländern gehe eine ernsthafte Bedrohung Chinas aus. Deshalb müsse darüber bei den Treffen zwischen den Unterhändlern beider Regierungen gesprochen werden, fordert die Parteizeitung. Die Moskauer Erklärung, es könne bei den chinesisch-sowjetischen Gesprächen nicht um Fragen gehen, die Drittländer berühren, sei für Peking nicht akzeptabel. Die Kreml-Begründung sei nur ein Vorwand. Ohne ein Gespräch über diese Punkte könne es keine Normalisierung der bilateralen Beziehungen geben.

„Wenn die Sowjetunion wirklich den aufrichtigen Wunsch zur Verbesserung der Beziehungen hat, so soll sie keinen Vorwand suchen, sich einem solchen Gespräch zu entziehen. Sie soll vielmehr einige konkrete Schritte zur Beseitigung der Hindernisse (für die Normalisierung der Beziehungen) unternehmen", heißt es in dem Blatt, das als Sprachrohr der chinesischen Führung gilt.

Die Gespräche zwischen den sowjetischen und chinesischen Unterhändlern werden seit Anfang März in Moskau geführt. Politische Beobachter werteten den Kommentar der Pekinger „Volkszeitung" als Bestätigung dafür, daß die Gespräche in den entscheidenden Fragen noch keine Fortschritte gebracht haben.

Die chinesische Führung hatte am vergangenen Wochenende, wenn auch verhüllt, zu erkennen gegeben, daß sie die Aussicht auf eine tatsächliche Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen auf der Grundlage der derzeit in Moskau stattfindenden Gespräche beider Länder negativ einschätzt (WELT vom 7. 3.).

Nach einer Unterredung des Außenministers Wu Xuequians mit dem neuseeländischen Außenminister Warren Cooper in Peking kursierte in diplomatischen Kreisen folgende Prognose Wus: Die Sowjetunion werde versuchen, über eine Ausweitung des Handels und der wirtschaftlichen Beziehungen sowie über Austauschprogramme in einzelnen Bereichen eine „Fassade der Normalisierung" zu errichten. China sei bereit, dabei bis zu einem gewissen Punkt mitzuziehen, doch gehe es Peking vor allem um die Beseitigung dreier Haupthindernisse, die einer grundlegenden Verbesserung der Beziehungen im Wege stünden.

Als grundlegende Forderungen Chinas an die Sowjetunion wurden genannt: Die Sowjetunion dürfe die Besetzung Kambodschas durch vietnamesische Truppen nicht mehr unterstützen, die sowjetischen Truppen müßten aus Afghanistan abgezogen, und die Zahl der sowjetischen Soldaten an der Grenze zu China, insbesondere in der Mongolei, müsse verringert werden.

Peking erwarte zwar nicht die Erfüllung aller dieser Forderungen auf einen Schlag, würde erste Ansätze für eine Änderung der sowjetischen Haltung in einer dieser Fragen aber bereits als positiv werten, hieß es.

In den vergangenen Wochen war für die Chinesen (ebenso für die Japaner) als neue Befürchtungen hinzugekommen, daß Moskau eventuell SS-20-Raketen aus dem europäischen in den asiatischen Teil der UdSSR verlegen könnte.

PLO verurteilt Issam Sartawi zum Tode

DW. Algier

Issam Sartawi, viele Jahre Vertreter der Palästinensischen Befreiungsfront in Wien, ist von einem PLO-Sondergericht in Algier zum Tode verurteilt worden. Dies wurde aus gutinformierten Kreisen in der algerischen Hauptstadt bekannt.

Sartawi, der eine relativ gemäßigte Haltung gegenüber Israel vertritt und Kontakte zu linksgerichteten Kräften im jüdischen Staat unterhält, war auf dem „Palästinensischen Nationalkongreß", der vom 14. bis 22. Februar in Algier getagt hatte, nicht gestattet worden, seine Meinung vor dem Plenum zu vertreten. Daraufhin legte er sein Mandat im „Nationalkongreß" nieder.

In einem Interview mit der Pariser Zeitung „Le Matin" hatte Sartawi die Positionen genannt, die er vor dem „Nationalkongreß" vertreten wollte.

Er wollte die Versammlung dazu bewegen, die Terror-Anschläge der von der PLO abgespaltenen Gruppe Abu Nidals in Europa zu verurteilen. Außerdem legte er dem Kongreß nahe, eine eindeutige Stellungnahme zu der Schlüsselfrage zu beziehen, ob die Existenz Israels anerkannt werden sollte.

Dem PLO-Sondergericht unter Vorsitz Yassir Arafats, das in der Nacht vom 20. zum 21. Februar in Algier in Abwesenheit gegen Sartawi tagte, gehörten Abu Iyad, der Sicherheitschef der PLO und Stellvertreter Yassir Arafats, Abu Jihad, Naif Hawatma, Chef der Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (DFLP) sowie George Habash, der Chef der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) an.

PLO-Chef Arafat erwirkte, daß er selbst das Datum der Hinrichtung Sartawis festlegen kann. Arafat möchte in der gegenwärtigen Situation, in der die PLO auf die diplomatische Karte setzt, einen spektakulären Mordanschlag als Reaktion auf eine Exekution Sartawis vermeiden.

Frau Gandhi: Kurs der Blockfreien korrigieren

7. Gipfelkonferenz eröffnet / Auch Gemayel in Neu-Delhi

AFP/dpa/m. n. Neu-Delhi

Mit einem Appell an die Atommächte zur Einstellung des Wettrüstens und einer eindringlichen Forderung nach mehr wirtschaftlicher Gerechtigkeit für die Entwicklungsländer hat die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi gestern in Neu-Delhi die 7. Konferenz der Bewegung der blockfreien Staaten eröffnet. Vor rund 70 Staats- und Regierungschefs erklärte Frau Gandhi, die Menschheit stehe heute „am Rande eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Zerstörung durch einen Nuklearkrieg".

Alle Kernwaffen-Mächte müßten „unter allen Umständen auf die Drohung mit Atomwaffen oder ihren Einsatz verzichten", forderte Frau Gandhi. Auch sollten diese Mächte keine Kernwaffen mehr testen, produzieren und aufstellen. Die Doktrin der atomaren Abschreckung bezeichnete sie als unhaltbar.

Zur Wirtschaftslage der Dritten Welt erklärte die Regierungschefin, die Entwicklungsländer hätten keine Sicherheitsmarge und würden „am ersten und am schlimmsten" unter einem Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems zu leiden haben, „dessen überalteter, ungerechter und unangemessener Charakter von niemandem mehr geleugnet wird". Daher müsse der Nord-Süd-Dialog so rasch wie möglich wieder in Gang kommen. „Wir fordern keine Wohltätigkeit und Menschenliebe, sondern gesunden Wirtschaftsverstand."

Iran und Irak forderte Frau Gandhi auf, ihren blutigen Krieg am Golf einzustellen. Sie äußerte die Hoffnung, daß es in Afghanistan „bald Normalität" geben möge. Ohne die USA und die Sowjetunion namentlich zu erwähnen, verurteilte sie ausländische Interventionen in Staaten der Dritten Welt.

Zu Beginn der fünftägigen Konferenz hatte Frau Gandhi von dem kubanischen Staatschef Fidel Castro den Vorsitz über die Blockfreien für die nächsten drei Jahre übernommen. Beobachter in Neu-Delhi äußerten die Ansicht, daß mit dem Wechsel im Vorsitz die militante Phase der Bewegung enden werde.

So warnte Frau Gandhi denn auch, daß es an der unabhängigen Position zwischen den Blöcken keinen Zweifel geben dürfe. Die nicht gebundenen Nationen sollten auch nicht in den Fehler verfallen, selbst als Block aufzutreten.

Sowohl Moskau als auch Peking haben der Bewegung in Grußadressen ihre Unterstützung zugesagt. In der Grußbotschaft des Kreml hieß es, die Blockfreien könnten bei ihren „gerechten Bestrebungen" stets auf „guten Willen und Zusammenarbeit" der Sowjetunion rechnen.

Überraschend ist gestern morgen auch der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel zum Blockfreien-Treffen nach Neu-Delhi abgereist. Ein Regierungssprecher in Beirut sagte, Gemayel habe seine Entscheidung erst wenige Stunden vorher getroffen.

Wie aus Regierungskreisen verlautete, will er den Aufenthalt in der indischen Hauptstadt nutzen, um die Unterstützung der Blockfreien für einen Abzug der israelischen und anderen ausländischen Truppen aus Libanon zu gewinnen.

Außerdem wolle Gemayel die Gelegenheit ergreifen, mit anderen arabischen Staats- und Regierungschefs sowie mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat zu konferieren.

Anhänger des Dalai Lama festgenommen

AP, Neu-Delhi

In Neu-Delhi sind gestern mehrere hundert Tibetaner festgenommen worden, die auf einer Demonstration die Zulassung ihres geistlichen Oberhaupts, des Dalai Lama, zur Gipfelkonferenz der Bewegung Blockfreier Staaten gefordert hatten. Außerdem verlangten sie eine Debatte über den Status ihrer heute zur Volksrepublik China gehörenden Heimat.

Die Tibetaner waren aus der ummauerten Altstadt in Richtung auf das Konferenzgebäude im neuen Teil der indischen Hauptstadt gezogen. Die Polizei hielt den Demonstrationszug unterwegs an und leitete ihn in ein nahegelegenes Fußballstadion um, wo zwischen 500 und 600 Demonstranten in Gewahrsam genommen wurden. Führende Vertreter der Tibetaner übergaben den Behörden ein Schreiben an die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi als neue Vorsitzende der Blockfreien und Gastgeberin der Konferenz, in dem sie ihre Forderungen darlegten.

Steuerbelastung nahm stark zu

rtr, Köln

Die Steuer- und Abgabenbelastung in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Untersuchungen des Instituts der Wirtschaft (IW) in den letzten Jahren immer größer geworden. Wie das IW gestern mitteilte, erhöhte sich der Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttosozialprodukt von 31,8 Prozent im Jahre 1960 auf 38,6 Prozent 1982. Seite 13

Wird Strauß Finanzminister?

■ Fortsetzung von Seite 1

lungen sei, „die eigentliche Stimmung der schweigenden Mehrheit zu erfassen". Nicht ganz frei von Ironie meinte Kohl an die Adresse mancher Skeptiker in den eigenen Reihen: „Man steht voller Bewunderung vor der Weisheit des Wählers".

Als besonders positiv hob Kohl die Stimmengewinne der CDU im Norden, vor allem in Schleswig-Holstein, hervor. Damit widersprach Kohl indirekt Aussagen, die Wahl sei im Süden, durch das Potential der CSU, gewonnen worden. Kohl: „Jeder hat die Wahl gewonnen."

Die Aussage des Kanzlers, das Wahlergebnis sei auch eine „moralische Verpflichtung" zur Fortsetzung der bisherigen Politik, griff Bundesarbeitsminister Norbert Blüm auf. Er forderte, die Union müsse an dem Entschluß festhalten, die Zwangsanleihe nicht zurückzuzahlen. Die FDP hat vor der Wahl erklärt, diese Anleihe werde zurückgezahlt. Komplizierte Verhandlungen in den Koalitionsrunden werden vor allem auch bei der innen- und rechtspolitischen Materie erwartet.

Der Bundeskanzler sagte nach den Sitzungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes seiner Partei vor der Presse, er sehe in dem Wahlergebnis auch ein „klares Mandat" für die Außen- und Sicherheitspolitik seiner Regierung. Die westlichen Partner „wissen, daß sie sich auf uns verlassen können". Bonn sei ein „stabiler Pfeiler" der Allianz, auch in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses. Insofern bedeute der Wahlsieg der Koalition der Mitte eine Stärkung der westlichen Verhandlungsposition in Genf.

Der Kanzler forderte die sowjetische Regierung auf, zu einer „nüchternen, realen Einschätzung" der deutschen Politik zurückzukehren. Der „DDR"-Führung signalisierte Kohl die Bereitschaft zu weiteren Gesprächen und zu konkreten, von dem Prinzip der Leistung gegen Leistung bestimmten Vereinbarungen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Höhere Rentenbeiträge zum 1. Januar 1984?

Ausmaß der möglichen Anhebung noch offen

GISELA REINERS, Bonn

Die Beiträge zur Rentenversicherung müssen möglicherweise zum 1. Januar 1984 nochmals erhöht werden. Die nächste Erhöhung von 18 auf 18,5 Prozent steht zum 1. September ins Haus. Das Ausmaß der neuerlichen Anhebung ist noch offen. Es wird vom Wachstum und dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit abhängen und von der Wirksamkeit des Widerstands der Arbeitgeber, die jeweils die Hälfte der Erhöhung aufbringen müssen.

Zwar sehen, wie aus Regierungskreisen verlautet, die Kassen der Rentenversicherung am Jahresende nicht ganz so leer aus, wie befürchtet. Durch eine Reihe von Entscheidungen im Herbst 1982 – Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr, Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner, verringerte Kürzung des Bundeszuschusses, Beitragserhöhung im September – konnte für 1983 verhindert werden, daß die Rentenversicherung zahlungsunfähig wurde. Doch Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) erkannte schon Ende vergangenen Jahres einen „Handlungsbedarf für 1984". Denn dann klaffe ein Loch von rund sieben Milliarden Mark. Dieses Loch ist inzwischen auf sechs Milliarden geschrumpft, weil die Leistungen nicht so hoch ausfallen wir ursprünglich veranschlagt.

Eine Beitragserhöhung könnte zumindest einen Teil des Defizits decken, für den Rest müssen andere Quellen gefunden werden. Eine Besteuerung der Renten hat Blüm bisher entschieden abgelehnt. Sie spüle die Gelder nicht in die Rentenkassen, sondern in die Staatskasse, argumentierte er. Eine Anhebung der Beiträge als Mittel zur Sanierung war von ihm jedoch nie ausgeschlossen worden, wenn er sie auch als „allerletztes Mittel" apostrophierte.

Durch die Verschiebung der Rentenanpassung wird der Rentenanpassungsbericht, der dem Rentenanpassungsgesetz vorausgeht, statt in diesem Frühjahr erst im Herbst vorliegen (31. Oktober). Es wird die Empfehlung für die Rentenerhöhung für Mitte 1984 enthalten. Es wird jedoch damit gerechnet, daß zuvor ein Konsolidierungsgesetz verabschiedet und vorgeschaltet wird, um durch eine Veränderung der Anpassungsberechnung die Anpassungshöhe zu drücken. Nach geltendem Recht würde die Anpassung für 1984 nach der durchschnittlichen Lohnentwicklung der Jahre 1980, 81 und 82 vorgenommen, doch soll die Berechnung „aktualisiert" werden, also die Lohnentwicklung eines kürzeren Zeitraums zugrunde gelegt werden. Das würde zu niedrigeren Renten-Zuwächsen führen.

Im Gespräch ist auch eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung für Alleinstehende, vermutlich von 68 auf 59 Prozent des Nettolohns. Diese Überlegung war schon Teil des sogenannten Lambsdorff-Papiers, das im Herbst 1982 mit einen Anlaß für den Bruch der SPD/FDP-Koalition geliefert hatte. In der Arbeitsverwaltung wird diese Kürzung nicht ausgeschlossen, denn saisonbereinigt werden in diesem Jahr die Arbeitslosenzahlen in jedem Monat steigen, so daß mit einem höheren Jahresdurchschnitt an Erwerbslosen zu rechnen ist als 1982. Das bedeutet, daß mehr Bundeszuschüsse benötigt werden. Die Kassen werden nämlich noch nicht wieder gefüllt sein, selbst wenn ein dreiprozentiges Wachstum erreicht würde. 1976 konnten bei einem Wachstum von sechs Prozent eine halbe Million Kurzarbeiter und knapp 20 000 Arbeitslose abgebaut werden.

Nkomo sieht sein Leben in Gefahr

Nach Razzien erwägt Zimbabwes Regierung Verbot der Oppositionspartei ZAPU

AP/rtr, Bulawayo

Nach den gegen seine Anhänger gerichteten Razzien vom Wochenende fürchtet der zimbabwische Oppositionsführer Joshua Nkomo um sein Leben und um das seiner Familie.

Bei einem geheimen Treffen mit ausländischen Journalisten in der Nähe von Bulawayo in der Nacht zum Montag sagte Nkomo, die Soldaten, die am Wochenende sein Haus durchsucht und dabei seinen Chauffeur erschossen hätten, hätten auch ihn ermordet, wenn er anwesend gewesen wäre. Als die Soldaten am Samstagabend in sein Haus eingedrungen seien, habe er sich „woanders in Bulawayo" befunden, weil er befürchtet habe, zu Hause nicht sicher zu sein.

„Mein Leben und das Leben meiner Familie sind in Gefahr", sagte Nkomo, der ehemalige Kampfgefährte des heutigen Ministerpräsidenten Robert Mugabe im rhodesischen Buschkrieg. Er könne nur an die internationale Gemeinschaft appellieren, „etwas Vernunft in Mugabes Kopf zu hämmern". Nach der Unabhängigkeit des damaligen Rhodesien hatte Nkomo zunächst Mugabes Kabinett angehört, sich später aber mit ihm überworfen.

Mitglieder von Mugabes Regierung haben inzwischen indirekt mit der Möglichkeit eines Verbots der Partei Nkomos, der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU), gedroht. Die von der Regierung kontrollierte Zeitung „Harare Herald" zitierte Bergbauminister Maurice Nyagumbo mit den Worten, bei den Festnahmen führender ZAPU-Mitglieder seien genug Beweise gefunden worden, um ein Verbotsverfahren gegen die ZAPU einzuleiten.

Versorgungsminister Enos Nkala bezeichnete Nkomo in einem Interview als „Feind Nummer eins". Nkala sagte, in der Stadt Beit Bridge im südlichen Matabele-Land – wo die meisten von Nkomos Anhängern leben – seien mehrere führende ZAPU-Mitglieder festgenommen worden. Man habe das Büro der Partei geschlossen. Den Festgenommenen werde zur Last gelegt, Regierungsgegner rekrutiert zu haben, die in Südafrika zu Untergrundkämpfern ausgebildet werden sollten, sagte Nkala.

Die Razzien der Regierungstruppen in den westlichen Stadtteilen Bulawayos, die vor allem von Stammesbrüdern Nkomos bewohnt werden, dauern offenbar an. Am Sonntag waren nach offiziellen Angaben rund 1000 Personen, meist junge Männer, unter dem Verdacht festgenommen worden, „Oppositionelle" zu sein. Viele seien aber wieder freigelassen worden, nachdem sie sich ausgewiesen hätten. Andere seien noch immer in Gewahrsam und würden verhört. Ein Soldat sagte an einer Straßensperre, es habe „eine Menge Schießereien gegeben". Die „Abtrünnigen" seien besser bewaffnet als die Sicherheitskräfte.

Die Razzien werden von der von Nordkoreanern ausgebildeten Fünften Brigade des zimbabwischen Heeres ausgeführt, jener Truppe, die von Nkomo kürzlich beschuldigt worden war, in den vergangenen Wochen Hunderte von Zivilisten getötet zu haben.

Trotz der Berichte über die Massaker und Razzien im Stammesgebiet der Matabele will Schweden nach Angaben von Ministerpräsident Olof Palme an der Entwicklungshilfe für Zimbabwe festhalten.

In einer Fernsehsendung sagte Palme, die Berichte von Missionaren und Reisenden über Massaker seien zwar bedauerlich, doch habe dies mit alten Stammesfehden und uralten politischen Gegensätzen zu tun. Einer der Hauptfaktoren sei außerdem Südafrikas gegen die Nachbarstaaten gerichtete Destabilisierungspolitik.

Lösung noch im März

J. G. – Ein Fünftel weniger als zur gleichen Vorjahreszeit hat die deutsche Stahlindustrie in den beiden ersten Monaten dieses Jahres produziert. Aber es war zugleich ein Fünftel mehr als in den beiden letzten Monaten des alten Jahres. In der Tonnage und ebenso in den wieder steigenden Preisen liegt das extrem schlimme letzte Quartal von 1982 bereits weit hinter der aktuellen Lage zurück. Leises Aufatmen geht durch die krisengeschüttelte Branche. Ab zweitem Quartal rechnet man mit voller Rückkehr zu dem zumindest kostendeckenden Preisniveau vom letzten Sommer. Nicht wenige Optimisten sehen im Sog einer gesamtwirtschaftlichen Konjunkturerholung für dieses Jahr auch einen Wiederaufstieg der Stahlproduktion aus dem letztjährigen Tief voraus.

Das könnte auch ein Lichtblick sein für die fällige Neustrukturierung der deutschen Stahlunternehmen zu größeren und international wettbewerbsfähigeren Einheiten. Ein Lichtblick zumal deshalb, weil die mit diesem Prozeß zwangsläufig auch verbundenen Spekulationen über den Zusammenbruch dieses oder jenes Stahlkonzerns nun ins Reich der Träume gehören. Überleben können sie vorerst alle wieder. Aber ein ordentliches Leben mit ordentlichen Renditen und gesicherten Arbeitsplätzen ist es beileibe noch nicht.

So kraftvoll, wie sie aus der Wahl hervorgegangen ist, wird sich die Bundesregierung nun diesem Strukturproblem widmen müssen. Denn ohne Staatshilfe wird die neue Stahlstruktur wegen des bei den Nachbarn in der EG tobenden Subventionswahnsinns nicht geboren. Die Geburtsstunde mit entsprechenden Investitionshilfeanträgen der Unternehmen soll noch im März liegen, ist aus Bonn zu hören. Bis dahin freilich werden wir wohl noch manche Geburtswehen auch mit Alternativkonzepten erleben. Der von den Stahlmoderatoren empfohlene bundesweite Konzentrationsprozeß ist seinem Ziel noch fern.

Rindviehs Daten

hdt – Auch beim so heftig diskutierten Datenschutz gibt es noch Freiräume, aber die betreffen nicht etwa den wachsamen, überempfindlichen Staatsbürger, sondern das wesentlich tolerantere Rindvieh. So führt beispielsweise der Milchkontrollverband Westfalen-Lippe bei rund 168 000 Milchkühen in seiner Region allmonatlich eine Untersuchung durch, bei der es unter anderem um den Fett- und Eiweißgehalt in der Trinkmilch geht. Jede einzelne Kuh ist hier registriert, mit ihrem Namen, einer Art Personalnummer, mit allen Zucht- und Leistungsdaten, die genannten Untersuchungsergebnisse eingeschlossen. Das alles dient der Qualitätskontrolle im Interesse des Verbrauchers, dient aber auch dem Tierhalter, denn der wird nicht nur nach der Menge der abgelieferten Milch bezahlt, sondern auch nach ihren Inhaltsstoffen. Wie gut, daß hier noch kein Datenschutzbeauftragter sein Veto einlegte oder daß sich gar unter den Rindviechern eine Verweigerungsbewegung breit machte.

AKTIENBÖRSE / Die große Erleichterung brachte die erwartete Hausse

„Jetzt haben wir vier Jahre Ruhe und können ohne Angst disponieren"

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Aktienbörse hat gestern den erwarteten Wahlsieg der Koalition mit einer Hausse begrüßt, wie sie viele jüngere Händler noch nie erlebt haben. Kurssteigerungen bis um zehn Mark oder vier Prozent des Kurswertes waren keine Seltenheit. Favoriten wie Daimler und die Warenhausaktien erzielten noch größere Gewinne. Auch der Rentenmarkt war mit Kurssteigerungen um 1,50 Mark bombenfest. Am Devisenmarkt zog der Kurs der D-Mark kräftig an, und der französische Franc geriet stark unter Druck.

Die Börse hatte zwar schon seit Tagen fest auf einen bürgerlichen Wahlsieg gesetzt. Dennoch war gestern auf dem Parkett große Erleichterung zu verspüren. Ein besseres Wahlergebnis hätte man sich nicht wünschen können, so war überall zu hören. „Jetzt haben wir vier Jahre Ruhe vor uns, in denen wir ohne Angst vor politischen Störungen vernünftig disponieren können, vier Jahre, in denen die Anleger wieder mit Vertrauen in die Zukunft sehen können." Auf diese Formel ließ sich die unmittelbare Reaktion der Börsianer auf den Wahlausgang bringen.

Die gestrige Aktienhausse wurde vor allem von jenen Anlegergruppen getragen, die auf Nummer Sicher gehen und erst den Wahlausgang abwarten wollten, bevor sie sich engagieren. Die Banken berichteten, daß vor allem von privaten Anlegern waschkörbeweise kleinere Kaufaufträge eingegangen seien. Manche Banken hatten bereits um elf Uhr die Annahme weiterer „Einheitskursaufträge" gestoppt, um die Arbeit technisch bewältigen zu können. Viele sehr große Kauforders kamen auch von schweizerischen Anlegern, die vor der Wahl noch keinen Mut zum Kaufen hatten. Inländische institutionelle Anleger waren ebenfalls mit von der Partie. Das Angebot stammte vornehmlich von Gruppen, die sich in der letzten Zeit spekulativ engagiert hatten.

Viele Börsenexperten erwarten zwar, daß es nach dem kräftigen Kursanstieg, der den Aktienindex der WELT gestern um drei Prozent auf einen neuen Höchststand von 124,0 steigen ließ, einen technisch bedingten Rückschlag gibt; gleichzeitig warnen sie aber davor, jetzt Gewinne zu realisieren in der Hoffnung, daß man bald spürbar billiger wieder „einsteigen" kann. Es gäbe noch große Beträge, die in Aktien angelegt werden sollen, so heißt es, und man rechnet damit, daß die Anlage in Aktien als um so attraktiver empfunden wird, je weiter die Zinsen sinken.

Große Kursgewinne erzielten gestern nicht nur Aktien erstklassiger Unternehmen wie zum Beispiel Siemens, die zehn Mark oder gut vier Prozent des Kurswertes zulegten, Daimler, die 26 Mark oder sechs Prozent gewannen sowie Karstadt mit einem Plus von 15 Mark oder sechs Prozent des Kurswertes. Besonders fest waren auch Aktien von Problemunternehmen. So kletterten die Kurse von AEG, Klöckner-Werke und Deutsche Babcock jeweils um rund zehn Prozent. Die Hausse der „Fußkranken" wurde als deutliches Zeichen spekulativer Übertreibungen gewertet, die in der zweiten Börsenstunde zum Teil bereits korrigiert wurde.

Anders als vor der Wahl stand der Rentenmarkt gestern nicht mehr im Schatten der Aktienbörse. Festverzinsliche Papiere erlebten Kursgewinne bis zu 1,50 D-Mark. An einer weiteren Zinssenkung – vor allem im kürzeren Laufzeitenbereich – gibt es keinen Zweifel mehr in Börsenkreisen. Man erwartet, daß der Zentralbankrat auf seiner nächsten Sitzung am 17. März den Diskont- und den Lombardsatz um mindestens einen halben Prozentpunkt senkt. Die Rentenhausse wurde gestern auch von Auslandsengagements mitgetragen, in denen sich die Spekulation auf eine Markaufwertung spiegelt.

Man erwartet eine Mark-Aufwertung und eine Franc-Abwertung im EWS nach dem 13. März. Größere Gewinne als gegenüber den EWS-Währungen erzielte die Mark gestern gegenüber dem Dollar, dessen amtlicher Kurs von 2,4198 auf 2,3920 DM nachgab, nachdem der Kurs in Fernost bereits unter 2,38 abgerutscht war. Die Kräftigung der D-Mark zeigte sich auch besonders gegenüber dem Schweizerfranken, der sich von 118,04 auf 117,40 DM verbilligte und damit erstmals in diesem Jahr die Marke von 118 DM unterschritt.

VERKEHR

BGA: Die Ordnungspolitik hat sich nicht bewährt

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Mehr Marktwirtschaft im Verkehrsbereich hat für den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) dessen Experte Klaus Richter gefordert. „Die bisherige Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland war und ist vornehmlich auf die Verkehrsträger, doch nur sehr bedingt auf die Verlader ausgerichtet", kritisierte er.

Der ordnungspolitische Rahmen mit seiner kontrollierten Wettbewerbsordnung, der in erster Linie der Eisenbahn helfen soll, habe sich nicht bewährt. Richter führt dies auf eine falsch angelegte Ordnungspolitik zurück, die eine Anpassung an die veränderten Verkehrsstrukturen verhindert. Ganze Bereiche des Güterverkehrs seien auf die Straße abgewandert, weil nur so die Anforderungen an Lieferpünktlichkeit und Service erfüllt werden konnten.

Dadurch sei die Eisenbahn zur Hälfte auf den besonders konjunkturabhängigen Montan-Verkehren sitzengeblieben. Wie sich im vergangenen Jahr gezeigt hat, habe die Stahlkrise auch zu erheblichen Einbußen bei der Bundesbahn geführt. Einen ordnungspolitischen Schutz kann es aber nach Ansicht Richters für diesen Bereich nicht geben, weil die großstromigen Massengutverkehre sich nur durch Bahn und Binnenschiff durchführen lassen.

Im Güterfernverkehr auf der Straße werde versucht, die Angebotsbeschränkungen und Preisgarantien damit zu rechtfertigen, daß ein ruinöser Wettbewerb verhindert werden solle. Richter bezweifelt, daß dieses gelungen sei.

Den Umstand, daß die überwiegende Mehrzahl der vereinbarten Transportpreise an der Untergrenze der zulässigen Marge liegt, wertet er als Indiz für Leistungsschwäche. Unternehmen, die besonderen Wert auf einen individuellen Liefer-Service legen, müßten, weil ein entsprechendes Angebot des Transportgewerbes fehle, auf eigene Lösungen im Werkverkehr zurückgreifen.

„Ohne Werkverkehr würde die Versorgung der Bundesrepublik zusammenbrechen", meinte Richter. Daher fordert er einen Abbau bürokratischer Hemmnisse, nicht nur beim Lizensierungsverfahren.

Das Vordringen der „roten" Flotte in einigen Fahrtgebieten erklärt Richter mit einem unzureichenden Angebot deutscher Reedereien. Weil die Schiffahrtskonferenzen in einer Reihe von Fahrtgebieten aus Rationalisierungsgründen auf Vollcontainer umgestellt haben, seien die Verlader gezwungen, Outsider – auch solche aus dem Ostblock – für die nicht containerisierbare Ladung einzusetzen.

„Es ist eine logische Folge, daß diesem Dienst dann auch die gesamte Ladung für ein Fahrtgebiet angedient wird", betonte Richter. Eine Auffassung, die auch von anderen Wirtschaftsverbänden geteilt wird. Zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit müßten auch die deutschen Reeder in der Lage sein, Standortvorteile durch Ausflaggen zu nutzen.

Auf- und Durchatmen

Von PETER GILLIES

ie Deutschen haben den Aufschwung gewählt. Ob er der fforderung Folge leistet, ist of-. Das Wahlergebnis, das allerormit Auf- oder Durchatmen ttiert wird, signalisiert der Wirtaft Erstaunliches: Die Wähler pen sich mit überdeutlicher hrheit für den steinigen und geden wolkigen Weg entschie-. Sie möchten durch Realisten der Talsohle geführt werden, gleich ihnen jene die Schwierigt des Terrains keineswegs vorhielten.

s ist auch eine Entscheidung die Soziale Marktwirtschaft, zul für beide ihrer Komponenten. sem Ordnungsprinzip trauen Wähler viel zu; ihnen ist die leihe bei diesem Erfolgsrezept n Rückschritt, sondern ein kgriff auf Bewährtes. Keinen ngen Anteil an dem Ergebnis die FDP, hier vor allem Graf nbsdorff, der Flagge zeigte.

uf die neue bürgerlich-liberale ndesregierung mit ihrer komablen Mehrheit warten riesige fgaben der Wirtschafts-, Finanzd Sozialpolitik. Da die Koalition eifel an der ordnungspolitien Festigkeit einstweilen nicht ißt, bekommt der zartkeimende schwung Nahrungszufuhr: trauen, Berechenbarkeit, Stabit. All dies sind Größen, die in ner Bilanz auftauchen, die aber chwohl entscheidend prägen.

ie gestrige Hausse an den Fiz- und Wertpapierbörsen zeigt, hoch der Vertrauensvorschuß den In- und Ausland der deuten Wirtschaft einräumen. Sie d Mühe haben, ihn zu rechtferti. Sicherlich eilen manche Wüne den Realitäten voraus, Entschungen sind also inbegriffen. Der Verlust an Flexibilität, an ernehmerischem Freiraum, an stungsmotivation der Bürger ist ß. Er spiegelt sich in dem atsanteil wider: Jede zweite rk geht durch öffentliche Hän, etwa jede vierte Mark wird ht mehr durch Leistung vernt, sondern vom Staat zugeteilt.

en Staatsanteil zu drosseln, damit der einzig produktive prie Teil der Volkswirtschaft wie Vertrauen faßt und Dampf cht, ist eine Herkules-Aufgabe. schließt den Konflikt mit naheallen Gruppen ein. Die Fortsetg der Haushaltskonsolidierung leicht dahingesagt, aber sie llt eine lange Reihe schmerzhaf Operationen dar. Jeder Bürger d sie spüren.

ie Steuern und Abgaben sind hoch. Grenzsteuersätze von 50 bis 60 und mehr Prozent selbst für mittlere Einkommen bleiben ein Ärgernis; sie werden nicht dadurch erträglich, daß eine Bürgerkoalition sie duldet. Schwerpunkte sind also die Einkommen- und Lohnsteuer, jene Unternehmenssteuern, die auch in Verlustjahren fällig sind und so manchen Betrieb strangulieren, sowie die Familienbesteuerung.

Wirtschaftspolitisch wird von Bonn ein Kampf gegen den Protektionismus erwartet, der sich nicht in Sonntagsreden erschöpfen darf. In der Stahlkrise zählt der Entscheidungsbedarf bereits nach Tagen. Unbehindert durch Rücksichtnahme im Wahlkampf dürfen die Bonner Politiker wieder Klartext reden. Zu den Patentrezepten, die der Wähler enttarnt hat, gehören auch die Modelle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, hier wiederum die Arbeitszeitverkürzung.

Es wird Zeit, daß die Koalition in dieser Frage Tritt faßt – was nicht leicht sein wird. Ein Riesenpensum wartet auf die Sozialpolitiker. Die Rentenfinanzen, die unausgegorenen Maßnahmen in der Gesundheitspolitik, die Konstruktion der Arbeitslosenversicherung verlangen Entscheidungen. Wer in einer Nische sitzt, wo sich Nichtleistung stärker als Leistung lohnt, mag sich auf stürmische Tage einrichten.

Das Flickwerk der Wohnungspolitik, manche Geschäfthuberei in staatlichen Subsidien, die vielen fehlgeleiteten Subventionen, die beispiellose Aufblähung des öffentlichen Dienstes und seiner Kosten – überall muß tief gepflügt werden, bevor die Saat wieder aufgehen kann. Freibier macht besonders durstig.

Freimütig, so ist zu hoffen, ist der Umgang der Regierung mit den Gewerkschaften und Verbänden. Sowohl in der Stahlkrise wie in der Tarifrunde sind Konflikte inbegriffen. Die SPD und die Grünen, verstärkt durch die Medien, werden unbequeme Fragen stellen. Antworten sind gefordert. Andererseits ist zu wünschen, daß ein Unternehmer sich eines realisierten Gewinns nicht zu schämen braucht – auch und vor allem dann nicht, wenn er ihn zur Stärkung seines flachbrüstigen Eigenkapitals benutzt.

Es bedarf einstweilen keiner erregten Hektik und kurzatmiger Zappelei. Der Marsch aus der Krise kann mit Ruhe angegangen werden – eine nicht geringe Chance für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Wirtschaft.

AUF EIN WORT



„Ohne die Bereitschaft, etwas zu wagen, ist selbständiges Handeln nicht vorstellbar."

Prof. Dr. Karl Carstens, Präsident der Bundesrepublik Deutschland
FOTO: WEREK

FRANKREICH

Paris hofft auf Franc-Hilfe der Deutschen Bundesbank

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Wahlsieg der bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik und die Niederlage der französischen Regierungsparteien im ersten Gang der Kommunalwahlen haben der D-Mark so starken Auftrieb gegeben und den Franc so unter Druck gesetzt, daß für beide Währungen die oberste bzw. unterste Interventionsgrenze schon beim ersten Fixing zwischen den Banken erreicht wurde.

Am Pariser Devisenmarkt waren das 2,8985 Franc für eine Mark gegenüber 2,8355 Franc am vergangenen Freitag. Damit ist die „Bandbreite" voll ausgenutzt, innerhalb der der Franc im Europäischen Währungssystem (EWS) ohne erneute Abwertung schwanken darf. Auch gegenüber den meisten anderen Währungen verbuchte er empfindliche Verluste.

Wie Wirtschafts- und Finanzminister Delors erklärte, soll der Franc mit allen verfügbaren Mitteln weiter verteidigt werden. Dies sei jetzt nach seinem Abgleiten auf die Interventionsgrenze leichter geworden. Offensichtlich erwartet der Minister eine massive Schützenhilfe der Deutschen Bundesbank. Bisher hatte sich die Banque de France darum bemüht, durch einseitige Interventionen den Paritätskurs (Mittelkurs) von 2,83396 Franc gegenüber der D-Mark zu halten.

Bei beiden Regierungen dürfte es darauf ankommen, bis zum zweiten Gang der französischen Kommunalwahlen am nächsten Sonntag die internationale Spekulation zu verunsichern. Noch mehr als letzte Woche erwartet man nach diesem zweiten Wahltermin in internationalen Finanzkreisen eine neue Paritätsbereinigung im EWS, wobei diesmal die Aufwertung der D-Mark im Vordergrund stehen würde. Bis dahin sei sehr viel Solidarität im EWS erforderlich, hieß es gestern am Pariser Devisenmarkt.

Inflation ist zurückgegangen

AFP, Washington

Die Inflation in den Industrieländern hat sich im Laufe des letzten Jahres erheblich abgebremst. Das geht aus den in Washington veröffentlichten Statistiken des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor. Nach den IWF-Berechnungen ist die Erhöhung der Einzelhandelspreise von 10 Prozent im Jahre 1981 auf 7,4 Prozent im vergangenen Jahr zurückgegangen, was die niedrigste jährliche Inflationsrate seit 1978 darstellt. In Japan, das weiterhin an der Spitze der Länder mit geringer Inflation liegt, fiel der Satz von 4,9 Prozent 1981 auf 2,6 Prozent. Die Bundesrepublik belegte mit einer Inflation von 5,3 Prozent im vergangenen Jahr (gegen 5,9 im Jahre 1981) den zweiten Platz.

IW-STUDIE

„Kalte Progression" schluckt den Einkommenszuwachs

HEINZ HECK, Bonn

Die Steuer- und Abgabenbelastung in der Bundesrepublik steigt nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) immer weiter an: Während 1960 der Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttosozialprodukt noch 31,8 Prozent betrug, waren es 1981 bereits 38,6 Prozent.

Als wesentliche Ursache hierfür nennt das IW die „kalte Progression", also das Zusammenwirken inflationärer Einkommenszuwächse mit progressivem Einkommensteuertarif. Die kalte Progression schmälere das Realeinkommen und verstoße damit gegen das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Zugleich führe sie zu einer „willkürlichen Umverteilung der Einkommen".

Am Beispiel eines ledigen Durchschnittsverdieners macht das IW die steigende Belastung deutlich: Verdiente ein Arbeitnehmer damals monatlich 512 Mark brutto, so waren es im letzten Jahr 2710. Zugleich stiegen aber die monatlichen Abzüge in dieser Zeitspanne von insgesamt 122,86 Mark (Lohnsteuer 54, Kirchensteuer 5,40 und Sozialbeiträge 62,46 Mark) auf 981,93 Mark (Lohnsteuer 478,20, Kirchensteuer 43,03 und Sozialbeiträge 460,70 Mark). Damit ist die Durchschnittsbelastung in 23 Jahren von 23,8 auf 36,2 Prozent gestiegen (1950: 16,6 Prozent).

Die Grenzbelastung (also das Verhältnis zusätzlicher Steuern und Sozialabgaben zum zusätzlich verdienten Bruttoeinkommen) des durchschnittlich verdienenden ledigen Arbeitnehmers allein mit Lohnsteuer betrug 1982 rund 32 Prozent, einschließlich Sozialbeiträgen sogar 51,4 Prozent. Die Durchschnittsbelastung eines Ledigen mit Lohnsteuer ist nach IW-Berechnungen von 1950 bis 1982 auf das 2,6fache, die des Verheirateten auf das 3,2fache gestiegen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Opec ringt um Kompromiß

London (rtr) – Die Fachminister der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) haben gestern erneut Kompromißvorschläge zur Neugestaltung der Preis- und Produktionsstruktur erörtert. Diese sollten am Nachmittag in einer informellen Sitzung aller 13 Opec-Mitglieder besprochen werden. Der iranische Ölminister Mohammad Gharazi lehnte dabei erneut jede Senkung des Richtpreises von 34 Dollar je Barrel (= 159 Liter) ab. Zugleich gestand er Saudi-Arabien lediglich eine Fördermenge von drei Millionen Barrel pro Tag zu. Aus informierten Kreisen verlautete, die staatliche britische Ölgesellschaft habe der Opec signalisiert, daß sie die Preise für Nordseeöl weiter zurücknehmen werde, falls der neue Richtpreis unter 29,5 Dollar je Barrel liegen sollte.

Ausfuhr verweigert

Hamburg (VWD) – Die konjunkturelle Lage, die Zahlungsschwierigkeiten sowie restriktive Importmaßnahmen vieler Länder in Lateinamerika haben die deutsche Ausfuhr in diese Region 1982 um fast 20 Prozent auf 11,1 (13,7) Milliarden DM verringert. Diese Tendenz dürfte vorerst weiterhin die deutschen Exporte belasten, erwartet die Deutsch-Südamerikanische Bank, Hamburg. Der Rückgang im letzten Quartal betrug sogar knapp 25 Prozent gegenüber Jahresfrist. Der Anteil Lateinamerikas an der deutschen Ausfuhr nahm auf 2,6 (3,5) Prozent ab. Die Importe aus Lateinamerika stiegen um 15 Prozent auf 12,9 (11,2) Milliarden DM und ihr Anteil an der Gesamteinfuhr auf 3,4 (drei) Prozent.

Porsche teurer

Stuttgart (nl) – Porsche-Sportwagen werden um durchschnittlich 2,3 Prozent teurer. Nach Angaben der Porsche AG, Stuttgart, sollen die Erlöse aus der zum 14. März 1983 wirksamen Preiserhöhung zur Finanzierung steigender Investitionen sowie zur Absicherung und zum Ausbau der Arbeitsplätze eingesetzt werden. Porsche betrachtete dies als Beitrag zur Zukunftssicherung. Im einzelnen werden kosten: Typ 924 32 350 (alter Preis: 31 480) DM, Typ 944 41 850 (40 430) DM, Typ 911 SC Coupé 57 300 (55 690) DM, Typ 911 SC Cabriolet 64 500 (unv.) DM, Typ 928 S 81 950 (79 950) DM, Typ 911 Turbo 99 800 (96 400) DM.

Schwere Jahre im Handwerk

	1980	1981	1982
Umsatz (real)	+1,6%	-4,4	-5
Beschäftigte	+2,1%	-0,7	-3
Pleiten	754	1095	1830

Seit zwei Jahren ist es nicht mehr weit her mit dem goldenen Boden im Handwerk. Die Zahl der Pleiten schnellte 1981 und 1982 in die Höhe. Die Zahl der Beschäftigten sank 1981 um 0,7 Prozent und 1982 um schätzungsweise drei Prozent. In absoluten Zahlen entspricht das einem Verlust von rund 150 000 handwerklichen Arbeitsplätzen in zwei Jahren. Für 1983 bedeutet das Wiederanspringen der Baukonjunktur allerdings einen Hoffnungsschimmer. QUELLE: GLOBUS

Bridgestone erhöht nicht

Hamburg (VWD) – Die im deutschen Reifen-Ersatz-Markt für diese Tage angekündigten neuen Preiserhöhungen um fünf Prozent sind nach Ansicht von Bridgestone nur schwer durchsetzbar. Zwar seien sie aufgrund der Kostensituation dringend erforderlich, so wird von der deutschen Betriebstochter Bridgestone Reifen GmbH, Hamburg, erklärt, aber die anhaltende Nachfrageschwäche, verbunden mit einem nach wie vor vorhandenen Überangebot, lasse dafür praktisch keinen Spielraum. Bridgestone selbst wird, so heißt es gegenüber VWD auf Anfrage, jedenfalls die angekündigte Preisrunde nicht mitmachen und hat dies bereits im Reifenfachhandel mitgeteilt.

OLKSZÄHLUNGS-BOYKOTT

ommel: Demonstration egen den Rechtsstaat

HEINZ HECK, Bonn

ls „eine Demonstration gegen Rechtsstaat" hat der Stuttgar-Oberbürgermeister und Präsit des Deutschen Städtetages, nfred Rommel, den Boykott ge die bevorstehende Volkszähg bezeichnet. Den Initiatoren e es offenbar weniger um die währleistung des notwendigen enschutzes. Vielmehr wollten die Funktionsfähigkeit des htsstaates dadurch in Frage llen, „daß die Ausführung eines n Deutschen Bundestag einnmig beschlossenen Gesetzes nöglich gemacht wird".

n seinem Appell an die Bürger er unter anderem zu beden-. Nach Expertenmeinung sei heute verfügbare Wohnungsistik um etwa eine Million Wohngen überhöht und daher eine tandsaufnahme zur Ermittlung tatsächlichen Wohnungsbefs „dringend geboten".

Durch die Volkszählung werde die Privatsphäre des Bürgers „nicht im entferntesten" berührt. Sämtliche Daten unterlägen „der strikten Geheimhaltung". In fünf statistischen Großzählungen seit Kriegsende sei keine Verletzung dieser Geheimhaltungspflicht vorgekommen. Die bei der Volkszählung gesammelten Daten würden ausschließlich für statistische Auswertungen verwendet. Dabei spiele der Name des einzelnen „überhaupt keine Rolle". Das Statistikgesetz schreibe im übrigen vor, daß Name und Anschrift gelöscht würden, wenn ihre Kenntnis für die Durchführung der Zählung nicht mehr erforderlich sei.

Eine Weitergabe personenbezogener Daten durch die Statistischen Ämter sei völlig ausgeschlossen. „Kein Bürger braucht daher Sorge zu haben, daß seine Angaben einer anderen Dienststelle zur Verfügung gestellt werden", heißt es.

USA / Arbeitslosenrate stagniert bei 10,4 Prozent – Senat unter Druck

Männer finden nur schwer einen Job

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich die Arbeitslosenquote im Februar nicht verändert, nachdem sie im Vormonat von 10,8 auf 10,4 Prozent gesunken war. Die Zahl der amerikanischen Bürger ohne Job stieg um 44 000 auf 11,49 Millionen, beschäftigt waren 99,06 Millionen. Verstärken wird sich jetzt der Druck auf den Senat, das vom Repräsentantenhaus schon verabschiedete Beschäftigungsprogramm rasch abzusegnen. Es sieht Ausgaben in Höhe von 4,9 Milliarden Dollar vor. Geschaffen werden sollen 300 000 bis 600 000 Arbeitsplätze.

Es sei angebracht, die jüngsten Anzeichen eines bevorstehenden kräftigen Konjunkturaufschwungs mit größerer Vorsicht zu beurteilen, kommentierte Präsident Reagans Chefökonom Martin Feldstein die neuesten Arbeitslosenstatistiken. Ein Sprecher des Weißen Hauses nannte die Zahlen jedoch ermutigend. Sie sind es insofern, als die Zahl der Amerikaner, die 15 Wochen oder länger ohne Arbeit sind, seit Dezember um mehr als 100 000 auf 4,62 Millionen zurückgegangen ist. Seit Oktober verringerte sich überdies die Zahl der Kurzarbeiter von 2,38 auf 2,10 Millionen.

Zur Arbeitslosenrate müssen allerdings 1,85 Millionen US-Bürger addiert werden, die resigniert haben, indem sie die Suche nach einem Job aufgaben. Wenn sie jetzt auf den Markt stoßen, kann die US-Quote in den kommenden Monaten sogar noch steigen. In der Bundesrepublik Deutschland hat die Arbeitslosigkeit inzwischen ebenfalls 10,4 Prozent erreicht. Beide Raten sind aber nicht ohne weiteres vergleichbar. Der amerikanischen müssen 1 bis 1,5 Prozent zugerechnet werden, weil sie durch häufig fehlerhafte Haushaltsumfragen ermittelt wird. Positiv ist in jedem Fall, daß in der Weiterverarbeitung das Dezembertief überwunden ist; in diesem Bereich neu angeheuert wurden 90 000 Arbeiter, davon 40 000 in der Automobilindustrie.

Schwer tun sich jedoch immer noch die Männer, deren Arbeitslosenquote im Februar von 9,6 auf 9,9 Prozent zugenommen hat. Bei den Frauen sank sie von 10,0 auf 9,8 und bei den Teenagern von 22,7 auf 22,2 (schwarze Jugendliche von 45,7 auf 45,4) Prozent. Während die Rate in der weißen Bevölkerung insgesamt von 9,1 auf 9,2 Prozent stieg, fiel sie im schwarzen Bevölkerungsteil von 20,8 auf 19,7 Prozent.

Aus Sorge, daß das in den USA projizierte Wirtschaftswachstum nicht ausreicht, um die Beschäftigung nachhaltig zu verbessern, haben sich die jeweils zehn Republikaner und Demokraten, die dem Gemeinsamen Wirtschaftsausschuß des Kongresses angehören, für eine stärkere Konjunkturankurbelung über niedrigere Zinsen ausgesprochen. Um die riesigen Haushaltsdefizite abzubauen, plädieren sie für eine Kürzung der Verteidigungsausgaben und einen geringeren Anstieg der Transferzahlungen, einschließlich Renten.

ITALIEN / Leistungsbilanz ausgeglichen

Ölrechnung wird kleiner

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Verminderung des Erdölpreises wird in diesem Jahr die italienische Ölrechnung um mindestens 2000 bis höchstens 5000 Milliarden Lire (3,5 bis 8,75 Milliarden Mark) senken, während die Leistungsbilanz nach Jahren hoher Passivsalden erstmals wieder ausgeglichen abschließen wird. Wirtschafts- und Währungsexperten erwarten dadurch in den nächsten Monaten einen verringerten Druck auf die Lira. Im Jahre 1982 zahlte Italien für seine Öl- und Gaseinfuhren 32 000 Mrd. Lire, während Verarbeitungsprodukte der Mineralölwirtschaft im Wert von 6500 Mrd. Lire ausgeführt wurden.

Längerfristig gesehen bleibt die italienische Wirtschaft allerdings auch weiterhin gefährdet. Unter allen Gemeinschaftsländern ist Italien noch immer der Partnerstaat mit der höchsten Abhängigkeit vom Ölimport. Erdöl war im vergangenen Jahr an der Bedarfsdeckung von Primärenergie mit zwei Drittel beteiligt. Dieser Anteil wird sich in den nächsten Jahren nur geringfügig vermindern, da die Substitution der Erdöl- durch Kohlekraftwerke jetzt wahrscheinlich langsamer voranschreiten wird und mit der Inbetriebnahme neuer Atomzentralen ohnehin nicht vor 1995 zu rechnen ist. Zwischen 1973 und 1981 war Italien das Land Westeuropas, in dem der Ölkonsum am wenigsten abnahm: Um 9,6 Prozent von 104 auf 94 Mill. t gegenüber beispielsweise 22 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland. Nur in den USA war die Abnahme noch schwächer, nämlich 9,2 Prozent.

Die Atomenergie, die 1982 an der Deckung des Primärbedarfs mit 1,5 Prozent beteiligt war, wird diesen Anteil bis 1995 voraussichtlich auf vier bis fünf Prozent erhöhen. Das ist ein Viertel von dem, was noch Mitte der siebziger Jahre geplant war und durch den erst vor kurzem gebrochenen Widerstand der Kommunen, Standorte für neue Atomzentralen freizugeben, nicht realisiert werden konnte. Jetzt wurden die Standorte für drei Kernkraftwerke zu je 2000 MW Leistung freigegeben, deren Bau voraussichtlich im Laufe des Jahres 1985 beginnen wird.

Weitgehende Unsicherheit bestimmt derzeit auch noch die Entwicklung des Erdgasmarktes. An sich ist geplant, den Gasanteil auf mehr als 20 Prozent zu bringen. Das mit Algerien ausgehandelte Bezugsabkommen sieht aber einen Abnahmepreis vor, der weit über dem derzeitigen Marktpreis liegt und daher nur mit Staatszuschüssen (insgesamt 540 Mrd. Lire in drei Jahren) wettbewerbsfähig gemacht werden kann. In dem vor wenigen Tagen ausgehandelten Zusatzvertrag vereinbarten Rom und Algier zwar in drei Jahren nicht nur den Preis, sondern auch den Indexkorb einer Revision zu unterziehen, nach dem sich die Preisberechnung richtet. Schon jetzt ist aber abzusehen, daß die algerischen Konditionen dazu beitragen, die Gasnachfrage weniger stark steigen zu lassen als ursprünglich vorgesehen.

Den Ende Oktober 1981 vom Parlament verabschiedeten Zehnjahres-Energieplan, der bis 1985 einen Verbrauch von 165 Mill. t Erdöläquivalent und bis 1990 von 185 Mill. t vorsah, hat die Regierung inzwischen nach unten revidiert: 155 Mill. t im Jahre 1985 und 165 Mill. t im Jahre 1990.

SCHWEDEN / Solidarität am Arbeitsmarkt erstmals durchbrochen

Bummelstreik im öffentlichen Dienst

R. GATERMANN, Stockholm

Der schwedische Arbeitsmarkt befindet sich in einer kritischen Situation. Zunächst brachen am Samstag die Metallarbeitergewerkschaft und der Arbeitgeberverband der metallverarbeitenden Industrie eine dreißigjährige Tradition, als sie ohne Rücksicht auf die Zentralverhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsbund (LO) und dem Arbeitgeberverband (SAF) eine eigene Tarifvereinbarung trafen. Und schließlich lehnten am Sonntag die Arbeitnehmerorganisationen im öffentlichen Sektor einen Schlichtungsvorschlag ab, was zur Folge hat, daß am Montag 12.00 Uhr 500 000 Staats-, Provinz- und Gemeindebedienstete Überstunden und Vertretungseinsatz verweigern. Darüber hinaus bereiten verschiedene Lohnempfänger-Gewerkschaften Kampfmaßnahmen vor, während die Angestellten im privaten Sektor auf Warteposition gingen und erst dann in die Tarifverhandlungen einsteigen wollen, wenn die Ergebnisse in den übrigen Bereichen vorliegen.

Seit nunmehr dreißig Jahren war für die Lohnempfänger der Einkommensrahmen in zentralen Verhandlungen zwischen dem LO und dem SAF festgelegt worden. Für betriebliche Vereinbarungen blieb da nur ein geringer Spielraum. Dies geschah auf Drängen des Gewerkschaftsbundens, der das als eine Voraussetzung für die von ihm geforderte solidarische Einkommenspolitik sah. Mitarbeiter in ertragsschwachen Branchen und Unternehmen sollten lohnmäßig nicht benachteiligt werden. Der Arbeitgeberverband der Metallverarbeitenden Industrie hat sich seit langem gegen diese Verhandlungen gewehrt und scherte in diesem Jahr erstmals aus. Daß die Metallarbeitergewerkschaft darauf einging und jetzt sogar eine Vereinbarung getroffen wurde, wird von etlichen Fachgewerkschaften und der Zentralorganisation zumindest als unglücklich bezeichnet; es fiel allerdings auch das Wort „Verrat".

Laut der jetzt getroffenen Vereinbarung bekommen die 225 000 Metallverarbeiter 1983 eine Lohnerhöhung von 2,2 Prozent. Diese Ziffer trügt; tatsächlich steigen die Lohnkosten der Arbeitgeber um etwa neun Prozent. Darin enthalten ist eine Lohndrift von etwa drei Prozent.

Die übrigen Verhandlungen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich scheiterten bisher in erster Linie an der Weigerung der Arbeitgeber, an der bisherigen Regelung festzuhalten, die Berufsgruppen, in denen es keine oder nur eine geringe Lohndrift gibt, im nachhinein für die in anderen Bereichen meistens auf betrieblicher Ebene vereinbarten Lohnzuschläge zu kompensieren.

Die Gewerkschaften im öffentlichen Bereich haben jetzt den Arbeitskampf mit einer Überstundenblockade eingeleitet. Von Arbeitgeberseite war 0,1 Prozent offeriert worden, was allerdings durch Überhänge aus dem Vorjahr und andere Zulagen eine Lohn- und Gehaltskostensteigerung von rund sieben Prozent bedeutet. Entscheidend war jedoch, daß sich auch im Schlichtungsangebot keine Garantieklausel für eine Anpassung an die Einkommensentwicklung im privaten Sektor befand.

LUFTFAHRT / Triebwerks-Kooperation

Internationales Konsortium

WILHELM FURLER, London

Eines der bisher größten Kooperationsvorhaben auf internationaler Ebene ist grundsätzlich unter Dach und Fach. Es umfaßt insgesamt sieben Firmen aus fünf Ländern, darunter eine deutsche. Das Konsortium wird unter Führung der beiden großen Triebwerks-Hersteller Rolls-Royce (Großbritannien) und Pratt & Whitney (USA) stehen. Die beiden Erzkonkurrenten auf dem Gebiet der Triebwerks-Herstellung haben sich geeinigt, jeweils eine Beteiligung in Höhe von 30 Prozent an der Entwicklung und Produktion einer neuen Generation von Triebwerken im Gesamtwert von einer Milliarde Pfund (etwa 3,65 Milliarden Mark) zu übernehmen.

Die verbleibenden 40 Prozent werden sich auf die deutsche Motoren und Turbinen Union, auf Fiat Aviazione (Italien) sowie auf die drei japanischen Firmen Ishikawajima-Harima Heavy Industries, Kawasaki Heavy Industries und Mitsubishi Heavy Industries verteilen. Gespräche werden in dieser Woche in London geführt.

Mit den neuen Motoren sollen die für die 90er Jahre geplan Jets mit bis zu 150 Passagier-Plä zen angetrieben werden. Sowo Airbus-Industries als auch Boein planen den Bau solcher Flugzeu obwohl sie sich bisher wegen d gegenwärtigen Rezession im Wel Luftfahrtgeschäft, aber auch, w keine geeigneten, in bisher nic gekanntem Umfang treibstoffsp rende und umweltfreundlich Triebwerke angeboten werde noch nicht zu einer definitiven En scheidung durchgerungen haben.

Die Arbeitsteilung wird so aus hen, daß Rolls-Royce den vorder Teil der Triebwerke, also Luf schaufeln, Niederdruck-Kompre soren und Niederdruck-Turbine entwickeln und produzieren wi während Pratt & Whitney sich a den „heißen" Teil mit den Verbre nungskammern konzentrier wird. Für die Entwicklung werde wesentlich das von Pratt & Wh ney für die Boeing 757 produzier Triebwerk PW-2037 und ein v Rolls-Royce zusammen mit den j panischen Partnern inzwisch weit vorangetriebenes Projekt n der Bezeichnung RJ-500 heran zogen.

Bergleute stimmen über Streik ab

WILHELM FURLER, London

Die 208 000 britischen Bergleute werden am heutigen Dienstag in allen Kohlerevieren des Landes darüber abstimmen, ob es zu einem unbefristeten nationalen Bergleute-Streik von Anfang kommender Woche an kommen wird. Wie berichtet, geht es bei der Urabstimmung um das Problem der Stillegung unrentabler Kohlegruben.

So sind bereits zu Beginn der vergangenen Woche alle 23 000 Bergleute in den 33 Gruben in Südwales auf unbestimmte Zeit in den Ausstand getreten, um gegen die angekündigte Schließung einer 108 Jahre alten Zeche zu protestieren. Sie wird derzeit mit einem geschätzten Jahresverlust in Höhe von etwa sieben Millionen Pfund oder mehr als 25 Millionen Mark betrieben.

Ursprünglich wollte der militante Führer der britischen Bergleute-Gewerkschaft, Arthur Scargill, einen landesweiten Sympathie-Streik ausrufen. Doch daran wurde er von moderateren Funktionären gehindert, die auf einer Urabstimmung bestanden.

Allerdings hat sich die Stimmung unter den britischen Bergleuten nicht unwesentlich dadurch verschlechtert, daß Regierungschefin Margaret Thatcher offensichtlich darauf besteht, den Chairman des Staatskonzerns British Steel, Ian MacGregor, zum neuen Verwaltungsratsvorsitzenden der staatlichen Kohlegesellschaft National Coal Board zu machen. MacGregor hat die Sanierung von British Steel mit einem erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen vorangetrieben.

Die Bergleute befürchten nun, daß er mit ihnen ähnlich verfahren wird. Einer vertraulichen Studie des Coal Board zufolge müssen in den nächsten zehn Jahren rund 70 unrentable Zechen von insgesamt 207 stillgelegt werden.

Kein Verzicht auf Preis unter Einstand

tb. Berlin

Die co op AG, eines der großen, bundesweit tätigen Lebensmittel-Filialunternehmen, wird auch künftig größenbedingte Einkaufsvorteile an die Verbraucher weitergeben. Angebote unter dem Einkaufspreis schließt sie je nach Wettbewerbssituation nicht aus, betonte Vorstandsvorsitzender Bernd Otto gestern in Berlin. Allerdings verfolge man keine Verdrängungs- oder Behinderungsabsicht.

Die vom Bundeskartellamt erwartete Erklärung, daß künftig Erzeugnisse der Bereiche Wasch- und Reinigungsmittel, Kaffee, Molkereiprodukte sowie Bier und Spirituosen nicht unter Einkaufspreis angeboten werden, wird die co op AG nach seinen Angaben nicht abgeben. Sollte das Kartellamt eine Untersagungsverfügung erlassen, will co op Beschwerde beim Berliner Kammergericht einlegen. „Eine höchstrichterliche Klärung dieser Frage wird vom Handel, von der Industrie, von den Verbrauchern, ja vom Bundeskartellamt selbst gewünscht", meinte Otto.

Ziel des Kartellamtsverfahrens gegen co op ist es, dem Lebensmittel-Filialunternehmen den Verkauf bestimmter Waren unter Einkaufspreis zu untersagen, weil dadurch – so das Kartellamt – kleine und mittlere Wettbewerber vom Markt verdrängt würden. Derartige Verfahren sind nach co-op-Angaben inzwischen auch gegen zwei andere Bremer Unternehmen eingeleitet worden. co op vertritt die Auffassung, daß in dem von Großbetriebsformen beherrschten Wettbewerb von einer überlegenen Marktmacht nicht die Rede sein kann. Kleine und mittlere Unternehmen würden durch Unter-Einkaufspreis-Verkäufe bei einigen Sonderangeboten nicht verdrängt.

ICI: Ergebnis war „lausig"

WILHELM FURLER., London

Der größte britische Chemiekonzern ICI mußte im vergangenen Geschäftsjahr einen empfindlichen Gewinnrückgang um 23 Prozent hinnehmen. Vor Steuern verringerte sich der ICI-Gewinn von 335 Millionen Pfund im Geschäftsjahr 1981 auf 259 Millionen Pfund. Der Umsatz wurde von 6,6 auf 7,4 Milliarden Pfund gesteigert. Der Gewinnrückgang bei ICI ist weit empfindlicher ausgefallen als allgemein erwartet worden war.

Er ist in erster Linie auf außerordentlich hohe Verluste in den Bereichen Petrochemie und Kunststoffe zurückzuführen, die sich von 54 Millionen Pfund 1981 auf immerhin 139 Millionen Pfund im vergangenen Geschäftsjahr auftürmten. ICI-Chairman John Harvey-Jones nannte das Geschäftsergebnis denn auch „lausig". Dafür erwartet er aber für das laufende Geschäftsjahr ein wieder besseres Ergebnis. Sonst wäre, so betonte er, die Dividende nicht mit 19 Pence beibehalten worden. Nach Ansicht der Unternehmensleitung wird sich die jüngste Pfundschwäche vor allem gegenüber der D-Mark positiv auf das Geschäftsergebnis für das laufende Jahr auswirken.

Am besten schnitt bei ICI wieder einmal der Bereich pharmazeutische Produkte ab. Besonders erfolgreich entwickelt sich der weltweite Verkauf von Medikamenten zur Behandlung von Herzstörungen. So konnte der Pharma-Bereich seinen Rohertrag gegenüber dem Vorjahr von 90 auf 138 Millionen Pfund steigern, wobei sich der Umsatz von 407 auf 516 Millionen Pfund erhöhte. Der gefallene Pfundkurs dürfte gerade in diesem Bereich auch im laufenden Jahr zu einer weiteren Verbesserung der Ergebnisse führen.

FRANKREICH / Umsatzplus für Chemie-Industrie

Die Erträge sind gesunken

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während die chemische Industrie der Bundesrepublik 1982 ihre Produktion um fünf Prozent zurücknehmen mußte, konnte die französische ihre Aktivität leicht ausweiten. Bei einem um 11 Prozent auf rund 200 Milliarden Franc gestiegenen Umsatz nahmen ihre Verkäufe mengenmäßig um 0,6 Prozent zu, nachdem sie im Vorjahr um 0,8 Prozent geschrumpft waren. Gleichzeitig aber kam es zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Ertragslage.

Die Rohgewinne der Unternehmen, die 1981 noch knapp vier Milliarden Franc erreicht hatten, gingen nach provisorischen Schätzungen des Branchenverbands auf 1,7 Milliarden Franc zurück, womit sie noch nicht einmal ein Prozent des Umsatzes ausmachten. Dies war vor allem der Grundstoffchemie zuzuschreiben, deren Verluste sich von 3,5 auf knapp sechs Milliarden Franc erhöht hatten. Frankreich stellte damit 27 Prozent der in der gesamten EG in diesem Chemiesektor verbuchten Verluste.

Der wichtigste Grund dafür war, daß die Rohstoffkosten sehr viel stärker als die Chemikalienpreise anzogen. Für Naphta mußten 10 Prozent und für Naturgas 18,7 Prozent mehr von der französischen Petrochemie bezahlt werden – eine Folge auch der Dollar-Hausse, die gegenüber dem Franc stärker als gegenüber den anderen europäischen Währungen ausfiel. Die Energierechnung der gesamt Chemie Frankreichs erreichte Milliarden Franc.

Dazu kam, daß sich wegen d gestiegenen Zinssätze und Ve schuldung die Finanzierungsk sten der französischen Unterne men von sechs auf acht Milliard Franc erhöhten, womit sie die u acht Prozent zurückgegangene Investitionen von fünf Milliarde Franc erheblich übertrafen. Dem gegenüber brachte der weitere A bau der Belegschaft auf 286 0 (289 000) Personen kaum ein Kostenentlastung.

In den einzelnen Sparten zeigt sich allerdings eine unterschiedli che Entwicklung: Während di Produktion in der Grundstoffche mie um ein Prozent zurückgenom men werden mußte, konnte die de Pharmaindustrie um 3,5 Prozen und die der Agrochemie um 5 Prozent gesteigert werden. Auc die Kunststoffchemie blieb g behauptet.

Andererseits hat sich die fran sische Außenhandelsbilanz a Chemikalien verschlechtert. Zw nahmen die Exporte um 14,2 Pr zent auf 73,6 Milliarden Franc z Die Importe stiegen gleichzeit aber um 19,6 Prozent auf 59,8 M liarden Franc. Der traditionelle A tivsaldo verminderte sich dam um 0,7 auf 13,7 Milliarden Fra Dies war vor allem dem von z auf 3,07 Milliarden Franc an schwollenen Passivsaldo im W renverkehr mit der EG zuzuschr ben'

NAMEN

Richard Ey, Landwirt, langjähriger Gründungsvorsitzender der deutschen und europäischen Lohnunternehmerverbände und ehemaliger niedersächsischer CDU-Bundestagsabgeordneter, wird heute 60 Jahre alt.

Heinz Sebiger, Vorstandsvorsitzender der Datev, dem genossenschaftlichen Rechenzentrum der Steuerberater, vollendet am 9. März das 60. Lebensjahr.

Franz Prümer (59), Vorsitzender der Geschäftsführung der Schulte & Dieckhoff GmbH, Horstmar, scheidet zum 30. Juni nach 27jähriger Tätigkeit auf eigenen Wunsch aus dem Unternehmen aus und tritt in den Ruhestand.

Dr. Wilhelm Hartmann, Vorsitzender der Aufsichtsräte der Iduna Leben, der Iduna Allgemeine und der Hansa Invest, wird am 10. März 75 Jahre.

Peter Koch (51), Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn, scheidet am 30. Juni aus dem Vorstand aus, um eine leitende Tätigkeit in der deutschen Industrie zu übernehmen.

Kernkraftwerksbau in UdSSR stockt

dpa/VWD, Hamburg

Die Ausbaupläne für Kernkraftwerke in der UdSSR drohen nach Angaben des Instituts für Ost-Marktforschung, Hamburg, an Produktionsmängeln im Bau der dazu notwendigen Ausrüstungen zu scheitern. Im Fünfjahresplan 1981–85 seien 24 000 bis 25 000 Megawatt geplant gewesen. Dies basierte jedoch auf der vollen Inbetriebnahme des Werkes für Atommaschinenbau in Wolgodonsk. Hier sollten jährlich fünf Kernreaktoren mit insgesamt 5000 MW ausgeliefert werden.

Nach Informationen des Instituts ist es jedoch angesichts der Lage in diesem wichtigsten Werk zur Herstellung von Kernkraftwerksanlagen der UdSSR unwahrscheinlich, daß der Plan erfüllt wird. 1982 habe die Planerfüllung bei Kernkraftwerksausrüstungen nur 26,5 Prozent betragen. Hauptursache sei die unzureichende technische Produktionsvorbereitung, die zu Beginn des Jahres 1983 bei nur 31 Prozent gelegen habe. Derzeit warteten 17 Kernkraftwerksblöcke zu je 1000 MW auf die notwendigen Ausrüstungen und nur ein kleiner Teil davon werde 1985 tatsächlich in Betrieb sein.

EINZELHANDEL / Revolution in der Branche mit EDV – Bundesrepublik in Europa an der Spitze

Datenkassen und Scannersysteme mehr gefragt

H. HILDEBRANDT, Amsterdam

Schon vor dem Ende der siebziger Jahre waren maßgebende Vertreter des europäischen Einzelhandels davon überzeugt, daß im kommenden Jahrzehnt der Einbruch der EDV in ihrer Branche zu einer ähnlichen Revolution führen würde wie in den fünfziger Jahren die Einführung der Selbstbedienung. Vor allem von den Datenkassen mit angeschlossenem Scanner, der Leseeinrichtung für strichcodierte Artikelnummern, wurden Wunderdinge erwartet. Diese Euphorie war jedoch schnell verklungen.

So waren bis Anfang 1982 erst knapp 300 Scannerkassen im deutschen Einzelhandel eingesetzt, zumeist nur Pilotinstallationen. Die Kostenfrage erwies sich als wesentliches Handikap, denn Scanner blieben teuer, weil die Nachfrage nach ihnen gering war, und das wiederum, weil sie so teuer waren.

Auch die Entwicklung in den USA verlief ähnlich. Hier kam die Scannerkasse zwar schon 1974 auf den Markt, der Durchbruch erfolgte aber erst um 1980. Derzeit sind bereits mehr als 6000 dieser Anlagen installiert, etwa 10 bis 15 Prozent aller amerikanischen Supermärkte bedienen sich des neuen Instrumentariums.

Jetzt kommt auch Bewegung in den deutschen Markt. Die Zahl der installierten Scannerkassen erhöhte sich hier bis Ende 1982 auf 532, etwas mehr als der Gesamtbestand im übrigen Europa, und die Nachfrage steigt weiter. Dazu Axel Haß, Leiter des Vertriebsbereichs Handel der Nixdorf Computer AG, vor der Fachpresse in Amsterdam: „Die Bereitschaft, Datenkassen und entsprechende Abrechnungssysteme einzusetzen, hat unseren heimischen Markt verstärkt im letzten Quartal 1982 erfaßt. Das gleiche gilt auch für die benachbarten europäischen Länder, vor allem Österreich, die Niederlande und Dänemark. Der Impuls dazu kommt eindeutig von den Scannerkassen."

Nixdorf gehört nach IBM und zusammen mit NCR und der Olivetti-Tochter DTS zu den maßgebenden Anbietern auf dem deutschen Markt. Mit derzeit rund 600 Kassenplätzen im Auftrag dürfte der expansive Computerhersteller aus Paderborn auch in diesem Sektor seinen Marktanteil schnell vergrößern.

Die antizyklische Investitionsbereitschaft des Einzelhandels, die bei der Umsatzstagnation überraschen mag, hat ihre Gründe. Ziel ist dabei eindeutig eine verbesserte Wettbewerbssituation. Die exakte Umsatzerfassung, die mit Scannerkassen möglich ist, soll dazu beitragen, Stärken und Schwächen im Sortiment zu erkennen und die Reaktionszeit bei der Beurteilung der Geschäftslage zu verkürzen. Die gegenwärtige Konzentration im Handel verstärkt die Bereitschaft und die Notwendigkeit, in neue EDV-Systeme zu investieren. So nannte Helmut Weinekötter, Abteilungsleiter Verkaufsorganisation der Karstadt AG, einen Bruttonutzen von 1,75 Umsatzprozent, der mit dem Einsatz von Scannerkassen auf längere Sicht erwartet wird, durch Kosteneinsparungen auf der Personalseite, reduzierte Inventurdifferenzen und Sortimentsverbesserungen.

Auch die Voraussetzungen für die Einführung von Scannerkassen sind günstiger geworden. Der Prozentsatz der Artikel im Angebot des deutschen Lebensmittelhandels, die mit einer EAN-Nummer, der europäischen Artikel-Nummer im Strich-Code, versehen sind, erhöhte sich seit 1981 von 60 Prozent auf jetzt 79 Prozent. Die Bundesrepublik liegt damit an der Spitze der europäischen Länder. Wesentlich verbessert haben sich auch die technologischen Voraussetzungen, zum Beispiel durch Einbindung von Waagen in das Abrechnungssystem. Damit wird die Lücke geschlossen, die bisher noch bei der automatischen Erfassung des Frischwaren-Umsatzes bestand.

Bei der Verbesserung der Anlagen hin zu einer möglichst weitgehenden Wartungsfreiheit ist ebenfalls einiges geschehen, zum Beispiel durch Verwenden neuer Bauelemente. Die Hannover-Messe, traditionsgemäß die Präsentation der Möglichkeiten, dürfte hier mit einigen interessanten Innovationen aufwarten.

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF / Griechenland

Streit um Arbeitserlaubnis

WILHELM HADLER, Brüssel

Über die Rechtmäßigkeit der geltenden Wartezeit-Regelung für Ehefrauen von griechischen Gastarbeitern muß demnächst der Europäische Gerichtshof entscheiden. Es geht um die Frage, ob die Bundesrepublik mit einer nachträglichen Erschwerung der Bedingungen für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis gegen die Bestimmungen des griechischen Beitrittsvertrags verstoßen hat.

Anlaß des Streitfalls ist die Klage einer Griechin gegen die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Der 21jährigen Frau war vom Stuttgarter Arbeitsamt am 31. Mai 1981 die Arbeitsgenehmigung als Küchenhilfe verweigert worden, weil sie die vorgeschriebene Wartezeit nicht erfüllt hatte.

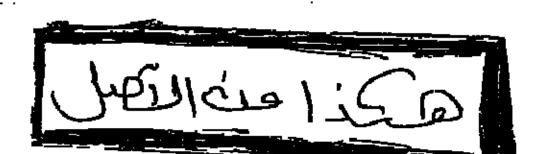
Nach den deutschen Vorschriften kann eine erste Arbeitserlaubnis an Frauen von ausländischen Gastarbeitern gegenwärtig dann erteilt werden, wenn sie seit vier Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik wohnen. Für Branchen, in denen ein deutlicher Arbeitskräftemangel besteht, gilt nur eine Wartezeit von zwei Jahren.

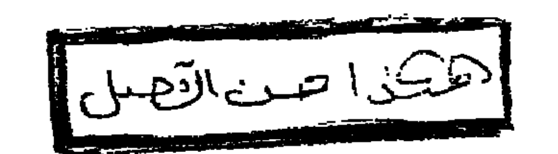
Diese Regelung ist schärfer als die, die beim Inkrafttreten des griechischen EG-Beitritts gültig war. Bis zum August 1981 hatten nämlich Frauen von Gastarbeitern nach dem Arbeitsförderungsgesetz von 1969 auf jeden Fall dann Anrecht auf eine Arbeitsgenehmigung, wenn die betroffene Arbeitsstelle nicht von deutschen Bewerbern besetzt werden konnte.

Nun sieht der Beitrittsvert mit Griechenland vor, daß die EG Staaten die Freizügigkeit für gr chische Bürger z. B. durch Aufe halts- oder Arbeitserlaubnisse n noch bis zum 1. Januar 1988 ei schränken dürfen. Die Frage i jedoch, ob während dieser Übe gangsperiode der frühere Sta verschlechtert werden darf.

Vor dem Luxemburger Gerich hof, der vom Stuttgarter Sozialg richt um eine Vorabentscheidun ersucht worden ist, haben sowo die griechische Regierung wie d EG-Kommission die deutsche R gelung für unzulässig erklä Auch der Generalanwalt vert die Meinung, die Bundesrepub verstoße gegen Gemeinschaftsb stimmungen.

Die griechische Regierung mac te geltend, der Beitrittsvertrag e laube zwar, die nationale Gesetzg bung in einem für die betroffen Gastarbeiter günstigen Sinne ändern, nicht aber in Richtung ungünstigere Regelungen. Ein Übergangsperiode „im umgeke ten Sinne" sei antigemeinsch lich. Auch die Kommission me die Übergangszeit des Beitrittsv trages habe den Sinn, sich sch weise einer neuen Situation an passen. Wenn die noch vorübe hend zulässige Einschränkung Freizügigkeit als Ermächtigu angesehen werde, sich der Konk tisierung der im Beitritts. vert enthaltenen Verpflichtungen entziehen, widerspreche dies e schieden dem Zweck der Üb gangsregelung.





SCHIESSER / Investitionen verstärkt

Auftragseingang zieht an

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ein sehr viel besseres Geschäftslima registriert die Schiesser AG, Radolfzell, führender europäischer Wäschehersteller. Seit Februar habe der Auftragseingang spürbar ngezogen, nachdem sich im Verlaufe des Jahres 1982 insbesondere ler Einzelhandel bei seinen Orders ehr zurückgehalten hatte. Schiesser sei nach wie vor voll beschäftigt. Gleichwohl rechnet der Vorstand für das Geschäftsjahr 1983 nicht mit einem ins Gewicht fallenden Umsatzzuwachs".

Im Geschäftsjahr 1982 war der Schiesser-Umsatz um 1 Prozent uf 429,2 (434,5) Mill. DM zurückgegangen. Im Hinblick auf die angepannte Situation in der Textilbranche zeigt sich der Schiesser-Vorstand mit diesem Resultat zufrieden. Auch der Mengenausstoß ging leicht auf 52,6 (53) Mill. Teile urück. Zum Ergebnis heißt es, nan habe eine Ertragsminderung n Kauf nehmen müssen, da gestiegene Kosten aufgrund der Marktlage nicht im Preis weiterzugeben gewesen seien. Man habe jedoch chwarze Zahlen geschrieben. Für las vorangegangene Jahr 1981 waren auf das 48 Mill. DM betragende Grundkapital 16 Prozent Dividende und 4 Prozent Bonus ausgeschüttet worden. Schiesser gehört mehrheitlich zur schweizerischen Hesta-Gruppe.

Die Investitionen sind in 1982 kräftig auf 20 (12) Mill. DM hochgefahren worden. Sie wurden schwerpunktmäßig eingesetzt für den Ausbau des Stammwerks in Radolfzell in den Produktionsstufen Ausrüstung und Zuschnitt sowie für die Erweiterung der Lagerkapazität. Immerhin wurden in den letzten sechs Jahren der Mengenausstoß um 65 Prozent und der Umsatz um 86 Prozent gesteigert. Darüber hinaus entstanden in diesem Zentrum in den deutschen Werken über 700 neue Arbeitsplätze.

Für 1983 sind Investitionen von 10 Mill. DM eingeplant, die insbesondere der Modernisierung und Rationalisierung dienen sollen. In den acht deutschen Werken beschäftigt Schiesser derzeit rund 4100 Mitarbeiter. Hinzu kommen rund 1300 Beschäftigte in den ausländischen Fabriken (Schweiz, Österreich, Irland, Griechenland).

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Zahnradfabrik Gebr. Brinkmann

Wachstum nur noch durch den Export

H. HILDEBRANDT, Detmold

Zu den mittelständischen Unternehmern, die wegen unzureichender Eigenkapitaldecke keiner Durststrecke gewachsen sind, gehören Fritz und Heinz Brinkmann aus Detmold mit Sicherheit nicht. Ihre Maschinen- und Zahnradfabrik Gebr. Brinkmann GmbH steht finanziell auf festen Füßen, dank einer soliden Geschäftspolitik, die zwar nie das Risiko gescheut hat, aber auch nicht die Möglichkeiten überschätzte.

Fritz Brinkmann, der Kaufmann, und Heinz Brinkmann, der Techniker, gründeten den gemeinsamen Betrieb unmittelbar nach dem Kriege. Präzisions-Zahnräder waren die ersten Produkte, komplette Getriebe folgten, ein fester Kundenstamm namhafter Hersteller des Maschinenbaus konnte aufgebaut werden.

Mitte der sechziger Jahre konstruierte man den ersten Drehautomaten, eine Spezialmaschine für den Eigenbedarf, ein Beispiel gleichzeitig für die Innovationsfähigkeit auch kleinerer Unternehmen. Sie wurde auch anderen Interessenten angeboten, und daraus entwickelte sich der zweite Produktionszweig, der neben dem Zahnrad- und Getriebebau heute etwa die Hälfte zum Umsatz des Unternehmens beisteuert.

Aus diesen ersten Anfängen hat sich inzwischen nämlich ein durchaus beachtenswertes Programm von Drehautomaten entwickelt. Dazu gehören CNC-Drehautomaten, die als Einzelmaschinen eingesetzt oder zu Fertigungsstraßen zusammengefaßt werden können. Rund 800 dieser ständig verbesserten Automaten hat Brinkmann bis heute gebaut. Dazu gehören aber auch NC-Automaten einer Baureihe für Futter- und Wellenbearbeitung.

Zu den Großen im bundesdeutschen Werkzeugmaschinenbau zählt Gebr. Brinkmann noch nicht, aber zu den Erfolgreichen in dieser ansonsten problembeladenen Branche darf sich das Unternehmen zweifellos rechnen. Die derzeit rund 200 Mitarbeiter haben auch in jüngster Zeit noch keine Kurzarbeit machen müssen. Der Umsatz der Firma, der inzwischen die 20-Mill.-DM-Marke längst überschritt, verzeichnete ebenfalls noch keinen Einbruch.

Bei der Rendite hapert es zwar gegenwärtig mit dem Wachstum, aber rote Zahlen ließen sich bisher auch hier vermeiden. Die Rendite ist allerdings in den letzten Jahren nicht nur durch Maßnahmen zur Aufstockung des Eigenkapitals belastet worden, sondern auch durch erhebliche Investitionen. Zu diesen antizyklischen Investitionen gehörten vor allem Bauvorhaben, so eine gerade in Betrieb genommene neue Fertigungshalle. „Wir haben für die nächsten zehn Jahre im voraus investiert", bemerkt dazu Fritz Brinkmann, der gleichzeitig dafür plädiert, für Investitionen verwandte Gewinne niedriger zu besteuern als thesaurierte Gewinne.

Die gegenwärtige Auftragslage sichert eine Beschäftigung für zehn Monate. Wachstum wird auf die Dauer jedoch nur vom Export erwartet, der bisher noch keine Rolle spielte. In dieser Richtung werden jetzt aber vermehrte Anstrengungen unternommen, erste erfolgversprechende Verbindungen sind bereits in Richtung Großbritannien angeknüpft.

SCHERING / Auslandsgeschäft hat weiter zugelegt

Rücklage angemessen dotiert

tb. Berlin

Ein stagnierender Inlandsmarkt und insgesamt zufriedenstellende Steigerungsraten im Auslandsgeschäft kennzeichneten die Entwicklung bei der Schering AG, Berlin und Bergkamen, im vergangenen Jahr. Die Abschwächung des Umsatzwachstums im zweiten und dritten Quartal 1982 hat sich im letzten Vierteljahr nicht in gleichem Umfang fortgesetzt, heißt es in einem Aktionärsbrief.

Das Ergebnis aus dem laufenden Geschäft schwächte sich bei der Schering AG gegenüber dem Vorjahr leicht ab. Geringere Belastungen im neutralen Ergebnis und der außerordentliche Ertrag aus dem Verkauf der Lechler-Chemie GmbH führen nach diesen Angaben jedoch zu einem Jahresüberschuß, der bei unveränderter Dividende eine angemessene Stärkung der Rücklagen erlaubt.

In der Gruppe mußten in Lateinamerika durch den starken Währungsverfall in den wichtigsten Ländern Verluste hingenommen werden. Bei den US-Töchtern ist das bessere Ergebnis durch finanzielle Maßnahmen, die zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gewährt wurden, beeinflußt worden.

Im Inland hätten die Umsatzeinbußen bei der Diamalt AG im vierten Quartal sowie zusätzliche Abschreibungen und Zinsbelastungen aus den hohen Investitionen der letzten Jahre zu einem negativen Ergebnis geführt.

Der Umsatz in der Gruppe stieg 1982 um 4,7 Prozent auf 3,509 (Vorjahr 3,35) Mrd. DM. Dabei wuchs das Auslandsgeschäft um 6,5 Prozent auf 2,751 (2,583) Mrd. DM, während im Inland ein Minus von 1,2 Prozent auf 758 (767) Mill. DM hingenommen werden mußte. In der AG wurden 1,813 (1,723) Mrd. DM umgesetzt; davon 1,226 (1,126) Mrd. DM im Export.

Die Mitarbeiterzahl in der Gruppe lag bei 20 086 (19 494). Investiert wurden 215 (196) Mill. DM in der Gruppe, davon 137 (129) Mill. DM im Inland (plus 6,2 Prozent) und 78 (67) Mill. DM im Ausland (plus 16,4 Prozent). Die Investitionen in der AG lagen mit 96 Mill. DM um 15,7 Prozent über denen des Vorjahres.

Fribad: Expansion mit Naturprodukten

nl. Stuttgart

Die Betonung natürlicher Ingredienzien und die Mittelpreislage ihrer Kosmetikprodukte sichern der Firmengruppe Fribad Cosmetics GmbH, Baden-Baden, offenbar nach wie vor eine sichere Wachstumsgrundlage. Der Umsatz des Familienunternehmens stieg in 1982 um 8,6 Prozent auf netto 63,5 Mill. DM. Für das laufende Jahr erwartet die Firma ein Plus zwischen 5 und 10 Prozent.

Der Auslandsanteil am Umsatz nahm auf 26 (22,5) Prozent zu. Wichtigstes Exportland für Fribad ist Japan, wo man mit zehn Produkten am Markt ist. Auch die USA rücken als Abnehmerland stärker in den Vordergrund. Zur Ertragsentwicklung heißt es, daß die angestrebte Verbesserung nicht habe erreicht werden können. Die Ertragslage entspreche trotz des Umsatzwachstums der des Vorjahres.

Zur Firmengruppe der in 1971 gegründeten Fribad Cosmetics GmbH, die ihre Beschäftigtenzahl um etwa 5 Prozent auf über 690 Mitarbeiter aufstockte, gehören die beiden Vertriebsfirmen Cosmetic Sans Soucis GmbH und Biodroga Cosmetics GmbH, beide in Baden-Baden.

Wachstum über Durchschnitt

hdt. Gütersloh

Mit einem Plus von 15 Prozent konnte die Teutoburger Mineralbrunnen GmbH, Gütersloh, 1982 fast das doppelte Wachstum verzeichnen wie die deutsche Erfrischungsgetränke- und Mineralbrunnenindustrie insgesamt. Träger des Wachstums war dabei in erster Linie der Christinen-Brunnen, ein natürliches Mineralwasser. Der Gesamtumsatz der Gruppe, zu der auch eine Coca-Cola-Konzession und ein Fachgroßhandel gehören, legte um 12 Prozent zu und überschritt damit erstmalig die 100-Mill.-DM-Marke. Das Unternehmen hat sich damit unter die Größten in der deutschen Getränkeindustrie eingereiht.

Erfreulich ist auch die Entwicklung des Exports in sechs Länder, der eine Zuwachsrate von 22 Prozent erreichte. Das Vertrauen des Unternehmens in die Zukunft unterstreichen erhebliche Investitionen in neue Betriebsgebäude, in denen die Produktion in Kürze anläuft. Paul Gehring, geschäftsführender Gesellschafter des Familienunternehmens, erwartet für 1983 je nach Witterungsverlauf ein weiteres Wachstum zwischen 5 und 10 Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neues Bein in USA

Düsseldorf (J. G.) – Die Aachener und Münchener Versicherungsgruppe, Aachen, hat sich mit 20,2 Prozent an der Academy Insurance Group Inc., Valley Forge, Pennsylvania/USA, beteiligt. Das Engagement bei diesem Lebensversicherer folgt der 1977 erworbenen und 1981 mit hohem Verkaufsgewinn wiederaufgegebenen Beteiligung an der US-Lebensversicherer First Colony. Es wird mit dem Streben nach Erfahrungsaustausch und Ausbau der Auslandsaktivitäten begründet.

Rückzug aus USA

Paris (J. Sch.) – Der französische Automobilkonzern Peugeot und der amerikanische Chrysler-Konzern haben ihr Projekt über die gemeinsame Entwicklung und Produktion eines Kleinwagens aufgegeben. In diesem Zusammenhang lösen die beiden Konzerne ihre finanziellen Bindungen. Während Chrysler sein von Peugeot im März 1980 erhaltenes Darlehen von 100 Mill. Dollar vorzeitig tilgt, gibt Peugeot die dafür als Sicherheit gehaltenen Chrysler-Aktien zurück. Ein wichtiger Grund für diese Transaktion ist die relativ schlechte Finanzlage von Peugeot. Der französische Konzern hat in den letzten drei Jahren Verluste von rund 6 Mrd. Franc verbucht. Seine mittel- und langfristigen Schulden betragen zur Zeit 27 Mrd. Franc.

Fielmann wächst weiter

Hamburg (Ze.) – Der größte Optiker der Bundesrepublik, die Hamburger Firma Günther Fielmann, will in diesem Jahr 20 (10) Mill. DM investieren und weiter kräftig expandieren. Obwohl er nur 1,1 Prozent der deutschen Optiker-Betriebe hat, erwirtschaftete das Unternehmen einen Umsatzanteil von 3,5 Prozent. Während der Durchschnitt der deutschen Optikerbetriebe 1982 einen Umsatzrückgang von mehr als 15 Prozent hinnehmen mußte, konnte die Fielmann-Gruppe ihren Umsatz um 22,7 Prozent auf 82 Mill. DM steigern. Für dieses Jahr wird ein Umsatz von mehr als 100 Mill. DM angestrebt.

Warsteiner fließt

Essen (Bm.) – Die Warsteiner Brauerei Gebr. Cramer KG hat im Geschäftsjahr 1982 einen Ausstoßzuwachs von 236 000 hl (plus 15,5 Prozent) auf 1,76 Mill. hl erzielt. Das ist das beste Ergebnis in der Geschichte des Unternehmens. Der Umsatzanstieg übertraf mit plus 18,1 Prozent auf 242 Mill. DM den Ausstoß. Im Berichtsjahr wurden 30 Mill. DM investiert. Die Kapazität der Brauerei wurde in Teilbereichen auf 2,3 Mill. hl erweitert.

Kurzarbeit bei Flohr Otis

Berlin (tb.) – Die Flohr Otis GmbH, Berlin, beantragt für 138 Mitarbeiter des Fahrtreppenwerkes in Stadthagen und für 72 Mitarbeiter in Berlin Kurzarbeit. Als Grund nennt das Unternehmen den rückläufigen Auftragseingang im Auslandsgeschäft. Flohr Otis beschäftigt in beiden Werken 700 Mitarbeiter; insgesamt werden in der Bundesrepublik 2600 Personen beschäftigt. 1982 wurden 312 Mill. DM umgesetzt, davon etwa 30 Prozent im Export.

Konzentration in Kutenholz

Düsseldorf (J. G.) – Die Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf, will die von ihrer Tochter Verpackungs-Industrie Kutenholz GmbH betriebene Produktion von geblasenen Kunststoff-Hohlkörpern am Standort Kutenholz konzentrieren. Das Zweigwerk in Mönchengladbach (63 Beschäftigte) soll geschlossen werden, um Marktstellung und Ertragslage des Kutenholzer Unternehmens zu verbessern.

KIRSCHBAUM-VERLAG / Verkehrs-Schrifttum

Verborgene Bestseller

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Damit es in allen deutschsprachigen Ländern auch wirklich heißen kann, daß man „den Nippel durch die Lasche zieht", strengt sich ein Bonner Unternehmer mächtig an: der Kirschbaum-Verlag, dessen „Renner" inmitten eines ausgedehnten Sortiments von Schriften des Verkehrswesens seit 30 Jahren unangefochten die Straßenverkehrs-Zulassungsordnung ist.

Abgesehen von Kleinigkeiten, wie „Reglement" statt „Regelung", „Typ" statt „Type" oder „Muster des Genehmigungszeichens" für „Genehmigungszeichenmuster", jeweils in Klammer als Abweichung angegeben, ist der Text tatsächlich einheitlich. Keine Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache gibt es bei einem zweiten Bestseller des Verlages, den „Statistischen Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes", für den Laien eine Anhäufung von Zahlenkolonnen, für den Fachmann Aufschluß darüber, wer wann mit was beladen und für wen bestimmt durch Deutschland fuhr.

Gegründet wurde der Verlag, der jetzt allein neun verkehrstechnische Zeitschriften von „Straße und Autobahn" bis „Busverkehr" herausbringt, 1948 von einem ehemaligen Experten des Reichsverkehrsministeriums, Gregor M. Kirschbaum, dessen Sohn heute das Unternehmen führt.

Einem breiteren Publikum bekannt ist der Kirschbaum-Verlag durch seine „Prüfungs-Vorbereitungsbögen" für Auto-Fahrschüler. Solche populären Drucke sind jedoch für das äußerst gezielte Verlags-Programm untypisch, für das viel eher ein zweibändiges Werk mit dem Titel „Hinweise für das Anbringen von Verkehrs-Zeichen und Verkehrs-Einrichtungen" steht.

Wer sich über das international bewunderte klare Beschilderungssystem deutscher Straßen, besonders der Autobahnen, wundert, bekommt hier Aufklärung, warum das so ist. Im Wort „Leverkusen" zum Beispiel hat bei fetter Breitschrift der Abstand zwischen e und v i = 1/8 h zu betragen. Die Schilder haben brutale Tests zu bestehen, wobei beispielsweise die Abriebsfestigkeit „durch das Hin- und Herziehen eines Scheuerklotzes nach Peters, Gewicht zwei Kilo" und mit bis auf den Brösel vorgeschriebenem Scheuerpapier zu erfolgen hat.

Stürmische Aktienhausse

Teilweise Kurssteigerungen von mehr als 20 DM

DW. – Der eindeutige Wahlsieg der bisherigen Regierungskoalition führte an der Montag-Börse am Aktienmarkt zu einer weiteren Kaufwelle, die einzelnen Papieren Kurzgewinne von mehr als 20 DM bescherten. An den Käufen beteiligt waren neben den Ausländern im gewohnt hohen Maße auch die private Bankenkundschaft, während Börsenkulisse und auch inländische institutionelle Investoren eher Material zur Verfügung stellten und auf diese Weise beträchtliche Kursgewinne realisieren konnten. Durch die Vielzahl der Aufträge wurden der Banken- und Börsenapparat bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit beansprucht. Von der Hausse erfaßt wurden auch die Papiere der angeschlagenen Unternehmen, wie AEG, Hoesch, Klöckner und Hapag Lloyd.

Die Ausländer stürzten sich auf Papiere wie Daimler (Tagesgewinn 23 DM), Mercedes (plus 17 DM), Siemens (plus 7,50 DM), Schering (plus 11 DM) und Deutsche Bank (plus 8,50 DM). Neuen Auftrieb erfuhren auch die „Verkabelungswerte" wie PKI, wo der Kurs um 17 DM anzog oder Kabelmetal (plus 12 DM). Selbst die Stammaktien der Deutschen Babcock, einer Gesellschaft, die im Nahen Osten Hunderte von Millionen verloren hat, haussierten und gewannen 16 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr erhöhten um 7 DM auf 167 DM und Biewag um 3 DM auf 148 DM. Bilfinger legten 12 DM und Breitenburger 30 DM zu. Keramag stockten um 8 DM auf 178 DM und Rheag um 19 DM auf 435 DM auf. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Vers. um 13 DM auf 553 DM und Aachen Münchner Bet.

Frankfurt: Die größten Gewinne hatten Enka mit 130 DM plus 13,80 DM, Schubert & Salzer mit 83 DM plus 10,50 DM und Demag mit 167,50 DM plus 26,50 DM. Hier ist inzwischen der Kurs an das Umtauschangebot von Großaktionär Mannesmann im Verhältnis eins zu eins bei 15 DM Zuzahlung angeglichen worden.

Hamburg: Am Lokalmarkt reagierten die Brauereien mit besonders festen Kursen. Bavaria wurden mit 210 DM (plus 4 DM), Elbschloß mit 369,50 DM (plus 3,50 DM) und Holsten Brauerei mit 256 DM (plus 7 DM) gehandelt. Triton waren mit 160, Orenstein + Koppel mit 193 DM und Nord. Cement mit 146,50 DM fester. Bei den Versorgungswerten waren HEW 116,50 (plus 3,50) und NWK Vorz. 162,50 DM (plus 4 DM) fester.

München: Agrob St. erhöhten um 11,50 DM auf 352 DM und Audi NSU um 7 DM auf 191 DM. Deckel AG stockten um 5 DM auf 109,80 DM auf und Heilit + Wörner um 9 DM auf 252 DM. Hutschenreuther verbesserten sich um 15 DM auf 245 DM und Zucker + Co. um 10 DM auf 350 DM.

Berlin: DeTeWe zogen um 17 DM, Kempinski um 16 DM, Rheinmetall um 11 DM, Schering um 9,50 DM und Siemens um 7,50 DM an. AEG lagen um 4,20 DM, Berliner Kindl und DUB-Schultheiss um je 4 DM und Engelhardt um 3 DM fester. Bekula und Herlitz Stämme konnten sich um je 1 DM erholen.

Nachbörse: fest

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausländische

DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Hongkong

Brüssel

Singapur

Madrid

Paris

Sydney

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	5–5¼	2⅞–3⅛
3 Monate	8⅞–9⅛	4⅞–5⅛	2⅞–3⅛
6 Monate	8⅞–9⅛	5–5¼	3⅛–3⅜
12 Monate	9⅛–9¼	5⅛–5⅜	3½–3¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 3.: Tagesgeld 5,75–5,90 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,30–5,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 3.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 7. 3.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 7. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,50 Verkauf 25,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 7. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1255,00	1531,15
10 US-Dollar (Indian)**)	918,00	1172,94
5 US-Dollar (Liberty)	373,00	514,54
1 £ Sovereign alt	231,00	283,63
1 £ Sovereign Elizabeth II	233,00	281,37
20 belgische Franken	176,00	232,78
10 Rubel Tscherwonez	242,00	301,71
2 südafrikanische Rand	227,00	279,11
Krüger Rand, neu	1016,00	1183,28
Maple Leaf	1015,00	1192,15
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	234,00	298,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	221,00	277,98
20 franz. Franken „Napoléon"	216,00	272,33
100 österr. Kronen (Neuprägung)	940,00	1130,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	236,17
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	128,82
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	435,00	531,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	137,86

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Der Wahlausgang in der Bundesrepublik sorgte wie erwartet für zunehmende Nachfrage nach D-Mark. Im Fernen Osten wurde der US-Dollar in der ersten Reaktion bis 2,3650 zurückgenommen. Sehr nervös verlief der Handel am 7. 3. in Europa dann zwischen 2,3770 und 2,4020 als obere Größe. Amtlich wurde er mit 2,3920 ohne Beteiligung der Bundesbank notiert. Der Druck auf den Französischen Franc wurde so stark, daß die französische Notenbank erstmals ihre freiwillige Intervention zu gunsten des Franc aufgab und ein Absinken auf den unteren Interventionspunkt von 34,50 zuließ. Amtlich wurde allerdings mit 34,695 ein knapp 20 Pfennige höherer Kurs ermittelt. Weiterhin historische Tiefstkurse meldeten die Dänische Krone mit 27,76, die Schwedische Krone mit 32,27, die Italienische Lire mit 1,703, die Spanische Pesete mit 1,825 und die Finnmark mit 44,47. Das Englische Pfund, der Schweizer Franken und der Japanische Yen mußten ebenfalls deutliche Rückgänge hinnehmen. US-Dollar in: Amsterdam 2,6485; Brüssel 47,1250; Paris 6,8965; Mailand 1398,30; Wien 16,7960; Zürich 2,0375; Pfund/Dollar 1,5163.



Devisenterminmarkt

Bei sehr nervösem Handel führte die Erwartung, daß es sehr bald zu einem Realigment kommen wird, zu einer kräftigen Erhöhung der FF-Deports, für die 1-Monats-Periode sogar zu einer Verdoppelung der Swapsätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88/0,78	2,37/2,27	4,67/4,47
Pfund/Dollar	0,32/0,29	0,77/0,72	1,21/1,16
Pfund/DM	2,70/1,30	6,10/4,70	10,50/9,10
FF/DM	171/155	254/238	319/303

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,76) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,49, 2 Jahre 6,18.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,40, Rendite 7,15.

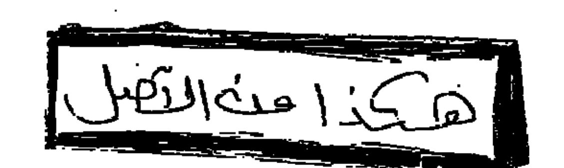
Devisen und Sorten

7. 3. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankts.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York⁴)	2,3880	2,3960	2,3685	2,35	2,44
London¹)	3,620	3,634	3,573	3,56	3,71
Dublin¹)	3,308	3,322	3,263	3,25	3,40
Montreal³)	1,9526	1,9606	1,9348	1,91	2,00
Amsterd.	90,205	90,425	90,315	89,25	91,25
Zürich	117,300	117,500	117,40	116,00	119,00
Brüssel	5,065	5,085	4,964	4,63	4,88
Paris	34,615	34,775	32,385	33,50	35,50
Kopenh.	27,700	27,820	27,18	27,25	28,75
Oslo	33,560	33,670	32,82	31,75	34,50
Stockh.**)	32,190	32,350	31,79	31,25	33,00
Mailand²) **)	1,698	1,708	1,626	1,69	1,78
Wien	14,206	14,246	14,193	14,13	14,37
Madrid**)	1,820	1,830	1,753	1,78	1,91
Lissabon**)	2,365	2,385	2,275	2,05	2,95
Tokio	1,0150	1,0180	—	0,97	1,03
Helsinki	44,370	44,570	43,45	43,30	45,25
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,833	2,887	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,2605	2,2785	—	2,21	2,34
Johannesbg.*)	2,191	2,21	—	1,72	1,97

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar. ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 7. 3.: 1237 Optionen, 65 600 (64 700) Aktien. Kaufoptionen: AEG 6-13,50, 2-10,60, BASF 6-9, 3-8,30, 2-4,70, Bayer 6-11, 3-8, 2-7, BMW 6-30, 3-18, 2-17, BBC 3-13,40, 2-11, Conti 6-9,80, 3-8,50, 2-7, Daimler 6-46, 3-30, 2-25, Deutsche Babcock 6-20, 3-15, 2-12, Deutsche Babcock Vorzüge 6-20, 3-12, Degussa 2-17, GHH 6-16, 3-15, 2-11, GHH Vorzüge 6-17, Harpener 2-14, Hoechst 6-10,70, 3-9, 2-6,50, Hoesch 6-10,50, 3-7, Karstadt 3-20, 2-17,90, Kaufhof 6-28, 3-17, 2-14, KHD, Kloeckner 6-10, 2-3,30, Lufthansa Vorzüge 6-18,00, 3-7,50, Mannesmann 6-17,50, 3-11,30, 2-10, MAN 2-9,20, Mercedes, Preussag 6-21, RWE 6-16,40, 3-15, 2-12, RWE Vorzüge, 2-12, Schering 6-24,80, 3-18,40, 2-16, Siemens 6-26, Thyssen 6-9,50, 3-7, 2-6,60, Veba 2-8,50, VEW 6-13, 6-19, 3-12,60, 2-11, Bay. Vereinsbank 6-23,50, 2-15,90, BHF-Bank 3-12, 2-10, Commerzbank 6-11,50, 2-10, 3-7,90, Deutsche Bank 6-20,80, 3-18, 2-15, Dresdner Bank 6-18, 3-15, 2-11, Alcan, Chrysler 6-6,50, 3-5, Xerox 6-10,80, Philips 6-3,10, Royal Dutch 6-13, Elf Aquitaine 6-8,60, Norsk Hydro 6-13,90, Verkaufsoptionen: AEG 3-8, 3-9, 6-11, BASF 2-3,90, Bayer 2-11, 3-12,50, 6-20,80, BBC 2-6,50, 3-11, 6-15, Conti Gummi, Daimler 2-14,20, Deutsche Babcock 2-7,90, 3-8,90, 6-10,00, Deutsche Babcock Vorzüge 2-8, Degussa 2-7, GHH, Harpener 3-7,50, Hoesch 3-3,80, Kali + Salz 2-8,50, Karstadt 2-10,00 6-16, Kaufhof 6-13, Kloeckner 3-4,70, Lufthansa 6-8, Lufthansa Vorzüge 3-4,70, Mercedes 6-15, 6-10,60, Siemens 2-8, 3-8,50, 6-12, Veba 6-6,40, VW, und 12, Bay. Hypo 6-15, BHF-Bank 3-7,20, Deutsche Bank, Chrysler 3-3,50, 6-4,10, IBM 2-6,30, 3-11, 6-15, Litton



RWE

Bezugsangebot

…ie ordentliche Hauptversammlung unserer Gesell-…chaft vom 24. Februar 1983 hat beschlossen, das …rundkapital von DM 1 800 000 000,– um DM …50 000 000,– auf DM 2 250 000 000,– zu erhöhen. …s sollen u. a. ausgegeben werden:

…M 292 858 900,–
…uf den Inhaber lautende Stammaktien im Nenn…etrag von je DM 50,– und
…M 150 000 000,–
…uf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne …timmrecht mit einem nachzahlbaren Dividen…envorzug von 5% im Nennbetrag von je DM 50,–.

…ie neuen Aktien sind mit Gewinnanteilberechtigung …rstmals für das am 30. Juni 1983 endende Geschäfts…hr 1982/83 – und zwar für dieses Geschäftsjahr zu …nem Viertel – ausgestattet.

…ir unterbreiten unseren Aktionären folgendes Be…ugsangebot:

…ezugsrecht

…in Bankenkonsortium, das unter der gemeinsamen …ührung der Dresdner Bank AG und der Deutsche …ank AG steht, hat die neuen Stamm- und Vorzugsak…en mit der Verpflichtung übernommen, den Stamm…ktionären die neuen Stammaktien und den Vorzugs…ktionären die neuen Vorzugsaktien zum Bezug an…ubieten.

…ezugsverhältnis

…as Bezugsverhältnis ist 4:1. Es können börsenum…atzsteuerfrei bezogen werden

…auf je vier alte Inhaber-Stammaktien
…i je nom. DM 50,–
…ne neue Inhaber-Stammaktie
…i nom. DM 50,–;

…auf je vier alte Inhaber-Vorzugsaktien
…i je nom. DM 50,–
…ne neue Inhaber-Vorzugsaktie
…i nom. DM 50,–.

Bezugspreis

Der Bezugspreis beträgt DM 90,– je neue Stamm- oder Vorzugsaktie im Nennbetrag von DM 50,–.

Bezugsfrist

Der Beschluß der Hauptversammlung, das Grundkapital zu erhöhen, und die Durchführung der Kapitalerhöhung sind inzwischen in das Handelsregister eingetragen worden. Zur Vermeidung des Ausschlusses sind die Aktionäre aufgefordert, ihr Bezugsrecht in der Zeit vom 14. März bis 28. März 1983 einschließlich auszuüben.

Bezugsrechtshandel

Das Bezugsrecht auf die neuen Stamm- und Vorzugsaktien wird – für beide Aktiengattungen getrennt – vom 14. März bis 24. März 1983 einschließlich an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Ausübung des Bezugsrechts

Wir bitten unsere Stamm- und Vorzugsaktionäre, ihr Bezugsrecht bei einer der nachstehend genannten Banken auszuüben:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co.
Merck, Finck & Co.
National-Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

Berechtigungsnachweis für das Bezugsrecht der Stamm- und Vorzugsaktionäre ist der Gewinnanteilschein Nr. 42.

Der Bezugspreis ist bei Ausübung des Bezugsrechts, spätestens jedoch am letzten Tag der Bezugsfrist zu zahlen. Für den Bezug wird die übliche Provision berechnet; er ist provisionsfrei, wenn der Bezieher den Gewinnanteilschein Nr. 42 während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer der obengenannten Bezugsstellen einreicht und ein weiterer Schriftwechsel hierdurch nicht entsteht.

Börsenzulassung

Die Zulassung der neuen Stamm- und Vorzugsaktien zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen ist bereits beantragt. Der Börsenzulassungsprospekt soll zum Beginn der Bezugsfrist veröffentlicht werden. Es ist vorgesehen, die amtliche Notierung am 30. März 1983 aufzunehmen.

Verbriefung

Die neuen Stamm- und Vorzugsaktien sind vorerst in Globalurkunden verbrieft, die bei der Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG, Düsseldorf, hinterlegt werden. Die beziehenden Aktionäre erhalten daher zunächst eine Gutschrift auf Girosammeldepotkonto. Der Druck neuer Aktien ist zur Zeit nicht vorgesehen, da genügend Einzelurkunden zu alten Aktien vorhanden sind, von denen ein Teil in Kürze im Tausch gegen Globalurkunden neuer Aktien für Lieferzwecke zur Verfügung stehen wird. Diese Aktien sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 43 bis 60 ausgestattet, wobei der Gewinnanteilschein Nr. 43 den Aufdruck »1/4« tragen wird. Bis zum Zeitpunkt des Austausches können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Essen, im März 1983

Über unser Geschäftsjahr 1981/82

…emonstrationsanlage zur Rauchgasentschwefelung ▲ …s 300-MW-Blocks im Kraftwerk Neurath …ch dem RWE-Trocken-Additiv-Verfahren (TAV).

KONZERN-KENNZAHLEN			Vorjahr
Nutzbare Stromabgabe	GWh	118 180	115 724
Außenumsatz			
Elektrizitäts- und andere Versorgungsbereiche	Mio DM	14 134	12 442
Braunkohlenbergbau	Mio DM	1 080	886
Mineralöl und Chemie	Mio DM	6 158	5 523
Übrige Konzernbereiche	Mio DM	1 621	1 600
	Mio DM	22 993	20 451
Investitionen	Mio DM	3 839	3 191
Objekt-(Leasing-)finanz. Investitionen	Mio DM	794	872
Mitarbeiter	Anzahl	70 098	69 664
Bardividende RWE je 50,– DM/Aktie	DM	8,00	8,00
Steuerguthaben auf Dividende	DM	4,50	4,50

RWE- und Konzernabschluß tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, Essen. Die vollständigen Abschlüsse werden im März 1983 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

KONZERNABSCHLUSS (Kurzfassung in Millionen DM)

BILANZ ZUM 30. 6. 1982		Vorjahr
AKTIVA		
Anlagevermögen	16 303	15 064
Kernbrennelemente	560	531
Umlaufvermögen	9 565	8 555
	26 428	24 150
PASSIVA		
Grundkapital und Rücklagen	4 302	4 217
Unterschiedsbetrag und Ausgleichsposten	1 945	1 716
Sonderposten	353	179
Rückstellungen, Wertberichtigung, Baukostenzuschüsse	11 979	10 342
Verbindlichkeiten und Wohlfahrtfonds	7 503	7 372
Konzerngewinn	346	324
	26 428	24 150

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 1. 7. 1981 BIS 30. 6. 1982		Vorjahr
Gesamtleistung	23 700	21 147
Stoffaufwand	12 148	10 792
Rohertrag	11 552	10 355
Beteiligungserträge	184	114
Übrige Erträge	924	618
	12 660	11 087
Personalaufwendungen	4 424	4 189
Abschreibungen	2 379	2 107
Pachten für Werksanlagen und Netze	290	168
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	387	368
Steuern	1 716	1 643
Übrige Aufwendungen	2 968	2 126
Jahresüberschuß	496	486
Gewinnvortrag aus Vorjahr	66	69
	562	555
Einstellungen in Rücklagen, Unterschiedsbetrag und Ausgleichsposten	210	202
Ergebnisse Konzernfremder	6	29
Konzerngewinn	346	324

…heinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft Essen

Warenpreise – Termine

Deutlich zurückgenommen wurden an der New Yorker Comex die Notierungen für Gold und Silber. Auch Kupfer schwächte sich kräftig ab. Ebenfalls ermäßigt ging Kaffee aus dem Markt. Kakao blieb im laufenden Monat unverändert und schloß in den weiteren Sichten mit Abschlägen

Getreide und Getreideprodukte

	4. 3.	3. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	317,25	314,00
Mai	329,00	327,00
Juli	341,50	338,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	4. 3.	3. 3.
St. Lawrence 1 CW	233,51	233,91
Amber Durum	212,11	212,51
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	117,90	117,40
Mai	121,10	120,80
Juli	123,30	123,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	101,50	100,50
Mai	98,50	97,50
Juli	97,40	96,50
Hafer Chicago (c/bush)	4. 3.	3. 3.
März	148,50	176,75
Mai	148,50	155,50
Juli	164,50	162,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	280,50	280,00
Mai	289,50	288,50
Juli	294,50	294,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	4. 3.	3. 3.
März	103,30	102,50
Mai	104,90	102,20
Juli	105,80	105,10
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	4. 3.	3. 3.
März	9,56	9,55
Mai	9,82	9,82
Juli	9,93	9,93
Sept.	9,67	9,68
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	17,50	17,45
Mai	18,12	18,05
Sept.	18,00	18,00

Genußmittel

	4. 3.	3. 3.
Kaffee		
New York (c/lb)	4. 3.	3. 3.
Terminkontr. März	124,75	125,01
Mai	121,70	122,15
Juli	120,30	120,50
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	1769	1785
Mai	1816	1824
Juli	1840	1856
Umsatz	2615	3350
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,39	6,32
Juli	6,67	6,58
Sept.	6,99	6,94
Okt.	7,23	7,17
Jan.	7,53	7,40
Umsatz	7975	6366
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4. 3. / 6,15	3. 3. / 6,15
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	4. 3.	3. 3.
Kontr. März	1655–1660	1673–1679
Mai	1661–1663	1666–1670
Juli	1565–1568	1570–1572
Umsatz	2714	4713
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1291–1293	1286–1287
Mai	1303–1304	1315–1316
Juli	1318–1319	1325–1326
Umsatz	4878	4011
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	112,05–112,10	112,50–112,60
Aug.	119,25–1195,0	120,25–120,40
Okt.	125,25–125,75	126,20–126,40
Dez.	130,50–131,00	131,75–132,00
März	139,75–140,50	141,40–141,45
Mai	143,50–144,00	144,00–146,00
Umsatz	2803	2066

	4. 3.	3. 3.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	317,50	317,50
weißer Sarawak	355,00	355,00
weißer Muntok	360,00	360,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	4. 3.	3. 3.
März	111,50	112,00
Mai	108,50	109,30
Juli	108,60	108,50
Sept.	108,50	109,00
Nov.	106,25	106,75
Umsatz	650	750

Öle, Fette, Tierprodukte

	4. 3.	3. 3.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	4. 3.	3. 3.
Südstaaten fob Werk	25,25	25,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	23,00	23,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	16,70	17,83
Mai	17,05	17,17
Juli	17,42	17,80
Aug.	17,55	17,64
Sept.	17,65	17,80
Okt.	17,80	17,93
Dez.	18,05	18,20
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	17,50	17,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	17,00
Choise white hog 4% fr. F.	14,875	14,87
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	52,00	51,90
Juni	54,60	54,30
Juli	54,90	54,65
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
März	73,00	72,30
Mai	73,85	73,37
Juli	74,10	73,10

	4. 3.	3. 3.
Häute		
Chicago (c/lb)	4. 3.	3. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	37,50	37,50
Kühe einh. schwere River Northern	42,50	42,50
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
März	576,00	[illegible]
Mai	589,00	[illegible]
Juli	600,00	[illegible]
Aug.	604,50	602,50
Sept.	607,50	605,50
Nov.	619,50	616,25
Jan.	630,50	629,[illegible]
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
März	170,90	169,90
Mai	175,00	174,50
Juli	178,30	177,50
Aug.	179,70	179,30
Sept.	181,50	181,30
Okt.	182,50	182,00
Dez.	187,00	186,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	4. 3.	3. 3.
März	295,50	303,00
Mai	292,00	313,70
Juli	299,00	324,90
Kokosöl		
New York (c/lb)	4. 3.	3. 3.
Westküste fob Werk	21,75	20,75
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	7. 3.	4. 3.
jegl. Herk. cif	437,50	437,50
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	250,00	385,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	365,00	375,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	107,00	101,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	480,00	472,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	250,00	349,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	4. 3.	3. 3.
Baumwolle		
New York (c/lb)	4. 3.	3. 3.
Kontrakt Nr. 2		
März	71,90	71,45
Mai	71,30	70,90
Juli	70,90	70,50
Okt.	69,30	69,70
Dez.	69,10	68,60
März	70,25	69,95
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	53,50	53,00
Wolle		
London (Neus. c/kg)		
Kreuz. Nr. 2	4. 3.	3. 3.
März	365–372	366–377
Mai	384–385	376–387
Aug.	405–407	407–410
Umsatz	88	75
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge	4. 3.	3. 3.
Mai	43,60	43,60
Juli	44,20	44,20
Okt.	44,50–45,00	44,50–45,00
Dez.	45,30	45,30
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	3. 3.	2. 3.
März	534,0–537,0	532,5–534,0
Mai	551,0	553,5–554,0
Juli	567,0–570,0	567,0
Umsatz	158	–
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	4. 3.	3. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	4. 3.	3. 3.
März	14 266	14 271
April	14 344	14 365
Kautschuk		
London (p/kg)	4. 3.	3. 3.
Nr. 1 RSS loco	74,50–76,50	72,00–74,00
April	73,50–73,90	70,70–71,20
Mai	73,50–75,00	71,30–71,90
April/Juni	–	–
Tendenz: ruhig – stetig		

	4. 3.	3. 3.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	4. 3.	3. 3.
Nr. 1 RSS loco	230,50–231,50	225,00–226,00
März	233,50–234,50	228,00–229,00
April	244,50–245,50	239,00–240,00
Nr. 2 RSS März	229,50–229,50	–
Nr. 3 RSS März	219,00–220,00	–
Nr. 4 RSS März	212,00–213,00	–
Tendenz: unsicher		
Jute London (£/lgt)	4. 3.	3. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg 1 Fl – 76 WD – (–). BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	7. 3.	4. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,11–106,29	107,35–107,53
drittfolg. Monat	110,47–110,66	111,48–111,57
Zink: Basis London		
laufend. Monat	160,99–161,35	162,58–162,95
drittfolg. Monat	166,52–165,80	168,07–168,27
Produz.-Preis	179,70	181,79
Reinzinn 99,9%	3460–3494	3458–3493

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 3.	4. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	387,38–389,56	400,76–402,97
Blei in Kabeln	113,75–114,75	115,00–116,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorzehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	7. 3.	4. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	326–331	332–339
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	365–367	373–374
MS 63	367–370	377–379

Zinn-Preis Penang

	4. 3.	3. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	23,63	29,58

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 3.	4. 3.
Leg. 225	269–284	269–284
Leg. 226	272–286	272–286
Leg. 231	315–330	315–330
Leg. 233	330–347	330–347

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 3.	4. 3.
Platin (DM je g)	34,90 B	34,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 800	33 800
Rücknahmepr.	32 000	33 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 790	32 720
Rücknahmepr.	31 890	31 740
verarbeitet	34 410	34 340
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 460	33 230
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	819,30	838,10
Rücknahmepr.	790,60	808,80
Verarbeitet	855,60	875,30

Internationale Edelmetalle

	7. 3.	4. 3.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	421,25	415,50
15.00	420,75	412,50
Zürich mittags	421,00–422,00	416,00–418,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 950	95 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	691,60	699,65
3 Monate	709,70	718,50
6 Monate	737,35	735,95
12 Monate	760,10	770,00
Platin (£-Feinunze)	4. 3.	3. 3.
London fr. Markt	261,25	270,75
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	65,75	66,80

New Yorker Preise	4. 3.	3. 3.
Gold H & H Ankauf	412,50	[illegible]
Silber H & H Ankauf	1078,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	439,00–442,00	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	98,00–100,00	[illegible]
Produz.-Preis	140,00	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
März	1016,00	[illegible]
April	1023,00	[illegible]
Mai	1027,00	[illegible]
Juli	1050,00	[illegible]
Sept.	1059,00	[illegible]
Dez.	1086,00	[illegible]
Jan.	1091,00	[illegible]
Umsatz	28 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

	4. 3.	3. 3.
Kupfer (c/lb)		
März	72,30	[illegible]
April	72,80	[illegible]
Mai	73,10	[illegible]
Juli	74,10	[illegible]
Sept.	75,00	[illegible]
Dez.	77,10	[illegible]
Jan.	77,50	[illegible]
Umsatz	35 000	[illegible]

Londoner Metallbörse

	7. 3.	4. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	866,50–867,50	865,00–[illegible]
3 Monate	894,00–895,00	892,00–[illegible]
Blei (£/t) Kasse	292,00–292,50	292,00–[illegible]
3 Monate	304,00–304,50	303,50–[illegible]
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1053,50–1054,0	1079,0–[illegible]
3 Monate	1087,00–1087,5	1111,5–[illegible]
abends Kasse	–	1088,0–[illegible]
3 Monate	–	1099,5–[illegible]
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1039,00–1040,0	1051,0–[illegible]
3 Monate	1068,50–1069,5	1080,0–[illegible]
Zink (£/t) Kasse	443,00–444,00	442,00–[illegible]
3 Monate	458,00–459,00	457,50–[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8830–8840	[illegible]
3 Monate	8858–8860	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	[illegible]

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb in den frühen Morgenstunden des 4. März 1983 mein lieber Mann, Vater, Großvater, Bruder, unser Schwager und Onkel

Dr.-Ing. Gotthold Kimm

im 78. Lebensjahr.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Christina Kimm geb. Metzger
Peter Nowak und Frau Dagmar geb. Kimm
Sacha, Janina

Sohrhof 43
2000 Hamburg 52

Die Beisetzung findet statt am Montag, dem 14. März 1983, um 14 Uhr auf dem Groß Flottbeker Friedhof, Stiller Weg.

Wilhelm Schmidt

Komplementär und Geschäftsführer Firma P. C. Turck Wwe., Lüdenscheid, ist heute 80 Jahre alt geworden. Herr Schmidt hat seine Firma in den letzten 40 Jahren erheblich ausgebaut und modernisiert, insbesondere die Fertigung für Kfz-Blechpreßteile und das traditionelle Programm im Bereich der Leder-, waren- und Textilindustrie.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

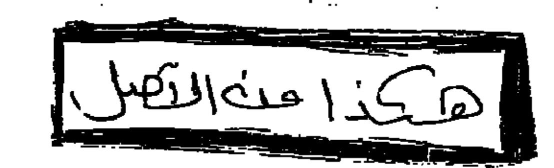
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Bundesanleihen

		7.3.	4.3.
…ol. 57*	4/84	100,5G	100,45G
…nd 63 II	4/85	100G	100G
…dgl. 75	1/85	100,2G	100,2
…gl. 75 I	6/85	100,55G	100,55
…dgl. 75	6/83	100,55	100,55
…gl. 75 II	7/85	100,75	100,7
…dgl. 78 I	1/84	100	99,85
…gl. 64 I	1/84	99,9G	99,9G
…gl. 76 I	2/84	101,8	101,8G
…gl. 77	3/84	101,2	101
…dgl. 76 II	4/84	101,75	101,6
…gl. 78	5/84	99,5	99,2
…gl. 78 III	9/84	100	99,75
…dgl. 74	9/84	102,5G	102,5
…gl. 78 IV	12/84	99,85G	99,7
…dgl. 79	1/85	99,8	99,75
…dgl. 75 I	3/85	105,85	105,75
…gl. 79	4/85	101,2bG	100,95
…dgl. 79 II	6/85	101,6	101,5
…dgl. 79 I	7/85	102,5	102,5
…gl. 74 IV	10/85	105,1	105
…dgl. 78 II	3/86	97,9	97,8
…dgl. 76	5/86	97,25	96,9
…dgl. 76 I	12/86	100,6	100,5
…dgl. 79	1/87	98,1G	98,05G
…dgl. 74 II	1/87	100,8	100,5
…dgl. 77	4/87	98,85	98,75G
…dgl. 77	7/87	98,75	97,9
…gl. 77	10/87	96,75	96
…gl. 78 I	1/88	96,3	95,55
…dgl. 78 I	9/88	97	96,8
…dgl. 78 II	12/88	97,18G	97,05
…dgl. 79	1/89	97,95	97,95
…dgl. 79 I	4/89	100,5	100,4
…gl. 81	4/89	112,4	111,8
…dgl. 79 I	6/89	100,9G	100,8G
…gl. 79 I	7/89	102,95G	102,85
…gl. 79 II	8/89	103	102,8
…dgl. 79 II	9/89	100,95	100,85
…dgl. 79 II	11/89	102,25	101,7
…dgl. 80 I	1/90	102G	101,8bG
…gl. 80	4/90	112,75	112bG
…dgl. 78	5/90	95,5	95,2
…dgl. 80 I	7/90	104,5bG	103,8
…dgl. 80 II	11/90	106,3bG	105,6
…dgl. 82	11/90	102,2bG	101,15
…gl. 81	2/91	108,7bG	107,45
…dgl. 81	7/91	115,3bG	114,6
…dgl. 81	9/91	118,95G	117,95
…gl. 81 II	12/91	114,9bG	113,9
…dgl. 82 I	1/92	113,5	112,6bG
…dgl. 82 II	3/92	113,35G	112,3
…gl. 78 II	5/92	95,5	95
[illegible]			
6 dgl. 77	9/87	95,35	95,95
6 dgl. 78 II	7/88	95,5	95
6½ dgl. 77	3/89	96,8	96,25
8 dgl. 79 I	7/89	105,3G	103,06
6 dgl. 78 I	2/90	93,85	93,7
8 dgl. 80 II	7/90	105,4G	103,1
9 dgl. 81	3/91	108	107,4G
10½ dgl. 81	9/91	114,95	116,35
10¾ dgl. 81	11/91	115,65	115,05
8 dgl. 80 I	2/92	105,4	103,1G
10 dgl. 82	2/92	114,6	113,95
9¾ dgl. 82	7/92	111,75	111
8 dgl. 82	11/92	103,4	102,8
7¾ dgl. 83	1/93	101,3	101,3

Bundespost

		7.3.	4.3.
4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,45G
5½ Bdpost 58	10/83	100G	100G
6 dgl. 65 II	7/85	100,2G	100
8 dgl. 72 II	12/83	101,9G	101,9
6½ dgl. 68	6/86	99,8	99,8
8 dgl. 72 I	9/87	102,85	102,6
10 dgl. 81	3/89	111,1	111,85
10½ dgl. 81	6/89	112,65	112,65G
8 dgl. 80	3/90	103,7	103,1bG
7¾ dgl. 80	9/90	102,4	101,6bG
8¾ dgl. 80	12/90	107,11	106,3
10½ dgl. 81	10/91	117,15	114,5
9¾ dgl. 82	2/92	113,25G	112,5
8¾ dgl. 82	6/92	108,25G	107,35
8½ dgl. 82	10/92	106,4	105,5
7¾ dgl. 83	2/93	102,35	101,35

Länder – Städte

		7.3.	4.3.
5½ Bd.-Wttbg. 58	83	99,5G	99,5G
8 dgl. 71	85	101G	101,5G
8½ dgl. 75	85	100G	100,05
6¾ dgl. 78	86	97,75G	97,75
8¾ dgl. 82	92	103,5G	105G
7 Bayern 66	86	100G	100,5G
6½ dgl. 67	87	–	–
6 dgl. 68	85	99,5G	98,9G
7½ dgl. 71	85	100,15G	100,15G
7 dgl. 72	84	101G	101G
8½ dgl. 75	83	100,05G	100,05G
7½ dgl. 76	84	101,5	101,25
6 dgl. 78	88	95,5	95,1
8¾ dgl. 80	90	106,5	105,5
8¾ dgl. 82	92	106,9	105,8
8½ Berlin 70	85	–	–
7½ dgl. 71	83	100,4G	100,4G
8 dgl. 72	85	–	–
8½ dgl. 75	83	100,4G	100,4
7½ dgl. 76	84	100,3G	100,3G
7 dgl. 77	85	100,5	100,5G
6½ dgl. 78	88	98G	97,75G
8¾ dgl. 80	88	106G	106G
7½ Bremen 71	87	101,75G	101,25G
8 dgl. 72	87	102G	101,5
8½ dgl. 75	83	100,15G	100,15
8½ Hamburg 70	85	103,15G	102,9G
6½ dgl. 77	92	96,6G	96,3G
8 dgl. 80	90	102,7G	102,5
9¾ dgl. 82	92	111,5	111,85G
8 Hessen 71	86	101	101
6½ dgl. 78	88	95,25	95,25
6 Nieders. 69	84	100,2G	100,1G
8½ dgl. 78	85	105,6G	105,5G
7½ dgl. 72	87	102	101,5bG
8 dgl. 72	87	103,25	102,6
7½ dgl. 79	87	101,5	100,75G
7¾ dgl. 82	92	102	100,75
7½ NRW 71	83	101,15bG	101
8 dgl. 75	85	100,55bG	100,55bG
7½ dgl. 85	95	100,25bG	99,75bG
6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,6G	99,6
6½ dgl. 68	85	100G	99,75G
8 dgl. 71	86	100,5	100,5
6½ Saar 68	83	100G	100G
8½ dgl. 70	85	102,5	102,25
7 dgl. 72	87	99,9	99,6G
6 dgl. 78	88	96	95,75
5½ Schl.-H. 59	84	99,75G	99G
6 dgl. 64 II	84	100,2G	99,9
7½ dgl. 72	87	101G	100
8½ dgl. 75	85	103,75	103,25
7 Essen 72	85	101	100,4G
7½ Köln 71	83	100G	100G
6 München 63	85	99,9G	99,9G
6 dgl. 64	84	99,75G	99,75
6 Stuttgart 63	85	100bG	100bG
7½ dgl. 71	86	102	102
7½ dgl. 72	87	101,5bG	101,5bG

Bundesbahn

[illegible]

Langläufer fester

In Erwartung weiterer Zinssenkungen und vor allem einer DM-Aufwertung innerhalb des EWS hat das Interesse der Ausländer an deutschen öffentlichen Anleihen zugenommen. Langläufer lagen bis zu 1,5 Prozentpunkten höher als am Wochenschluß. Das Interesse für DM-Auslandsanleihen wuchs zwar ebenfalls – ihre Kurse zogen bis zu 0,75 Prozentpunkte an –, doch wurde bei ihnen vorsichtiger disponiert, weil sich gezeigt hat, daß spätere Positionslösungen hier schwieriger sind als bei den öffentlichen Emissionen.

Sonderinstitute

	7.3.	4.3.
5 DSL B Pf 35	87	74,5
6 dgl. Pf 37	83,5	85
7 dgl. Pf 63	95	92bG
8 dgl. Pf 118	97,5	102
5 dgl. KO 36	98	97
5½ dgl. KO 45	97,5	96,5bG
7 dgl. KO 58	104,5	110
6½ dgl. KO 67	97,25bG	96,25
8½ dgl. KO 94	108	100,75
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5	99,5
6½ dgl. 69	99,75	99,75bG
6¾ dgl. IS 90	92,6	92,6
7½ K. f. W. 70	101,25	100,9
8 dgl. 70	102,25G	101,7
8 dgl. 76	101,75bG	101,65
7½ dgl. 79	100,5	99,9
10 dgl. 81	113,45	112,45
8½ dgl. 82	105	104,55
6 Landw.-Rtbk. 20	99,25G	99,25G
6 dgl. 26	99,25G	99,25G
7½ dgl. 27	100,5	100,5
8 dgl. 29	100,3G	100,5G
9½ dgl. 34	105,15	105,15
6½ dgl. 59	100,75G	100,75G
10 dgl. 120	106,5G	106,5G
8½ dgl. 127	105,5G	105,5G
9 dgl. 131	105,5G	105,5G
7½ LAG 74/16	101,9	101,7
8 dgl. 76/17	102,8G	102,8
6½ dgl. 77/18	97,75	97,5G
5½ dgl. 78/19	99,75	94,25
7 dgl. 79/20	99,5	99,4

Bankschuldverschreib.

	7.3.	4.3.
7 All. Hyp. Pf 2	100,5G	100,5G
6½ dgl. Pf 7	92G	92G
6½ dgl. Pf 98	96G	96G
7 dgl. Pf 99	100,5G	100,5
6½ dgl. Pf 100	100G	100G
7½ dgl. Pf 101	100,5G	100,5G
6 dgl. KO 1	84G	84G
6½ dgl. KO 66	100,25G	100,25G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	83G	83
7 dgl. Pf 76	92G	92G
6½ dgl. KO 64	86G	86G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87bG	87
7 Bay. Hdbk. KO 2	101bG	101bG
6 Bay. Hypo. Pf. 30	82	82
7 dgl. Pf 3	92bG	92bG
6½ dgl. KO 6	87	87
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	82bG	82bG
6½ dgl. Pf 8	89	88,5
7 dgl. KO 3	101	100,75
8 Bln. Pfbr. Bk. 51 fr. Bln. Pfbr.Amt	102,5	102,5
7½ dgl. 33	100G	100G
7½ dgl. 47	99,5G	99,5G
6 Br. H. Hp. Pf 71	82	82
7 dgl. Pf. 72	99,75	99,75
6½ dgl. Pf. 75	87,75	87,75
6½ D.Centrbd. Pf 125	90	98
9 dgl. Pf 190	102,75	102,75
7 dgl. KO 113	100,35	100,25
6 DG HYP Pf 48	82G	82G
5½ dgl. Pf 58	76G	76G
7 dgl. Pf 69	100,9G	100,9
5½ D. Gen. Bk. IS 70	92G	92G
6 dgl. IS 71	98,95G	98,95G
6½ dgl. IS 73	96,5G	96,5G
6½ dgl. IS 74	95,5G	95,5G
6½ dgl. IS 75	99G	99G
7½ D. GiroKO 101	101,5G	101,25G
10 dgl. KO 125	104,2G	104
9 dgl. KO 179	107,5G	107G
9½ dgl. KO 180	109,8G	109,3G
9¾ dgl. KO 181	110,25G	109,75G
9 dgl. IS/K	101,15	101,15G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	98,95G	98,95
6½ dgl. KO 125	96,15G	96,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 130	95G	95G
6½ dgl. Pf 149	87,5G	87,5G
8½ D. Schiffb. Pf 83	102,65	102,65
7½ dgl. Pf 84	101,35	101,35
6 Fr. Hyp Pf 98	82G	82
7 dgl. Pf. 113	94,5	94,5
6½ dgl. Pf 119	88G	88G
10 dgl. Pf 168	102,1G	102,1
8 dgl. KO 220	102,4G	102,4G
7½ dgl. KO 222	101,85G	101,85G
10 dgl. KO 226	106,25G	106,25G
9½ dgl. KO 228	110,6G	110,6G
8½ dgl. KO 231	105,45G	105,45G
9 dgl. KO 232	104,65G	104,65G
6 Hbg. Ldbk. Pf 40	82	82
9 dgl. IS 44	100,45	100,45
10 dgl. IS 46	101	101
9½ dgl. IS 53	104,9	104,9
8½ dgl. IS 92	105,25	105,25
8 dgl. IS 96	102,8	102,8
9½ dgl. KO 110	109,5	109,5
9 dgl. KO 111	106,75	106,75
5½ H. Ldbk. Pf 43	80G	80G
7 dgl. Pf 54	95,9	95,9G
8 dgl. Pf 70	–	–
9 dgl. Pf 76	102,8G	102,8G
6 dgl. Pf 87	99,9G	99,9G
6 dgl. KO 47	82,5G	82,5
6½ dgl. KO 81	87G	87G
7 dgl. KO 205	97,2G	97,2G
7½ dgl. KO 284	98,4	98,4G
6 Hyp.LHbg. Pf 46	84,5	84,5
6½ dgl. Pf 80	92	92
9 dgl. Pf. 117	100,5	100,5
8 dgl. Pf 248	102,1	101,95
9 dgl. KO 125	101,45	101,45
8 dgl. KO 175	102,3	102,3
9 dgl. KO 259	104,55	104,55
9½ dgl. KO 262	104,9	104,9
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	85,75G	85,75G
7 dgl. Pf 24	96,25G	96,25G
6 dgl. Pf 26	88,75G	88,75G
7 dgl. KO 150	96,8G	96,8G
6½ dgl. KO 151	100G	100G
6 dgl. KO 152	99,95G	99,95G
6½ dgl. KO 154	97,25G	97,25G
8 dgl. KO 168	101,75	101,75
8½ dgl. KO 171	101,25G	101,25G
8½ dgl. KO 174	102,5G	102,5G
9 dgl. KO 177	102,75G	102,75G
9½ dgl. KO 180	105,25G	105,25G
9½ dgl. KO 181	107,75G	107,75G
9 dgl. IS 12	101,4G	101,4G
6½ dgl. IS 35	99,8G	99,8G
6 Ldbk. Saar Pf 18	88,5G	87,75
6½ dgl. KO 69	101,25G	100,25G
7 dgl. KO 70	99,75G	98,35G
7 dgl. KO 73	101,1G	101G
7½ dgl. KO 76	102G	101,2G
7½ dgl. KO 79	102,5G	101,7G
8½ dgl. KO 85	105,4G	104,25
9 dgl. KO 88	110,5G	109,1
9½ dgl. KO 89	105,75G	102,3G
7½ dgl. KO 90	103,15G	102,3
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	82	82
7 dgl. Pf 93	91,5	90,5
8 dgl. Pf 80	102,7	102
7½ dgl. Pf 81	102,1	101,5
7½ dgl. Pf 83	100,5	99
8 dgl. KO 98	102,6	102
9½ dgl. KO 242	111	109,5
7½ dgl. KO 248	102,5	101,55
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92	92
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	95,5G	95,5G
7 dgl. Pf 45	94G	94G
8 LKB KO 1	100G	100G
6½ Lüb.Hyp. Pf 62	88	88
9 dgl. Pf 92	101,5	101,5
8 dgl. Pf 168	89	102
8½ dgl. Pf 174	102,65	102,65
8½ dgl. Pf 175	103	103
9½ dgl. Pf 178	105	105
6 dgl. KO 39	83	83
7½ dgl. KO 170	99	99
9 dgl. KO 180	104,1	104,1
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	98	98
7 dgl. KO 25	95	95
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	98	98
6½ dgl. Pf 34	89	89
6 dgl. KO 27	85,25	85,25
9 Nord.LB IS 20	100,85	100,85
8 Old. Lbk. IS 75	100,5	100,5
8 dgl. IS 76 I	102,1	102,1
8 dgl. IS 76 II	102,7	102,7
7½ dgl. IS 77	102	102
6 dgl. IS 78	98	98
6 Pfälz. Hyp. 57	90,7G	90,7G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
8½ dgl. Pf 124	102,35G	102,35G
7½ dgl. Pf 191	98,9G	98,9G
9 dgl. Pf 195	102,4G	102,4G
9½ dgl. Pf 196	103,35G	103,35G
7½ dgl. Pf 197	101G	101G
8½ dgl. KO 169	102G	102G
8 dgl. KO 173	100,3G	100,3G
7½ dgl. KO 180	100,9G	100,9G
7 Rheinbod. Pf 60	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	84,5	84,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	84	84
7 dgl. Pf 20	92,5	92,5
6½ dgl. Pf 21	87,25	87,25
8½ dgl. Pf 31	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 53	99,8G	99,8G
7½ dgl. Pf 66	100,15G	100,15G
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	102,8G	102,8G
7½ dgl. KO 33	100,3G	100,3G
6 Südboden Pf 41	90	90
5½ dgl. Pf 57	79,5	79,5
7 dgl. Pf 105	100	100
6 Vbk. L Nbg. Pf 56	91,25	91,25
7 dgl. Pf 102	95,5	94,25
9 dgl. Pf 131	102,25	102,25
10 West LB IS 577	101,45G	101,45G
6½ Westhyp. KO 58	92	92
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86G	86G
6 Württ.Hyp.KO 30	85G	85G
7 W. Ldbk. KO 44	98,2G	98,2G
8½ dgl. 69	100,3G	100,3G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 68	97,7G	97,7G
9 dgl. Pf 85	103,25G	103,25G

Industrieanleihen

	7.3.	4.3.
6 Badenwerk 64	99G	99G
6 dgl. 78	95	94,5
5 BASF 59	98G	97G
5 Bayernw. 59	97,5G	96,25G
8 Chem. Hüls 71	–	100G
7½ Cont. Gum. 71	100	100
6 Dt. Texaco 64	97,8G	97,8
6 Gelsenb. 64	99G	99T
6 GHH Akt. 63	99,6G	99,6G
6 GHH Sterkr. 65	99,6G	99,6G
6 HEW 58	99,75G	99,75G
5½ dgl. 62	97,25G	97,05G
6 dgl. 63	99,75G	99,75G
7½ dgl. 71	101,25G	101,1G
7¾ dgl. 71	101,5G	101,25G
4½ Harpen 59	1695	1690
6 Hoechst 65	–	99,3T
6 dgl. 64	99T	99T
6 Hoesch 64	98,75T	98,75T
7½ dgl. 71	99,5G	99,25G
7½ Karstadt 71	99,9G	99,9
7½ Kaufhof 71	99,9T	99,8
7¾ dgl. 71	100	99,8bG
7½ dgl. 76	100	99,7G
6 Klöckner W. 63	98,5G	98,5G
7½ dgl. 71	95,5G	95,5
8 dgl. 72	97	97
6 Krupp 64	98,75T	98,5
6 Linde 64	98,25G	98,25G
5 Mannesmann 59	98,25T	98T
6 Moselkraft 65	98,5T	98,5T
6 NWK 58	99,75G	99,75G
6 dgl. 61	99G	98,75G
6 dgl. 62	98	97,6G
6 ObDon. Krwk. 64	95T	95T
5½ Öst.BayK. 58	99G	99G
6 Rat.Vdb. Stk. 68	98G	98G
5½ Rh.Braw. 58	98G	98G
6 dgl. 63	95,5bG	95,5bG
6 dgl. 65	95,25T	95T
5½ RWE 59	98G	98G
6 dgl. 63	–	96T
6 dgl. 65	95,5T	95,5T
7½ dgl. 71	100,2T	100,2
7 dgl. 72	98,1	98,1G
6 Rh.-M.-Don. 62	97,5G	97,5
6½ dgl. 68	100	99,25
8 Schleswag 71	100,2G	100,2
5 STEAG 59	97,5G	97,5G
6 Thyssen 63	99,25T	99,25T
7½ dgl. 71	99,25T	99,7G
8 dgl. 72	100,5	100,2T
7¾ dgl. 77	97,5T	97,5T
5 Veba 59	98T	97,25T
8 VEW 71	100,6	100,4
6½ dgl. 77	96T	96T
7 VW 72	98,8	98,5G
5½ Wintersh. 58	98G	98G

Wandelanleihen

	7.3.	4.3.
4¾ AKZO 69	84G	84G
3½ All Nippon 78	93	92,3
3½ Asahi Opt. 78	97T	98G
4¾ Canon Inc. 77	275G	273
3½ Cas. Comp. 78	163G	160G
5 D Bk. Lux. 77	99,4	99,9
5¾ Daiei Inc. 80	111,25	111,25G
4½ Fujitsu Lim. 78	390T	390T
5 dgl. 79	260T	259G
5½ Hoogovens 68	80G	80G
3½ Izumiya Co 78	91,5	91,25G
3½ Jusco Co. 78	93,25G	93,5G
4 Kansai El. 79	101T	101,5T
6 Konishiroku Pho.81	109,5G	109,5G
6½ dgl. 82	111	110
6 Komatsu 76	141G	142
3½ Korakuen 78	90G	90
7½ Kraft Inc. 70	105	105G
3½ Marudai F 78	92	95G
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	141,5G	135,5G
4 dgl. 79	108,25	106,25
6½ Mitsub. Ch. 76	167G	166G
6,75 Mitsub. H 81	124	124G
6 dgl. 81	104,75	104,75
6 Nichii Co Ltd 80	115T	114,5T
7 Nippon Sh. Gl. 82	111G	111,5G
3¾ Nippon Sh. 78	154G	157G
3½ NissanMot. 78	91	91G
4 Nisshin Steel 78	129,5G	126G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	207G	203G
3¾ Omron Tat 79	163G	163G
4¾ Orient Fin 79	121G	121G
3½ Ricoh Comp. 78	120,25T	119
6¾ Rothm. Int. 72	94,75	94,75
3¾ SankyoElec. 78	92,5	92,75G
3½ Sanyo Elec. 78	147G	146G
3¾ Seiyu Stores 78	94G	94G
6¾ Sekisui 76	148G	150,25G
3½ Stanley 78	94G	94G
6 Taiyo Yuden Co. 82	106	105
5 Texaco Int. 66	96,25	95,7
3½ Tok. Elec. 78	240G	244G
4¾ Tok. Sanyo 77	215G	209G
4 Tokyu Land 79	97,5T	97G
3½ Trio Kenw. 78	95G	95G
6½ Uny Ltd. 79	113	111G

Optionsscheine

	7.3.	4.3.
11 BASF 82	25,5	23,9
7¼ Bayer Fin. 79	23	20,6
10½ Bayer Fin. 82	29,5	27,5
6¾ Ciba-Geigy 75	630	656
5½ Commerzbk. 78	39,9	34,5
4½ Dt. Bk. Comp. 77	99,9	95
10 Hoechst 75	135	122
6¾ dgl. 79	–	27,9
8 Hoechst 83	46,7	45
7½ Jap.Syn.Rubber82	740bG	735
6½ Wells F. 75	197,5	180T

Optionsanleihen

	7.3.	4.3.
8½ BASF 74 m O	127G	127bB
8½ BASF 74 oO	102	101,5
3½ Stumpf 88 mO	96	100
3½ Stumpf oO	73	75bG

Währungsanleihen

	7.3.	4.3.
8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¼ Kopenhagen 72	92,75T	92,3G
7,875 Norwegen 78	97,75G	97,75G
9½ dgl. 79	100G	100
7¼ Siro-Kvina 68	–	–

Optionsanleihen

	7.3.	4.3.
5½ Comlk. Int. 78 mO DM	106G	104,5
5½ dgl. 78 oO DM	90,5	89,75
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	114G	114G
4½ dgl. 77 oO $	82,75	82,75
6½ Wells F. 75 mO DM	110T	110G
6½ dgl. 75 oO DM	95,65T	95T

Optionsscheine

	7.3.	4.3.
8½ BASF 74	40,5	38,1

Wandelanleihen

	7.3.	4.3.
5 Bayer 69	102,25	101,4
8 Bay Wa 75	100T	100T
8 Beiersdorf 82	148	145,1
4½ Commerzbk. 78	98,9	98,85
9 Girmes 74	301bG	302bG

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	7.3.	4.3.
7¾ AKZO 83	99,75G	99,75G
6 dgl. 84	97G	97G
6½ dgl. 86	96,5G	96,5G
7¾ Arbed 83	95,5G	95,5G
7½ dgl. 86	79,5G	79,5G
9 dgl. 87	85	85
6¾ Ardal 89	95,5G	95,5G
10 dgl. 88	104T	104T
8 Austr. 87	103,25G	103,25G
8¾ dgl. 87	103,5G	103,5G
7½ BEC 83	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 83	99,2/9,7	99,2/9,7
5 dgl. 84	98,5/9,2	98,5/9,2
6½ Estel 84	92G	92G
6¾ dgl. 85	90G	90G
8½ dgl. 87	91G	91G
6¼ Euratom 91	95G	93G
6¾ Eurofima 87	99G	99G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	91G	91G
6½ Lufthansa 86	97G	97G
6 Montanunion 90	93,25G	93,25G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	95,5G	95,5G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	96G	96G
6¾ Weltbank 83	100G	100G
6½ dgl. 85	98	98
7½ dgl. 87	99/9,5	99/9,5
7¾ dgl. 90	99,5G	99,5G
9 dgl. 88	103/3,75	103/3,75
8½ dgl. 88	102,25	102,25
7¾ dgl. 88	100,75G	100,75G
9¾ dgl. 89	103,5	103,5
8 dgl. 90	100,5	100,5
11 dgl. 91	113G	113G

Ausländische Aktien

	7.3.	4.3.
F L'Air Liquide	–	–
D Alcan	47,8	46
F Alcan	74	75
F Alcoa	81,2	84
F Alg. Bk. Nedld.	322	312
F All Nippon Air	3,5G	3,5G
F Amax	58,5	58,8
F Am. Cyanamid	96	96
D American Expr.	145T	144T
D Am Motors	18,9	18,5
F Am. T & T	161	162,7
F Amro Bank	48,5	47,1
M Anglo Am. Gold	275	282
F Anglo Am.m.O.	44,2	45,8
F dgl. o.O.	43	44,5
F Arbed	61T	59T
F Asahi Chem.	2,7	2,9T
M Atl. Richfield	97,5	99,7
H Atlas Copco	43,5G	43,5G
M Avon	84,5B	85,3
F Bell Canada	–	17,7
F Banco Central	25,5	25,4
D Beatrice Foods	60G	60G
D Bell Canada	49T	50T
F Boeing	85,3	87
F Bowater	7,1	7,3
D BP	11,8	11,8
M Broken Hill	14,9	14,9
F Bull	15	15,15
F Cdn. Pacific	87	84
F Canon	11,45	11,5
F Casio Comp.	10,8	10,7
F Caterpillar	108	110
D Ch. Manhattan	126,7	122,5bB
F Chrysler	38,5	39,7
M Citicorp.	99,1	93,9
F City Investing	74,5	71
F Coca-Cola	124	121
D Colgate	48,5G	49bG
F Cons. Gold F.	18,5	19
D Cont. Group	95G	95G
F Control Data	121	120
F Courtaulds	–	–
M CRA	9,75B	9,85
M CSR	6,35	6,45
F Dart & Kraft	166	170
M De Beers Cons.	17,5	17,3
F Deere Comp.	81T	81
F Diam Shamr.	59	59
M Digital Equipm.	307,5	302,5
M Disney Prod.	186,5	187,7
F Distillers	–	–
M Dome Petroleum	7,65	7,5
D Dow Chemical	77,5	77,8
F Dunlop	–	–
D DuPont	98,5	100
M East Drief. Gold	80,4	78
D East Air Lines	25,5G	24
F Eastman Kodak	211	215
F Elf Aquitaine	44,5	42,5
D Ericsson	119T	117T
D Esmark	137GexD	132T
D Exxon	75,5	75,8
D Fiat St.	4,45	4,4
D dgl. Vz.	3,5	3,45
F Finsider	0,17	0,11
D Fisons	18G	18,2G
M Fluor	51,4	53,5
D Ford	98,5	100
F Foseco Minsep	5,25	5,3
F Fujitsu	9,4	9,65
F General Electric	261	262
F General Mining	63	63,5
D General Motors	149	152
D Gen. Shopping	565G	565G
M Getty Oil	140,6	140
D Gevaert	89T	90
F Goodyear	75,5	78,5
H Grace	104G	104G
D GKN	5T	5,3T
F Gulf	78	81,5
F Highveld m. St.	10,3	11
F dgl. o. St.	10,8	–
F Hitachi	800	810
M Holiday Inns	97,5	94,5
F Homestake	128	128
D Hoogovens	21,5	20,2
F IBM	243,5	245
F ICI	14exD	14,5
M Imperial Oil	55,8	56,5
F Inco	32	31,6
F Int. T & T	86	84,2
D Istituto Fin.	8,2T	8,5T
F Italcementi	68,5	68
F Izumiya	6,3G	6,3G
F Japan Line	1,8	1,8
D Jusco	5,7G	5,7G
F Kawasaki Kisen	1,5T	1,6G
F Kawasaki Steel	1,4T	1,4T
M Kloof Gold Min.	110B	107
F Komatsu	5,2	5,3
D KLM	151,5	148
F Kubota	3,05G	3,05G
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	145,5	–
M M.I.M. Hold.	19,5	19,2
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	12,4T	12,4G
F Marudai Food	5,75G	5,75G
D Matsushita El.	12,4T	12,4G
M McDonald's	162,1	164,2
F McDonnell D.	116	117
D Minnesota M.	191T	191T
D Minolta Camera	4,5T	4,5T
F Mitsubishi Chem.	2,5G	2,5
F Mitsubishi El.	3,9	3,9
F Mitsui Bk.	4,1G	4,1G
F Mitsui & Co.	4T	3,8
F Mitsui Engin.	1,55G	1,55
F Mitsui O. S. K.	2G	2G
F Mitsumi El.	4,65	4,5
H Mobil Oil	70	70
F Monsanto	214G	212
F Montedison	0,24	0,24
M Nat. Semicond.	77,9	77,3
D Nat. Westminster	19T	19T
F Nestlé	4640	4700G
D Nikko Sec.	4,1T	4,2G
F Nippon El.	10	9,9
F Nippon Kokan	1,4T	1,4
F Nippon Shinpan	8,1G	8,4
F Nippon Yusen	2,6G	2,6G
F Nissan Motor	7,65	7,6
F Nisshin Steel	1,3G	1,3G
F Nissho - Iwai	3G	3G
F Norsk Hydro	101,5	100
F Norton Simon	60	60
H Occ. Petroleum	47	47,5exD
D Océ v. d. Grint	170	165
F Olivetti Vz.	4,8	4,7bB
F Olympus Optical	10,8G	10,5G
H v. Ommeren	22,3	22,5
F Omron Tateisi	10,5G	10,6G
F Pakhoed	45,4	45,2
M PanAm	13,3	13,65
M Pepsi	91,1	92
F Pernod-Ricard	155G	155G
F Peugeot	58	58,5
F Philip Morris	150	149
H Philips	32,1	31,7
D Phoenix Ass.	11G	11G
F Pirelli	2,95	2,85bG
M Polaroid	68	69,7
F Procter & G.	137	138
F Rank Org.	5,45	5,3
F Ricoh	7bB	6,9G
F Rio Tinto NA-St.	19	19
H Robeco	243	238
F Rockwell	121	121
H Rolinco	224	224
F Rorento	168,2	166,5
F Rothmans Int.	4,5T	4,4G
H Royal Dutch	87,8	87,8
F Sanko Steamship	2,1	2,1G
M Santos	10,25	10,35
F Sankyo Electric	4,4G	4,4G
F Sanyo Elec.	4,4G	4,6
F Sanwa Bk.	4,9G	4,9G
M SASOL	8,4exD	8,35
F Schlumberger	103	105,8
F Schw. Alum.	756	752
F Schw. Bankverein	308,9	311
M Sears, Roebuck	82,8	81,4
D Seiyu Stores	6,9G	6,9G
F Sekisui Prefab.	7,4	7,5T
F Selected Risk	30T	31T
H Shell T & T	16T	16G
F Snia Viscosa	1,72	1,66
D Solvay	112T	113
D Sony Corp.	35,8	34,5
D Sperry Corp.	86,5	86
F Stanley Elec.	4,8T	4,8T
F Steyr-Daimler-P.	24T	28
F Sumitomo Heavy	1,45	1,45
D Sumitomo Metal	1,6G	1,55G
F Sumitomo Shoji	4,3T	4,3T
D Sun	80,1B	79,5G
F Swissair	947	945G
F Taisei Kens.	2,3G	2,3G
M Tandy	133	136B
F Tenneco	81G	82G
D Thomson-CSF	64T	61,5
D Thorn Emi	17G	18G
D Tokyo Pac	210G	210G
F Tokyo Sanyo El.	4,4G	4,3G
F Trio Kenwood	5,7G	5,75
F TRW Inc.	165G	165G
D Toray	3,6G	3,6G
D Toshiba	3,3G	3,3G
D UAL	83,5G	83G
H Unilever	180	176,5
D Uniroyal	29	28,5
F United Techn.	162	158,5
F US Steel	56,9	56,6
M Vaal Reefs Expl.	250,7	245
F Veitscher Magn.	–	–
D Vmf-Stork	59	61,5
D Volvo A	130T	128T
D dgl. Nam B	127	125T
F Warner Commun.	70	70,9
F Warner Lambert	78	80
F Wells Fargo	75	67,5
M Western Deep L.	132,9	131,5
M Western Mining	9,05	9
F West.-Utrecht H.	87	86,5
D Xerox Corp.	99,5	98

New Yorker Metall…
Londoner Metall…
tere
onie
Musikwiede…
mpact
eichste
und
e) aller
aren
sc-Spiel
ten-Rezens…
neuen Heft



WEL

Lutz Eigendorf gestorben – die Bundesliga weint um einen Profi

Am Sonntagabend hatte ich Lutz Eigendorf (26) anrufen wollen. Ein paar Informationen einholen über die Mannschaft, in der er groß und zum „DDR"-Auswahlspieler geworden war: den BFC Dynamo Berlin. Der Meister aus dem anderen Deutschland spielt heute im Neckarstadion gegen den VfB Stuttgart. Bei einem ähnlichen Treffen hatte sich vor dreieinviertel Jahren Lutz Eigendorf aus der Vorzeigemannschaft der „DDR" abgesetzt und in Kaiserslautern um Asyl nachgesucht.

Am Sonntagmittag war dann ein Anruf gekommen. Von Eigendorfs Manager Holger Klemme. Der Mann gilt als kalt wie eine Hundeschnauze. Am Sonntag stellte fest, daß er noch heulen kann. „Was", sagte er, „soll ich jetzt der Josi sagen?"

Wie will man da trösten? Josephine (21), seit vier Monaten Frau Eigendorf, seit fünf Wochen Mutter, seit gestern Witwe.

Hannes Riedl von Arminia Bielefeld erlitt einen Heulkrampf, als er vom Unglück seines ehemaligen Kaiserslauterer Mannschaftskameraden erfuhr. Denn schon am Sonntag war es klar gewesen, daß Lutz Eigendorf an den Folgen des Autounfalls sterben würde. Wäre er jemals aus dem Koma erwacht – der Fall Joachim Deckarm wäre im Vergleich harmlos gewesen. So schlimm waren Eigendorfs Kopf- und Hirnverletzungen.

Die Bundesliga trauert um einen Profi.

Lutz war ein echter Profi. Ein Kerl, der sagte, was er dachte. Vergangenen Sommer haben wir einmal eine Nacht lang durchgeredet. Es war der Abend, an dem Trainer Feldkamp in Kaiserslautern seinen Ausstand gab. Mit dem Trainer war Lutz über Kreuz geraten.

Nicht, daß er nun über Feldkamp hergezogen wäre. Nein, Lutz Eigendorf ging einfach nicht hin zur Fete, „weil 50 Prozent der Abschiedsreden doch verlogen sind, weil ich mir auch weiterhin ins Gesicht gucken will".

An diesem Abend hat Lutz von den Ängsten eines Flüchtlings erzählt. Daß man ihn, den Rübermacher, eines Tages entführen könnte. Und daß sich für ihn die ganze Flucht nicht gelohnt habe, wenn er nicht in der Bundesliga den großen Durchbruch schaffe, den er drüben schon hinter sich hatte.

Nach Ost-Berlin und Kaiserslautern nahm Lutz Eigendorf nun bei Eintracht Braunschweig zum drittenmal den Anlauf zur großen Karriere. Er schien auf dem besten Weg dazu. Lutz Eigendorf hatte seine Vergangenheit bewältigt, die Ängste des Genossen Eigendorf waren verflogen. „Das Kapitel ist abgehakt", sagte er neulich.

In Grassel bei Braunschweig hatten er und seine junge Familie einen neuen Anfang gemacht. In der „DDR" hatte man den Republikflüchtling zwangsgeschieden. „Du mußt den kleinen Julian mal sehen", schwärmte er nach der Geburt seines Sohnes. Das ist nun kaum einen Monat her.

Seither habe ich nur noch von Lutz gelesen. Daß er plane, am Ende seiner Laufbahn Trainer zu werden. „Ich möchte an mir selbst feststellen, ob ich denn auch so bekloppt werde wie die heutigen Trainer?" So wird er in der WELT am SONNTAG zitiert.

Es ist zum Heulen, daß ein so aufrechter und ehrlicher Mensch so früh sterben mußte.

MARTIN HÄGELE

Schramm stürzte

Helsinki (dpa) – Europameister Norbert Schramm (Oberstdorf) stürzte während des Trainings bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Helsinki und stauchte sich dabei die Schulter.

Mannheim zog gleich

Mannheim (dpa) – In der Play-off-Runde um die Deutsche Eishockey-Meisterschaft gewann der Mannheimer ERC die zweite Begegnung gegen den EV Landshut mit 8:2. Damit steht es 1:1. Das dritte Spiel findet heute in Landshut statt. – Der SB Rosenheim sicherte sich im zweiten Spiel durch einen 7:5-Erfolg beim Kölner EG den dritten Platz. Kölns Trainer Karol Havasi erklärte seinen Rücktritt.

Brooker gewann Abfahrt

Aspen (dpa) – Die Herren-Abfahrt des alpinen Ski-Weltcups in Aspen gewann Todd Brooker (Kanada) in 1:47,87 Minuten vor Michael Mair (Italien) und Helmut Höflehner (Österreich).

Bundesliga und Pokal

Bonn (DW.) – Heute wird in der Fußball-Bundesliga das Nachholspiel zwischen dem Hamburger SV und Fortuna Düsseldorf (20.00 Uhr) ausgetragen. Im Pokal-Wettbewerb findet das Wiederholungsspiel im Viertelfinale zwischen Fortuna Köln und Borussia Mönchengladbach (erstes Spiel 2:2 n. V.) sowie die ausgefallene Begegnung Bochum gegen Dortmund statt.

ZAHLEN

EISSPEEDWAY

Weltmeisterschaft, Finale in Inzell: 1. Kasakow 28 Punkte, 2. Bondarenko (beide UdSSR) 28, ...7. Niedermaier (Deutschland) 16.

EISHOCKEY

Deutsche Meisterschaft, Bundesliga, 2. Finalspiel: Mannheim – Landshut 8:2; um Platz 3: Köln – Rosenheim 5:7; um Platz 7 und 8: Düsseldorf – Rießersee 1:6 (1. Spiel 2:4 – Rießersee Siebter).

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom der Damen in Mont Tremblant/Kanada, Endstand nach zwei Durchgängen: 1. Rey (Frankreich) 2:22,46 Min., 2. M. Epple (Deutschland) 2:22,57, 3. Hess (Schweiz) 2:23,71, 4. Kronbichler (Österreich) 2:23,72, 5. Wenzel (Liechtenstein) 2:24,04.

REITEN

Weltcup-Springen in Hertogenbosch: 1. Cuepper (Belgien) Cyrann 0/36,85 Sek., 2. Whitacker (England) Clonee Temple 4/32,68, 3. Macken (Irland) Royal Lion 4/33,01. – **Weltcup-Stand:** 1. Skelton (England) 65 Punkte, 2. Whitacker 63, ...5. Schockemöhle 41, 6. Ligges 39, ...8. Koof (alle Deutschland) 37.

RODELN

Weltcuprennen in Oberhof: Herren-Doppelsitzer: 1. Hoffmann/Pietsch („DDR") 1:25,10, 2. Stanggassinger/Wembacher (Deutschland) 1:25,54.

LEICHTATHLETIK

Hallen-Europameisterschaft in Budapest: Männer: 1500 m: 1. Wessinghage (Deutschland) 3:39,82 Min., 2. Abascal (Spanien) 3:40,39, 3. Loikkanen (Finnland) 3:41,31. – 3000 m: 1. Zdravkovic (Jugoslawien) 7:54,73, 2. Abramow (UdSSR) 7:57,79, 3. Mönkemeyer (Deutschland) 7:58,11. – Stabhoch: 1. Poljakow 5,60 m, 2. Obischajew (beide UdSSR) 5,60 ... Volmer 5,40, ...Schmidt (beide Deutschland) 5,20. – Frauen: 1500 m: 1. Kraus (Deutschland) 4:16,14, 2. Radu (Rumänien) 4:17,16, 3. Kleinova (CSSR) 4:17,21. – Hochsprung: 1. Bykowa 2,03, 2. Kositsina (beide UdSSR) 1,94, 3. Evanje-Eppe (Frankreich) 1,92.

FECHTEN

Drittes Weltcup-Turnier der Florettfechterinnen in Turin: Finalgefecht: Weber (Deutschland) – Waschakia (UdSSR) 8:6, um den 3. Platz: Modain (Frankreich) – Rachel (Polen) 8:5. Stand in der Weltrangliste: 1. Weber 26 Punkte, 2. Vaccaroni (Italien) 24, 3. Gerstenberger („DDR") 22.

Säbel-Weltcup-Turnier in Hannover, Finalgefecht: Alshan (UdSSR) – Scalzo (Italien) 10:8.

HANDBALL / Protest wurde abgelehnt – nun endgültig: Deutsches Team nicht nach Olympia 1984

Heiner Brand hört auf, der Neuaufbau beginnt und Trainer Schobel steht nicht zur Diskussion

R. FÜLSCHER, **Amsterdam**

Der Protest wurde nicht zum rettenden Strohhalm: Die Internationale Handball-Föderation (IHF) lehnte noch in der Nacht zum Montag den Einspruch des Deutschen Handball-Bundes (DHB) gegen die Wertung des Spiels Ungarn – Deutschland mit 12:12 (5:5) bei der B-Weltmeisterschaft in Amsterdam ab. „Nach der schriftlichen Einlassung der Schiedsrichter und Zeitnehmer und nach einer Sitzung des Organisationskomitees hat die IHF den fristgerechten Protest des DHB einstimmig mit der Begründung abgelehnt, daß das entscheidende Tor zum 12:12 eindeutig in der regulären Spielzeit gefallen ist", erläuterte IHF-Generalsekretär Max Rinkenburger (Lörrach) am Montag in Zeist den Beschluß der IHF.

Was sich schon kurz nach dem dramatischen Spiel am Sonntag in Amsterdam abgezeichnet hatte, wurde für die DHB-Auswahl zur bitteren Wahrheit: Die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles finden ohne den Weltmeister von 1978 statt.

Das Pech, als einzige Mannschaft im Turnier ohne Niederlage geblieben zu sein, paarte sich mit der Erkenntnis, daß die Bundesrepublik mindestens bis zur B-Weltmeisterschaft 1985 in Norwegen zweitklassig ist.

Verzweifelt hatte Torwart Andreas Thiel nach dem Treffer des Ungarn Joszef Kenyeres eine Sekunde vor dem Abpfiff mit den Fäusten auf den Boden getrommelt. Mehr als 15mal hatte der 23jährige Gummersbacher mit Glanzparaden die Ungarn zur Verzweiflung gebracht. Vier Siebenmeter hatte der Jura-Student pariert und mußte dann mit ansehen, wie die Mannschaft völlig apathisch nach dem Ausgleich die Halle Zuid verließ.

„Die Misere hat schon mit der Verletzung von Arno Ehret angefangen." Der fassungslose Bundestrainer Simon Schobel rang nach Worten und klammerte sich noch beim Bankett im Hotel „Krasnapolsky" Stunden nach dem Fiasko („Wir sind um mindestens zwei Jahre Arbeit zurückgeworfen") immer noch an den Protest, den die IHF-Delegierten schon vor der Beweisführung des DHB mit Video-Aufzeichnungen und Fotos abgelehnt hatten.

„Jetzt brauche ich mir wenigstens nicht mehr den Kopf zu zerbrechen, ob ich weiter mache oder nicht", meinte Mannschaftskapitän Heiner Brand, „ich höre auf." Der Senior des Teams war der erste, der den Weg freimachen will für die Jüngeren, die bis zur Weltmeisterschaft 1986 in der Schweiz „genug Zeit haben, um den Schritt aus der Zweitklassigkeit zu führen".

Der Großwallstädter Peter Meisinger (28) und der Gummersbacher Klaus Fey (27) werden ebenso aufhören wie voraussichtlich Torwart Klaus Wöller (Reinickendorfer Füchse). Der Göppinger Torwart-Riese Dieter Bartke, Frank Dammann, Manfred Freisler sowie Erhard Wunderlich wollten noch eine Nacht darüber schlafen, um zu entscheiden, wie es bei ihnen weitergehen soll. Nur Torwart Andreas Thiel und der Youngster Uli Roth (21) sagten übereinstimmend: „Wir sind noch jung genug, um 1988 in Seoul an den Olympischen Spielen teilzunehmen." Uli Gnau, Karl-Heinz Schulz, Thomas Krokowski und Klaus Voik sowie Reinhard van der Heusen wollen noch die Entscheidung des Trainers abwarten, „ob er uns braucht".

„Ich sehe keine Veranlassung, über eine Vertragsauflösung mit Schobel zu reden", beugte DHB-Präsident Thiele allen Spekulationen vor, daß an einen Trainer-Wechsel auch nur im entferntesten gedacht sei.

Ein Konzept des 33jährigen Diplom-Sportlehrers aus Siebenbürgen für den Neuaufbau liegt schon längst in den Schubladen. Fünf Junioren um den Großwallstädter Michael Paul sollen mit dem „Rest von Amsterdam" integriert werden. (dpa)



Es half alles nichts, auch wenn DHB-Präsident Bernhard Thiele und Frank Birkefeld auf die Uhr verweisen. FOTO: HORSTMÜLLER

STAND●PUNKT / *Jetzt sollten endlich alle wach geworden sein*

Das Gejammer ist jetzt allerorten groß, schlimmer geht's nimmer, ein Tiefpunkt ist erreicht, der deutsche Handballsport liegt am Boden. Vom Sockel gestürzt, auf dem man so selbstherrlich nach dem Weltmeisterschaftsgewinn 1978 in Dänemark gestanden hatte. Nun geht es nicht mehr tiefer.

Doch alles Geschreie, Wenn und Aber, nutzt nun auch nichts mehr. Jetzt ist die Zeit gekommen, alle Dinge, die auf dem Tisch lagen, und die die Handball-Entwicklung so gestört haben, wegzuwischen. 1978 hat der Verband geschlafen, den unerwarteten WM-Titel richtig auszunutzen. Das sollte jetzt nicht noch einmal passieren.

Dem Bundestrainer Simon Schobel muß die Zeit gegeben werden, sein Haus neu zu bestellen. Schobel, von vielen Seiten viel zu schnell hochgejubelt, obwohl er keine Erfolge vorweisen konnte, muß von vorne beginnen. Ausreden wie jetzt vor der B-WM in Holland, die Vorbereitungszeit sei zu kurz gewesen, die Länderspielplanung sei falsch und schlecht gewesen, all diese Ausreden darf es nicht mehr geben. Dabei ist jetzt vor allen Dingen der Handball-Bund aufgerufen. Das Präsidium mit Präsident Bernhard Thiele muß auch langsam aufwachen, es ist höchste Zeit. Dauernde Streitereien um Termine, Gelder und Spieler zwischen den Vereinen und dem Verband sollten vermieden werden. Jetzt ist eine klare Konzeption gefragt. Wann immer in den letzten Jahren vom Neuaufbau gesprochen wurde, der Zeitpunkt ist nun erreicht, um ihn tatsächlich zu beginnen. Vlado Stenzel, Schobels Vorgänger als Bundestrainer, hatte nach dem WM-Gewinn eine genaue Analyse gefordert. In der Euphorie hat sich jedoch niemand darum gekümmert. Analysen, Meinungen und Erklärungen sind wieder erforderlich. Niemand sollte es dem Zufall überlassen, daß die deutschen Spieler Anschluß an die Weltspitze schaffen. Sie liegen am Boden, tiefer geht es nicht. Jetzt heißt es, sich aufrappeln und kämpfen, wenn der Handballsport in Deutschland nicht gänzlich verkümmern soll.

ULRICH DOST

LEICHTATHLETIK-EM / Dreimal Gold für die deutsche Mannschaft

Bykowa höher als Ulrike Meyfarth

dpa/K. Bl. **Budapest/Bonn**

Die Leichtathleten der Bundesrepublik haben das Soll übererfüllt, die aus der „DDR" setzten die Glanzpunkte, die UdSSR wurde die erfolgreichste Nation. Bei den 14. Hallen-Europameisterschaften in Budapest gewann der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) drei Goldmedaillen durch drei Kölner: Carlo Thränhardt gewann mit 2,32 m den Hochsprung, Brigitte Kraus überraschend die 1500 m in 4:16,14 Minuten und Thomas Wessinghage über die gleiche Distanz in 3:39,82 Minuten.

Hinter Thränhardt errang der Frankfurter Gerd Nagel (2,30 m) ebenso eine Silbermedaille wie der Fürther Sprinter Christian Haas über 60 m. Auch die Bronzemedaillen von Christina Sussiek (Leverkusen) über 200 m (23,61), Jens Knipphals (Wolfsburg) im Weitsprung (7,82 m) sowie von Uwe Mönkemeyer (Wattenscheid) über 3000 m (7:58,11) zählen zu den positiven Ergebnissen.

Erfolgreichste Nation in Budapest war die UdSSR, die insgesamt acht Europameister stellte. Eine sowjetische Athletin sorgte für den absoluten Höhepunkt der Titelkämpfe, die Hochspringerin Tamara Bykowa. Sie übersprang 2,03 m – das erreichte zuvor noch niemals eine Frau. Dieses Ergebnis ist Hallen-Weltbestleistung aber kein Weltrekord, weil Hallenergebnisse wegen der unterschiedlichen Bedingungen nicht als offizielle Rekorde geführt werden. Europameisterin Ulrike Meyfarth – in Budapest nicht am Start – bleibt also mit 2,02 Meter offizielle Weltrekordlerin. Noch eine Fußnote: Eine Lichtschranken-Messung ergab beim Zwei-Meter-Sprung Ulrike Meyfarths im September 1982 in Athen eine tatsächliche Leistung von 2,05 m. Aber so hoch lag die Latte eben nicht ...

Nun gibt es ein offizielles Ergebnis von 2,03 Meter, gesprungen von der 24 Jahre alten Pädagogikstudentin Tamara Bykowa aus Rostow am Don. Mit 2,00 m hatte die blonde Sowjetrussin in Budapest zuerst die Hallen-Weltbestleistung der Amerikanerin Colleen Rainstra eingestellt und sie dann auf 2,02 m verbessert. Anschließend überwand sie 2,03 Meter.

Ihr Trainer Jewgenij Sagorulko hatte vor vier Wochen davon gesprochen, für die Freiluft-Saison 1983 die Bezwingung der Zwei-Meter-Marke auf den Plan zu setzen. Sagorulko in einem Gespräch mit dem Ostberliner Fachblatt „Der Leichtathlet": „Die Reserven dafür liegen vor allem in der Technik. Bei ihrem 1,97-m-Sprung in Athen gab es noch sehr viel Luft zwischen Rücken und Latte."

Es waren Reserven, die bereits jetzt genutzt wurden. Sicher, aus dem Kaffeesatz der Hallenleistungen Prognosen lesen zu wollen, ist schwer, doch im Falle Tamara Bykowa sieht es so aus: Drei Sprünge über 2 Meter in einem Wettbewerb widerlegen hieb- und stichfest die These vom Zufallstreffer. Zweitens: Ihre Steigerung von 1,88 m im Jahre 1979 auf 1,97 m nur ein Jahr später und die Stabilisierung ihrer Sprünge bei Höhen um zwei Meter beweisen solide Sorgfalt bei den Vorbereitungen. So sagte denn auch Sagorulko: „Wichtiger als eine neue persönliche Bestleistung erscheint mir die Beständigkeit, die Tamara in den wichtigsten Wettkämpfen zeigte."

Diese Beständigkeit zu erreichen, war nicht ganz einfach. Die frühere Orientierungsläuferin Tamara Bykowa begann nämlich mit dem Hochsprung erst im Alter von 16 Jahren. Ihre Leistung damals: 1,50 Meter. Drei Jahre lang kam sie nicht voran, schien sich bei 1,70 m eingependelt zu haben, weil zwischen 1975 und 1978 bei ständigem Trainerwechsel im sowjetischen Verband geradezu irrwitzig im Frauen-Hochsprung experimentiert wurde. Erst als Wladimir Djatschkow, der frühere Trainer des ehemaligen Weltrekordlers Valerij Brumel, eingriff, gab es für Tamara Bykowa gleich eine Steigerung um 15 Zentimeter.

Seit 1980 ist sie nun Weltklasse, seit Sonntagabend die beste Hochspringerin der Sportgeschichte. Sie weiß, bei den Weltmeisterschaften in Helsinki muß man zwischen 2,03 m und 2,05 m springen können, um zu gewinnen. Sie sagt: „Die Halle ist das eine, der Wettkampf im Freien das andere." Schon deshalb habe sie der eigene Höhenflug von Budapest nicht überrascht.



So hoch sprang noch keine Frau: Tamara Bykowa neben der Anzeigetafel, auf der ihre neue Weltrekordhöhe von 2,03 Meter steht. FOTO: AP

TENNIS / Davis-Cup

Aus für USA und die CSSR

dpa, **Hamburg**

Die Sieger kommen aus Südamerika – die Verlierer sind die beiden Tennis-Superstars John McEnroe und Ivan Lendl. Titelverteidiger USA kämpft nach dem 2:3 in der ersten Runde des Tennis-Daviscups gegen Argentinien nicht unbedingt überraschend gegen den Abstieg – der Sieger von 1980, die CSSR, wurde hingegen sensationell von Aufsteiger Paraguay in die Abstiegsrunde gezwungen. Mit Jose-Luis Clerc und Guillermo Vilas hatte die Tennis-Nation Nummer eins, die USA, in Buenos Aires schon 1980 schlechte Erfahrungen gesammelt. In Asuncion hatten nicht einmal die größten Optimisten mit einem Erfolg von Gonzales und Pecci über Smid und Lendl gerechnet.

In Buenos Aires war die Entscheidung im Grunde schon am ersten Tag mit der 2:0-Führung der Gastgeber gefallen. Mit dem deutlichen Sieg über McEnroe zum uneinholbaren 3:1 erreichte Guillermo Vilas den Erfolg über die Amerikaner. „John suchte nicht nach Entschuldigungen", erklärte Team-Kapitän Arthur Ashe später, „er war ganz einfach müde."

Die CSSR verlor die Partie in Asuncion im Doppel. Völlig unverständlich, daß man nicht das eingespielte Weltklasse-Doppel mit Tomas Smid und Pavel Slozil einsetzte, sondern auf Smid und Ivan Lendl baute. Die Niederlage gegen Gonzales/Pecci bedeutete die Vorentscheidung, denn beflügelt durch die 2:1-Führung machte Francisco Gonzales mit seinem 6:3, 12:10, 3:6, 6:3 über Tomas Smid die Sensation perfekt.

Nach dem Ausscheiden der USA und der CSSR bietet sich im Daviscup 1983 den „Kleinen" die Chance, zu „Großen" zu wachsen. „Das", sagte Mats Wilander nach dem 5:0 der Schweden über Indonesien, „kann für uns ein erfolgreiches Jahr im Tennis werden." Nun muß Schweden gegen Neuseeland und Paraguay gegen Frankreich spielen.

Frankreich: Viel Ärger mit den „Résistances"

Jagd auf Frauenfeinde

Frankreichs neues sozialistisches Fernsehen hat wirklich kein Glück. Nicht nur, daß das TV-Publikum wegen allzu langweiliger Programme seit Monaten Zeter und Mordio schreit, jetzt müssen sich die rosaroten Mattscheiben-Gewaltigen auch noch mit Politikern und Richtern herumschlagen. Der missionarische Eifer des „neuen Fernsehens" kommt einfach nicht an.

Vor allem eine Sendung ist es, die zur Zeit für Unmutswellen sorgt. Sie heißt „Résistances" („Widerstände", im politischen Sinn) und soll den Franzosen all die politischen Bewegungen nahebringen, die irgendwo in der Welt für die Menschenrechte kämpfen. Moderator dieser einmal im Monat ausgestrahlten Sendung ist ein Journalist, der vor einigen Monaten von seinen sozialistischen Vorgesetzten von seinem Posten als Nachrichtenchef gefeuert wurde. Er hatte den Unfalltod der monegassischen Fürstin Gracia Patricia in einer derart verächtlichen Weise kommentiert, daß das selbst den TV-Bossen zuviel war.

Da der Gefeuerte ein Beamter war, konnte er nicht entlassen werden. Man fand für ihn also eine andere Sendung, eben „Résistances". Mit Feuereifer machte sich Journalist Bernard Langlois daran, auf Faschisten, Diktatoren, Frauenfeinde und Religionsfanatiker Jagd zu machen.

Doch gleich die erste Sendung ging schief. Der „selbsternannte Staatsanwalt Langlois" (so eine Oppositionszeitung) wollte eine Reportage ausstrahlen, in der über grausam verfolgte Gewerkschaftler in Marokko berichtet wurde. Journalist Langlois hatte allerdings nicht bedacht, daß ausgerechnet am selben Tag Staatspräsident Mitterrand einen offiziellen Besuch in Marokko begann. Da paßte eine Kritik am Gastland wirklich nicht ins Programm. Der Beitrag wurde abgesetzt.

Dafür erfuhren die Franzosen, daß es schwer ist, in der Sowjetunion Jude zu sein, daß die Bundesrepublik türkische Gastarbeiter ausweist und daß man sich in Israel Gedanken mache über die Geschehnisse in den libanesischen Palästinenser-Lagern. Der Pariser „Figaro" zur „Menschenrechtssendung": Konfus, völlig durcheinander, rachsüchtig.

Auch ein anderer Versuch, dem französischen TV-Publikum Verstöße gegen die Menschenrechte und Mißverständnis der Demokratie – in anderen Ländern natürlich – vor Augen zu führen, hatte für die Sendeanstalt peinliche Folgen. Da hatte das staatliche Programm „Antenne 2" vor Monaten mit dem afrikanischen Staat Gabun vertraglich abgemacht, daß eine einstündige Reportage gedreht würde. Die Sendung – Gabun beteiligte sich mit 400 000 Mark an den Drehkosten – sollte in beiden Ländern ausgestrahlt werden und der „Imageförderung" des afrikanischen Landes dienen.

Zum Krach allerdings kam es, als „Antenne 2" die Sendung vor einigen Wochen ausstrahlte. Die Gabunesen empfanden den Streifen als „bösartig" und reichten vor einem Gericht in Paris Klage ein. Der französische Sender, so meinten die Afrikaner, habe sich nicht an die ursprünglichen Abmachungen – Image-Pflege also – gehalten.

Die französischen Menschenrechts-Missionare hatten eine überraschende Rechtfertigung. Eine gabun- und bongofreundliche Version – wie ursprünglich im Vertrag abgemacht – existiert tatsächlich. Sie ist für das gabunesische TV-Programm bestimmt. Für ihre französischen Landsleute dagegen hatten die Pariser Fernseh-Bosse eine gabunkritische Version zusammengeschnitten. Kein Wunder, daß die Afrikaner sich von den Franzosen „verschaukelt" fühlten und vor den Kadi gingen.

JOCHEN LEIBEL



Eine **Buchempfehlungsliste über Fernsehen und Medienerziehung** hat die Deutsche Lesegesellschaft herausgegeben. Die Broschüre gibt Tips und Antworten zu Fragen, ob Kindern das Fernsehen verboten werden soll oder ob die Zuschauer von den Medien manipuliert werden. Neben Fach- und Sachbüchern für Erwachsene werden auch Bücher für Kinder und Jugendliche vorgestellt. Die Buchempfehlungsliste „Immer dieses Fernsehen" gibt es in Buchhandlungen und Bibliotheken.

*

Erstmals wird am 4. Mai ein **Gottesdienst aus der „DDR" live** in der Bundesrepublik gesendet. Die ARD-Übertragung von der Eröffnung des Luther-Jahres durch den Bund der Evangelischen Kirchen in der „DDR" wird zudem die erste gleichzeitige Ausstrahlung eines Gottesdienstes in beiden Teilen Deutschlands sein, da ihn auch das „DDR"-Fernsehen live bringt.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Eine Frau macht Geschichten
11.10 Vorsicht – Musik!
11.55 Tagebuch
12.10 Umschau
12.25 Algarve ohne Sonnenschein
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Lieder & Leute
Mit Bill Ramsey
17.00 Was ist was
Mit Professor Heinz Haber
Ein Flugzeug weiß immer, wo es ist
Bei den Anfängen der Fliegerei hat man für die Navigation ganz einfach die Mittel übernommen, welche die Schiffahrt schon seit mehr als 300 Jahren benutzte: Man flog nach Magnetkompaß und Karte. Die moderne Funktechnik hat das dann recht bald beendet.
17.20 Alpha 5
Eine Computer-Spiel-Show
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
21.00 Report
Nach der Wahl vom 6. März – wie schwarz ist die Republik? / Kulturschutz und Raketenängste – Konsequenzen aus der Haager Konvention
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Eiskunstlauf-WM
Kurzprogramm der Herren
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation: Seniorenclub München-Bogenhausen / Der Erbe des Malers Max Beckmann
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Vogelscheuche
Wurzel und die Seemannsbraut
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Helmut Zacharias
17.50 Das kann ja heiter werden
Ein ganz und gar verrückter Cha
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Ein Colt für alle Fälle
Pilotfilm für eine neue Serie
Die Reise nach Arizona
21.00 heute-journal
21.20 Alltag in der „DDR"
Ein Bürgermeister und seine Stadt
Fritz Ball in Bleicherode
Bericht von Arno Schmuckler
22.05 Mutter Courage und ihre Kinder
Chronik aus dem Dreißigjährigen Krieg von Bertolt Brecht
Musik von Paul Dessau
00.50 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Geometrie (10)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Götter, Glück und Buttertee
Ein Bericht aus Tibet
21.45 Landesspiegel
22.15 Thema des Monats
Gelogen oder ausgewogen?
Der Kampf um den Bildschirm
Anschließend:
Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Korallentaucher von Santa Teresa
19.15 Science-Report (10)
19.30 Landwirtschaft heute
Fischfarmen
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
Wie funktioniert ein Krankenhaus?
21.00 Streitgespräch:
Uwe Barschel – Björn Engholm
21.45 Mit Paragraphen leben (5)
Beruf: Lebensmittelchemiker
22.30 Das Gruselkabinett:
Die Bestie mit den fünf Fingern
US-Spielfilm, 1946
Mit dt. Untertiteln
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN

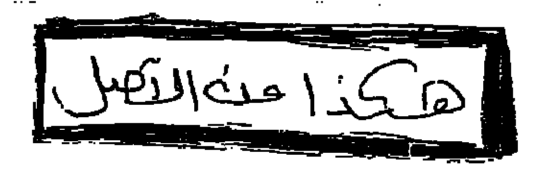
18.00 Sesamstraße
18.30 Doctor Snuggles (6)
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars (6)
19.00 Herrchen gesucht
19.30 Alltagssorgen im Gespräch
Scheidung nach jahrzehntelanger Ehe
20.00 Tagesschau
20.15 Wenn die Musik aus ist
21.40 Drei aktuell
21.55 USA in Nahaufnahme (7)
22.40 Stalins letzter Schauprozeß

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik Geometrie (10)
19.00 Les Gammas! Les Gammas!
19.30 Die Sprechstunde
Krankenhaus (2)
Nur für Baden-Württemberg
20.20 Forum Südwest
21.20 Auf alemannisch
Nur für Rheinland-Pfalz
20.20 Von Menschen im Land:
Ein Tag im Sozialamt
21.05 Wahlrückblick 1983
Nur für das Saarland
20.20 Magazin Saar 3
21.20 Der Sternenhimmel im März
Für Gesamt Südwest 3
21.35 Wiener Blut
Österr. Spielfilm von 1942

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Gespräche mit Christen
19.30 Pop Stop
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Wie funktioniert ein Krankenhaus
21.45 Z. E. N.
21.50 Direktion City
In den Sand gesetzt
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau



Lungen grüßt man nicht

ef – Oft grüßt man einander, obwohl einer den anderen kaum kennt: Ich sage dem Herrn mit dem unmöglichen Hund guten Morgen, dem Straßenreiniger, einem Bauern auf dem Traktor, der Dame mit dem Gemeindeblatt. Wir wissen nichts voneinander, aber ein Gruß, warum nicht?

Kürzlich grüßte ich Leute, die viel von mir wußten, wenn ich auch wenig von ihnen. Das war in einem Londoner Universitätskrankenhaus, wo nicht nur Ärzte meinen Torso erforschten, sondern auch Famulusse. Erst brachte der Chef seine Schüler mit, und sie klopften und horchten an mir herum, vorne und hinten (manche hatten weiß der Himmel sehr feuchte Hände), und ich hustete für sie und sagte auf ihren Wunsch viele Male „ninetynine", ein offenbar besonders günstiges akustisches Signal.

Wer einen interessanten Torso hat, leiht ihn gerne aus an die heranwachsenden Götter in Weiß. Es kamen dann noch mehr paarweise, und ohne Chef und waren ganz reizend, und fragten, ob sie auch mal durften. Sie durften, und wir hatten viel Spaß miteinander.

Wenn dann aber knapp fünf Minuten später der Patient F. durch die Gänge wandelnd Entspannung suchte, dann traf er manch einen seiner Erforscher wieder, erkannte ihn fröhlich und sagte natürlich „Hallo" oder dergleichen. Nicht einer, und es waren doch inzwischen eine ganze Menge mit intimen Einsichten in den Patienten F., hat da je geantwortet. Leer war ihr Blick, gerichtet auf ein fernes wissenschaftliches Ziel.

Nein, schlechte Manieren waren das nicht. Nur, sie kannten von F. nichts als seine inneren Geräusche. Der Patient als Lehrstück hat kein Gesicht, es sei denn, er litte an demselben. Wie soll man einen Torso grüßen, zumal wenn ein Morgenrock das Eigentliche deckt? Auch lernt sich früh, daß persönliches Engagement nicht gut tut beim Heilen. Wer dies als Patient erkennt: Fördert er die Wissenschaft?

Auch Deutschlands Filme werden immer teurer

Hollywood an der Isar

In München beginnen in diesen Tagen die Dreharbeiten zum teuersten Film, der je in Deutschland produziert worden ist. 52 Millionen Mark wird Wolfgang Petersens Verfilmung von Michael Endes Roman „Die unendliche Geschichte" kosten. Einen Großteil dieser Summe werden die langwierigen Trickaufnahmen verschlingen.

Auch die zweitteuerste deutsche Produktion ist ein Petersen-Film: „Das Boot". Zu dem 20-Millionen-Mark-Etat trugen vor allem die ungewöhnlich langen Drehzeiten von 8 Monaten (üblich sind sonst zwischen sechs und zwölf Wochen) bei. „Die Blechtrommel" mit mehr als zehn Millionen und Fassbinders „Lili Marleen" mit mehr als zwölf Millionen Mark Herstellungskosten zählen ebenfalls zu den kostspieligsten deutschen Produktionen.

Im Durchschnitt rechnet man bei uns pro Kinofilm zwischen einer und drei Millionen Mark. In Hollywood wären das Low-Budget-Projekte. So nennt man Filme, deren Etat unter 6 Millionen Mark liegt, weil sich Durchschnittsproduktionen zwischen 14 und 20 Millionen Mark bewegen. In Deutschland muß sich ein Low-Budget-Film mit weniger als einer Million, etwa 600 000 bis 900 000 Mark, begnügen.

Die Kosten eines Films sind normalerweise „Produktionsgeheimnisse". Doch Vadim Glowna hat einmal ein paar Zahlen aus dem Etat seines Films „Desperado City", der 1981 in Cannes die „Camera d'or" erhielt, genannt. Von der Gesamtsumme von genau einer Million Mark brauchte er 420 000 Mark für die Gagen und Honorare, also für den Regisseur, den Autor, die Darsteller und den übrigen Aufnahmestab. Dabei begnügte er sich mit „kostengünstigen" Schauspielern. Stars können diesen Posten erheblich in die Höhe treiben.

Für die Autoren- und Musikrechte mußte Glowna 54 000 Mark bezahlen. Einen Simmel hätte er dafür natürlich nicht erhalten. Für das technische Gerät, das teils gekauft, teils gemietet wird, also Kameras, Scheinwerfer, Mikrophone, Mischpulte und vieles mehr, mußten 57 500 Mark ausgegeben werden. Mit 150 000 Mark für Rohfilm und Tonbandmaterial lag Glownas Produktion noch im Mittelfeld. Michael Cimino verbrauchte für seinen Vierstunden-Western „Heaven's Gate" das Zwanzigfache dieser Summe – in Dollar. Die Ausstattung, wozu neben Bauten auch die Kostüme und Requisiten gehören, waren bei „Desperado City" vergleichsweise bescheiden mit 30 000 Mark veranschlagt.

Die eigentlichen Drehkosten für Glownas Werk, die die Drehgenehmigungen vor Ort genauso umfassen wie Strom, Mieten und die Verpflegung des Teams, beliefen sich auf 30 500 Mark, wozu noch runde 100 000 Mark an Reisekosten hinzukommen. Bei Low-Budget-Produktionen muß besonders an diesem Posten gespart werden, denn da reißt schon ein Flug München-Berlin für ein Team von vier Mann ein Loch in die schmale Kasse.

Die Dreharbeiten zu „Desperado City" betrugen keine sechs Wochen. Am 4. Juli 1980 fiel die letzte Klappe, am 14. Juli begannen Cutter und Regisseur mit dem ersten Rohschnitt. Von der letzten Einstellung bis zum fertig gemischten Film vergehen im allgemeinen meist noch einmal drei bis sechs Monate. Dem ersten Rohschnitt folgt ein weiterer, dann der Feinschnitt; die Musikaufnahmen und Geräuschüberspielungen schließen sich an, die Synchronisation, dann die endgültige Mischung. Die Kosten dafür belaufen sich auf mindestens 100 000 Mark.

Bei „Desperado City", einem durchschnittlichen deutschen Kinofilm, dauerte es knapp zweieinhalb Monate vom Drehende bis zur sogenannten Null-Kopie. Beim „Boot" vergingen mehr als zehn Monate, und bei der „Unendlichen Geschichte", deren erster von insgesamt zwei Teilen zu Weihnachten in die Kinos kommen soll, rechnet man mit etwa fünf Monaten von der letzten Einstellung bis zur fertigen Mischung.

M. v. SCHWARZKOPF

Brüssel: G. Deflo inszeniert den „Freischütz"

Biedermeier mit Haken

Zu groß ist der zeitliche Abstand, zu schrecklich sind unsere geschichtlichen Erfahrungen, um der scheinbaren Naivität einer romantischen Oper ohne nachsichtiges Lächeln begegnen zu können. Wie will ein Regisseur, verdeutlichen, was eine Ingeborg Bachmann oder ein Theodor W. Adorno mit dem Wissen des 20. Jahrhunderts in ein Werk des vorigen Jahrhunderts hineinlesen? Besonders bei Webers „Freischütz" ist die Versuchung groß, in denunzierende Parodie oder verlogene Biedermeier-Gemütlichkeit auszuweichen.

Gilbert Deflo ist an der Nationaloper in Brüssel den schwierigsten Weg gegangen. Zum einen bebildert er im Stil eines vergilbten Märchenbuches die Geschichte des Jägerburschen Max, der einen Pakt mit dem Bösen eingeht, um die Försters-Tochter Agathe zu gewinnen. Zum anderen zeigt Deflo, daß die Welt des Carl Maria von Weber keine heile Welt war.

Zwar hat Carlo Tommasi für den Bühnenhintergrund einen schönen Wald aus der Zeit vor dem sauren Regen gemalt, doch wird die Bühnenlandschaft nicht bevölkert von Menschen, deren Glück durch das Eindringen des Dämonischen nur zeitweise gestört wird. Deflo zeigt Menschen, die sich zurechtfinden müssen in einer Welt, die beherrscht wird von alten Traditionen und gelenkt wird von sehr diesseitigen Fürsten. Das gedämpfte Happy-End bei Weber wird in Brüssel zu einem fahlen Hoffnungsschimmer auf eine glücklichere Zukunft.

Das behutsam neue Akzente setzende Regiekonzept wird vom Ensemble bestens getragen. Walter Raffeiner ist ein an Schuldgefühlen verzweifelnder Max, Peter Meven als der Verführer Kaspar nicht das dämonische Untier, sondern ein fast bemitleidenswerter Außenseiter. Die stimmlich überragende Inga Nielsen vermeidet als Annchen alle Soubrettentöne. Allein Helena Doese bleibt als Agathe die naiv leidende Biedermeierfigur, deren bauschiges Kostüm den vorzeitlichen Verlust der Jungfräulichkeit andeutet.

Zumindest ebenso gewichtig wie das szenische Konzept ist die musikalische Umsetzung durch den Dirigenten Uwe Mund, der das Webersche Klangprisma voll entfaltet. Endlich einmal wird die Ouvertüre nicht als angenehmes Potpourri musiziert, sondern als symphonischer Satz, der die düstere Grundstimmung bereits vorzeichnet; endlich wird der Brautchor nicht als fröhliche Folklore-Einlage gegeben, sondern mit einem ahnungsvoll ängstlichen Grundton versehen.

Wie es in der Partitur steht – „Andante quasi allegretto", ein Motto, das als Leitmotiv dieser gelungenen Brüsseler Produktion gesehen werden kann.

ALBIN HÄNSEROTH



Das Webersche Klangprisma voll entfaltet: Szene aus dem „Freischütz" in der Brüsseler Aufführung FOTO: LUC D'HAEGELEER

Wie übersetzt man Dantes „Göttliche Komödie"?

O Musen, helft mir, hilf mir, Ideal . . .

Wahrscheinlich hat keine Dichtung der Weltliteratur den Ehrgeiz so vieler Übersetzer angestachelt wie Dantes „Göttliche Komödie". Schon vor dem Ersten Weltkrieg zählte einer von ihnen, er hieß Zoozmann, über fünfzig Ausgaben der „Divina Comedia" in deutscher Sprache. Wie viele mögen seitdem dazugekommen sein?

Jedenfalls hat man keine Schwierigkeiten, heute Dante auf deutsch zu bekommen. Der Buchhandel bietet vier oder fünf verschiedene Versionen an, am billigsten bei Reclam in der Übersetzung von Hermann Gmelin. Sie ist in einer ungereimten, meist bis in die Wortwahl und den Satzbau eng an die Vorlage angelehnten Prosa gefaßt: als Verständnishilfe für das Original, also in einer zweisprachigen Ausgabe (wie sie ursprünglich gedacht war), ist diese Version sehr nützlich.

Neuerdings konkurriert nun vor allem eine poetisch ungemein anspruchsvolle, in Dantes kunstvollen Reimen, also in Terzinen, gefaßte Übersetzung mit dieser Prosaversion. Sie stammt von Wilhelm G. Hertz und ist soeben auch im Deutschen Taschenbuchverlag erschienen, der sie vom Winklerverlag übernommen hat. Kann man sie lesen? Kann der Kenner sie Liebhabern empfehlen? Kann überhaupt das Wagnis, das der Übersetzer unternommen hat, die dreimal wiederkehrenden, ineinander verschlungenen Reime wiederzugeben, gelingen?

Man muß Beispiele sprechen lassen, um auf diese Fragen begründet antworten zu können. „Nel mezzo del cammin die nostra vita" beginnt das Gedicht: „Mi ritrovai per una selva oscura". Hertz übersetzt: „Als unseres Lebens Mitte ich erklommen / Befand ich mich in einem dunklen Wald". Der „Weg", den der Wanderer Dante antritt, ist entfallen, dafür hinzugekommen ist das Verb „erklommen" (kann man die Mitte des Lebens „erklimmen"?). Warum? Nun, weil sich „abgekommen" darauf reimt. Im fünften Vers ist von „dornigen Waldeshallen" die Rede. Wieder nicht, weil Dante so spröde (er spricht nur von einem wilden Wald), sondern damit sich's mit „Krallen" und „vorgefallen" reimen kann.

Als der Wanderer Vergil seinen Führer durch die unteren Regionen des Jenseits antrifft, begrüßt er ihn poetisch: „Or se tu quel Virgilio e quella fonte / Che spandi, di parlar, si largo fiume". Natürlich ist es nicht leicht, diese Bildersprache zugleich sinngemäß und poetisch wiederzugeben. Immerhin haben wir die Möglichkeit, vom breiten oder reichen Fluß einer Rede zu sprechen und (warum nicht?) den Dichter als den Quell solcher Rede zu bezeichnen. Hertz indessen greift, wie auch mancher frühere Danteübersetzer, darunter der obengenannte Zoozmann, in den älteren deutschen Sprachschatz hinein und holt dort das Wort „Bronnen" heraus, was sich schön auf „Wonnen" und „geronnen" reimen läßt.

Das wäre vielleicht alles noch annehmbar, wenn nicht neben diesen und ähnlichen Feierlichkeiten und Altertümeleien Wendungen im schlichtesten, simpelsten Alltagsdeutsch stünden. So zum Beispiel (Vers 28 des ersten Gesanges): „Als ich mich dann ein wenig ausgespannt". Verständlich, daß man sich, bei so anstrengender Wanderung, auch mal „ausspannen" muß. Nur paßt das nicht zu den Versen, die vorausgingen, wo dieser Wanderer „dem Meer entronnen, auf des Ufers Zinnen / Zum Wasser umschaut, das an Fährnis groß". Die „Zinnen des Ufers"?

Im zweiten Gesang bittet der Dichter die Musen um Beistand: „O Muse, o alto ingegno, or m'aiutate". Sie sollen ihm dabei helfen, alles, was er im Jenseits gesehen hat, genau aufzuzeichnen. Hertz übersetzt: „O Musen, helft mir! hilf mir Ideal! / Gedächtnis, das du registrierst mein Leben, / Hier weist es sich, ob du aus gutem Stahl". Weder das „Ideal" stammt von Dante, noch gar das „Gedächtnis aus Stahl". (Vielleicht wäre „Lineal" auch ein gutes Reimwort gewesen!)

Daß der Übersetzer dem Reimzwang erlegen ist und, wie Morgenstern seinem Wiesel, nur dem Gleichklang zuliebe, allen möglichen und unmöglichen Dingen zur Existenz verhelfen muß, mag noch angehen – obwohl es wahrscheinlich überhaupt ein Unding ist, Dante in Terzinen übersetzen zu wollen. Schlimmer scheinen uns die Stilbrüche, die einen zwischen hoch und tief, zwischen pseudopoetisch und alltäglich-platt hin- und herzerren. Denn damit bewirkt der Übersetzer schließlich das Schlimmste, was einem bei der Übertragung einer Dichtung passieren kann: Sie wird zur unfreiwilligen Parodie.

Wohl die berühmteste Episode aus dem „Inferno" ist die Begegnung Dantes mit Francesca da Rimini und ihrem Geliebten. Francesca berichtet, wie sie und ihr Freund in einem Roman des Mittelalters eine entsprechende Stelle lasen, die sie mit einmal alle Scham vergessen ließ – und dann kommt der Vers, in dem Dante lautmalerisch zu spüren gibt, wie sie sich küßten: „La bocca mi baciò tutto tremante".

Bei Willhelm G. Hertz lesen sich die vorausgehenden Verse und dieser selbst so: „War eine Stelle nur, die uns bezwungen / Wo vom ersehnten Lächeln der Bericht, / Daß der Geliebte es geküßt, gibt Kunde, / Hat er, auf den ich leiste nie Verzicht, / Den Mund geküßt mir bebend mit dem Munde."

Lassen wir die „Kunde" und den „Bericht", der sich auf „Verzicht" reimen muß, ja, lassen wir auch die bis zur Unverständlichkeit komplizierte Bauweise der Sätze auf sich beruhen. Aber womit, bitte, sollte der junge Mann seine Francesca küssen, wenn nicht mit dem Munde? Das wird man sich doch wohl fragen dürfen. Oder vielmehr: Hier wird man es sich leider fragen müssen.

JÜRGEN v. STACKELBERG

Dante Alighieri: „Die Gottliche Komödie", dtv Weltliteratur Nr. 2107, aus dem Italienischen übertragen von Wilhelm G. Hertz, mit einem Nachwort von Hans Rheinfelder. Frankfurt, 1983. 551 S., 14,80 Mark.

Berlins Philharmoniker: Die Krise dauert an

Bitte keine Aushilfen!

Im philharmonischen Stellungskrieg verzeichnen beide Seiten leichte Bodengewinne." So etwa liest sich eine Verlautbarung aus den Reihen des Berliner Philharmonischen Orchesters. Der Fünferrat der Philharmoniker hat sich demzufolge dafür ausgesprochen, der Solo-Klarinettistin Sabine Meyer, dem Orchester durch Intendant Girth auf Wunsch Karajans oktroyiert, endgültig ein Probejahr zuzugestehen.

Gleichzeitig aber zieht der Personalrat desselben Orchesters vor das Verwaltungsgericht, juristisch ein für allemal klären zu lassen, ob die Einstellung Frau Meyers durch den Intendanten über die Musikerköpfe hinweg Rechtens war oder nicht. Was mit Frau Meyer oder gar Karajan geschieht, wenn das Gericht aus formalen Gründen den Vertrag wieder aufhebt, vermag sich wahrscheinlich nicht einmal der Orchestervorstand bis in die letzte Konsequenz auszumalen.

Denn inzwischen ist hinter der sogenannten Karajan-Krise immer deutlicher die Orchester-Krise hervorgekrochen, um die es sich in Wirklichkeit handelt. Bei Schallplatten-Aufnahmen in Berlin brach Riccardo Muti, Chefdirigent des New Philharmonia Orchestra als Nachfolger Klemperers und des Philadelphia Orchestra als Nachfolger Ormandys, die Einspielung von Richard Straussens „Aus Italien" mit den Philharmonikern mittendrin ab, weil ihm der zur Aushilfe herbeiengagierte Solo-Klarinettist künstlerisch nicht genügte. Dabei zählt Muti zu den Favoriten, einmal Nachfolger Karajans an der Spitze des Orchesters zu werden.

Schon im Herbst hatte er übrigens Orchestermitglieder wieder nach Hause geschickt, die weder an den Proben noch an den Aufführungen der „Quattro Pezzi Sacri" von Giuseppe Verdi unter seiner Leitung teilgenommen hatten, jedoch bei der Schallplatten-Aufnahme die Werke dennoch mitspielen wollten.

Gleichzeitig sind die Urlaubsregelungen des sich selbst verwaltenden Orchesters immer mehr ins Gerede gekommen. Wenn ausgerechnet bei einer Penderecki-Uraufführung unter Leitung des Komponisten von den rund 70 Musikern auf dem Podium, die noch dazu ein Auftragswerk des berühmten Polen zur Hundertjahrfeier des Orchesters spielen, über ein Dutzend Aushilfen sind, darf das Publikum sich genarrt fühlen.

Weiterhin wurde jetzt trotz aller Geheimhaltungsabsprachen zwischen Karajan und Berlins Kultursenator Kewenig bekannt gemacht, daß der Vertrag des Intendanten Girth, dessen sofortige Abberufung das Orchester gefordert hatte, voll erfüllt, aber nicht über 1985 hinaus verlängert werden solle. Karajan hat sein Einverständnis damit nicht erklärt.

Ihm schwebt offenbar vor, die wenigen Jahre, die er noch dirigiere, Girth an seiner Seite zu sehen, um nicht kurz vor dem Abschied vom Pult abermals den Intendanten gewechselt zu sehen und sich nach von Westermann, Stresemann und Girth auf einen vierten in seiner langen Laufbahn neu einstellen zu müssen. Kein unverständliches Begehren, auf das er sich noch immer Rücksichtnahme erhofft.

KLAUS GEITEL

KULTURNOTIZEN

Über Ernst Jünger findet vom 14. bis 16. März im Goethe-Institut in Rom ein internationaler Kongreß statt.

Der französische Zirkus wird 200 Jahre alt. Eine Jubiläums-Show ist in Paris bis zum 27. März zu sehen.

Die Büchergilde Gutenberg erhält Schonfrist. Der DGB will erst im März 1984 entscheiden, ob er sich von seinem Buchklub trennen soll.

Der Maler Henry Botkin ist in New York im Alter von 86 Jahren gestorben.



Was bleibt, ist die Grundform: „Kopf" (1922) von Alexej Jawlensky, aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

München: Retrospektive des Malers Jawlensky

In der Brust eine Orgel

Ich verstand, daß ich nicht das malen mußte, was ich sah, sogar nicht das, was ich fühlte, sondern nur das, was in mir, in meiner Brust lebte. Bildlich gesagt, es ist so: Ich fühlte in mir, in meiner Brust eine Orgel, und die mußte ich zum Tönen bringen. Und die Natur, die vor mir war, soufflierte mir nur." Das schrieb 1938 Alexej Jawlensky (1864–1941) an Pater Willibrod Verkade, der ihm in frühen Jahren die Verbindung zur Malerei der sogenannten Nabis (Nabi = Prophet) eröffnet hatte. Wie weit es dem Künstler gelang, läßt sich in der Münchner Städtischen Galerie im Lenbachhaus nachprüfen, wo die bisher umfassendste Jawlensky-Retrospektive zu sehen ist. Sie zeigt 250 Gemälde, ergänzt durch 21 Bilder seiner Freunde, um das „Beziehungsfeld" zu erhellen.

Dieser Künstler, der ein Leben lang nach Farben dürstete, und diesen „Durst" auch in seinem großen Werk stillte, war genau betrachtet, eine tragische Gestalt. Sein Denken und Fühlen blieb bis zuletzt ganz der russischen Tradition verhaftet. Seine Andachtbilder, seine fromme Hinneigung zum Katholizismus, seine fast kindliche Anhänglichkeit an jenen klugen Pater Verkade beweisen dies überdeutlich. Jawlenskys Leben war ein mühsamer, dornenreicher Weg, der schließlich in der Unfähigkeit zu malen endete.

Nichts läßt dieses bittere Ende erahnen, wenn man die Säle mit den Werken seiner Anfangsepoche betritt. Eine fast wilde, sich überschlagende Lust an Farbe prallt dem Betrachter entgegen. Hier spürt man die Kraft zum geistigen Aufbruch, die diesen jungen Künstler gemeinsam mit Kandinsky, Gabriele Münter, der Werefkin und Bechtejeff beseelte. Andererseits strahlen Jawlenskys frühe Stilleben, Bildnisse und Landschaften eine fast andächtige Stille aus. Doch 1914 bricht diese Entwicklung abrupt ab: durch persönliche Konflikte belastet, durch die vom Kriegsausbruch erzwungene Übersiedlung in die Schweiz findet Jawlensky zu seinen „Variationen".

Der Blick aus dem Fenster in St. Prex am Genfer See führt diesen Künstler dann endgültig zur farbigen Abstraktion, zu einer Malerei, deren Ziel im Ausdruck des „inneren Erlebnisses" besteht. Es entstehen Bilder, die latent an Klee erinnern: farbtrunken, prächtig wie der „Pfingstmorgen" von 1915.

Doch noch einmal wendet sich dieser Künstler erneut dem „Bildnis" zu. In seinen sogenannten „mystischen" Köpfen markieren zunächst noch die dunklen Flekken die Gesichtsform (Beispiele: „Arnika", „Johannes der Täufer", „Grünes Gesicht"). Doch dann verselbständigen sich die Anlitze mehr und mehr. Nur das Schema bleibt verbindlich: Ein konstruktives, sich dem Kreuz annäherndes Liniengerüst bestimmt die Grundform des Gesichts in seinem U-förmigen Umriß, waagerechte Balken markieren Mund, Augen und Stirn, die Senkrechte der Nase teilt die Gesichtsform in eine helle und dunkle Hälfte. Jedes dieser Bilder ist das Resultat eines inneren Erlebnisses, wie Jawlensky bekennt.

Mehr und mehr werden auch die Farben zurückgenommen. Zum Ende seines Lebens strebt Jawlensky auf die äußerste Reduzierung, nur auf das Allernötigste hin. Es sind ihm eigene Andachtsbilder. Mit Fortschreiten des Alters griff auch die Krankheit immer schmerzvoller, immer grausamer nach ihm. Nur unter Qualen konnte er malen, nun nur noch in kleinen Formaten. Doch auch diese kleinformatigen Tafeln (42 mal 32 cm) zeugen von der Monumentalität seines künstlerischen Schaffens. „Kunst ist Sehnsucht nach Gott", hat Jawlensky sein spätes, unter Schmerzen ausgeführtes Werk charakterisiert.

In Momenten schwersten, physischen Leidens und großer Vereinsamung schuf er seine stillen Ikonen, die selbst in einer städtischen, lauten Galerie noch sakrale Wirkung auf den Betrachter ausüben, Ikonen, die davon künden, wie einer körperliche Grenzen überwinden konnte, um Großes, Künstlerisches zu schaffen.

Wie einzigartig dieses Werk ist, lassen drei weitere Ausstellungen von Jawlenskys Zeitgenossen in München erkennen. Die Stuck-Villa zeigt Nolde (s. WELT v. 21. 2.) und Paul Klee, während Sotheby's Bilder und Pastelle von Curt Hermann (1854–1929) präsentiert. Es sind alles Künstler von eigenem Gewicht. Doch die zentrale Figur bleibt Jawlensky. (Bis 17. April, Katalog 30 DM).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Palästinensische Theatergruppe spielt in Israel

Selbstkritische Satire

Es war für das israelische Publikum eine eigenartige Premiere. Die palästinensische Theatergruppe „El Hakawati" wurde zwar bereits 1977 gegründet, aber bislang spielte sie vorwiegend vor arabischen Zuschauern in Ostjerusalem, Nazareth, Haifa und Akko. Denn aus diesen Orten kommen auch die Schauspieler. Außerdem gastierte die Truppe seit 1980 wiederholt in Europa. So war sie u. a. 1980 in Erlangen und Freiburg, 1981 in Berlin, Braunschweig und Bremen, 1982 in Hamburg zu sehen.

Nun endlich präsentierte sie sich auch in Tel Avivs populärem „Zauta"-Club. Gezeigt wurde die satirische Szenenfolge „Mahjoub Mahjoub" (Der Versteckte), die von Francois Abu-Salem, dem Regisseur, und sieben Schauspielern erarbeitet worden war. Das Stück erzählt von Mahjoub und seinen Erlebnissen unter jordanischer und israelischer Herrschaft. Das Ganze spielt sich in 34 Szenen mit viel Bewegung und Pantomime, mit orientalischen Rhythmen und all den anderen Zutaten ab, die eine authentische Atmosphäre lebendig werden lassen. Die Bühnensprache ist arabisch, untermischt mit englischen und hebräischen Wortbrocken. Den des Arabischen Unkundigen wurde deshalb ein Heftchen mit Erklärungen in die Hand gedrückt.

Die Zensur hatte die Aufführung mit der Auflage genehmigt, „nicht vom vorgelegten Text abzuweichen und nicht zu improvisieren". Obwohl es in dem Text nicht an Kritik an Israel, Jordanien und den USA mangelt, fehlt ihm jedoch jegliche Polemik. Da es auf einen arabisch-palästinensischen Zuschauerkreis zugeschnitten wurde, zielt die Satire eher auf Selbstkritik.

In der Person des Palästinensers Mahjoub können sich die in Israel lebenden Arbeiter wiedererkennen. Das Spiel schildert sehr authentisch ihre Lebensformen und Lebengewohnheiten. Es ist das Selbstporträt einer Minderheit, ohne Aggression und ohne Selbstmitleid. Das erleichtert den Israelis das Verständnis. Denn im Gegensatz zu einer polemischen Abgrenzung, die allzu oft das Verhältnis zwischen den Israelis und den Arabern in Israel belastet, dient das Spiel von „El Hakawati" dem gegenseitigen Kennenlernen und Verstehen. Deshalb war dieses Gastspiel im eigenen Land etwas Besonderes für Israel.

ILANA BRÜNELL

JOURNAL

Trotzki-Texte in ungarischer Anthologie

ly. **Budapest**

Leo Trotzki ist mit zwei Beiträgen in einer Anthologie russischer geschichtswissenschaftlicher Texte vertreten, die von der Budapester Universität herausgegeben wurde. Allerdings erschien dieser Band lediglich in einer Auflage von zweitausend Exemplaren und ist nur in der Buchhandlung der Universität und des Verlages für Volkswirtschaft und Recht erhältlich.

T. Brandis verläßt die Berliner Philharmoniker

gtl. **Berlin**

Thomas Brandis, Erster Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters, verläßt nach 21jähriger Mitgliedschaft die Philharmoniker, um, beginnend mit dem Wintersemester 1983/84, eine Professur an der Berliner Hochschule der Künste zu übernehmen. Brandis, der schon seit sieben Jahren an der Hochschule unterrichtet, übernimmt die Klasse von Saschko Gawriloff.

Sutherlands Wandteppich in Coventry beschädigt

dpa, **Coventry**

Ein großer Wandteppich des britischen Künstlers Graham Sutherland ist in der Kathedrale von Coventry (Mittelengland) bei Reinigungsarbeiten beschädigt worden. Der Gobelin riß an drei Stellen ein, als ein Baugerüst in sich zusammenfiel. Auch der Altar wurde beschädigt, es entstand erheblicher Sachschaden. Der in Frankreich gefertigte, etwa 23 mal neun Meter messende Wandteppich von Sutherland (1903–1980) gilt als der größte Gobelin überhaupt und zeigt ein Christusbild.

„Amsterdam–Berlin" mit Kunst, Theater, Film

DW. **Berlin**

„Amsterdam–Berlin" – Begegnung mit den Niederlanden – heißt eine Veranstaltungsreihe, die von Mitte März bis Januar 1984 in Berlin stattfindet. Sie gliedert sich in einen historischen Teil, der mit Ausstellungen, Theater-, Film- und Kabarett-Aufführungen die Beziehungen zwischen beiden Städten in der Vergangenheit vorstellt. Ergänzt wird diese Serie durch Programme und Ausstellungen zeitgenössischer niederländischer Kunst. Diese Veranstaltungsreihe versteht sich als Fortsetzung des Programms „Berlin–Amsterdam, 1920–1940 Wechselbeziehungen", das 1982 in Amsterdam (s. WELT v. 3. 4., 25. u. 28. 6. 82) veranstaltet wurde.

In Frankfurt nur vier Opernpremieren

Reg. **Frankfurt**

Auf vier Opernpremieren ist der Novitätenkatalog geschrumpft, den die Städtischen Bühnen Frankfurt für 1983/84 ankündigen. Dazu kommen zwei noch nicht näher bestimmte Ballettprogramme. Geplant sind eine komplette Aufführung der „Trojaner" von Berlioz (Regie: Ruth Berghaus/musikalische Leitung: Operndirektor Michael Gielen), zunächst an einem Abend, sowie der „Freischütz" (Jürgen Gosch/Michael Luig), „Don Pasquale" (Renate Ackermann/Peter Hirsch) und „La Bohème" (Volker Schlöndorff/Michael Gielen).

Karlsruhe zeigt Silber von Trübner

DW. **Karlsruhe**

Silberarbeiten und in Silber gefaßte Jugendstilgläser, die von dem großherzoglich badischen Hofjuwelier Nikolaus Trübner (1849–1916) gefertigt wurden, zeigt das Badische Landesmuseum in



Tafelaufsatz von N. Trübner, aus der Ausstellung in Karlsruhe. FOTO: BAD. LANDESMUSEUM

Karlsruhe. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht ein großer Tafelaufsatz in Form einer Nautilusmuschel.

Der Europarat zeigt seine „Drachenzähne"

dpa, **Königswinter**

Der Europarat ist den amtlichen Hütern für den Drachenfels, den meistbestiegenen Berg der Bundesrepublik, buchstäblich aufs Dach gestiegen. Er will sein werbewirksames „Europa-Diplom" für das „Naturschutzgebiet Siebengebirge" nur dann erneuern, wenn das weithin sichtbare und vom Europarat als störend empfundene, hellgraue Eternit-Glasal-Band an der Dachkante des Drachenfels-Restaurants „diskret übermalt" wird. In einem Brief an den Kölner Regierungspräsidenten als höhere Denkmalschutzbehörde machte der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz deutlich, daß, wenn jetzt auch der Europarat seine „Drachenzähne" zeige, es höchste Zeit sei, für Abhilfe zu sorgen.

Vor Gericht liegen Tennisspieler im Rückstand

Lärmgeplagte Nachbarn von Tennisanlagen ziehen vor den Kadi / DSB spricht von „sportfeindlichen Urteilen"

H. H. KANNENBERG, **Frankfurt**

Eine Serie von Prozessen zwischen Sportvereinen und lärmgeplagten Sportplatz-Anliegern hat in der Bundesrepublik eine neue ökologische Konflikt-Front geschaffen: Lärmopfer kontra Breitensport. Der 5. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes bezog kürzlich mit einem Grundsatzurteil Stellung. Er bestätigte die Schließungsverfügung des Oberlandesgerichts Frankfurt gegen eine Tennisanlage in Schlitz/Hessen, deren Nachbarn sich durch das „an Schießlärm erinnernde" Geräusch der Bälle belästigt fühlten.

Der Deutsche Sport-Bund (DSB) sieht durch das Karlsruher Urteil den jahrelang propagierten und für den Breitensport so wichtigen „Sportplatz um die Ecke" gefährdet. DSB-Generalsekretär Karlheinz Gieseler: „Es genügt, die Gerichte zu bemühen, und der Gedanke der Gemeinnützigkeit bleibt vor der Forderung nach ungestörter Wohnruhe auf der Strecke!"

Ob der BGH-Spruch tatsächlich zur befürchteten juristischen „Kettenreaktion" führt, wird sich demnächst in Frankfurt erweisen. Dort steht vor dem Oberlandesgericht ein Tennisplatz-Urteil zur Berufung an.

Die 120 Freizeit-Cracks des Tennisclubs Altenbuseck bei Gießen schmettern ihre Bälle nur noch mit gedrosselter Kraft, seit sich 1979 Platzanlieger über die Geräuschkulisse des Spielbetriebes beschwerten. Sie zogen vor Gericht. In erster Instanz verfügte das Landgericht Gießen, daß der den Nachbarn nächst gelegene Platz nur noch zwischen 16 und 19 Uhr bespielt werden sollte. Eine Beton-Trainingswand wurde nur von 16 bis 18 Uhr freigegeben.

Da weder Kläger noch Beklagte mit diesen Spruch einverstanden waren, befaßt sich jetzt das OLG Frankfurt als Berufungsinstanz mit den Tennisplätzen von Buseck. Der zuständige 8. Zivilsenat konnte auf Lärmmessungen aus der Vorinstanz zurückgreifen. Danach hatten Testspieler, die von Klägerseite gestellt worden waren, in einem furiosen Match Dezibel-Werte erreicht, die in 45 Metern Entfernung 50 Dezibel nicht überschritten. Nur an der Betontrainingswand schlug die Meßnadel über die für Wohngebiete erlaubten Werte. In den Häusern der anderen Nachbarn, die 90 Meter vom Tennisfeld entfernt sind, wurden die Messungen abgebrochen, weil die Tennisgeräusche den üblichen Straßen- und Umgebungslärm nicht mehr übertönten.

Entscheidungstermin soll Vergleich bringen

Das OLG Frankfurt, das sich der Signalwirkung eines Urteils in Sachen Sportlärm nach dem Karlsruher BGH-Spruch wohl bewußt ist, lud nach Erörterung der Sachlage für den 12. April zu einem Entscheidungstermin. Dann sollen die Parteien zu einem Vergleich animiert werden. Der könnte so aussehen: Einstellung des Spielbetriebs an der Trainingswand, Ruhezeit auf dem für Nachbarn nächstgelegenen Platz morgens vor 8 Uhr, zwischen 13 und 15 Uhr und nach 20 Uhr.

Der beklagte Tennisclub ist bereit, die lärmintensive Trainingswand ganz zu sperren; Zeitbeschränkung auf einem der vier Plätze will man jedoch nicht hinnehmen. Der Prozeßbevollmächtigte des TC Altenbuseck, Rechtsanwalt Rüdiger Veit (Gießen), selbst Tennisspieler: „In der Nähe unserer anderen drei Plätze wohnen Leute, die uns ebenfalls schon mit einer Lärmklage gedroht haben. Wenn wir für den einen Platz die Zeitbeschränkung akzeptieren, werden die Nachbarn der anderen drei Plätze das gleiche Recht für sich verlangen!"

Die Tennislärm-Prozesse von Schlitz und Altenbuseck, einschränkende Urteile im Fußball (Lautsprecherdurchsagen im Parkstadion Gelsenkirchen) und in der Leichtathletik (Verbot von Startpistolen im Stadion Siegen) sowie die befürchtete Signalwirkung des BGH-Urteils haben den Deutschen Sport-Bund – nach jahrelangem Schlaf – nun hellwach gemacht. Dies um so mehr, als die Funktionäre der „größten Personenvereinigung im Lande" (Harald Pieper, DSB) hinter den sportfeindlichen Urteilen keineswegs immer unwiderlegbare Lärmmessungen, sondern oft genug individuelle Negativwertungen sehen.

So hatte im Fall Schlitz das OLG Frankfurt die ermittelten Spielgeräusche von 48 bis 80 Dezibel (gemessen vor dem Schlafzimmerfenster der Klägerin) in ihrer belästigenden Lärmwirkung dem Straßenlärm und dem Lärm der benachbarten Gewerbebetriebe übergeordnet. DSB-Präsident Willy Weyer kommentierte: „ein sportfeindliches, weltfremdes Urteil, das in der Justizgeschichte seinesgleichen sucht"!

Kommission für „Sport und Umwelt"

Das Grundproblem sieht Rüdiger Veit vom TC Altenbuseck in der Tatsache, daß das für Lärmklagen maßgebende Privatrecht (Unverletzlichkeit des Eigentums) dem neuen Verständnis öffentlichen Rechts nicht angepaßt worden ist. Um zu verhindern, daß künftig „Breitensport zur Umweltplage degradiert wird" (DSB-Pieper), will sich die DSB-Kommission „Sport und Umwelt" zunächst einen Überblick verschaffen über die deutsche Rechtsprechungspraxis im Dauerkonflikt Lärmschutz kontra Breitensport. Danach wird der DSB das Gespräch suchen mit dem Sportausschuß des Bundestages und den kommunalen Spitzenverbänden. Ziel: Neue Gesetzesinitiativen, die verhindern, daß weiterhin zugunsten der Ruhe einzelner der Sportbetrieb größerer Gemeinschaften eingeschränkt wird.

Die Mitte der Welt hat eine Stadt

AFP, **Quito**

In Ecuador, dem einzigen Land der Welt, das seinen Namen von seiner geographischen Lage am größten Breitenkreis der Erde ableitet, soll im Mai die „Ciudad mitad del mundo" – die Stadt in der Mitte der Welt – eingeweiht werden. Sie liegt einige Kilometer nördlich der Hauptstadt Quito, genau an der Stelle, die durch die geodätische Expedition des französischen Wissenschaftlers Charles de la Condamine im Jahre 1736 berühmt wurde. Inmitten schroffer Berge und Vulkane steht in 2480 Meter Höhe am Breitengrad null ein Turm mit einem Globus auf der Spitze, umgeben von einem Kultur- und Freizeitkomplex. Er soll Touristen aus aller Welt anziehen und ist von Quito mit dem Auto über eine Schnellstraße in 25 Minuten zu erreichen.

Am Fuße des Denkmals aus rosa Stein haben Architekten der Provinz Pichincha eine getreue Nachbildung einer kleinen Andenstadt der Kolonialzeit mit Kirche, Arena, Hauptplatz und Indiomarkt aufgebaut. Die Hauptallee säumen Büsten der französischen und spanischen Expeditionsmitglieder. Hier können sich Touristen auf der imaginären Äquatorlinie fotografieren lassen. Ein Bein auf der südlichen, das andere auf der nördlichen Halbkugel.



Das „Äquator-Monument" nördlich von Quito bekommt als Mitte der Welt Verstärkung – von einer ganzen Stadt. FOTO: CAMERA PRESS

Im Jet-Zeitalter ist nur mehr schwer vorstellbar, was dieses Unternehmen vor rund 250 Jahren bedeutete. Die wissenschaftliche Mission sollte im Auftrag der Akademie der Wissenschaften unter König Louis XV. den Meridian vermessen und Beweise für die Theorie liefern, daß die Erde rund und an ihren beiden Polen abgeflacht ist. La Condamine und seine neun Gefährten blieben sieben Jahre im Land, das damals zum spanischen Vizekönigreich Peru gehörte. Sie hatten gegen die schlimmsten Widrigkeiten zu kämpfen.

Außer Geldproblemen – die Gelder kamen nur spärlich und verspätet auf dem Seeweg aus Paris – erwarteten die Expeditionsmitglieder in Ecuador schwere Krankheiten. Zwei von ihnen fanden einen gewaltsamen Tod: Ein Erdbeben schleuderte den Uhrmacher Hugot von der Turmspitze der Kathedrale von Quito, deren Uhr er gerade reparierte. Der Chirurg Seniergue wurde ermordet, weil er sich in eine Dame der vornehmen Gesellschaft von Cuenca verliebt hatte.

Die spanischen Kolonialbehörden taten nichts, um den Forschern die Arbeit zu erleichtern, die als Spione einer rivalisierenden Macht angesehen wurden. Die Indios stahlen nachts die Holzpfähle, die die Expeditionsmitglieder unter übermenschlichen Kraftanstrengungen in Kälte und Eis als Markierungspunkte in die Cordilleren-Gipfel gerammt hatten. Dennoch verdankt Ecuador schließlich dieser Expedition offiziell seinen Namen, als General Juan José Flores 1830 die Audiencia de Quito als selbständige Republik proklamierte.

In frühester präkolumbischer Zeit besaßen die Indianer der Region bereits erstaunliche astronomische Kenntnisse und konnten den Zeitpunkt von Tag-und-Nacht-Gleiche und Sonnenwende präzise bestimmen.

Lange vor den Inkas schmückten eigenartige kleine, fein gemeißelte Säulen die Dörfer. Sie dienten zur genauen Ermittlung der Tag-und-Nacht-Gleiche. Wenn sie zur Mittagszeit keinen Schatten warfen, wurde das große „Citua Raymi"-Fest –, das Fest des Sonnengottes, gefeiert, dem das ganze Dorf in einer Prozession Gold und Edelsteine als Opfergaben darbot. Diese Juwelen weckten einige Jahrhunderte später die Begierde der spanischen Eroberer. Pizarros General Sebastian de Benalcazar', Gründer der Kolonialstadt Quito, ließ alle heidnischen Denkmäler niederreißen, von denen heute kein einziges mehr zu finden ist.

Mammut-Hearing zum Münchener Großflughafen

rtr, **München**

In der bayerischen Landeshauptstadt hat gestern eine viertägige Mammut-Anhörung zu dem umstrittenen Bau eines neuen Münchener Großflughafens im Erdinger Moos begonnen. Zur Erörterung der Einwendungen gegen das Projekt hatte die zuständige Bezirksregierung von Oberbayern die Flughafengegner aus 33 umliegenden Gemeinden in die Münchner Rudi-Sedlmayer-Halle geladen, wo normalerweise Musik- und Sportveranstaltungen stattfinden. Gegen den Flughafen Riem II waren nach Angaben eines Sprechers der Bezirksregierung zuvor insgesamt rund 23 700 schriftliche Einwendungen erhoben worden.

Der Andrang zu dem Hearing blieb gestern mit etwa 100 Flughafengegnern und ihren Rechtsanwälten aber gering. Die Bürgerinitiativen im Erdinger Moos hatten zum Boykott der Großveranstaltung aufgerufen, nachdem sie vergeblich mehrere dezentrale Termine gefordert hatten.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte im April 1981 einen Baustopp über das Projekt verhängt und die Verkleinerung des Flughafens gefordert. Daraufhin hatte die Flughafengesellschaft gegenüber den ursprünglichen Plänen auf eine dritte Start- und Landebahn verzichtet und den Flächenbedarf von 2050 auf rund 1500 Hektar reduziert. Über dieses Planänderungsverfahren muß nun zunächst die Regierung von Oberbayern entscheiden, bevor der Verwaltungsgerichtshof erneut am Zuge ist.

Familientragödie

dpa, **Göttingen**

Eine Familientragödie in Göppingen forderte am Wochenende fünf Menschenleben. Nach Angaben der Polizei hatte ein 47jähriger Mann seine vier Kinder erschossen und anschließend sich selbst umgebracht. Seine von ihm schwer verletzte Frau wurde in eine Klinik eingeliefert. Einzelheiten über die Hintergründe wurden nicht bekannt.

Zugunglück bei Barcelona

dpa, **Madrid**

Bei einem Frontalzusammenstoß eines Nahverkehrszuges mit einem Güterzug in der Nähe von Barcelona sind gestern mehrere Menschen ums Leben gekommen. Unglücksursache war eine defekte Weiche.

Ölpest im Golf

AFP, **Manama**

Eine schwere Ölpest ist im nördlichen Teil des persischen Golfs durch die iranische Off-Shore-Bohrung Nowruz ausgelöst wor[den]. Bisher sind rund 10 000 Ton[nen] Rohöl ins Meer geflossen. Der Ö[l]teppich treibt nach Aussagen von Experten in Bahrein derzeit lan[g]sam auf die iranische Küste zu.

Schutz für Fußgänger

dpa, **Karlsruhe**

Das absolute Halteverbot di[ent] nach einer Entscheidung des Karlsruher Bundesgerichtshofes (BGH) nicht nur dem Schutz des fließenden Verkehrs, sondern auch d[em] des Fußgängers. Wie aus ein[em] gestern veröffentlichten Urteil [her]vorgeht, kann sich auch der F[uß]gänger auf eine Mißachtung [des] Halteverbots berufen. (Aktenzeichen: VI ZR 212/80 vom 25. Ja[nuar] 83).

Tabatabai wieder frei

dpa, **Düsseldorf**

Der vor dem Düsseldorfer L[and]gericht wegen Rauschgiftschm[ug]gels angeklagte frühere irani[sche] Vize-Premier Sadegh Taba[tabai] wurde gestern erneut auf freien [Fuß] gesetzt. Nach Angaben seines [An]walts, der Haftbeschwerde e[inge]legt hatte, hob der Erste Straf[senat] des Oberlandesgerichts Düsse[ldorf] den Haftbefehl gegen den Ve[rwand]ten des iranischen Revolutio[nsfüh]rers Ayatollah Khomeini zum [zwei]ten Mal auf.

LEUTE HEUTE

Donau-Mode

Fred Adlmüller, Wiens regierender Modezar, möchte die Donau-Metropole auch zur internationalen Modehochburg machen. Gestern lotste er das Diplomatische Corps fast lückenlos vom politischen aufs modische Parkett seines Haute-Couture-Imperiums nahe der Wiener Staatsoper, wo er seine Frühjahrs- und Sommermode 1983 unter dem Titel „L'Heure Surprise" präsentierte. Klassische Eleganz in Schwarz-Weiß, aber auch in dezenten Orange-Lila-Grün-Farbkombinationen soll den Modeschöpfern aus Paris und Mailand Paroli bieten.

Sonderpreis

Der amerikanische Filmregisseur **John Houston** (76) ist für sein Filmwerk vom amerikanischen Filminstitut in Los Angeles mit einem Sonderpreis bedacht worden. Zu der Feier kamen Stars wie **Robert Mitchum, Ava Gardner, Michael Caine, Orson Welles, James Mason** und **Jack Nicholson**. In einer Grußbotschaft bemängelte US-Präsident **Ronald Reagan**, der einst zusammen mit Houston bei „Warner Bros" unter Vertrag war, dessen „einzigen Fehler": „Es ist Ihnen nicht gelungen, mir eine gute Rolle zu geben."

Kollegen-Schelte

Vernichtende Kritik am früheren Schaffen der Beatles hat die amerikanische Sängerin **Eartha Kitt** (Foto) geübt. Im „Sunday Telegraph Magazine" wird die 55jährige farbige Künstlerin mit dem Urteil zitiert, die Beatles hätten das Musikgeschäft ruiniert, und es habe sich seit den Tagen der „Pilzköpfe" nie mehr erholt. „Keines der Dinge, die sie taten, war von phantastischer Qualität, doch alle schlossen sich dem Trend an."

Cambridge hat ein Ohr für Außerirdische

Neues Radioteleskop horcht rund um die Uhr ins All

AP, **Cambridge**

Der heimwehkranke Außerirdische E. T. aus Spielbergs gleichnamigem Erfolgsfilm hätte es seit gestern unter Umständen etwas leichter, mit zu Hause in Verbindung zu treten: In Harvard in den USA wurde ein Radioteleskop in Betrieb genommen, das ausschließlich die Aufgabe der Kontaktaufnahme mit außerirdischen Zivilisationen hat – soweit vorhanden.

Die „Funkzentrale" zum Weltall ist ein verhältnismäßig kleines Gerät, das der Harvard-Universität in Cambridge gehört. Anders als frühere Versuche, bei denen jeweils nur einige Stunden lang der Himmel nach möglichen Botschaften außerirdischer Geschöpfe abgesucht wurde, soll das Teleskop in Boston rund um die Uhr in Betrieb bleiben, und das mindestens vier Jahre lang. Das Projekt wird von dem Physiker Paul Horowitz von der Harvard-Universität geleitet und von der Planetarischen Gesellschaft finanziert.

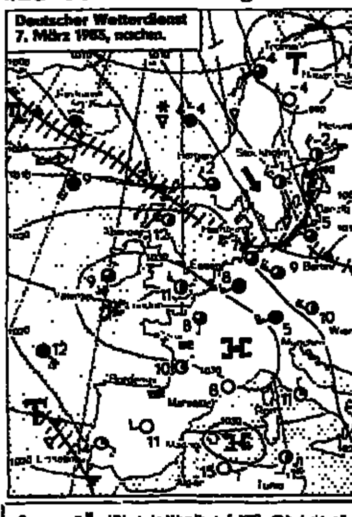
Mit dem 40 Kilometer westlich von Boston stehenden Radioteleskop, dessen Schüssel einen Durchmesser von 26 Meter hat, wollen die Forscher den ganzen nördlichen Sternenhimmel absuchen. „Die meisten von uns haben bisher nur ein paar Sterne anvisiert. Man muß aber nach einigen Millionen Ausschau halten", sagt Paul Horowitz.

Die Bemühungen um einen Kontakt mit „Brüdern im Weltall" werden abgekürzt SETI genannt, was für „Suche nach extraterrestrischer Intelligenz" steht. Eine Schlüsselrolle spielt ein Empfangsgerät, das den Astronomen ermöglicht, mit Hilfe eines Computers 128 000 Funkfrequenzen gleichzeitig abzuhören.

Die Wissenschaftler wollen sich bei ihrer Arbeit auf so bezeichnete „magische" Funkfrequenzen konzentrieren. Sie gehen dabei von der Annahme aus, daß außerirdische Zivilisationen, falls sie sich anderen intelligenten Weltall-Bewohnern mitzuteilen wünschen, Siganale verwenden würden, die von fremden Zivilisationen leicht begriffen werden könnten.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: An der Nordflanke eines von der Bretagne langsam südostwärts ziehenden Hochdruckgebietes wird weiterhin milde Meeresluft nach Deutschland geführt. Der Nordosten wird von Tiefausläufern gestreift.



Vorhersage für Dienstag:

Nordosten und Berlin: Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise leichter Regen und Sprühregen. Im Tagesverlauf gelegentlich auflockernde Bewölkung und kaum noch Niederschlag. Nachmittagstemperaturen nahe 8 Grad, nächtliche Tiefstwerte kaum unter 6 Grad.

Übriges Bundesgebiet: Gebietsweise Frühnebel. Tagsüber wolkig mit gelegentlichen Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen 7 bis 11 Grad, in den Mittelgebirgen nahe 6 Grad, in den Alpen in 2000 m Höhe nahe null Grad. Nachts Abkühlung auf Werte um 4 Grad.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	15°
Bonn	9°	Kopenh.	6°
Dresden	8°	Las Palmas	19°
Essen	8°	London	10°
Frankfurt	9°	Madrid	11°
Hamburg	7°	Mailand	13°
List/Sylt	5°	Mallorca	17°
München	5°	Moskau	–3°
Stuttgart	7°	Nizza	14°
Algier	15°	Oslo	4°
Amsterdam	8°	Paris	8°
Athen	13°	Prag	7°
Barcelona	13°	Rom	11°
Brüssel	8°	Stockholm	–1°
Budapest	9°	Tel Aviv	13°
Bukarest	11°	Tunis	15°
Helsinki	–2°	Wien	10°
Istanbul	9°	Zürich	6°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.51 Uhr, Untergang: 18.15 Uhr, Mondaufgang: 4.43 Uhr, Untergang 12.31 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Auf einem Schrottplatz überlebte die Dampflok-Ära

Walisischer Geschäftsmann kaufte 300 der stählernen Rösser / Barry wurde zum Mekka der Eisenbahnfans

HELMUT VOSS, **London**

David Woodham, ein walisischer Schrotthändler, blickt kopfschüttelnd hinaus auf seinen Hof. „So etwas muß man einfach gesehen haben", sagte er, „wir haben März und das schlechteste Wetter, das man sich denken kann. Es ist gerade zehn Uhr morgens – und doch klettern da schon wieder mindestens zwanzig Leute, dick vermummt wie Polarforscher, über und durch die ollen Dinger."

Woodham, Chef der im Hafen von Barry gelegenen Firma, „Woodham Brothers, General Iron and Metal Merchants", ist der Nachlaßverwalter des Dampfzeitalters bei der britischen Eisenbahn. Als die Staatsbahn „British Rail" Ende der sechziger Jahre von Dampf- auf Elektro- und Diesellokomotiven umgerüstet wurde, kaufte der Waliser en gros. Er erstand fast 300 große und kleine Dampfrösser und stellte sie auf ein mit Unkrautüberwucherten „Elefantenfriedhof" auf seinem Werksgelände.

Achtzig der rostenden Kolosse wurden im Laufe der Jahre verschrottet. Weitere 142 wurden an mehr oder minder exzentrische britische Dampflokenthusiasten, Privatbahnen und Vereine zur Rettung der Dampflokomotiven verkauft. 75 Loks warten noch heute, bemalt mit nostalgischen Slogans wie „Bad day for steam" (Ein schwarzer Tag für Dampf) und „one good owner only" (Nur ein guter Vorbesitzer), auf Woodhams Abstellgleisen auf eine besser Zukunft.

„Ich habe für alle längst Abnehmer gefunden", sagt Woodham dazu, „teilweise gibt es für die einzelnen Loks sogar Reservierungslisten mit bis zu drei Namen. Es wird aber wahrscheinlich doch noch zwei Jahre dauern, bis ich die letzten Loks los bin, weil die Leute noch das nötige Geld flüssig machen müssen. Die teuerste Lok ist eine „4-6-0" mit Tender für 10 000 Pfund (40 000 Mark), die billigste eine „0-6-0" für 4000 Pfund (16 000). Die schönste ist eine Lok der „King"-Klasse: Bei ihr fehlt allerdings ein Rad."

Woodhams Schrottverwertung ist von englischen Zeitungen ohne jede Spur von Ironie als eine Stätte bezeichnet worden," die mit Lourdes als Pilgerziel konkurriert und fast ebenso viele Wunder erlebt hat." Der Schrotthändler findet diese Beschreibung durchaus nicht übertrieben: „Es gibt nur wenige Leute, die eine so große Meise haben wie britische Eisenbahnfans", erzählt er grienend, „in den letzten Jahren sind hier glatt 100 000 Leute durchgezogen. Die streicheln die Loks, schnuppern an ihnen, und nachts kampieren sie hier – selbst Frauen."

Einer von Woodhams Kunden ist Andrew Wilson, leitender Angestellter einer Getreidegroßhandlung in Cheshire. Er läßt zur Zeit eine „2-6-0", die er vor kurzem samt Tender für 7000 Pfund (28 000 Mark) gekauft hat, restaurieren und freut sich schon auf den Augenblick, wo sie im Dienste der Privatbahn „Keighley und Worth Valley Railway" in Yorkshire Waggons mit Ausflüglern ziehen wird. „Ich kann mich mit Dampfloks identifizieren", schwärmt der Mann, „sie atmen so wie man selbst atmet. Bei der Premiere werde ich im Führerhaus mitfahren und mir einen antrinken."

Auch Pat Rawlinson und ihr Mann aus Southport gingen bei Woodman einkaufen und sind jetzt nicht nur die stolzen Eigner einer „Great Western Railroad"-Lokomotive, sondern auch mehrere Güterwaggons. „Die Lok wird nie verschrottet werden, solange sie sich in unserer Obhut befindet", versichert die Frau, „wir haben sogar unser Testament dahingehend geändert, daß einer der Eisenbahnklubs die Lok erbt, wenn uns etwas zustoßen sollte."

Schrotthändler Woodham gibt zu, daß er sich nach 25jähriger Tätigkeit als „Lok-Sitter" auf den Augenblick freut, wo das letzte der Ungetüme per Tieflader seinen Firmenhof verläßt. „Ich habe keinen Profit damit gemacht", sagt er, „dafür waren die Loks aber häufig sehr von Nutzen, wenn meine Bank für ein Darlehen irgendeine Sicherheit haben wollte: Ich brauchte immer nur auf die Loks hinzuweisen und kriegte mein Geld."

Wooodham ist im innersten Herzen allerdings nicht nur Geschäftsmann, sondern auch Dampflokfan. „Mir hat es nie leid getan, daß ich die Dinger gekauft habe", verriet er, „ich freue mich darüber, daß ich meinen Teil dazu beigetragen habe, Dampflokomotiven für künftige Generationen zu erhalten. Wenn kleine Jungen in zehn oder fünfzehn Jahren zum erstenmal in ihrem Leben eine richtige Dampflok sehen können, und das ist dann eine der Loks von meinem Hof – also der Gedanke verschafft mir unheimlich Befriedigung." (SAD)

ZU GUTER LET[ZT]

„Manchen Stadtvätern [gefällt] das Projekt so gut, daß man [schon] davon spricht, das Gebäude nach Fertigstellung unter [Denk]malschutz zu stellen"

Das österreichische Fac[hmaga]zin „Fremdenverkehr" üb[er den] geplanten Neubau eines Sh[eraton-]Hotels in Salzburg

